



Jg. 13 Nr. 237 5.9.83

Chile vor dem Ende der Pinochet-Herrschaft S. 25

# Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

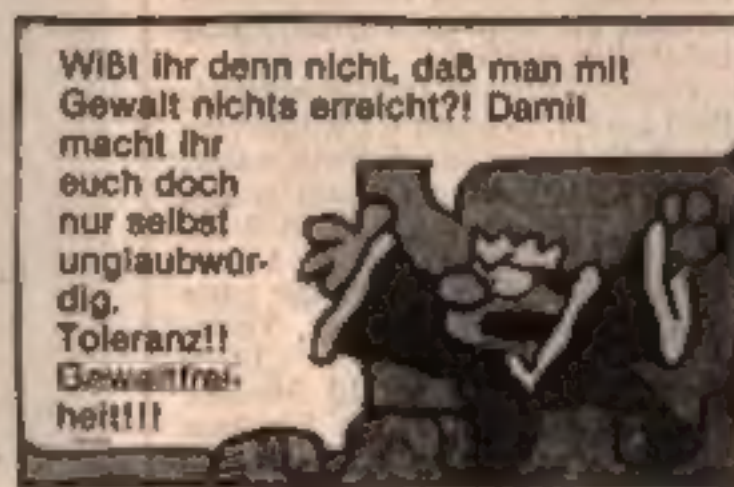
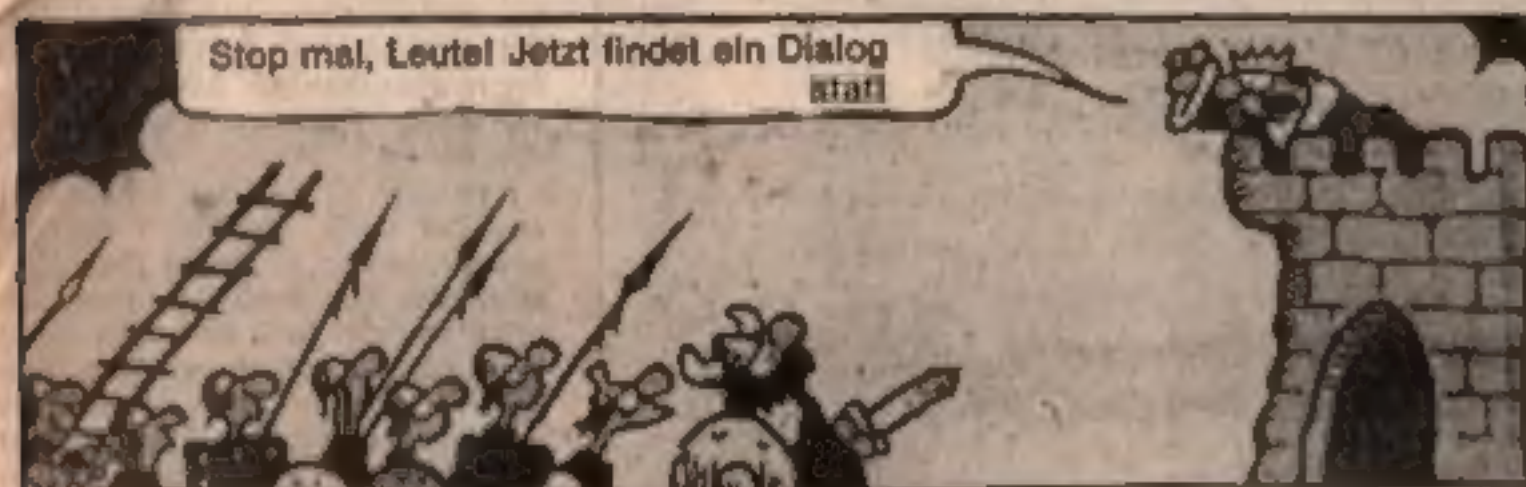
4 DM  
Förderpr.  
DM 5

RUB Bochum

Inst. z. Gesch.  
d. Arbeiterbew.

SZD 3308

6-2134 E



## Von Itzehoe nach Loccum

Die Verstaatlichung der Friedensbewegung

Es hat sich mittlerweile rumgesprochen: Am 23./24. September soll in der Evangelischen Akademie Loccum eine nicht-öffentliche Tagung unter dem Motto „Konfliktstrag und innerer Friede“ stattfinden. Teilnehmer sind auf der einen Seite Spitzenkräfte der Polizei und der Innenministerien und auf der anderen Seite Funktionäre aus dem „gemäßigten“ Spektrum der Friedensbewegung.

In dieser Ausgabe zu Loccum und Polizeigesprächen:  
— Protokoll einer Sitzung am 27.10.82 in Stuttgart  
— Keine Einwände von Dr. Stümper  
— Protokoll der Stuttgarter Sitzung vom 23.6.83  
— Polizeigespräche mit Tradition  
— Wer ist Dr. Stümper?

Daß das spektakuläre Zusammentreffen wie geplant stattfinden kann, ist allerdings stark in Frage gestellt: Gruppen der Friedensbewegung haben angekündigt, am 23./24. September an Ort und Stelle streng gewaltfrei ihren Protest gegen das Treffen zu praktizieren. Gedacht ist u.a. an einen 'Menschenpöbel', der die Zugänge so blockieren soll, daß die Tagungsteilnehmer mühsam über die Demonstrationen hinwegstolpern müßten, um in die Akademie zu gelangen. Noch phantasievollere Aktionsformen werden derzeit diskutiert und geprüft. Unter solchen Bedingungen ist zu hoffen, daß die Mächtigen-Teilnehmer aus der Friedensbewegung sich der öffentlichen Peinlichkeit lieber entziehen. Eine Absage oder ein Platzen der Loccumer Tagung ist also möglich, was aber selbstverständlich auch nur bedeuten würde, daß das Gespräch zwischen Polizeiführung und Friedensfunktionären in anderen Formen fortgeführt wird.

Fortsetzung auf S. 4

Selbstmord für den Frieden?  
Anmerkungen zur Fastenaktion in Bonn

Seite 9

Uniform, Blut und Attentate...  
Zur Kapagne gegen die Hessen-Grünen

Seite 9

Kampfhubschrauber für den Frieden?  
General Bastian gegen Gewalt und für Aufrüstung

Seite 10

## Heißer Herbst in den Betrieben?

# BAL-Spitzenkandidat fristlos gekündigt

Während sich die Debatte unter den Kollegen über neue Schritte des betrieblichen Friedenskampfes noch etwas stockend entwickelt, schlagen die Unternehmer bereits auf jungs Ansätze ein. Bei einer Tochtergesellschaft der Hapag-Lloyd-AG in Frankfurt wurde die Betriebsratsvorsitzende aufgefordert, „parteiliche Betätigung“ im Betrieb zu unterlassen und einen Friedensaufruf vom Schwarzen Brett zu nehmen: bei MBH/VFW in Bremen wurde den Kollegen untersagt, innerhalb des Betriebes und im Rahmen der IG Metall über das Thema „Atomwaffenfreie Zone“ zu diskutieren. Bundesweit weiten schlägt jetzt der Fall zweier Betriebsräte von Hapag-Lloyd (größte Reederei der BRD), darunter der Spitzenkandidat der Betriebsalternativen Liste/Bremen (BAL), Jürgen Söncksen. Gegen Söncksen, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Hapag Lloyd AG, und Günter Seiferth, Mitglied des Seebetriebsrats, wurde seitens der Geschäftsleitung beim Betriebsrat Antrag auf fristlose Kündigung und beim Arbeitsgericht auf Amtsenthebung gestellt. Der zentrale Vorwurf gegen beide lautet auf parteipolitische Betätigung im Betrieb durch Unterzeichnen eines Friedensaufrufs und Initiieren, Weiterführen und Unterstützen eines wilden Streiks.

der des Seebetriebsrates an und verbreiteten die Resolution auf den Schiffen der Hapag-Lloyd-Flotte. Dieser „Friedensaufruf Hapag-Lloyd Seeleute“ entsprach der Interpretation der Geschäftsleitung von „parteilicher Betätigung im Betrieb“, die sie zum Anlaß nahm, am 23.8. den Mitunterzeichner und Kapitän der „Alemania Express“ wenige Stunden vor Auslaufen des Schiffes von seinen Kommando abzulösen. Auf einer am gleichen Tag ordnungsgemäß einberufenen Bordversammlung wollten die Besatzungsmitglieder die Zusage, „daß ihnen wegen der Unterzeichnung des Friedensaufrufs keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen drohten“.

Fortsetzung auf S. 2

## Mummenschanz für Zimmermann

Mit gewaltigem Witz verabschiedete Hamburgs Linke den Innenminister der Wenderregierung. Ein langer Zug bewegte sich am 29. durch die Freitag-Nachmittag-Innenstadt. Voran: Henker mit Gong, der von einem Zimmermann-Gummimaskierten zum Drohnen gebracht wurde. Es folgten: Eine große Schwurhand (Transparenttext: „Er lögt + lögt + lögt“), ein Sarg („Zimmermanns Weg in die Freiheit“), ein Block von Zimmermannern, die vor sich eine Puppe durch die Straßen stießen („Ich gehe NICHT über Leichen“). Neben vielen anderen Darstellern ragten heraus: Die GAL-Fraktion als 5. Kolonne und der Abgeordnete Thomas „Langer“ Ebermann in Böbergewand und einer Jo-Leinen-Maske, der die Bößer&Geißler — dargestellt von der lokalen taz-Redaktion und der Gewaltfreien Aktion — zur Abbitte trieb.

Bildbericht und Verse auf Seite 3

# Abgeschossen

Als israelische Kampfflugzeuge am 21. Februar 1973 eine libysche Passagiermaschine über der Sinai-Halbinsel abschoßen (es gab 106 Tote), nannten wir das in dieser Zeitung Massenmord. Es gibt, trotz einiger Unterschiede in nicht ganz unwesentlichen Einzelheiten, letztlich keinen Grund, den Abschuß einer koreanischen Boeing 747 anders zu beurteilen — FALLS es sich sicher beweisen läßt, daß die Maschine von sowjetischen Kampfflugzeugen abgeschossen worden ist. Diese sicheren Beweise fehlen zur Stunde (Sonntag, 4. Sept.) noch. Was vorliegt ist von sowjetischer Seite ein geradezu katastrophales Informationsdefizit und von

westlicher Seite eine Flut von widersprüchlichen Versionen und Gerüchten.

Über den Ablauf der Ereignisse geben die reichlich fließenden Murren aus den USA und Japan nicht weniger Rätsel auf als das Schwarze Loch auf sowjetischer Seite. In vielen Darstellungen wird darauf hingewiesen, daß die Boeing 747 mit einer dreifachen Sicherung gegen Abweichungen vom korrekten Kurs ausgestattet gewesen ist, sodaß ein Fehler eigentlich „ausgeschlossen“ gewesen sei.

Fortsetzung Seite 2

## Der „Friedensaufruf Hapag-Lloyd Seeleute“

Anfang August verabschiedete die Mannschaft des Hapag-Lloyd-Frachters „Alemania Express“ einen Friedensaufruf an die OTV, daß diese „sich mit allen Mitteln für einen Boykott gegen die Verladung, Entladung sowie den Transport der Nachrüstungswaffen Pershing II und Cruise Missiles einsetzen möge ... Gleichzeitig sind Pläne oder Maßnahmen, Handelsschiffe zum Zwecke der Kriegführung umzurüsten und/oder einzusetzen, abzulehnen.“ Dieser Aufforderung im Rahmen der gewerkschaftlichen Willensbildung schlossen sich die OTV-Mitglieder





## Heißer Herbst in den Betrieben?

Forts. von vorheriger Seite

Um die Mannschaft bei der Wahrung ihrer Interessen zu unterstützen, waren drei Mitglieder des Seebetriebsrates und zwei OTV-Sekretäre an Bord gekommen, die der Mannschaft sechs Stunden nach der ursprünglich angesetzten Auslaufzeit die gewünschte Zusage der Geschäftsleitung übermitteln konnten. Daraufhin nahm die Mannschaft die Arbeit auf, während die BR-Mitglieder und Gewerkschaftssekretäre von Bord gingen.

### Amoklauf der Geschäftsleitung

Anstatt nun die Auseinandersetzung ruhen zu lassen, kam es der Hapag-Lloyd-Geschäftsleitung offensichtlich darauf an, den Vorreiter für Disziplinierungsmaßnahmen zu machen.

Sechs Tage später nämlich wurde beim Seebetriebsrat der Antrag auf fristlose Kündigung der Kollegen Söncksen und Seiferth, beim Arbeitsgericht der auf Amtsenthebung der beiden gestellt. Erstaunlich an der Begründung dafür ist die Unverfrorenheit, mit der die Geschäftsleitung die Unterzeichnung des Friedensaufrufs neben dem angeblichen Anzeigens eines wilden Streiks in den Mittelpunkt ihrer Argumentation rückt. Beide Vorwürfe sind rechtlich völlig haltlos, so daß es wohl lohnt, Hinweisen nachzugehen, die die Geschäftsleitung sei von außen zu ihrem Vorgehen animiert worden.

Der Seebetriebsrat erteilte dem Ansinnen der Konzernleitung eine klare Absage: „Der gegenüber den Kollegen ... erhobene Vorwurf, sich durch Unterzeichnung und Verteilung des Friedensaufrufs parteipolitisch betätigt zu haben, ist unberechtigt. Bei dem Aufruf handelt es sich um einen Vorgang der innergewerkschaftlichen Willensbildung (der Adressat des Friedensaufrufs ist die Gewerkschaft OTV) ... Diese Stellungnahme ist Ausdruck des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und zulässig ...“ Ebenfalls zurückgewiesen wird der Vorwurf, auf der „Alemania Express“ habe ein wilder Streik stattgefunden.

Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und zulässig ...“ Ebenfalls zurückgewiesen wird der Vorwurf, auf der „Alemania Express“ habe ein wilder Streik stattgefunden.

### Schnelle Solidarität von unten

Noch am gleichen Tag stellte sich eine Personalversammlung Bremer Lehrer hinter die Stellungnahme des Betriebsrates, und ebenfalls am 31.8. bekundeten die Bremer Ortsverwaltungen der Gewerkschaften HBV, Drupa und GEW ihre Solidarität. Aus der Friedensbewegung folgten erste Unterstützungserklärungen, und Radio- und Fernsehberichte taten ein Übriges, den Fall wenige Stunden vor der Demonstration des DGB zum Antikriegstag bekannt zu machen.

Obgleich sich der DGB-Vorsitzende Brecht am 1.9. in einem WDR-Interview hinter Söncksen und Seiferth stellte, obgleich die BAL auf einem großen Transparent während der DGB-Demonstration „Betroffene am Mikrofon“ forderte und obwohl der letzte offizielle Kundgebungsredner, Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses, 10 Minuten seiner Redezeit für Jürgen Söncksen abgab, verweigerten die örtlichen DGB-Fürsten ihm das Rederecht. Ein stürmisches Pfeifkonzert und aufgebracht Kollegen konnten an dieser starren Haltung nicht das geringste ändern. Rund 1.300 Anwesende forderten lautstark weiter nach einer Rede des angegriffenen BRs, zu der es Dank eines zufällig vorhandenen Megaphons auch kam: Von tosendem Beifall unterbrochen forderte Söncksen zur Solidarität mit der Mannschaft der „Alemania Express“, ihrem amtsenthaltenen Kapitän und mit Seiferth sowie ihm selbst auf. In der politischen Wertung des Falles, der wir uns anschließen, bezeichnete Söncksen die Angelegenheit als Vorgeschmack auf die Unterdrückungsmaßnahmen, die die Unternehmer gegen eine wachsende antimilitaristische Bewegung in den Betrieben anstrengen werden. Es geht um so mehr, den „Tag der Betriebe“ innerhalb der Aktionswoche im Oktober zu einem wirklichen Kampftag zu gestalten, an dem die arbeitende Bevölkerung unseres Landes organisiert ihren Widerstand gegen die Aufrüstung unterstreicht.

### KB/Gruppe Bremen

zung unserer Löhne organisieren ihren Widerstand gegen die Aufrüstung unterstreicht.

### KB/Gruppe Bremen



## Kommentar

### Betroffenheit über den Tod des türkischen Antifaschisten Cemal Kemal Altun

Betroffenheit zeigen die Bohreitschmörder von Bonn und Westberlin, weil der Tod des Cemal Kemal Altun am falschen Ort zur falschen Zeit stattfand: Nicht in Ankara, sondern in Westberlin; nicht nach Abschluß jener Folter, die sie „rechtsstaatliches Verfahren“ nennen, sondern mittendrin. Bundesinnenminister Zimmermann hat den halb angekündigt, daß die über 300 noch anstehenden Auslieferungsverfahren schneller erledigt werden sollen.

Betroffen sind auch die Heuchler aus der SPD: Weil sich der gesalbte Mordopfer Altun für die oppositionelle Profilierung eignet. Die noch von der SPD selbst in Gang gebrachte Abschiebungsmaschine arbeitet derweil auf Hochtouren weiter: Ausgerechnet am selben Tag des Todes von C. Kemal Altun beschloß der Hamburger SPD-Senat eine Verdopplung des Etats für Abschiebungen — von 1,9 Mio. auf 3,6 Mio. Die Zahl der abgeschobenen pro Jahr soll nahezu verdreifacht werden. Zimmermann-Kritiker Schnoor, Innenminister in NRW, hatte erst Mitte August 40 Menschen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion dem türkischen Folterregime zugestellt.

Betroffen sind auch die Linken, die Alternativen und die Grünen, die am Tag des Todes von Cemal Kemal Altun mit Spontan-Demonstrationen reagierten, an denen sich mehr Menschen als jemals zuvor beteiligten. Warum erst bei Altun?

R.C.

### KEMAL ALTUN

Es gibt eine große Firma  
Die liefert pro Woche und procept  
Per Luftfracht frisches Menschenfleisch

### KEMAL ALTUN

Es gibt eine große Firma  
Die liefert pro Woche und procept  
Per Luftfracht frisches Menschenfleisch  
Das unter die Folter kommt

Ach, unsere solide Firma  
Liefert an die Türkei  
- doch freut auch der Türke Altun  
Ist immer mehr dabei

Er stürzte sich aus dem Fenster  
In freien Westberlin  
Er hat sich selbst gerettet  
Gesehnterdet haben sie ihn

Jetzt hat er Asyl für ewig  
Auf deutschen Boden und Grund  
Jetzt kriegt er ein Fleckchen Erde  
Wie jeder tote Hund

Die Richter sind froh, weil er selber  
Den Weg in die Freiheit fand  
Man darf der Kanake bleiben  
In diesem unseren Land

Stockfinster ist die Sonne  
Und die Freiheit leuchten dahin  
Ich weiß ja, was es bedeutet  
Daß ich so traurig bin

Biersmann Jo. 8.83



Kranzniederlegung und Mahnwache für Cemal Kemal Altun in Hamburg

## Aufruf zur Demonstration zum Jahrestag des Putsches in der Türkei am 10.9. in Köln

„Im Mittelpunkt der Demonstration wird die Aufklärung über die Lügen der Junta von der ‚Rückkehr zur Demokratie‘ und den ‚Wahlen‘, die am 6. November 1983 stattfinden sollen, stehen. Die Demonstration soll sich aber auch gegen die Ausländerfeindlichkeit und Ausländerpolitik richten, insbesondere gegen die ‚Rückkehrprämien‘. Gleichzeitig soll die Demonstration auch unsere Solidarität mit der bundesdeutschen Friedensbewegung zeigen.“ (Aus dem Aufruf)

Es ruft auf eine Aktionsreihe linker türkischer und kurdischer Organisationen: Av. Dev. Övec, ATIF, BIRKOM, DIB-FAK, FIDEP, İleri Gençlik, KAWA, KKDK-Föderation, KOC-KAK, KOMKAR, Partizan, Proleter Dayanışma und Tekosin Symp. Unterstützt wird die Demonstration von: DİDF, Gerçek, Demge Komal, KKDK, KHE, Kurtulma und Devrimci Kurtuluş.

### Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:  
Hamburger Salz- und Verlags-  
Kooperative GmbH, Lindenallee  
4, Postfach 7685, 2000 Hamburg  
19; Tel: Redaktion/Verlag:  
040/435320, Aboverwaltung:  
040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich  
Eckhoff, Verlagsanschrift: Abo-  
preis jährlich DM 60,-, halbjähr-  
lich DM 33,- (als Förderabo jähr-  
lich DM 100,-, halbjährlich DM  
50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst  
PechA Hamburg 27175-203 oder  
Dresdner Bank, BLZ 20080000,  
Kl. 481068500.

Einzelpreis DM 4,-; erscheint vier-  
wöchentlich. Bei Nichterscheinen  
durch höhere Gewalt keine Ent-  
schädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 5000  
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem  
Eigentumsvorbehalt ist die Zei-  
schrift solange Eigentum des Ab-  
senders, bis sie dem Gefangenen  
persönlich ausgehändigt worden  
ist.

# Abgeschossen

Forts. von vorheriger Seite

Ein Fehler kann sich praktisch — so ergibt es sich jedenfalls als Fazit aus den westlichen Darstellungen — nur dann eingeklinkt haben, wenn an den Apparaturen (bewußt) manipuliert worden ist. Aus dieser Verlegenheit möchte die „Bild am Sonntag“ vom 4.9. noch durch die Version retten, die Boeing 747 sei völlig korrekt gestiegen, aber von sowjetischen Kampfflugzeugen abgefangen und über sowjetisches Territorium abgedrängt worden. Eine extrem alberne Version, die in krassem Widerspruch zu den Funk-Aufzeichnungen und zu den Radar-Beobachtungen steht. So also nicht. Aber warum sonst entfernte sich die Boeing 747 trotz „Dreifach-Sicherung“ (BamS) mehr als 600km von ihrer Route??

Und weiter: Das gesamte von der Boeing 747 durchflogene Gebiet wird von militärischen Radaranlagen in den USA und Japan permanent und genauestens beobachtet. Jede Flugbewegung wird exakt registriert. „Es ist nicht klar, warum der Irrflug von den Militärs nicht an die zivile Flugüberwachung weitergegeben wurde, die den Piloten hätte warnen können“ („Frankfurter Rundschau“, 3.9.). Dafür kann es überhaupt nur einen logischen Grund geben: Das Interesse der verantwortlichen US-Militärs an einem „Luftzwischenfall“ über der Sowjetunion war größer als die Sorge um die Sicherheit der Passagiere. Nimmt man noch die sogar in der stockkonservativen „Frankfurter Allgemeinen“ (3.9.) aufgeworfene Frage hinzu, ob das Sicherheits-Navigationssystem der Boeing 747 „vorher mit falschen Daten versehen worden“ ist, dann ergibt sich ein deutliches Verdachtsbild.

Das sowjetische Verhalten wiederum muß Bestürzung und größte Sorgen hervorrufen. Man muß noch nicht einmal den schlimmsten aller Fälle annehmen: daß sowjetische Kampfflugzeuge in Absprache mit ihren Boden-Befehlshabern b e w u ß t eine Passagiermaschine gestellt und abgeschossen haben. Auch wenn es einen verhängnisvollen Irrtum über die Identität des

Flugzeugs gegeben haben sollte, bliebe es Ausdruck einer politisch verbrecherischen Mentalität, die Maschine „auf Verdacht“ abzuschießen, ohne die außenpolitischen Konsequenzen abzuwägen. Sicher wäre ein Spionageflugzeug über der Sowjetunion eher zu ertragen gewesen als die Provokation einer Weltkrise, die den überlieferten Kriegstreibern und Scharfmachern des Westens wie ein Geschenk Gottes vorkommen muß.

Und selbst wenn es so gewesen sein sollte, wie die sowjetische Regierung offiziell immer noch darstellen läßt, also k e i n Abschuß, sondern irgendein anderer mysteriöser Absturzgrund, bliebe die sowjetische Reaktion noch immer eine riesige, gefährliche Dummheit. In so einer Situation kann überhaupt nichts anderes nutzen als die größtmögliche Offenheit und Öffentlichkeit. Eine Informations-Offensive statt einer fast totalen Informations-Zurückhaltung hätte in diesem Fall den sowjetischen Interessen — die hierin weitgehend mit den Interessen der internationalen Friedensbewegung zusammenfallen — am Besten entsprochen.

Daß quer durch die westlichen Medien ein schauriges Heul- und Hetzkonzert veranstaltet wird, um zynisch den größtmöglichen Vorteil aus dem Tod der 269 Menschen auszuschlagen, sollte niemanden erstaunen. Sie haben die blutige schaurige Provokation bekommen, die sie angesichts einer zugespitzten Auseinandersetzung um die NATO-„Nachrüstung“ und die weitere Entwicklung der westlichen Außenpolitik so bitter nötig gebraucht haben. Daß dies Nachwirkungen bis in die Friedensbewegung hinein haben wird, ist zu befürchten. Daß die DKP, die in der Darstellung der Friedensbewegung nach außen eine erhebliche Rolle spielt, dumm dreist das Verhalten der Sowjetunion 100%ig rechtfertigen wird, macht die Sache auch nicht besser. Das Plus im öffentlichen Bewußtsein, das sich die Sowjetunion durch ihre konstruktiven Abrüstungsvorschläge in den letzten Monaten erworben hatte, dürfte schwer angeschlagen sein. Im günstigsten Fall wird man sagen müssen, daß es äußerst leichtfertig und unverhältnismäßig aufs Spiel gesetzt wurde.





Die Henker schreiten voran...

# 1. Westdeutsches Büßer- und Abwieglertreffen Zu Ehren F. Zimmermann anlässlich der Innenministerkonferenz zu Hamburg

Fotos: Lübker, Zint, Bibbo

Als die SPD am Ende  
rief in Bonn man nach der Wende  
so bekamen wir denn dann  
statt dem Baum den Zimmermann

der verkündete auch gleich stolz:  
Bei mir splittet nicht nur Holz,  
denn will man von Wende sprechen  
muß man biegen auch und brechen

Und mein Amtseid ist zudem  
für mich wirklich kein Problem  
denn im Namen rechter Werte  
bin für Meinsid ich Experte

Gerne heb ich meine Hand,  
greife damit nach dem Land  
und vor allem nach den schlechten,  
widerlichen Bürgerrechten.

Und nun nahen schlechte Zeiten  
für perverse Minderheiten,  
Denn ich werde alle schinden,  
die mich nicht vorzüglich finden.

Und hier soll nun niemand lachen,  
denn beim großen Saubermachen  
trifft es erstmal die bekannten  
ekelhaften Demonstranten.

Intellektuelle Schwätzer  
Umweltschützer, Friedenshetzer  
will ich künftig eisern zügeln,  
bis sie sich von selbst verprügeln.

Und zur weiteren Verdummung  
schaff ich den Begriff Vermummung.  
Demokraten fürchten nicht  
Gas und Knüppel im Gesicht.

Darum ein für allemal:  
Höchst gefährlich ist der Schal,  
ja, er ist gerade schon  
ein Symbol für Aggression.

Und ein Feind für diesen Staat  
ist auch schon, wer Schnupfen hat,  
und wer's kalt fühlt in den Ohren,  
hat auf Straßen nichts verloren.

Damit alles christlich endet,  
wird auch die Kultur gewendet,  
bis sich alle Künstler winden  
zum gesunden Volksempfinden.

Ungern seh ich aus dem Fenster  
irgendwelche Filmgespenster.  
Kunst ist nämlich: Dalli, dalli,  
Heidi und die Geierwälli.

Alles andere ist nur  
Sub- und Aftersubkultur.  
Sowas wollen wir nicht sehen.  
Nur was die doch nach drüben gehen.

Alles andere ist nur  
Sub- und Aftersubkultur.  
Sowas wollen wir nicht sehen.  
Soll'n die doch nach drüben gehen.

Demokratisch unbedenklich  
ist SS, weil alt und kränklich.  
Und die Neonazijugend  
tritt ja ein für deutsche Tugend.

Wenn sie ihre Hände heben,  
ist das gutes, deutsches Leben,  
und ich sage euch als Kenner:  
So sind gute deutsche Männer -

Braun vom Hirn bis in den Hoden,  
drumherum noch etwas Loden,  
außerdem noch Knobelbecher.  
Alle andern sind Verbrecher.

Diese wollen gerne nützen  
jene, die die Daten schützen.  
Nützlich ist der Mensch aus Glas -  
ach, wie herrlich leicht bricht das.

Darum will ich alles wissen.  
Bis zum Puz hin und zum Pissen  
mußt ihr alles mir verraten,  
und ich werde euch verdämen.

Wer darüber nicht ganz glücklich,  
zeigt als Staatsfeind sich nachdrücklich  
und er ist, auch wenn er's haßt,  
ohnedies schon längst erfaßt.

Überhaupt: Wer anders denkt,  
ist von Moskau ferngelenkt.  
Dies beweisen schon einmal  
die Vertreter von der GAL.

Dies beweisen sie auch jedem  
durch ihr böses Umweltreden.  
Und für Umwelt bin, ganz wendig,  
schließlich doch nur ich zuständig.

Die sich da um Tannen sorgen,  
denken schließlich nicht an morgen -  
wozu soll'n wir Wälder brauchen,  
wenn nicht alle Schlote rauchen?

Ökos sind im Kopf nicht richtig.  
Erstens ist die Wirtschaft wichtig,  
zweitens, drittens der Profit -  
die Natur zahlt gerne mit.

Damit alles deutsch nun werde,  
sorg' ich für verbrannte Erde  
unter diesen altbekannten  
widerlichen Asylananten.

Wer daheim nicht stirbt, soll eben  
auch bei uns nicht freier leben,  
und ich Sorge schon bei allen,  
daß sie aus den Fenstern fallen.

Nur kein Menschlichkeitsgewügel  
Gut ist nur ein toter Türke  
oder - das fällt mir nicht schwer -  
ein Faschist und Militär.

Seht mich an und merkt euch gut:  
An meinen Händen klebt kein Blut,  
weil ich sie ja stündlich wasche,  
auch mit Asylanantenasche.

Glaubt nicht, dieses sei das Schlimmste.  
Merken soll sich auch der Dummste:  
Sinnlos ist, daß du dich wehrst,  
auch mit Asylanantenasche.

Glaubt nicht, dieses sei das Schlimmste.  
Merken soll sich auch der Dummste:  
Sinnlos ist, daß du dich wehrst,  
meine Zeit beginnt jetzt erst.

Ganz besonders werd' ich prügeln  
jene, die da ab nicht wiegeln.  
Schon im Worte Rechtsanwak  
steckt ja auch das Wort Gewalt.

Gegen diesen Mummenschanz  
hilt nur eines mir: Distanz.  
Gummi, Plastik und zum Schluß  
flächenweiser Todesschuß.

Wenn da wer sein Fäustchen ballt,  
ist das nackteste Gewalt.  
Die verdient ganz nebenbei  
nicht nur Gummi, sondern Blei.

Wer will nicht den innren Frieden?  
Blutig sei er euch beschieden  
und ihr kommt noch alle dran.  
Dieses schwört euch Zimmermann.

Hans-Georg Behr



GAL-Fraktion, an der Leine des russischen Bären



Block der nackten Gewalt



Block der vermummten Gewaltfreien

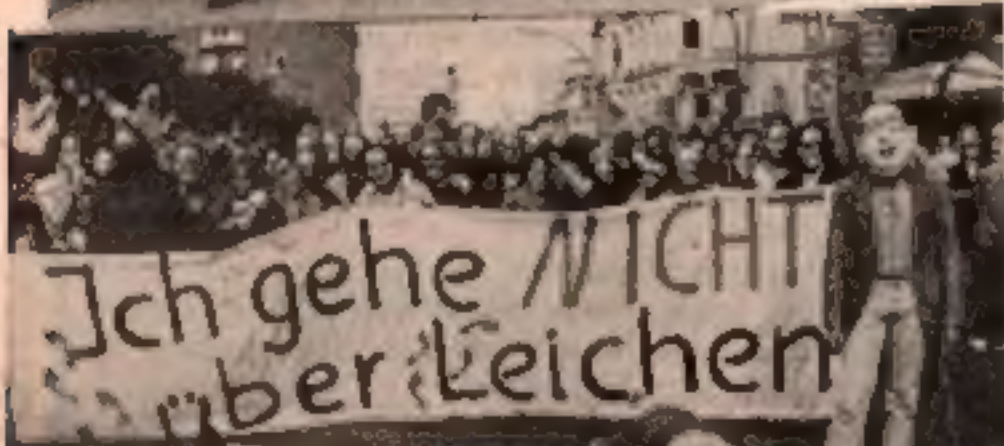


Hilf der Polizei  
verdriss' selbst

Joe Leinen-Maße  
treibt die Büber und  
Gelbier voran



Abschlußgeblöb:  
... und wollen entsagen jeglicher Gewalt



Block der Zimmermänner



Einzeldarsteller,  
zum Dialog ansetzend



... bis daß uns Tür und Federn scheiden



# Von Itzehoe nach Loccum Die Verstaatlichung der Friedensbewegung

Fortsetzung von Seite 1

Des Guten ein bißchen zuviel

Durch eine Meldung der „taz“ (11.7.) war erstmals eine breitere linke und Friedensbewegte Öffentlichkeit auf das geplante Treffen in Loccum aufmerksam gemacht worden. Aufgeregtes Gerede der Veranstalter und der Mochtegern-Teilnehmer — die „taz“ habe alles völlig verdreht und falsch dargestellt — konnte nicht darüber hinwegtauschen, daß die Informationen der „taz“ im Wesentlichen den Sachverhalt zutreffend wiedergaben. Trotzdem hielt die Empörung über das Projekt Loccum sich zunächst in engen und insgesamt recht gemäßigten Grenzen. Den Kritikern des Projekts aus dem Lager der radikalen Gewaltfreiheit schien von allem die Feststellung wichtig, daß Loccum „kein Verrat“ sei und daß selbstverständlich jedermann das Recht zu Polizei-Kontakten habe — auch wenn die hier beabsichtigte Form unzumutbar und kritikwürdig sei. Das änderte sich erst, als der Wortlaut eines „Vertragstextes“ bekannt wurde („taz“, 24.8.), der fast schon unterschrittelnd von Polizeifunktionären und ihren Partnern aus der Friedensbewegung formuliert worden war. Daß es so einen Text gab, war bereits der „taz“ vom 11.7. zu entnehmen gewesen, aber dann den ganzen Inhalt konkret vor Augen zu haben, verschlug offenbar auch vielen von denen den Atem, die bisher noch um ein bißchen kritisches Verständnis für den Gang nach Loccum gekümmert hatten.

Der peinliche Entwurfstext trägt offiziell den Titel „Empfehlungspapier“. Die Vorgeschichte scheint sich folgendermaßen abgespielt zu haben: Am 27.10.82 fand im Waldhotel Deggerloch in Stuttgart ein Gespräch zwischen Spitzenfunktionären der Polizei einerseits, sowie „Sprechern“ aus Ökologie- und Friedensbewegung andererseits statt. Arbeitsthema war „Gespräch über Möglichkeiten der Dekonstruktion von Umweltdemonstrationen“, jedoch kamen schnell auch die anstehenden Aktionen gegen die NATO-„Nachrüstung“ in die Debatte. Das Protokoll des Treffens — unseres Wissens bisher noch unveröffentlicht — dokumentieren wir vollständig in diesem AK. Das Gespräch wurde fortgesetzt am 24. März, gleichfalls in Stuttgart.

Als treibende Persönlichkeit hinter dieser Art von Kontakten wird Baden-Württembergischer Polizeichef Stümper dieser Art von Kontakten wird Baden-Württembergischer Polizeichef Stümper nichtbar, der auch einer der Initiatoren der Tagung in Loccum ist. Stümper ist der konzeptionelle Vordenker für Polizei-Strategien, die sich darum bemühen, potentielle „Unruheherde“ möglichst frühzeitig zu erkennen und sie, insbesondere auch durch „vorbeugende Bekämpfung“, fest in den Griff zu kriegen. Näheres darüber ist einem gesonderten Artikel in dieser Zeitung zu entnehmen.

Aus den Stuttgarter Gesprächen entwickelte sich der Versuch, Konsensergebnisse und eine gemeinsame Marschlinie für den Herbst 83 in eben jenem „Empfehlungspapier“ zusammenzufassen. Das Ausarbeiten des Textes übernahm Stümper's Referent, Herr Kraft. Stümper sah sich Kraft's Vorlage an und „erhob keine Einwände“. Jetzt wurde Herr Sternstein vom Bundesvorstand des Umweltschutzverbandes BBU eingeschaltet, d.h. die Vorlage des Herrn Kraft wurde mit Sternstein „abgestimmt“. Der nunmehr gemeinsame Entwurf der Herren Kraft und Sternstein wurde anschließend von einer aus den beiden früheren Gesprächsrunden gebildeten „ad-hoc-Arbeitsgruppe“ „sorgfältig“ durchgesehen und „ausführlich“ beraten. Im Ergebnis einigte man sich auf jenen Wortlaut, den die „taz“ am 24.8. publizierte. Die Arbeitsitzung, auf der das Papier verabschiedet wurde, fand am 23. Juni in Mörfelden-Walldorf (außerst sinnig! sehr humorvoll!) statt, dessen Name in Verbindung mit dem Kampf gegen die Startbahn West bundesweit bekannt wurde. Das war, wohlverstanden, nur eine Einigung der „ad-hoc-Arbeitsgruppe“. Die größere Stuttgarter Gesprächsrunde hatte am 8. September die Vorlage endgültig beraten und verabschiedet sollen. Loccum wäre dann, bei planmäßigem Verlauf des Unternehmens, wohl die Gelegenheit gewesen, um das Papierchen aus der Aktenmappe zu ziehen und es der verlässlichen Öffentlichkeit vorzustellen.

Es hat — nach dem, was dazu bisher öffentlich bekannt wurde — den Anschein, daß speziell Stümper sehr daran interessiert war, das „Empfe-

lungspapier“ zu einem fast schon förmlichen Abkommen aufzuwerten. Ob dabei polizeimäßige Blodheiten ausschlaggebend war, oder ob Stümper vielleicht ganz gerissen darauf spekuliert hatte, die Gesprächspartner aus der Friedensbewegung öffentlich zu blamieren, muß unbeantwortet bleiben. Jedenfalls wurde an den Reaktionen auf die Veröffentlichung des Papiers in der „taz“ sofort deutlich, daß man ein bißchen zuviel des Guten getan hatte: Gespräche zwischen den Polizeispitzen und einer gewissen Sorte von „Bewegungssprechern“ sind normal und erregen wenig Anstoß, solange eine politische Schamgrenze nicht überschritten wird. Wo exakt diese Grenze liegt, ist schwer zu definieren. Sie zu ermitteln und einzuhalten, ist eine Frage des Fingerspitzengefühls — und daran herrschte in diesem Fall offenbar ein schweres Defizit. Daß es Absprachen zwischen Polizeiführung und „Bewegungssprechern“ gibt, kommt ganz sicher sehr viel häufiger vor als eine nicht

„öffentlichkeitsfreundliche“ „geheimhaltung“, was, wie wir schon sehr viel häufiger vor als eine nicht allzu aufmerksame Basis es sich träumen läßt. Gegenstand solcher Absprachen ist allemal Massenverarsachung, denn die demonstrierende Basis muß ja erst durch routinisierte Verwirrkünste dazu gebracht werden, irgendwelche Handlungsweisungen zu akzeptieren, die auf keinen Fall als Produkt einer Zusammenarbeit Polizei — „Bewegungssprecher“ erkennbar sein dürfen. Bei dieser Ausgangslage ist klar, daß die „Bewegungssprecher“ der Polizei keinesfalls mehr zusichern können als ihren eigenen guten Willen und ihren heftigen Einsatz im Sinne der heimlichen Vorabsprachen. Ob die Sache schließlich wie geplant klappt, oder ob die Basis den „Bewegungssprechern“ aus den Händen läuft, läßt sich nicht sicher vorhersagen. Das komplizierte und hochempfindliche Unternehmen in einen schriftlich ausformulierten Text betonen zu wollen (und die Veröffentlichung eines solchen Textes zu riskieren oder gar einzuplanen), ist eine ganz und gar unzumutbare Idee. Damit haben die Akteure schließlich ihr eigenes Friedenswerk torpediert, das in Loccum seine Krönung hätte finden sollen.

## Der Geist von Loccum spukt weiter

Es ist sinnvoll, die Blamage, die sich vor allem mehrere Vorstandsmitglieder der BBU in diesem Zusammenhang zugezogen haben, auf die Spitze zu treiben, indem der Loccumer Tagung durch praktische Aktionen öffentlich der Todesstoß versetzt wird. Übertriebene Erwartungen über den Effekt einer Störung/Verhinderung von Loccum sollte es aber nicht geben. Der Reifall mit dem „Vertragstext“ und der Loccumer Tagung wird vor allem dazu führen, daß die Akteure auf beiden Seiten es zukünftig etwas geschickter anfangen und nicht wieder wie der Elefant durch den Porzellanladen rauschen. Gespräche zwischen Polizei und „Bewegungssprechern“ gibt es schon seit vielen Jahren, worauf sich ja jetzt

auch die Loccum-Befürworter berufen (z.B. zu Gorteben, Wyhl und zur Startbahn West). Der schwere Fehler bestand darin, diese bisher recht „erfolgreich“ und unproblematisch verlaufenen Begegnungen auf die Ebene einer neuen Qualität heben zu wollen: Was bisher unsystematisch, im Wesentlichen zu konkreten Einzelanlässen abgelaufen war, sollte zu einer Art öffentlichem Verbrüderungsschwur auf den Inneren Frieden hochstilisiert werden. Und das ausgerechnet vor dem Hintergrund der wohl stärksten politischen Bewegung, die es bisher in der BRD gab, und vor dem Hintergrund einer in der Sache extrem scharfen Konfrontation um die Rüstung zum Atomkrieg. Sehr ungeschickt!

Trotzdem bleibt es bei dem Bekenntnis von nahezu der gesamten Friedensbewegung zum Grundsatz, daß die Polizei nicht unser Gegner sei und daß man das Gespräch mit der Polizei weiterhin führen wolle. Wenn es wirklich stimmen würde, daß die Polizei wirklich stimmen würde, daß die Polizei nicht unser Gegner ist, wäre eigentlich gegen Veranstaltungen wie in Loccum oder selbst gegen das „Empfehlungspapier“ kaum noch etwas einzuwenden. Eine heftige Schizophrenie bei Teilen der Friedensbewegung ist in dieser Frage nicht zu übersehen. Gerade die Bewegungsfunktionäre aus dem Bereich SPD/DKP wie auch manche von den Pazifisten und Grünen sind schnell zur Hand, militante Demonstranten als von der Polizei eingeschleuste Provokateure zu beschimpfen, womit Vorwände für harte Polizei-Einsätze und für eine Kriminalisierung der Friedensbewegung geschaffen werden sollten. Wie aber kann jemand soviel hinterhältige Gemeinheit eigentlich ausgerechnet der Polizei unterstellen, von der man gleichzeitig immer wieder versichert, sie sei nicht unser Gegner?

Die selbe Absurdität bei Jo Leinen vom BBU-Vorstand: „Leuten wie Springer und Stümper“ (beide sollen seine Gesprächspartner in Loccum sein!) unterstellt Leinen die Absicht, sie wollten die Friedensbewegung als Chaos und Gewalttäter diffamieren und kriminalisieren. Aber — und das ist eben Leinen's genialer Trick — mit dem Loccumer Gespräch werden diese Polizei-Strategie „unterlaufen“. Denn wenn Stümper mit Leinen dialogisiert, kann er ihn nicht gleichzeitig kriminalisieren und diffamieren. Das ist doch wohl logisch? (Interview mit Jo Leinen in „Stadtzeitung“ Freiburg, Nr. 85). Und was das Allerbeste ist: Stümper, der selbst einer der Hauptinitiatoren dieser Art von Gesprächen ist, merkt nicht einmal, wie raffiniert er da geübt, pardon geübt werden soll. Hoffentlich kriegt Stümper weder die „Stadtzeitung“ noch diesen AK zu sehen, denn sonst platzt Leinen's Supercoup!

## Frieden ist doch teilbar

Das Konzept, das hinter den zahlreichen blühenden Dialogen und Herrenrunden zwischen Polizei- und Friedensfunktionären steht, beruht auf der be-

wußten Trennung zwischen innerem und äußerem Frieden. Der Frieden ist nämlich doch teilbar. Mag militärpolitisch alles drunter und drüber gehen und womöglich die Atom-Apokalypse schon vor der Tür stehen, so können wir doch nach innen hin wenigstens dafür sorgen, daß sich die streitenden Parteien nicht von Leidenschaft und Haß fortreißen lassen, sondern im politischen Kontrahenten den leidenden Mitmenschen und fairen Sportsmann sehen. Und ein fairer Verlierer wird doch nicht eine Schlägerei anzetteln, sondern lieber ein Bierchen mit dem Gewinner schlürfen. „Minderheiten müssen sich damit abfinden können, auch zu unterliegen“ („Einigungspapier“). Genauso ist das auch mit den neuen Mittelstreckenraketen, deren Bedeutung man sowieso nicht überschätzen sollte: Wenn sie schließlich stationiert werden müssen, weil das angeblich Mehrheitswille ist, dann wollen wir uns nicht so anstellen, sondern das Porzellan im Schrank lassen. Oder mit den Worten unseres allergrößten Deutschen, J.W. von Goethe:

„Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen  
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegergeschrei.  
Wenn hinten, weit in der Türkei,  
Die Völker auf einander schlagen.  
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus  
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;  
Dann kehrt man abends froh nach Haus  
Und segnet Fried und Friedenszeiten.“

Sich diese heitere Friedfertigkeit nicht bloß angesichts der Abschlichtung fremder Völker zu bewahren, sondern auch noch angesichts des eigenen drohenden Untergangs, das ist allerdings eine Leistung von besonderer Qualität. Dafür engagiert sich die Evangelische Akademie Loccum seit langem: Sie „sieht ihre Aufgabe u.a. darin, den Gruppen unserer Gesellschaft einen Ort gewaltfreier Artikulation und Diskussion ihrer Konflikte zu bieten. Damit sollen die Voraussetzungen zu demokratischen Problemlösungen verbessert werden“. (Presseerklärung vom 25.7.). Und konkret als Zweck der Tagung im September: es solle „geprüft werden“, „wie in den Auseinandersetzungen um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen die Gefahren einer Eskalation in den

Konfrontationen zwischen Protestöffentlichkeit und staatlichen Vollzugsorganen minimiert werden können“. So wie? „... welche Möglichkeiten es für ein Zusammenwirken zwischen verschiedenen Beteiligten gibt, das sich der Offenheit und Klarheit des Konflikt-austrags verpflichtet weiß und zugleich Perspektiven für eine 'Entspannung im Innern' eröffnet“ (aus einem Einladungs-schreiben).

## Die Polizei ist nicht unser Gegner

Daß die Polizei nicht unser Gegner sei, kann man wohl nur aus drei Grundeinstellungen heraus behaupten:

1. Die unendliche und universale Liebe zu wirklich allen Menschen und aller lebenden Kreatur. Sei es nun Bruder Eichmann oder Bruder Zimmermann.
2. Sympathie für die NATO-„Nachrüstung“ oder zumindest prinzipielle Befürwortung des „ordnungspolitischen Auftrags“ der Polizei. Letztere Sorte ist auch unter den Friedensfunktionären anzutreffen. Das ist eine „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Polizeispitze anstrebt, ist konsequent.
3. Der Mythos von der „politischen Neutralität“ der Polizei, die angeblich nur ausführt, was in gleichfalls politisch neutralen Gesetzen und Vorschriften steht. So heißt es selbstverständlich auch im Stuttgarter „Empfehlungspapier“. In der Realität hingegen führt die Polizei politische Anweisungen aus. Diese erhält sie von der Bundesregierung bzw. von dieser untergeordneten Behörde. Der politische Auftrag der Polizei orientiert sich am Ziel, die Raketen-Stationierung mit möglichst geringem Schaden für den Inneren Frieden durchzusetzen. Die Polizei ist also, ganz akomodisch und dogmatisch ausgedrückt, ein Instrument der „NATO“-„Nachrüstung“. Insofern selbstverständlich unser politischer Gegner. Das gilt ähnlich für die Rolle, die die Polizei in der Praxis auf vielen anderen Arbeitsfeldern spielt, sagen wir beispielsweise gegenüber pro-

Fortsetzung nächste Seite

## Aufruf zu Aktionstagen

Da wir — wie angedeutet — davon ausgehen müssen, daß die Loccumer Tagung, möglicherweise mit der Tendenz zu einer leichten Öffnung in Richtung Medien, stattfinden wird, rufen wir dazu auf, die Öffentlichkeit über die Gespräche am 23. und 24.9. selber herzustellen.

Wir schlagen einen Aktionstag rund um die Akademie Loccum vor, an dem u.a. mit Flugblättern, Stelltäfelchen, eigenen Stellungnahmen und einer eigenen Pressekonferenz auf die Gründe, die zur Ablehnung der Tagung durch weite Teile der unabhängigen Friedensbewegung geführt haben, aufmerksam gemacht werden soll. Als Höhepunkt haben wir überlegt, unseren Protest gegen die Gespräche in Form einer gewaltfreien Blockade, symbolisch und phantasiereich zugleich, auszudrücken und den Dialogbereiten aller Couleur den Zugang zum Hause nur nach Übersteigen eines möglichst breiten Menschenteppichs zu ermöglichen.

Um weitere Ideen zu diskutieren und den Aktionstag so erfolgreich wie möglich zu gestalten, laden wir zu einem Vorbereitungstreffen am Montag, dem 12.9. um 19.30 Uhr in Göttingen, Historisches Colloquium, Kreuzbergweg 81, ein.

Stellungnahmen, Vorschläge, Anregungen, Kritik usw. schickt bitte ans: Anti-Kriegs-Plenum, c/o AK gegen Atomenergie, Postfach 1945, 34 Göttingen.

Auf einem Bundestreffen der unabhängigen Friedensgruppen am 27./28.9. in Marburg mit rund 200 Teilnehmern wurde ohne Gegenstimme eine Resolution gegen das Stattfinden der Loccumer Gespräche beschlossen. Gleichzeitig wurde zur Vorbereitung der von Göttingen aus vorgeschlagenen Gegenaktionen aufgerufen.

## Dialog in Bloccum: CONTAIN JOSELF

Wir laden hiermit alle herzlich ein zur Gewaltfreien Blockade der Friedensführungsakademie in Bloccum. Wir dekalieren unter folgenden Parolen:

- Kann denn Stümper's Sünde sein, Herr Leinen?

- Niemorrhoden für den Frieden
- Haß der Polizei - verdächtig Dich selbst

Es rufen folgende Initiativen auf: Campari-trinken für den Frieden; Aufbrausendes Mineralwasser; MAG - Makaber aber Geschmacksvoll; WABS - Widerstand als Brei-transport; Ruhig Blut; Von Feitnapf zu Feitnapf.



Fortf. von vorheriger Seite

letarischen Jugendlichen oder gegenüber Ausländern, sofern diese nicht gerade US-Diplomaten sind. Dabei die Polizei nicht als unseren Gegner sehen zu wollen, bedeutet: Entsolidarisierung gegenüber den Opfern der Polizei-Praxis.

Vielleicht kommt die Friedensbewegung aber auch bloß nicht mit der deutschen Sprache zurecht? Vielleicht meint sie gar nicht „die Polizei“ (als Institution und Kampfverband des Atom- und Raketenstaates), sondern nur den berühmten „einfachen kleinen Beamten“, wenn beschworen wird,

daß „die Polizei“ nicht unser Gegner sei? Aber auch so herum stimmt es nicht. Gewiß kann der „einfache kleine Beamte“ ein ganz nachdenklicher Mensch und vielleicht sogar ein Nachrüstunggegner sein. Aber er wird im Einsatz die Befehle ausführen oder muß die Brocken hinwerfen. Letzteres kommt erwiesenermaßen fast so sehr vor wie rosa Elefanten. Nun gibt es zwar in Deutschland eine traditionelle Auffassung, die ungefähr lautet: Wer bloß treu seine Befehle ausführt, ist nicht dafür verantwortlich, was er damit anrichtet. — Diese Weisheit jetzt ausgerechnet aus der Friedensbewegung zu vernehmen, ist allerdings ungeschön. Hinzu kommt, daß ein erheblicher Anteil der „einfachen kleinen Be-

amten“ — und zwar gerade bei den Einheiten, mit denen es politischer Widerstand häufig zu tun hat, also BGS und andere Spezialtruppen — ganz subjektiv und offen unsere Feinde sind. Oder was soll man von Leuten halten, die sich, oft sogar ohne förmlichen Befehl, einfach eine Sport daraus machen, Demonstranten zu hetzen, zusammenschlagen und mit mitunter sogar faschistoiden Methoden zu demütigen? Was soll man von den „einfachen kleinen Beamten“ halten, die auf ihrem Revier sich die Zeit damit vertreiben, aufgegriffene „Penner“ zu foltern oder Ausländer spießrutenlaufen zu lassen? Was soll man von den vielen „einfachen kleinen Beamten“ halten, die sich an Nazi-Sprüchen von Verga-

sen, Vergewaltigen und Totschlagen aufheben? Das kann man nicht unzulässig auf alle Polizisten verallgemeinern, aber ebensowenig berechnen es dazu, den „einfachen kleinen Beamten“ pauschal zu beschuldigen, daß sie nicht unsere Gegner seien.

Soll heißen: Zur Diskussion steht nur ganz am Rande noch Loccum, das vermutlich sowieso schon ein „Väter Hand“ ist. Solange die Ideologie des inneren Friedens in der Friedensbewegung herrscht — und derzeit scheint sie immer noch eher auf dem Vormarsch als auf dem Rückzug — solange wird es viele Loccums und Stuttgarts geben. In anderen, intelligenter verpackten Formen vermutlich, aber mit denselben Wirkungen.

## Berichtigung

Auch wenn wir im AK 236 machistische Tendenzen in der Friedensbewegung konstatiert hatten...: Nicht um „brauchbare Befriedigungs-Strategien“, sondern um „brauchbare Befriedigungs-Strategien“ der Polizei sollte es im Artikel zu Loccum, AK 236, S.12, 4. Spalte Mitte gehen. Auch der Dialog mit dem mündigen Bürger hat schließlich seine Grenzen!

Vorläufige Teilnehmerliste des Klausurgesprächs  
„KONFLIKTAUSTRAG UND INNERER FRIEDE“  
vom 23. bis 26. September 1983

### Fractionen des Deutschen Bundestages

CDU	Benno ERHARD, MdB *
SPD	N.N.
FDP	Dr. Burkhard HIRSCH, MdB
Die Grünen	Roland VOGT, MdB *

### Ministerien des Bundes und der Länder

Bundesministerium des Innern	Carl-Dieter SPRINGER, * Staatssekretär N.N., Inspektor der Bereitschaftspolizeien der Länder *
Innenministerium Nordrhein-Westfalen	Dr. Klaus-Dieter LEISTER, Staatssekretär
Innenministerium Niedersachsen	Dr. Karl HEIDEMANN, Staatssekretär
Innenministerium Rheinland-Pfalz	Eugen SAUER, Ministerialdirektor
Innenministerium Baden-Württemberg	Dr. Alfred STÜMPER, Landespolizeipräsident
Bundesministerium der Verteidigung	Dr. Joachim HIEMLE, Staatssekretär

### Polizei

Gewerkschaft der Polizei	Günter SCHROEDER, Bundesvorsitzender
Polizei-Führungsakademie	Konrad PEITZ, * Präsident
Einsatzleiter einer Polizeieinheit	N.N.

### Militärische Organisationen

Bundeswehr	Generalmajor Henning von ONDARZA, Divisionskommandeur
US-Armee	N.N.

### Massenmedien

ARD-aktuell	Georg RÖSCHERT, Stellvertretender Chefredakteur
ZDF	Karlheinz RUDOLPH, Chefredakteur
Bundespressekonzferenz	Helmut HOHRMANN

### Friedens- und Konfliktforschung

	Dr. Bernhard MÖLTMANN, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
--	---

### Kirche

	Prälat Heinz Georg BINDER, * Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland
	Dr. Kurt OESER, Umweltbeauftragter des Rates der EKD

### Bundesverfassungsgesetz

	D. Dr. Helmut SIMON
--	---------------------

### Organisationen und Institutionen der Friedensarbeit

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden	Dr. Ulrich FREY
Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste	Volkmar DEILE
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen	Hans-Josef KARBACH
Bundesverband Bürger-Initiativen Umweltschutz	Josef LEINEN
Pax Christi	Dr. Ansgar KOSCHEL
Komitee für Grundrechte und Demokratie	Prof. Dr. Andreas BURD
Ohne Rüstung leben	Werner DIERLAMM
Deutsche Friedensgesellschaft	Gerd GREUNE
* Vereinigte Kriegsdienstgegner	

\* Von den Herren, deren Name mit einem Stern gekennzeichnet ist, steht eine endgültige Zusage noch aus.

Stand: 29. 6. 1983

## Ja, was stimmt denn nun?!

„Falsche Informationen und Unterstellungen“, klagt die Evangelische Akademie Loccum über die Berichterstattung in der „taz“. Ihrerseits für klare und eindeutige Informationen sorgen mag die Akademie aber auch nicht. Vor allem um die nicht ganz uninteressante Frage, wer denn nun eigentlich die Idee zur Loccumer Tagung geliefert hat, gibt es einen dichten Nebel widersprüchlicher Aussagen.

Im Mai behauptete Loccum-Studienleiter Calließ, der für das Tagungsprojekt verantwortlich zeichnet, in Einladungsschreiben: „Wir greifen damit eine Anregung auf, die an uns sowohl von (...) Herrn Schröder und (...) Herrn Stümper, als auch von Mitarbeitern aus Gruppen der Friedensbewegung — hier wäre vor allem zu verweisen auf Anregungen der Herren Deile und Leinen — herangetragen wurde“. Schröder ist Vorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP, Stümper ist Polizeichef in Baden-Württemberg, Leinen gehörte dem BBU-Vorstand an und Deile ist Vertreter der „Aktion Sühnezeichen“, ASF.

Nachdem die geplante Tagung durch die „taz“ (25.7.) publik geworden war, behauptete die Akademie

Loccum in einer Presse-Erklärung, die angeblich die Falschinformation der „taz“ korrigieren sollte: „Der Anstoß zur Planung kam von der Gewerkschaft der Polizei und den Herren Volkmar Deile (...) und Josef Leinen“. Anreger Stümper war also plötzlich verschwunden. Vermutlich aus Gründen, die nicht schwer zu durchschauen sind.

Das war aber auch noch nicht der Endzustand. Am 10. August weitete Calließ in Göttingen, und dort versicherte er: „er selbst allein“ habe die Tagung „initiiert und vorbereitet“. „Anderslautende Gerüchte“ würden darauf beruhen, daß Leinen, Deile und Schröder — auch hier fehlt Herr Stümper! — bei einer Tagung in Bad Boll zur Kirchentags-Vorbereitung (Thema: „Frieden — Aspekt innerer Friede“) zu Calließ gesagt hätten, „für Auseinandersetzungen zwischen Friedensbewegung, Polizei und Kirche über das Thema bräute man mal mehr Zeit, um in Ruhe darüber zu reden“. Stümper und auch Herr Schierholz hätten, behauptete Calließ in Göttingen, „mit der Initiierung, Planung und Vorbereitung nichts zu tun“. Das hatte man ja bezüglich der Rolle des Herrn Stümper bei Calließ früher ganz anders gesehen.

Herr Schierholz, um nun auch diesen in die Geschichte einzuführen, ist Studienleiter (zur Zeit im Ruhestand) der Evangelischen Akademie Loccum und Mitglied der grünen Bundestagsfraktion („Nachrücker“).

Im Gegensatz zur Darstellung des Herrn Calließ (s.o.) — „nichts zu tun“ — sieht Henning Schierholz selbst sich als „Initiator“ der Loccumer Tagung. So heißt es in einem Leserbrief von Schierholz an die „taz“ (5.8.). Dort teilte Schierholz auch noch mit, daß die umstrittene Tagung schon „im Winter 82/83“ im Kollegium der Akademie einstimmig „befürwortet“ worden sei.

Fazit: Angebliche Väter der Loccumer Tagung gibt es schon mehr als genug. Nur einer darf auf keinen Fall mehr dazugehören: Herr Stümper. Vielleicht hat er von der Loccumer Tagung überhaupt erst durch die „taz“ erfahren? Jaja, Undank ist der Welt Lohn. Aber, und das mag Herrn Stümper vielleicht trösten: Jesus Christus wurde von Petrus auch dreimal verleugnet. Das hat in der Kirche also Tradition.

## Keine Einwendungen von Dr. Stümper

Die „taz“ hat am 24.8. den Entwurf am sogenannten Empfehlungspapier publiziert. Dieser Entwurf hängt dem Kurzprotokoll über eine „Sitzung der ad-hoc-Arbeitsgruppe „Diskussion von Umweltkonflikten“ am 23.6.83 an. Das Kurzprotokoll gibt wichtige Aufschlüsse über das Zustandekommen und die beabsichtigte Funktion des „Empfehlungspapiers“. Diese Aussagen waren in der Dokumentation der „taz“ leider nicht enthalten. Hier sind sie. Die genannten Herren Kraft und Sternstein sind der persönliche Referent von Dr. Stümper und ein Vorstandsmitglied des BBU.

### TOP 1: Entwurf eines Empfehlungspapiers

Herr Kraft und Herr Dr. Sternstein erläuterten kurz Genese und Zielrichtung der vorliegenden Ausarbeitung: Das Papier besteht aus zwei Teilen. In einem Teil „Grundsätzliches“ werde versucht, das Kernproblem anhand der zahlreichen in den ersten beiden Stuttgarter Gesprächen vorgetragenen Situationsanalysen und Grundsatzklärungen zu verdeutlichen. Im zweiten Teil („Positionen und Empfehlungen“) gebe man eine Reihe von Empfehlungen, die man für geig-

net halte, einen gewaltfreien Ablauf von Demonstrationen zu fördern.

Bei der Abfassung der Erklärung habe der gemeinsame Wunsch nach gegenseitiger Verständigung im Vordergrund gestanden. Gleichwohl habe man für notwendig und zweckmäßig gehalten, bestehende Dissenspunkte klar beim Namen zu nennen. Anliegen beider Autoren sei es gewesen, der Erklärung keinen verbindlich-regulativen, sondern einen empfehlenden Charakter zu verleihen.

Herr Kraft berichtete, Landespolizeipräsident Dr. Stümper habe den Entwurf durchgesehen und keine Einwendungen erhoben. Er hoffe, das Papier zu gegebener Zeit auch innerhalb der Polizei verbreiten zu können.

Der von Herrn Kraft erarbeitete und mit Herrn Dr. Sternstein abgestimmte Entwurf wurde von der Arbeitsgruppe sorgfältig durchgesehen und ausführlich beraten. Im Ergebnis verständigte sich die Arbeitsgruppe auf den Wortlaut der beiliegenden Erklärung (Anlage). Die Arbeitsgruppe empfiehlt den Teilnehmern des 3. Stuttgarter Treffens am 8.9.1983, die Annahme des Papiers in dieser Fassung zu beschließen. Die Arbeitsgruppe betonte, sie werde sich um bereits jeweils verbandinterne Akzeptanz des Empfehlungspapiers bemühen. Anzustreben sei, die Zustim-

mung der gesamten AGU, d.h. aller in ihr vertretenen gesellschaftlichen Kräfte zu erhalten.

### TOP 2: 3. Stuttgarter Gespräch am 8. September 1983

Für die nächste Gesprächsrunde am 8. September 1983 in Stuttgart-Degerloch schlägt die Arbeitsgruppe einstimmig vor:

- Verzicht auf Referate
- Schwerpunktthema: das Empfehlungspapier (wird den angemeldeten Teilnehmern vorab — „vertraulich!“ — zur Verfügung gestellt) zu klären noch die Fragen
  - wer ist Subjekt des Empfehlungsschreibens?
  - Wo liegen die Gemeinsamkeiten im Falle einer Entwicklung, die den Grundgedanken des Papiers zuwiderläuft?
- einzuladen ist nur der Teilnehmerkreis der letzten Veranstaltung vom 24. März, ohne Prof. Kriele, da dieses Mal auch kein Referat zusätzlich; Herr Pommerehne (DGB-Landesvorsitzender Ba-Wü), (Polizei-) Vertreter des Landes NRW, evtl. einige Parlamentarier aus Ba-Wü.

## Auszug aus dem Stuttgarter „Empfehlungspapier“

Die Polizei wird sich auf neue gewaltfreie Demonstrations- und Aktionsformen durch entsprechend defensives Auftreten und Einschreiten einstellen. Unverzichtbare Voraussetzung für eine von der Polizei gewünschte deutliche Zurückhaltung ist jedoch — eine frühzeitige, eindeutige Absage an Gewalttätigkeiten, — eine Kalkulierbarkeit des gewaltfreien Verhaltens, — das durchgängige Verhalten entsprechender Demonstrationen und Aktionen von jeglichen Gewalttätigkeiten.

Alle Beteiligten sollten sich bemühen, Mißverständnisse und provozierend wirkende Verhaltensweisen und Maßnahmen zu vermeiden. Dazu können gehören:

- Das Nichtankündigen von Versammlungen und Aktionen,
- das vermeintliche Auftreten oder die Bewaffnung von Demonstranten,
- das Verhören oder Beleidigen einzelner Polizeibeamter,
- Aktionen und Maßnahmen, die Personen unverhältnismäßig behindern, bedrohen oder gefährden,
- Maßnahmen, die schärfere polizeiliche Einschreiten provozieren,
- aggressiv oder martialisch wirkendes Auftreten von Polizeikräften,
- unnötig, überzogen oder unverhältnismäßig wirkende polizeiliche Einsatzmaßnahmen,
- unnötige Machtdemonstrationen von Seiten der Politiker, der Polizei oder der Verbände/Veranstalter.

Alle Beteiligten sollten bemüht sein, sowohl die eigenen Möglichkeiten und Grenzen als auch die des potentiellen oder tatsächlichen Konfliktpartners zu beachten. In regionalen und örtlichen Gesprächen sollten anläßübergreifend die zahlreichen Ansätze guten Willens ausgebaut werden. Es sollten Absprachen und Regelungen gesucht werden, um Konfliktsituationen zu entschärfen und Fehler konkret am jeweiligen Einzelfall zu besprechen. Weitere Gespräche zwischen Vertretern von Regierung, Parteien, Behörden, Polizei, Bürgerinitiativen, Verbänden und Kirchen können dazu beitragen, bestehende Vorurteile abzubauen, gegenseitige Verständigungsversuche zu fördern und zu einer differenzierteren gewaltfreien politischen Auseinandersetzung zu kommen.



Dokument

# Gespräch über Möglichkeiten der Deeskalation von Umweltdemonstrationen am 27. Oktober, Stuttgart, Waldhotel Degerloch

**Teilnehmer:** Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

**Gastgeber:** Kirchenrat Wolfgang Kilger, Evangelisches Landesamt, Stuttgart

**Vorsitzender:** Dr. Benno Weimann, MdL NW, Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.

**Moderator:** Oberkirchenrat Dr. Rolf Krapp, Kirchenkanzlei der EKD, Hannover

Nach einem Grußwort von Herrn Kilger eröffnete Herr Dr. Weimann die Veranstaltung.

Herr Dr. Krapp führte durch das Gespräch. Er stellte die Orientierungspunkte für die Diskussion der Kernfrage nach der Verantwortung des einzelnen angesichts einer geplanten Umweltdemonstration.

Die nachfolgenden Beratungen gliederten sich in zwei Abschnitte:

- allgemeine Situationsbeschreibung aus der Sicht der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Aufhebung der erörterten Problemfelder

Sowohl die grundsätzlichen Ausführungen als auch die „Wunschliste“ werden im folgenden gruppenweise wiedergegeben. Anzumerken ist, daß die einer Gruppe zugeordneten Aussagen nicht ohne weiteres die Auffassung aller Gruppenmitglieder widerspiegeln müssen.

## I. Grundsatzdebatte

### Umweltverbände/Bürgerinitiativen

— Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen

## I. Grundsatzdebatte

### Umweltverbände/Bürgerinitiativen

- Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sind eklatante Meinungsunterschiede in fundamentalen Fragen der Zukunft unserer Lebensgrundlagen.
- Bedeutsame im Volk vorhandene Bedürfnisse, Anliegen, Interessen und Meinungen werden durch die legitimierte Entscheidungsträger nicht repräsentiert. Diese Schwäche der Wirklichkeit unserer repräsentativen Demokratie muß Aufforderung sein, über die bestehenden Entscheidungsfindungs- und Beteiligungsprozeduren nachzudenken. Ziel eines künftigen Reglements der politischen Willensbildung muß sein, die Angelegenheiten betroffener Bürger — auch wenn diese nicht mehrheitsfähig sind — stärker zu berücksichtigen.
- Die mit der Umsetzung politischer Entscheidungen einhergehende Güterabwägung sollte das Gut „Innerer Frieden“ nicht vernachlässigen.
- Der Staatsbürger hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gegen ein Unrecht empfundene Mehrheitsentscheidungen gewaltfrei Widerstand zu leisten. Dieser Widerstand kann auch die Form des bürgerlichen Ungehorsams annehmen. Unter der politischen Aktionsmethode des bürgerlichen Ungehorsams wird die bewußte Übertretung von Gesetzen und polizeilichen Anordnungen verstanden. Untrennbar verbunden mit der Aktion des bürgerlichen Ungehorsams ist

- die Bedingung, daß alle legalen Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, ausgeschöpft sind,
- die Bereitschaft, alle für ge-

recht gehaltenen Gesetze zu beschließen,

- die Bereitschaft, die für die Gesetzesübertretung vorgesehene Strafe auf sich zu nehmen.

Um zu vermeiden, daß bürgerlicher Ungehorsam aus Gewissensgründen zur Rechtfertigung von Zwang und Gewalt gegen Mitbürger oder staatliche Organe mißbraucht wird, sollte bei Massendemonstrationen auf entsprechende Aktionen verzichtet werden.

- Die Gefahr der Radikalisierung des Widerstandes hat in der jüngeren Vergangenheit zugenommen. Der Grund für die wachsende Bereitschaft, von legalen zu illegalen Formen des Protestes überzugehen, beruht auf der Erfahrung, daß auch anhaltender Protest vielfach ohne sichtbare Wirkung geblieben ist.
- Das leichtfertige Abschätzen von Minderheits/Mehrheitsverhältnissen sowie die Tatsache, daß politische Entscheidungen in unstrittenen, ungelösten, d.h. noch nicht entscheidungsfähigen Fragen getroffen worden sind, hat eine Verhärtung der Positionen gefördert.
- Bei der Durchsetzung staatlicher Autorität ist dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel besondere Rechnung zu tragen. Ein sparsamer und flexibler Gebrauch staatlicher Machtmittel ist geeignet, Eskalationen und unnötige Konflikte zu verhindern, ohne die Rechtssicherheit unbedingt zu beeinträchtigen.
- Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) repräsentiert nur einen Teil der Umweltschutzbewegung. Bestandteil des Kontaktes zu anderen Gruppen ist auch das Eintreten für Verzicht auf Gewaltanwendung. Die Möglichkeiten der Einflußnahme auf andere, insbesondere radikale Randgruppen, sind jedoch eher bescheiden.

von Umweltschutz (BBU) repräsentiert nur einen Teil der Umweltschutzbewegung. Bestandteil des Kontaktes zu anderen Gruppen ist auch das Eintreten für Verzicht auf Gewaltanwendung. Die Möglichkeiten der Einflußnahme auf andere, insbesondere radikale Randgruppen, sind jedoch eher bescheiden.

### Polizei

- Eine der Ursachen des gesellschaftlichen Protestes ist das Empfinden, Sachzwängen und Reglementierungen ausgesetzt zu sein, ohne ausreichende Chance zur selbstverantwortlichen Gestaltung von Freiräumen. Das daraus resultierende Gefühl der Ohnmacht und Empörung muß durch breitangelegte Informationen über die Möglichkeiten einer aktiven Bürgerbeteiligung in einem demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozeß entgegengewirkt werden.
- Zum Wesen einer demokratischen Gesellschaft gehört die Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Meinungen. Pluralismus bedeutet Mehrheiten und Minderheiten. Grundelement demokratischer Gesinnung ist der Respekt auch vor der Minderheitsmeinung. Dieser Respekt darf jedoch die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der politischen Entscheidungsebenen, d.h. die Regier-

barkelt des Gemeinwesens nicht beeinträchtigen.

- Zwischen Auftrag der Polizei und Legitimation von Politik und Polizei muß scharf getrennt werden. Die Polizei ist ein Vollzugsorgan; sie kann kein Korrektiv gesellschaftspolitischer Fehlentwicklungen sein.
- Ausgangspunkt der polizeilichen Verantwortung bei Demonstrationen ist die Verpflichtung auf die Verfassungsordnung: Die Polizei hat die Aufgabe, sowohl die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu schützen als auch die Wahrnehmung des Rechts auf Demonstrationenfreiheit zu gewährleisten.
- Die polizeiliche Vorbereitung auf eine Demonstration basiert im wesentlichen auf dem Ergebnis einer Lagebeurteilung. Diese Lagebeurteilung — in die im allgemeinen auch Gespräche mit der Demonstrationsleitung einfließen — schließt sowohl eine Rechtslagebeurteilung als auch eine Besprechung taktischer Fragen mit ein.
- Der Bewegungsspielraum der Polizei wird maßgeblich durch die Strafgesetzbuchgebung begrenzt.
- Erfahrungen aus der polizeilichen Vollzugspraxis mit taktisch begründeter Zurückhaltung sind nicht durchweg positiv. Weniger strenge Auslegung des Ordnungsauftrages wurde nicht selten als Schwäche ausgelegt und entsprechend ausgenutzt.
- Im Verständnis der Polizei ist der Begriff „Gewalt“ nicht diffus, sondern durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes klar definiert.
- Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung wird durch die Anonymität und heterogene Zusammensetzung von Demonstrationen verstärkt. Zur Verhinderung von Gewalt und damit zur Verbesserung der „Demonstrationskultur“ ist es notwendig, daß

der Begriff „Gewalt“ nicht diffus, sondern durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes klar definiert.

- Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung wird durch die Anonymität und heterogene Zusammensetzung von Demonstrationen verstärkt. Zur Verhinderung von Gewalt und damit zur Verbesserung der „Demonstrationskultur“ ist es notwendig, daß die Initiatoren von Protestveranstaltungen verstärkt Verantwortung für den Kreis der Demonstrationen übernehmen.
- Zwischen der Herstellung von Öffentlichkeit und der Illegalität von Aktionen besteht ein unheilvoller Zusammenhang. Spektakuläre ungesetzliche Aktionen erregen die öffentliche Aufmerksamkeit durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien weit eher als mühselige Überzeugungsarbeit im Prozeß demokratischer Meinungsbildung und Willensbildung.
- Die Wortführer von Protestaktionen könnten einen bedeutenden Beitrag zur Deeskalation leisten, indem sie sich in den eigenen Reihen um Verständnis für die Aufgabe und Rolle der Polizei bemühen.
- Die Kirche wird ersucht, alle Konfliktbeteiligten in ihre seelsorge-liche Verantwortung einzubeziehen.

### Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (Einzelpersönlichkeiten)

- Begleiterscheinung der derzeitigen tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Umorientierung ist eine spärliche Geringschätzung der „politischen Kultur“.
- Zug Herstellung eines politischen und gesellschaftlichen Klimas, in dem sich gewaltfreie Diskussion und Auseinandersetzung von selbst verstehen, ist der Respekt vor der Auffassung des anderen und der Abbau von gegenseitigem Mißtrau-

en ebenso notwendig wie ein entschlossenes Eintreten für die mit einer demokratischen Verfassungsordnung gebotenen Möglichkeiten der Konfliktkanalisierung und Konfliktbeherrschung.

- Grundlegende Bestandteile der politischen Auseinandersetzung in einem demokratischen Gemeinwesen sind die Prinzipien der Mehrheitsentscheidung, des Minderheitenschutzes und des Gewaltverzichts.
- Kontinuierlicher Widerstand von Minderheiten gegen Mehrheitsentscheidungen, die z.B. als gravierende Beeinträchtigung der eigenen Lebenschancen empfunden und deshalb als nicht-kompromißfähig eingestuft werden, ist — sofern er auf der Grundlage bestehender Gesetze vorgelagert wird — mit diesen Prinzipien vereinbar.
- Mit diesen Prinzipien nicht vereinbar sind illegale Aktionen von Minderheiten, auch wenn sie aus Verzweiflung über die Möhseligkeit und Langwierigkeit demokratischer Entscheidungsprozesse vorgenommen werden.
- Demonstrationen sind ein legales und wichtiges Mittel der Konfliktäußerung. Der Schutz der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit muß im Rollenverständnis der Polizei eine erste Aufgabe sein.
- Die sich zum Teil in Gewalttätigkeiten offenbarenden gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme sind vielschichtig, sie lassen sich nicht auf eine einzelne Ursache, z.B. einen „Generationenkonflikt“ zurückführen.
- In einer Analyse der Gründe für die Verhärtung der Fronten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung erweisen sich folgende Faktoren als besonders bedeutsam und müssen deshalb vorrangig Ansatzpunkte einer Konfliktlösungs-Strategie sein:
  - Formen der Entscheidungsfindung
  - Art der Durchsetzung von Mehrheitsentscheidungen/ Umgang mit den im Entscheidungsfindungsprozeß Unterlegenen
  - Bei der Lösung der Probleme ist die
    - der gesellschaftlichen Gruppe „Frauen“
    - der Medien bzw. der veröffentlichten Meinung der Interessen
 besondere Beachtung zu schenken.

### Kirchen

- Ansatzpunkt für die Lösung der gesellschaftlichen Spannungen ist die Frage nach der Art, mit Minderheiten umzugehen und Mehrheitsentscheidungen durchzusetzen.
- Überlegenwert scheint, das Mehrheitsprinzip stärker mit dem Gedanken der Mäßigung zu verknüpfen. Mäßigung in dem Sinne, daß die Mehrheit auf Entscheidungen verzichtet, die allzuweit in die Zukunft determinierend vorausgreifen. Eine Entschärfung des Konfliktes setzt voraus, daß Minderheiten die grundsätzliche Chance sehen, unerwünschte Entwicklungen im Wege der aktiven Meinungsverbürgung zu verändern. Hierzu müssen Entscheidungen reversibel bleiben, korrigierbar durch ggf. neue Mehrheiten.
- Der innere Frieden eines Gemeinwesens hängt entscheidend ab vom Grad der Zustimmung für seine Aktivitäten. Um das Entstehen unversöhnlicher Streitpositionen zu vermeiden, muß in Zukunft — energischer als bisher — der Versuch unternommen werden, Meinungsunterschiede in Gesprächen im Vorfeld parlamentarischer und juristischer Entscheidungen auszuräumen.
- Für den friedlichen Ablauf von Demonstrationen ist von Bedeutung, daß nicht nur der Kreis der Demonstranten, sondern auch die Polizei umfassend über das sachliche Anliegen der Aktion unterrichtet sind.

### Politik (Parlamentsvertreter)

- Die gegenwärtigen Schwierigkeiten beruhen in ihrem Kern auf der sich in einzelnen gesellschaftlichen Gruppen verstärkenden Neigung, demokratisch zustande gekommene Mehrheitsvoten zu ignorieren. Grundvoraussetzung für die Eingrenzbarkeit und Beherrschbarkeit der Konflikte ist jedoch die Bereitschaft aller Beteiligten, d.h. auch der Umweltverbände und Bürgerinitiativen, die Grundprinzipien der demokratischen Entschei-

nungsfindung vorbehaltlos anzuerkennen. Nur auf der Grundlage der gemeinsamen Verpflichtung auf die Verfassungsordnung als konfliktiertes Minimum an gemeinsamer Überzeugung lassen sich die entstandenen Frontstellungen überbrücken.

- Der Staat kann auf die Durchsetzung des Rechts nicht verzichten. Er ist an seine Gesetze gebunden. Die Polizei ist deshalb verpflichtet, auf Gewaltanwendung und Rechtsverletzung unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsprinzips zu reagieren.
- Umweltverbände und Bürgerinitiativen müssen sich bewußt werden, daß spektakuläre gewalttätige Aktionen, die von einer nicht selten skandalorientierten Medienberichterstattung in die Öffentlichkeit getragen werden, der Sache der Umweltschutzbewegung mehr schaden als nützen. Die Ziele des Umweltschutzes sind nur mit Gewaltlosigkeit vereinbar. Das Eintreten für die Bewahrung der natürlichen Umwelt und den Schutz des Lebens wird unglaubwürdig, wenn Gewaltanwendungen die Schlagzeilen beherrschen.
- An Demonstrationsteilnehmer wird appelliert, sich nachdrücklich für den friedlichen Ablauf von Protestaktionen zu engagieren. Dies bedeutet, daß man sich von gewalttätigen Störungen umstandslos distanzieren und diese nicht dem Zugriff der staatlichen Sicherheitsorgane entzieht.

## II. Wunschliste

(Anm.: die vorgestellten Anregungen und Wünsche wurden zum Teil zusammengefaßt.)

### Umweltverbände/Bürgerinitiativen

- Stärkerer Einbezug des Gutes „Innerer Frieden“ in die Güterabwägung auf politischer Ebene
- Abbau von Feindbildern auf allen Seiten
- Mehr Differenzierung in der Auseinandersetzung auf allen Ebenen
- Entgegenwirken der Polizei gegen Bestrebungen, gesellschaftliche Probleme in Auseinandersetzungen mit ihrem Handeln zu klären (Manuskript nicht exakt zu lesen, Anm. der Red.)
- Gelassenheit und absolute Neutralität auf Seiten der Polizei auch angesichts politischer Scharfmacherei, insbesondere durch die Medien
- Aktives Eintreten aller Beteiligten für ein Verhindern von Gewalt, grundsätzlich keine Gewaltanwendung gegenüber gewaltlosen Demonstranten
- Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme zwischen Polizeieinsatzleitung und Demonstrationsleitung
- Stärkere optische Zurückhaltung der Polizei; defensiver Objektschutz
- Demonstrationen nach Möglichkeit in sicherem Abstand zum Objekt veranstalten

Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme zwischen Polizeieinsatzleitung und Demonstrationsleitung

- Stärkere optische Zurückhaltung der Polizei; defensiver Objektschutz
- Demonstrationen nach Möglichkeit in sicherem Abstand zum Objekt veranstalten
- Weitgehende Offenheit der Polizeieinsatzplanung
- Aufnahme entsprechender Gespräche auf verschiedenen Ebenen

### Polizei

- Rückgewinnung des Respektes der Minderheiten vor der Verfassung
- Die Grenzen des bürgerlichen Widerstandes klar aufzuzeigen
- Nutzung des Vorfeldes politischer Entscheidungen für das Abklären von Meinungsunterschieden
- Empfehlung an die Vertreter der Umweltschutzbewegung zu mehr Beteiligung in den politischen Parteien
- Stärkung der Verständigungsbereitschaft, mehr Kompromißbereitschaft auf allen Seiten
- Verzicht auf Versuche, die Polizei zu einem ständigen, uneinsichtigen Gegner zu erklären
- Stärker in das Bewußtsein rücken, daß der Polizeibeamte nicht auf eigene Grundrechte verzichtet hat, und — wie alle übrigen Bürger — ein Recht auf körperliche Unverletzlichkeit besitzt
- Differenzierung, sorgfältiger Umgang mit belasteten Begriffen
- Abgabe einer Erklärung („Stuttgarter Papier“) zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von Gewalttätigen bei Demonstrationen
- Begriff der „Gewalt“ am geltenden Recht messen



Fortf. von vorheriger Seite

- Bei Demonstrationen Krawalle vermeiden
- Demonstrationen nicht mehr in Objektnähe veranstalten
- Bei Anzeichen für einen unfriedlichen Demonstrationverlauf auf Aktion verzichten bzw. auch abbrechen
- Verdeutlichen der Verantwortung von Demonstrationsveranstaltern für die zurechenbaren Folgen der Aktion
- Fortführung der eingeleiteten Gespräche
- Beteiligung von Presseverantwortlichen und von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden an künftigen Gesprächen, desgleichen stärkere Einbeziehung der politischen Ebene einschließlich der „Grünen“

#### Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen

- Stärkere Einbindung der Politik und der Medien in die Verantwortung für das Klima der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen
- Klare Stellungnahmen der Umweltverbände und Bürgerinitiativen zu Fragen der sinnvollen Ordnung des Gemeinwesens, insbesondere zum Demokratieverständnis
- Widerstand der Polizei gegen Versuche, zur Lösung politischer Probleme mißbraucht zu werden
- Vermeidung gegenseitiger Verteufelung, Bemühen um Ehrlichkeit und gegenseitiges Verständnis
- Enges Kontaktverhalten, verfügbare Ansprechpartner bei Demonstrationen
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bei Bürgerinitiativen zugunsten der gewaltfreien Einstellung vor allem in Richtung radikaler Randgruppen
- Lernen bzw. Hilfe bieten, Tatsachen zu erfragen
- Für das Projekt „Wyl“ eine alle Seiten befriedigende Lösung finden
- Erstellung einer „Stuttgarter Erklärung“, in deren Mittelpunkt der Verzicht auf Gewalt stehen sollte
- Vermeidung unnötiger Machtdemonstrationen von Polizei und Umweltverbänden
- Gründliche Prüfung der Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Einsatzmittel
- Verzicht auf Anonymität auf Seiten der Demonstranten und der Polizei
- Pressemitteilungen der Polizei sorgfältig abfassen
- Fortsetzung des Gesprächs mit Hilfe der AGU, insbesondere auch unter Beteiligung von Frauen, evtl. auch Verfassungsschutz hinzuziehen
- Entsprechende Gespräche auch in anderen Bundesländern führen
- Resonanz dieses Gesprächs bis in das BMI
- Die Presse an weiteren Gesprächen beteiligen

#### Kirchen

##### Kirchen

- Auf politischer Ebene stärkere Berücksichtigung des Gewichtes der epochalen Veränderung in der technologischen Dimension
- Differenzierung in Urteil und Sprache, u.a. in Bezug auf geschichtliche Fundamentalloposition
- Überlagter Umgang mit den eines Tages definitiv unterliegenden Minderheiten
- Intensiveres Bemühen des BBU um Randgruppen
- Persönliche Begegnung der potentiell Beteiligten im Vorfeld der Demonstration

#### Politik

- Klärung der Frage (in nächster Gesprächsrunde), welche Kompetenz auf welchen Entscheidungsebenen eigentlich akzeptiert werden
- Eintreten gegen die Verrohung in Sprache und tatsächlicher Konfrontation
- Juristische Folgen des bürgerlichen Ungehorsams deutlich machen

#### III. Termin für eine nächste Gesprächsrunde

Die Gesprächsteilnehmer verständigten sich darauf, am

Donnerstag, dem 24. März 1983  
10.00 Uhr, Stuttgart, Waldhotel  
Ogerloch

zu einer zweiten Beratungsrunde zusammenzukommen. Herr Kirchhof erklärte sich bereit, die organisatorische Vorbereitung auch des nächsten Treffens zu übernehmen.

Bonn, den 12. November 1982  
Witth

## Loccumer und andere Gespräche Sage mir mit wem Du sprichst...

Ein Name taucht im Rahmen der „Deeskalationsgespräche“ zwischen Polizeiführung und Friedensfunktionären besonders häufig auf: Dr. Alfred Stümper, leitender Polizeidirektor in Baden-Württemberg, aktiver Theoretiker und Propagandist eines totalen Sicherheitsstaats. Sein Büro führt lt. seinem Stellvertreter Dr. Gaa schon seit Jahren vertrauliche Gespräche mit dem sog. Spelausschuß der AGU (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen), an denen auch Mitglieder des BBU beteiligt waren. Stümper's Büro startete im Auftrag des Innenministeriums im Oktober '82 die „Stuttgarter Gespräche“ als Modellversuch für weitere mögliche Deeskalationsrunden bezüglich der bevorstehenden '83er Herbst-Aktivitäten der Friedensbewegung; aus seinem Büro stammt auch der Entwurf der „Stuttgarter Erklärung“, eine gemeinsame Produktion vom Stümper-Vertrauten Dr. Kraft und BBU-Vertreter Sternstein, mit der die Friedensbewegung auf einem dritten Stuttgarter Treffen am 8.9.83 auf generellen Gewaltverzicht und Kooperation mit der Polizei eingeworben werden sollte. Im Begleitschreiben zum Erklärungsentwurf ist ausdrücklich angemerkt, Herr Stümper habe „den Entwurf durchgesehen und keine Einwände erhoben“. Für die Loccumer Gespräche hat Stümper sogar seine persönliche Teilnahme zugesagt. Offensichtlich beabsichtigte er dort bereits auf Grundlage der „Stuttgarter Erklärung“ zu operieren. Das wäre gutes Timing gewesen... Die vorzeitige Veröffentlichung des Geheimentwurfs hat dieses Timing zwar durchkreuzt. Nichtsdestoweniger ist Dr. Stümper auf Grund der Stuttgarter Modellversuch-Erfahrung unter den offiziellen Teilnehmern seitens der Regierung, Polizei und Bundeswehr der Mann, der Durchführung, Klima und Zeitsetzung der nach wie vor geplanten Loccumer Gespräche — und eventuell weiterer Gesprächsrunden — entscheidend bestimmt.

Wer wissen will, welchen Sinn die Gespräche seitens des Staates und seiner „Sicherheitsorgane“ haben, und was von den Beteuerungen zu halten ist, die Loccumer Gespräche könnten der Friedensbewegung dienen, muß sich ansehen, für welches Programm der Name Stümper steht.

Zunächst eins vorweg, um Mißverständnisse zu vermeiden: Dr. Stümper hat keine aktive Nazi-Vergangenheit, sondern gehört zur Generation der sog. weißen Jahrgänge, deren Karriere erst mit der Restauration des westdeutschen Staatsapparats nach 1945 begann. Er wurde 1925 in München geboren, durchlief die Offiziershochschule, Jurastudium, Arbeitsdienst, war Leutnant bei der Kriegsmarine. Nach '43 war er zunächst als Richter in Zivil- und Strafsachen tätig. Von 1958 bis 1962 war er Leiter der Polizeifachschule und Rechtsabteilung in Stuttgart, von 1962 bis 1971 Polizeipräsident von Mannheim. Seit 1971 ist er als Ministerialdirigent leitender Polizeidirektor der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ im Innenministerium Baden-Württembergs und damit verantwortlich für die fünf Landespolizeidirektionen, die Bereitschaftspolizei, die Wasserschutzpolizei, die Landespolizeischule, das Landeskriminalamt sowie auch das Landesamt für Verfassungsschutz.

Mindestens schon seit 1975 ist er Mitglied des AK II der Innenministerkonferenz („öffentliche Sicherheit“), der Arbeitsgemeinschaft der Polizeipräsidenten der BRD, des Kuratoriums der Polizeiführungsakademie Hiltrup, des Forschungsbereichs des BKA; außerdem hat er einen Lehrauftrag für Kriminalpolitik an der Universität Mannheim. Er war Leiter der Arbeitsgruppe I der Kommission zur Reform des BKA sowie Vorsitzender der Projektabteilung der Innenministerkonferenz für die Entwicklung eines „Vorbeugungsprogramms gegen

der Polizeiführungsakademie Hiltrup, des Forschungsbereichs des BKA; außerdem hat er einen Lehrauftrag für Kriminalpolitik an der Universität Mannheim. Er war Leiter der Arbeitsgruppe I der Kommission zur Reform des BKA sowie Vorsitzender der Projektabteilung der Innenministerkonferenz für die Entwicklung eines „Vorbeugungsprogramms gegen Jugendkriminalität“.

Die „Stuttgarter Gespräche“ sind keineswegs Dr. Stümper's erstes Modellprojekt. Er hat auch auf anderen Gebieten schon entscheidende Pionierarbeit für die „Innere Sicherheit“ der BRD geleistet:

- er gilt unter seinen Kollegen als Vater des MEK, d.h. er hat den Aufbau verdeckt arbeitender, „operativer“, d.h. nicht an Gesetz und Recht, sondern lediglich am Fahndungserfolg ausgerichteter Sonder-Einheiten konzeptionell an vorderster Front entwickelt und in Baden-Württemberg ihren Einsatz im Modellversuch erprobt. Konsequenterweise ist er heute Pionier, wenn es in Sachen „verdeckte Verbrechensbekämpfung“ — V-Leute-Einsatz u.a. um die Lösung der Polizei vom Legalitätsprinzip geht. Eine entsprechende Empfehlung des AK II der Innenministerkonferenz aus diesem Jahr trägt diesbezüglich eindeutig Stümper's Handschrift.
- als Projektleiter der Innenministerkonferenz-Kommission zur Entwicklung eines „Vorbeugungsprogramms gegen Jugendkriminalität“ war er verantwortlich für das hauptsächlich in Baden-Württemberg praktizierte Experiment des „Jugendpolizisten“, das allerdings am massiven Widerstand der Jugendlichen scheiterte. Unter Stümper's Leitung wurden daraus die konzeptionellen Schlußfolgerungen gezogen, auf denen die aktuellen sog. Jugendpräventionsprogramme von Bund und Ländern heute basieren; Sie ersetzen die von den Jugendlichen abge-

wehrte direkte Bespitzelung durch die schleichende, aber gezielt betriebene Verpolizeichung der Jugend- und speziell Jugendsozialarbeit (siehe dazu AK 232 „Die Jugendlichen von heute, die Kriminellen von morgen?“).

Besonders Beachtung verdienen die kürzlich in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Pläne der Baden-Württembergischen Polizeiführung, den bevorstehenden Baubeginn am AKW



Polizeipräsident Stümper

Nun, ich glaube, daß Polizei und Friedensbewegung furchtbar aufpassen müssen, daß die Chaoten die Friedensbewegung nicht dazu nützen, um Kriminalität unter dem Deckmantel eines Grundrechts zu begehen, wodurch man ja das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit diskriminieren, vielleicht im Laufe der Zeit sogar gefährden könnte. Jeder vernünftige Mensch wird sehr darauf achten, daß man diese beiden ganz entgegen gesetzten Dinge nicht miteinander vermischt, deswegen bin ich auch der Auffassung, wenn unter dem Schutz einer Demonstration Kriminelle tätig werden, das heißt Steine werfen und dergleichen, daß sich sofort die friedlichen von diesen absondern würden, damit die Polizei auf die Kriminellen zugehen kann, denn man kann nicht vom Frieden reden und selbst Steine und Molotowcocktail schmeißen.

(Interview des Süddeutschen Rundfunks am 8.9.83 mit Stümper)

Whyt mit einem Polizei-Großeinsatz durchzusetzen zu wollen, bei dem mit „Toten auf beiden Seiten“ gerechnet werden müsse. Angesichts dieser Lage verlangt die Polizeiführung Unterstützung seitens der Politiker: so solle eine entsprechende Entscheidung des Parlaments herbeigeführt werden, die „die demokratische Legitimation verleihe und die politische Durchsetzbarkeit erleichtere“ soll. Auch der Termin des Baubeginns müsse unter politischen und zugleich einsatztaktischen Gründen festgelegt werden. Günstig sei z.B. die letzte Märzwoche, weil dann die Landtagswahlen vom 25.3.84 vorbei seien, andererseits aber der geplante Groß-Luftseinsatz der Polizeikräfte noch nicht durch frische Frühjahrseinsparungen der Wälder behindert werde. Diese freie Sicht für die Luftlande-Truppen der Polizei sei nötig, denn: „In dieser grünen Hölle kann eine ganze Armee verschwinden.“ Geplant ist ein Einsatz von mindestens 15.000 Mann, davon 5.000 aus Baden-Württemberg, der Rest aus Bereitschaftspolizeien anderer Bundesländer und BGS, ausgerüstet nach Möglichkeit mit Gummischrotgewehren und Hubschrauberstaffeln bei Kosten von mindestens 10 Millionen DM. Die knallharte Vorbereitung und gegebenenfalls

destens 10 Millionen DM. Die knallharte Vorbereitung und gegebenenfalls Durchführung dieses bürgerkriegsartigen Großeinsatzes stammt aus der Werkstatt des Strategen Stümper — der damit nicht nur die „Schlappe“ von 1975 ausgleichen will, sondern zugleich deutlich macht, wie er den Inneren Frieden herzustellen gedenkt.

Im Schatten der fünfzehnjährigen sozialdemokratischen „Sicherheitspolitik“, zunehmend seit H. Herold's Abgang als langjähriger Chefideologe der westdeutschen Polizei, hat Stümper sich zum führenden Theoretiker, Ideologen und Propagandisten einer „Sicherheitspolitik aus einem Guß“, zum „Sicherheitsstrategen“ schlechthin entwickelt. Spätestens seit 1969 fordert er in den Kaderorganen der westdeutschen Polizei („Die Polizei“, Zeitung der Führungsakademie Hiltrup, „Kriminalistik“ u.a.) immer wieder eine „zentrale Planungs- und Forschungsstelle“, eine auf einer solchen Grundlagenforschung aufbauende allgemeine präventive „Sicherheitspolitik“. 1979 forderte er zum ersten Mal die Einrichtung einer von ihm sog. „Generaldirektion Innere Sicherheit“ um den „Gesamtauftrag „Innere Sicherheit“ im Rahmen einer Generaldirektion zusammenzufassen, konzeptionell zielgerichteter auszugestalten und nach forschungs- und planungsmäßig zu untermauern“ („Kriminalistik“, 1/79). Bis 1981 dürften zwischen 40 und 50 Stümper-Aufsätze rund um das Thema „Zielgerichtete Sicherheitspolitik“ in diversen Fachorganen der Polizei und sonstiger einschlägiger Presse erschienen sein. Stümper ist damit neben ex-BKA-Präsident H. Herold der schreibfreudigste Mann unter den westdeutschen Polizisten — und heute mit Sicherheit auch der meistgelesene. Seit 1981 ist sein Buch auf dem Markt, in dem er unter dem Titel „Systematisierung der Verbrechensbekämpfung — Die Herausforderung von Politik, Ju-

stiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik“ seine strategischen Vorstellungen lehrbuchartig und leicht faßlich zusammengefaßt hat. Damit dürften seine Vorstellungen auch in die Polizeischulen Eingang gefunden haben, denn seine dogmatischen Schematisierungen und eingängigen, lehrsatzmäßig gefaßten Vereinfachungen der „Sicherheitsproblematik“ müßten auch für den dümmsten Bullen beim zweiten Lesen verständlich sein.

Mit der Veröffentlichung dieser Propagandabroschüre stieg Stümper nachweislich zum Vorbereiter seiner Szene auf; seither finden sich die von ihm jahrelang propagierten und in dem Buch präzisierten Vorstellungen z.T. bis in die Vokabeln hinein bei „Sicherheitsexperten“ geringeren propagandistischen Kalibers wie z.B. dem Nachfolger Herold's im BKA, Dr. Heinrich Boge, wie in den Mitteilungen des Innenministeriums zur Inneren Sicherheit u.a. Stümper selbst kann sich seither in neu verfaßten Aufsätzen darauf beschränken, sich selbst zu zitieren, bzw. die von ihm selbst formulierten Grundsätze mit Hinweis auf die von ihm „bekanntlich“ vertretenen Positionen „anzuwenden“. Wer Stümper's Vorgehen — und damit das der offiziellen Gesprächsteilnehmer in Loccum und anderswo — verstehen will, sollte einige Kernpunkte dieses Buches im Kopf haben (im übrigen sei d r i n g e n d angeraten, das Buch ganz zu studieren).

#### Kernpunkte aus Dr. Stümper's Systematik: 1. Sicherheitspolitik total

Stümper's Ausgangslage: „Wir leben in einer Zeit des totalen Umbruchs, Bilanz als unerschütterlich geltende Werte sind von Grund auf in Frage gestellt. Weit in die Geschichte zurückreichende Entwicklungen scheinen einem Abschluß oder ihrem Ende entgegenzugehen. Sie lassen erhebliche ethische und weltanschauliche sowie menschliche, gesellschaftliche und staatliche Freiräume entstehen, die es neu auszufüllen gilt. Was an gewachsener Substanz bleibt, ist fraglich. Dieser Entwicklungsbruch vollzieht sich im geisteswissenschaftlichen Bereich genauso wie im ideologischen, im technischen genauso wie im wirtschaftlichen. Er trifft letztlich die ganze Menschheit. Und er trifft zwangsläufig auf eine dadurch weithin verunsicherte Welt.“

Zeiten eines solchen epochalen Umbruchs und einer damit gegebenen hohen Labilität der Menschheit bringen in ganz besonderer Weise schwerwiegende Sicherheitsprobleme mit sich. Aus diesem Grunde ist es gerade in einer solchen Zeit von höchster Bedeutung, systematisch, mit einem festen Konzept an die vielfältigen, sich im Sicherheitsbereich quer durch das ganze Leben stellenden Probleme heranzugehen.“

Folgerichtig ist für ihn der „polizeistellenden Probleme heranzugehen.“

Folgerichtig ist für ihn der „polizeiliche Auftrag“ heute total. Dazu hieß es schon '79 bei ihm unmißverständlich: „Heute ist neben dem früheren (teils auch schwieriger gewordenen) polizeilichen Auftrag ein durchgreifender, insoweit völlig neu gerichteter Generalauftrag hervorgetreten, nämlich die innere Sicherheit und die innere Ordnung eines Staates als solche aufrechtzuerhalten. Der polizeiliche Auftrag hat für den Staat einen regelrecht existenziellen Stellenwert bekommen. Durch vielfache länder- und staatenübergreifende Bedrohungen der inneren Sicherheit in weiten Bereichen (internationale Kriminalität; Rauschgift; Terrorismus; gewalttätige Auseinandersetzungen mit militanten Gruppierungen) sind wir von vielen Einzelaufträgen in einen Generalauftrag hineingewachsen, der für einen Staat oberste politische Bedeutung hat: Sicherheitspolitik ist zur Existenzpolitik geworden.“ (Kriminalistik 6/79)

Für Stümper sind Rechtspolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik, Gesundheitspolitik, Schulpolitik usw. Instrumente einer so verstandenen Sicherheitspolitik, die — z.B. im Jugendbereich — „eine gesunde und effektive Einstellung zur Sicherheit“, „ein positives Verhältnis zur Rechtsordnung“ aufbauen sollen — bis dahin, das „notwendige Gespür“ zu vermitteln, „wenn man den staatlichen Organen bei der Verfolgung strafbarer Handlungen zu helfen hat...“

Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang Stümper's Verhältnis zur „Verteidigungspolitik“. Er wendet sich entschieden gegen die „schematische Grundeinstellung“ von innerer und äußerer Sicherheit. „In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendiensten sind zunehmend Lagen denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen Fortsetzung nächste Seite



Fort. von vorheriger Seite

und subversive Aktionen von innen nicht nur im Ernstfall zusammenwirken, sondern lange Zeit voraus systematisch geplant, netzplanmäßig vorbereitet und in einem langfristigen Ablauf genau aufeinander abgestimmt durchgeführt werden ... Das gemeinschaftliche Planen von Polizei und Militär in diesem Bereich muß als etwas ganz Normales, Vernünftiges und Notwendiges gesehen werden. Es darf nicht zu einem staatspolitischem Naerümpfen führen, als ob es sich dabei um staatlich „ehrwürdige Beziehungen“ handeln würde.

Bleibt im Zusammenhang der Lageeinschätzung und Aufgabenbestimmung noch das Schlußwort des Buches zu zitieren: „Die jetzige Sicherheitslage ist ernst. Dies Urteil gründet sich auf eine Gesamtsicht, von der Entwicklung der Kriminalität über aufgetretene innere Ursachen größeren Ausmaßes bis zu einem zunehmenden Einflußbereich staatsfeindlicher Kräfte von innen und außen. Wollen wir die Lage noch im Griff behalten und — was notwendig ist — wieder mehr in den Griff bekommen, muß mit großer Entschlossenheit dieser Auftrag angepackt werden.“

## 2. Strukturprobleme der Demokratie

Grundgesetz, Föderalismus, Recht und Gesetz sind für Stümper — wie er nicht müde wird, immer wieder zu betonen — Behinderungen, die die Polizei für ihre Arbeit im Interesse der Demokratie in Kauf nehmen muß, — „daraus folgt aber auch, — daß Rechtsordnung und polizeilicher Auftrag aufeinander abgestimmt sein müssen.“ Die Zeiten der „Sonnenscheinpolizei“ seien längst vorbei; die Polizei brauche also mehr Eingriffsrechte, damit der Rechtsstaat auch in schweren Zeiten Rechtsstaat bleibe. In einer Zeit des Umbruchs sei es für einen demokratischen Staat „mit einer aus politischen Gründen bewußt in Kauf genommenen Komplexität“ extrem schwierig, die notwendige systematische Sicherheitspolitik durchzusetzen. „Wenn es derzeit an einer wünschenswerten klaren und konsequenten Konzeption der Verbrechensbekämpfung fehlt, so ist dies nicht — jedenfalls nicht im Grundsätzlichen — auf die Unfähigkeit der Verantwortlichen, sondern auf die außergewöhnlich komplizierte und schwierige Entscheidungs- und Durchsetzungsstruktur zurückzuführen.“ Angesichts dieser Problematik nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, bedeute, „zwingend auch auf strukturelle, funktionelle und scheinbar etwas heikle organisatorische Fragen zu stoßen; man kann diese hier nicht einfach ausklammern.“ Eine „zeitgerechte Neukonzeption“ der Sicherheitsinstrumentarien sei unbedingt nötig.

## 3. Generaldirektion Innere Sicherheit

Die „zeitgerechte Neukonzeption“ für einen „effizienten Sicherheitsapparat“ waren für Stümper die Direktiven des

## 3. Generaldirektion Innere Sicherheit

Die „zeitgerechte Neukonzeption“ für einen „effizienten Sicherheitsapparat“ wäre für Stümper die Einrichtung der „Generaldirektion Innere Sicherheit“ (GdIS). Sie soll die bisherigen sicherheitsrelevanten Abteilungen des Innenministeriums aufnehmen. So die Abteilung P (Polizeizeugelegenheiten), IS (Innere Sicherheit), ZV (Zivilverteidigung) und möglichst U (Umweltangelegenheiten). Zwei neue „Kernstücke“ müßten geschaffen werden: eine Strategieabteilung KP (Kriminalpolitik, Vorbeugung) sowie eine Einsatzabteilung PLFST (Planungs- und Führungsstab mit Lagezentrum).

- Aufgaben der GdIS sollen sein:
  - „Erstellung, Auswertung, Bewertung und Fortschreibung eines Großgebilds Innere Sicherheit“ — u.a. um „Ansätze ganzer Kriminalitätsbereiche rechtzeitig zu erkennen ...“ und präventiv zu bekämpfen;
  - „Initiierung, Auswertung und Umsetzung einer anwendungsbezogenen, sicherheits- und kriminalpolitischen Forschung“ (in das die bestehenden Akademien Hilfrup, Münster und die Forschungsstellen am BKA integriert werden sollen);
  - „Gesamtpositionierung der Inneren Sicherheit in der allgemeinen Regierungsverantwortung und -tätigkeit“ (d.h. unmittelbare Einflußnahme auf Regierungsentscheidungen durch entsprechende Entscheidungsvorbereitungen);
  - „Erarbeitung von Sicherheitsstrategien und Gegenstrategien“ (in permanenter ressortübergreifender Stabsarbeit mit dem Ziel des präventiven Eingriffs);
  - „Internationale Zusammenarbeit“;
  - „Erarbeitung von Vorschlägen zur Neustrukturierung von Sicherheitsinstrumentarien“ („Harmonisie-

rung“ mit den Geheimdiensten, Kooperation mit Zivil- und Katastrophenschutz, technischer Verbund aller Sicherheitsorgane u.a. und als zweites: „Motivation der Sicherheitskräfte“ nach innen und außen, z.B. durch Schaffung öffentlicher Anerkennung u.a.); — „Erfolgskontrolle“.

Eine solche „Generaldirektion“ — als deren Direktor sich Stümper vermutlich selbst gern sehen würde — könnte noch am ehesten mit der Machtfülle des „Reichssicherheits-Hauptamts“ der Nazis verglichen werden. Es ist bemerkenswert, daß sich bisher kaum eine kritische Stimme gegen diese Vorstellungen gewandt hat.

## 4. Elemente der Strategie

Stümper ist beflissen darauf bedacht, seine Sprache im demokratischen Rahmen zu halten. Aus „präventivpolizeilichen Überlegungen“ habe man „schon aus klimatischen Gründen Sicherheitslücken in Kauf zu nehmen, wenn man dadurch unserer Jugend von vornherein das Gefühl nehmen kann, in einem „engen“, „kleinlichen“ oder gar repressiv handelnden Staat aufzuwachsen. Man muß ihr — gerade in unserer schwierigen Zeit — innerlich eine Identifizierung mit unserer Gemeinschaft und dem von dieser Gemeinschaft getragenen Staat erleichtern. Insoweit also ein bewußtes Ja auch zu bestimmten, unsere polizeiliche Arbeit eingrenzenden, deutlich liberal ausgerichteten Normen.“ Dann aber kann er sich doch nicht mehr zügeln und kommt auf sein eigentliches Anliegen. Er fände es „absolut unerträglich, aus opportunistischen Gründen entgegen der klaren Rechtslage, rechtliche Freiheiten entstehen zu lassen ...“. Wenn „die gewollte positive Zielsetzung dadurch kaputtgemacht wird oder man sie kaputt machen läßt, daß man diesen Staat als „Überwachungs- und Schnüffelstaat“ mit überzogenen repressiven oder gar faschistoiden Tendenzen beschimpft oder beschimpfen läßt, geht die sicherheitspolitische Rechnung nicht mehr auf. Gerade im Interesse einer gesunden Liberalität und eines freien Klimas in unserer Gesellschaft ist es erforderlich, gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die hier den Staat „modig“ machen. Es gibt nicht nur eine chemische, sondern darüberhinaus auch eine allgemeine menschliche und politische Umweltverschmutzung, die sich gerade auf unsere Kinder und Jugendlichen besonders verheerend auswirken kann. Auch in unserer Zeit gibt es „Schreibstiltler“, die einer ohnehin sich in unserer wertunsicheren Welt schwertunenden Jugend noch völlige Irritationen beschieren. Und nicht nur das. Sie liefern gewissermaßen Ausreden und sogar Rechtfertigungen für gemeinschaftswidriges, sozialwidriges und strafbares Tun vorweg! Eine Kriminalpolitik, die die geistigen Verführer ungerufft läßt und ihre Machtmittel nur gegen die „Verführten, in der Regel junge Menschen, Kinder und Jugendliche, einsetzt, ist schon im Ansatz verfehlt.“ Im Sinne eines derart faschistoid definierten „Umweltschutzes“ postuliert

die geistigen Verführer ungerufft läßt und ihre Machtmittel nur gegen die „Verführten, in der Regel junge Menschen, Kinder und Jugendliche, einsetzt, ist schon im Ansatz verfehlt.“ Im Sinne eines derart faschistoid definierten „Umweltschutzes“ postuliert

**Vorbeugung — als „oberste Kriminalpolitische Grundausrichtung“.** Von den diversen Vorbeugungsmethoden, die er unterscheidet, sei hier nur die „subjektive Vorbeugung“ vorgestellt: „Darunter sind alle Maßnahmen zu verstehen, die auf die Meinungsbildung und Willensbildung sowie die Entscheidungsbildung besonders nachdrücklich einwirken und lästige Personen oder auch potentieller und latenter Straftäter darstellen.“ Als „zentrale Schwerpunkttaufgabe“ betrachtet er dabei die vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität. In einer geradezu dummdreisten Art polemisiert er gegen diejenigen, die sich gegen die — wesentlich von ihm — ausgebrüteten Jugendpräventionsprogramme wenden: „Es scheint geradezu paradox, daß bestimmte Kreise, die bislang der Polizei zuviel Repression vorgeworfen haben, nunmehr, wo diese im vorbeugenden, unterstützenden und auch helfenden Bereich tätig werden will und tätig wird, lautstark dagegen protestieren: Die Polizei würde Kinder und Jugendliche beschimpfen wollen, und sie dränge sich in die Arbeitsbereiche anderer Berufsstände! Man muß fast den Eindruck gewinnen, als ob diese Kräfte die Polizei bewußt wieder in die feindliche repressive Ecke zurückdrängen wollen, um sie als den „bösen Bullen“ mit Schlagstock und nicht als den Menschen, mit dem man reden kann, abzustempeln. Man muß sich hier ernstlich die Frage stellen, inwieweit und wo hier Kräfte ein- und mitwirken, die diesen Staat und diese Gesellschaft nicht mögen und alles, was Positives bringen könnte, ablehnen.“

**Operative Arbeit** — nach jahrelanger Propagierung und praktischen Erprobung der operativen Vorgehensweise wird sie inzwischen von Stümper zum bestimmenden Prinzip der Polizeiarbeit erklärt. Unmißverständlich heißt es: „Schon die — weithin als selbstverständlich übernommene — strenge Trennung zwischen repressiven und präventiven Aufgaben und die darauf beruhende Grundstruktur der Aufgabenerfüllung der Sicherheitsinstrumentarien ist in wichtigen Bereichen überholt. Als neuartiges Element tritt der übergreifende Gesichtspunkt der operativen Arbeit hinzu. In ihr fallen repressive und präventive Belange weithin zusammen und werden auf eine höhere Ebene gestellt ... Die Polizei kann und darf nicht mehr warten, bis irgendwo etwas passiert, dann erst tätig werden und nur akute Einzelfälle ermitteln. Sie muß vielmehr danach fragen, gerade die schwere, meistens sorgfältig abgedeckte und geplant vorgehende sowie weithin auch konspirativ ausgeübte Kriminalität, rechtzeitig zu erkennen und anzugehen. In der klaren Zielsetzung eines möglichst hohen Sicherheitsgewinns kommt es hierbei in erster Linie nicht mehr darauf an, einen bestimmten Einzeltäter seiner Bestrafung zuzuführen, es kommt selbst nicht einmal darauf an, auf alle Fälle eine bestimmte, bevorstehende Einzelstraftat zu verhindern, sondern letztlich entscheidend ist es, die kriminelle Grundstruktur (Gruppierung, Bande, Organisation, Funktionsnetz) ausfindig zu machen, auszuheben, insgesamt — womöglich — der Strafverfolgung zuzuführen und sie zu zerschlagen ... Oberstes Ziel ist zurecht nicht der repressive Erfolg, sondern die möglichst umfassende Erfüllung des operativen Auftrags der Beseitigung von kriminellen Ausgangs- und Operationsbasen.“

Angesichts solcher polizeilicher Methoden, die nicht mehr im verfassungsmäßigen vorgeschriebenen Legalitätsprinzip polizeilichen Handelns, sondern noch am Ende der Liquidation der „Ausgangs- und Operationsbasen“ selbst orientiert sind, denen es nicht mehr um die Verhinderung von Straftaten — andererseits aber auch nicht um eine Behebung der Ursachen, sondern letztlich um die Beseitigung der „Straftäter“ selbst geht (siehe die Praxis der Sokos), ist es nur konsequent, wenn Stümper folgende Probleme von der Justiz „gelöst“ haben möchte, indem er sie an „unser polizeiliches Herz drücken“ will:

- „Rechtsgrundlagen für Maßnahmen der verdeckten Ermittlungen mit Eingriffscharakter und Fragen ihrer nachträglichen Offenlegung;
- Probleme des Legalitätsprinzips;
- Einsatz von V-Leuten und die gezielte Verwendung ihrer Erkenntnisse;
- Verletzung von Strafrechtsnormen im Zuge von verdeckten Ermittlungen;
- Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
- Ankauf deliktisch erlangter Sachen.“ (Zu deutsch: die Polizei als Anstifter und Finanzier von Raub und Diebstahl!)

— Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;

- Ankauf deliktisch erlangter Sachen.“ (Zu deutsch: die Polizei als Anstifter und Finanzier von Raub und Diebstahl!)

**„Information als Ansatz und Angelpunkt polizeilichen Wirkens“** — hierzu wollen wir im Detail keine weiteren Ausführungen machen. Von aktuellem Interesse ist die Forderung Stümper: „Datenschutz muß sich in Konkurrenz mit anderen Rechtsgütern messen lassen ... Datenschutz darf nicht mit Entkriminalisierung verwechselt werden.“ Die Funktionsweise der Polizei sei nun mal „vom Wesen her Verdachtsgewinnung“. Es interessiere „selbst das Schwärzen unter den Fingernägeln“. Der erste Ansatz der Verdachtsschöpfung erfolge oft ganz im Vorfeld, erfasse notwendigerweise erst eine Vielzahl von Personen und spitze sich erst dann auf eine Person zu. Logischerweise müßten die Ermittlungsorgane deshalb mit vielseitigen, vagen Verdachtsschöpfungen beginnen, und daß dies „in funktionsgerechter und nicht alibibylonischer“ Methode erfolgen sollte, dürfte an sich auch Einleuchtendes sein. „Datenschutz ist nicht das Höchste.“ Eine Begrenzung des EDV-Einsatzes seitens der „Sicherheitsorgane“ sieht Stümper allein durch die Leistungsfähigkeit des polizeilichen Personals gegeben, dessen „Kreativität“ nicht durch technischen und bürokratischen Perfektionismus erstickt werden dürfe.

## „Polizeiliche Maßanzüge fertigen“

Für Maßanzätze gegen größere Bevölkerungsseile zu Zeiten innerer Spannung rät Dr. Stümper zu einer „zugleich übergreifenden wie auch differenzierenden“ Vorgehensweise, in der „entschlossenes Zugreifen“ mit „bewußtem Zurückhalten“ kombiniert wird. Weil's so schon deutlich ist, wol-

len wir es zitieren: „Argumentativ wird für die erste Grundeinstellung (Durchgreifen — Anm. AK) geltend gemacht, daß man nicht von vornherein Rechtsbrüche einreihen lassen dürfe und nur eine sofortige, entschlossene Position schwankende und labile Personen von weiterem strafbarem oder ordnungswidrigem Tun abhalten kann sowie die ohnehin zu Rechtsbrüchen entschlossenen zu Recht auch sofort trifft. Die zweite Grundeinstellung beruht sich darauf, daß bei solchen Massenerscheinungen der Großteil der Demonstranten „verführte“ Mitläufer oder sogar Neugierige sind und daß durch einen unangemessen harten Einsatz ein Solidarisierungseffekt erzeugt würde, der das Störpotenzial noch vergrößert und damit das Problem noch umfassender und schwieriger macht. Beide Argumentationen haben einen richtigen Kern. Beide haben nebeneinander Geltung. Es kommt nur auf die richtige Subsumtion, d.h. die richtige Anwendung an. Diese setzt voraus

- eine übergreifende Sicht der Probleme und
  - eine differenzierende Betrachtung der Lagen der Beteiligten.
- Die übergreifende Betrachtung muß die Ausgangspunkte bestimmter Unruheerscheinungen sehen, insbesondere
- die historische Situation, in der wir uns befinden,
  - die speziell für junge Menschen sich daraus ergebenden besonderen Probleme und
  - die bisher unsere jungen Menschen prägenden Faktoren (Erziehung, politisches und publizistisches Umfeld, Vorbildsuche und mangelndes Vorbildangebot) (das zielt auf die SPD — Anm. AK).
- Sie muß zugleich aber auch sehen, daß diese Grunddisposition strategisch wie taktisch gezielt genutzt werden kann und genutzt wird von
- Kräften, die diesen Staat ablehnen und ihn letztlich vernichten wollen;
  - Bestrebungen, die in einer bloßen negativen Kritik die Erfüllung ihres menschlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Auftrages sehen;
  - Unzufriedenen, die sich irgendwie abregieren wollen und
  - bloßen Krawallmachern, die jede Gelegenheit dazu nützen, um „auf den Putz zu hauen“.

... Diese o.g. Elemente fallen nun bei den unterschiedlichen Anlässen auch in unterschiedlichen Formen zusammen ... Man muß demzufolge in den jeweiligen Lagen „polizeiliche Maßanzüge“ fertigen.

Mit Leuten, die „innerlich zu“ sind, also jede sachliche Erörterung ablehnen und das Suchen eines Gesprächs sogar als Schwäche und staatliche Entschlossenheit werten, muß man eben handeln. Leuten gegenüber, die sich einem Gespräch zugänglich erweisen, muß man sich jedoch offen geben. (Man beachte den Zwischenton: offen geben, nicht etwa sein — Anm. AK).

Bei einem Einsatz sieht man nun dem polizeilichen Gegenüber nicht ins Herz. Äußerlich sehen sie sich oft sehr ähnlich, manchmal sehen sie gleich aus. (Man beachte den Zwischenton: offen geben, nicht etwa sein — Anm. AK).

Bei einem Einsatz sieht man nun dem polizeilichen Gegenüber nicht ins Herz. Äußerlich sehen sie sich oft sehr ähnlich, manchmal sehen sie gleich aus. Daraus folgt:

- in der Vorbereitung entsprechender Einsätze ist zu versuchen, auf die unterschiedlichen Gruppierungen — soweit bekannt und soweit möglich — schon vorher einzuwirken;
- Im Einsatz müssen die gesetzlichen und taktischen Voraussetzungen geschaffen werden, den harten Kern, die treibenden Kräfte und die Einpeitscher zu erkennen und zu überführen. (Dazu gehört für Stümper auch die Verabschiedung einer neuen Demonstrationsstrafrechts-Regelung — Anm. AK).
- Die Grundposition, die es dabei auch optisch deutlich zu machen gilt, ist eine überlegte Entschlossenheit. Der Mutige tritt zunächst einen Schritt zurück, greift dann aber gezielt und fest zu.

Voilà — damit ist klar, war Dr. Stümper sich von Loccum verspricht: Entsozialisierung und Spaltung entlang der Gewaltfrage und Kalkulierbarkeit der Bewegung für die polizeiliche Planung — das „Großgebild Innere Sicherheit“ Herbst '83. „Unangemessene“, d.h. gegen die Falschen gerichtete, Solidarisierung provozierende polizeiliche Aktionen sollen vermieden werden. Gezieltes Vorgehen gegen die staatsfeindlichen, „bloß Negativen“, „Krawallmacher“ usw. soll ermöglicht werden. Wer sich auf ein Gespräch dieser Art einläßt, muß wissen, daß er/sie für diese Herren nichts anderes ist als „Bazillen in einer Wunde mit der Folge der Entstehung eines Eiterherds oder gar der Verletzung des ganzen Organismus.“

Antifa-Kommission  
KB/Gruppe Hamburg

P.S.

Für die, denen es noch nicht aufgrund eigener Lektüre auffallen konnte, sei angemerkt: es ist kein Wunder, daß Stümper an dem Entwurf der „Stuttgarter Erklärung“ nichts auszusetzen fand — enthält diese doch an zentralen Stellen Aussagen, ja sogar Formulierungen, die gati von ihm persönlich stammen könnten. Hier einige Kostproben:

- Die allgemeine Lage wird mit „existenzieller Verunsicherung in Bezug auf den Staat und seine Grundordnung“ mit Verlust der „positiven Grundeinstellung“ beschrieben;
  - die Bürgerinitiativen werden als Ausdruck der „Strukturschwäche der repräsentativen Demokratie“ bezeichnet;
  - gefordert wird, „gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen“.
- Schließlich heißt es in fast originaler Stümperischer Diktion: „Die politische Vorbereitung auf Demonstrationen beruht auf gründlicher Lagebeurteilung. Die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten und der sich daraus ergebende laufende Kontakt vor, während und nach einer Veranstaltung erleichtern die polizeiliche Lagebeurteilung und Einsatzvorbereitung. Sie helfen, die den gewaltfreien Verlauf einer Demonstration gefährdenden Mißverständnisse und Verhaltensweisen zu vermeiden und führen dazu, daß alle Beteiligten entkräfteter auf Konfliktsituationen zugehen und mit ihnen umgehen. Der Einsatz von Verbindungspersonen während der Dauer von Demonstrationen hat sich bewährt und ist auch in künftigen Fällen zu empfehlen.“ Voraussetzung für eine von der Polizei gewünschte deutliche Zurückhaltung sei
- „eine frühzeitige, eindeutige Absage an Gewalttätigkeiten;
  - eine Kalkulierbarkeit des gewaltfreien Verhaltens;
  - das durchgängige Freihalten entsprechender Demonstrationen und Aktionen von jeglichen Gewalttätigkeiten.“

Makaber wird es, wenn auf der anderen Seite in dem Papier, ebenfalls im echten Stümper-Ton, postuliert wird: „Die Polizei ist ein zur neutralen Rechtsanwendung verpflichtetes Vollzugsorgan. Sie ist nicht der politische Ansprechpartner ... Sie darf nicht aus rechtsphilosophischen Überlegungen über Legitimität und Legalität unterscheiden, zwischen Gesetzen, die man beachten muß und Gesetzen, die man nicht zu beachten braucht. Sie ist daher nicht zur vorübergehenden Hinnahe von Rechtsbrüchen aus politischen Gründen befugt. Indem sich die Polizei an das geltende Recht hält, werden Reaktionen und Maßnahmen für alle Betroffenen kalkulierbar ... Rechtsstaatliche Prinzipien lassen es nicht zu, daß die Polizei bei der Begehung strafbarer Handlungen tatenlos zusieht ...“ Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vertreter der Friedensbewegung“ ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümper zu formulieren, deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der Vorkämpfer für die Lösung der

Handlungen tatenlos zusieht ... Dies als „Vert



# Uniformen, Blut und Attentate

Wir schreiben 1943.  
Im Reichstag. Einer taucht auf. Sprüht mit Gas gezielt auf Hitler Uniform. Ruft „Zyklon-B für das Gaskammer-Hehl!“ Wird abgeführt und erschossen.  
Entsetzen packt das Land: „Gas-Attentat!“  
„Abscheuliche, makabre Aktion“, schreit jeder Nazi.  
An Kenopitischen und Kaminen philosophieren Frau und Mann.  
„Gas? Igit!“ „Wie ordnirt!“  
Und überhaupt:  
„Man muß ihn auch als Menschen sehen. Seine Uniform ist das Übel!“  
Wie mensch spätestens seit den „Stern“-Tagebüchern weiß, war Hitler als Spaziergänger einer wie du und ich. Schade bloß, daß er der Führer war. Nun ja! Fiktion...

Wir schreiben November 1968.  
CDU-Parteitag. „Kongreßhalle West-Berlin. Beate Klarsfeld ruft: „Nazi! Nazi!“ Ohrfeigt Kanzler Kiesinger. Rückblickend: „Aktionismus!“  
Und die „Würde des Menschen Kiesinger“? Außerdem alles so lange her... Wer weiß, weshalb er überhaupt... Und vor allem:  
Die Aktion konnte nicht der großen Mehrheit unseres Volkes vermittelt werden. Das sagt eigentlich schon alles.

Wir schreiben September/November 1969.  
Italien. „Heißer Herbst“. Fiat. Zehntausende Arbeiter werden ausgesperrt. Generalstreik. Unternehmer werden eingesperrt. Sitzen in ihren Chefetagen fest.  
„Infantil“? „Menschenverachtend“? Agnelli als Mensch, einer mit zwei Beinen, zwei Armen, zwei Augen — so ganz genau wie du und ich.

August 1983.  
Im hessischen Landtag.  
Der Grüne Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth bespritzt die Uniform eines US-Generals mit Blut. Ruft: „Blood for the bloody Army!“  
Es kreischt und keift ein jeder Humanist. Von Zimmermann bis Kretschmann. Von General Bastian bis Horst-Dieter Zahn.  
„Zweifelt an der General Williams ein Repräsentant dieser Politik“ (US-Kriege, Ann.AK). „Aber auch in der Generalkuniform bleibt er ein Mensch, dessen Würde untastbar und unverletzlich ist für jeden, der gewaltfrei denkt“ (die grünen Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg Kretschmann, Hasenclever, Heimann; 9.8.83).  
Die hohen Regeln der „Gastfreundschaft“ seien verletzt worden, schreibt

Kanzler-Kandidat K. Von wem ist General Williams eingeladen worden? Und wenn Herr Zimmermann, der Kommandant des Gewisses hat, nun im Bundestag einen Pinochet-General einladen würde...? Kann man das jetzt überhaupt, nach dem „Blut-Attentat“, noch tun, wo doch „niemand mehr sicher sein kann, ob er nicht erschossen, entführt, eingesperrt, verprügelt, bespuckt, mit Farbe beschriftet oder mit Blut bespritzt wird“ (ebda.).

Für Kretschmann und seine Freunde steht fest: „Solche Aktionen und unsere Arbeit schließen sich (gegenseitig) aus“ (ebda.). Es kann eben nicht „die Aufgabe grüner Parlamentarier sein, die Zerstörung der letzten Reste von republikanischer und demokratischer Kultur zu betreiben: die Gelegenheit zum vernünftigen Gespräch“ (ebda.). „Ich finde das ganz schrecklich“, äußerte auch Pfarrer Albert. „Aufs nachdrücklichste“ verurteilte SPD-Vorsitzender Vogel die Aktion der hessischen Grünen.

„Das Blutattentat des hessischen Landtagsabgeordneten Schwalba-Hoth gegen den amerikanischen General Williams schließlich ist das bislang abstoßendste Beispiel eines anarchischen und infantilen Politikverständnisses“, schreibt „Stern“-Reporter H. Jao-necke („Stern“, 34/83).

Die Ziele der Friedensbewegung würden durch solche „irrationalen“ Aktionen aufs Spiel gesetzt, erklärte sofort Prof. von Dittfurth.

„Diese ebenso infantile wie ekelhafte Aktion dieses Abgeordneten (...) zeugt vom gefährlichen Geist des politischen Fatalismus“, meint ein „zer“ im Kommentar in der „FR“ (3.8.83).

Er und die Mehrheit des deutschen Volkes (?) seien „tief betroffen und beschämt“, erklärte der NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, SPD (zit. nach „FR“, 5.8.83), während Bundesaußenminister Genscher nicht lange fackelte und die Tat als „Angriff auf unsere innere Sicherheit“ erkannte (ebda.).

In Hessen verfaßten CDU und SPD im Landtag eine gemeinsame Erklärung: die Tat sei „blindwütiger, ja schizophrener Aktionismus; makaber, würdelos und menschenverachtend“ (ebda.).

Die Methode, Gegner als „Geistes-kranke“ („schizophren“) zu erklären, hat Tradition.

Es gibt eben Dinge, die zwar real existieren, wo es aber der gute Ton in unserer feinen „republikanisch-demokratischen“ Gesellschaft verbietet, sie anzuhören, anzusprechen oder einfach zu sehen.

Man ist sensibel. Man war es schon

immer in Deutschland.

„Da habe ich eine andere furchtbare Sache gesehen. Da — eine Grube gewesen, die war aber schon zu. Da quoll, wie ein Geister... ein Blutstrahl heraus. Auch so etwas habe ich nie gesehen. Ich war nie Soldat. Es gibt doch genügend andere, die können das sehen. Die kippen nicht aus dem Leutschen. Ich kann's nicht sehen, sagte ich. In der Nacht kann ich nicht schlafen. Ich träume — ich kann's nicht“ („Bruder“ Eichmann, zit. nach „Die Banalität des Bösen“, Hannah Arendt, S. 123).

Auch wir sind sensibel.  
In der Dritten Welt mag es noch unschöne, gar blutige Szenen geben. In unseren westlichen Kulturparadiesen läuft es elegant-professionell ab.

Man redet vernünftig miteinander.  
Wie in Loccum.  
Wir sind ja schließlich keine Barbaren (mehr).

„Einen Hauch von Barbarei und Altem Testament“ erblickt beispielsweise Horst-Dieter Zahn (SB) in der „Sprache des Bluts“. „Eine Sprache, die in all ihren Varianten viel an Mysterischem, Irrationalem enthält und jedenfalls auf die Ausschaltung kritischer Vernunft hinausläuft“ („Pflasterstrand“, Nr. 165).

Der Hinweis auf das Alte Testament ist interessant. Man hätte ja beim Stichwort Barbarei auch an die Germanen-Sagen denken können. Tut Zahn aber nicht.

Mögen die Evrens und Pinochets, die Zimmermann und Strauß diesen Appell zum „sanften Umgang“ mit ihren Gegnern hören.

In dem Haufen von Verurteilungen der hessischen Aktion taucht immer wieder die „Sache mit der Uniform“ auf.

„Die aktive, gewaltfreie, symbolische Aktion richtet sich jeweils gegen eine bestimmte Politik, nicht gegen Personen“ (Lukas Beckmann, 15.8.83). Ähnlich fragte sich auch MdB Joschka Fischer, ob es nicht besser gewesen wäre, das Blut — wenn schon Blut — auf den Boden oder auf eine Landkarte Mittelamerikas zu spritzen. „Menschenverachtende Handlung“, so sah es auch Ex-General Gert Bastian (9.8.83), der im übrigen im Verteidigungsausschuß des Bundestages keine Einwände gegen die Anschaffung des deutsch-französischen Panzerabwehr-Kampfhubschraubers anzumelden hatte. („Ich habe nichts dagegen. Es handelt sich um eine Anschaffung im Rahmen der defensiven, konventionellen Aufrüstung der Bundeswehr“, laut „faz“, 18.8.83. Ein Novum: die Bundeswehr rüstet nur noch „gewaltfrei“ auf...).

Und Petra Kelly: „Die Würde und die persönliche Integrität eines jeden einzelnen Menschen soll bei gewaltfrei-

Und Petra Kelly: „Die Würde und die persönliche Integrität eines jeden einzelnen Menschen soll bei gewaltfrei-

en Aktionen nicht verletzt werden“ (9.8.83).

Es stellt sich also die Frage nach der Uniform.

Was werfen (warfen) wir denn Eltern und Großeltern anderes vor als eben diese grenzenlose Unterwürfigkeit gegenüber Uniformen und Uniformierten, diese gemeine Feigheit des Kadavergehorsams, der nach Buchenwald und Auschwitz führte?

Es stellt sich auch die Frage der Verantwortung des Menschen in Uniform.

„Die Orden am Revers von Generaluniformen sind Blutorden aus Vietnam, El Salvador, Nicaragua“ (Frank Schwalba-Hoth). Muß man denn immer und ewig gehorchen?

Viele haben sich zum sogenannten „Blut-Attentat“, übrigens eine merkwürdige Wortschöpfung, die hier aber tatsächlich von Wahrnehmungstörungen zeugt, angemessener geäußert, so auch der Bundesvorsitz der Grünen.

Alice Schwarzer schreibt unter der Überschrift „Verlogene Gewaltfreiheit“ („Emma“, 9/83): „Auf die Nerven geht es mir schon lange, das Gerede von der Gewaltfreiheit. Spätestens seit Krefeld ist es schier unerträglich geworden. Das Ganze erinnert mich penetrant an den Herbst '77 — den sogenannten „deutschen Herbst“. Damals mußte man, bevor man auch nur einmal den Mund aufst, mindestens zehnmal versichern, man stehe fest auf dem Boden des Grundgesetzes“. Nur um nicht in den lebensgefährlichen Verfall des Sympathisantentums zu geraten. Heute wird gebetsmühlenartig der Spruch vom „gewaltfreien Widerstand“ heruntergeleiert, bevor eine/r sich zu sagen traut, sie/er fände die Pershing II unsympathisch“. „Kündigen wir also der Verlogenheit des Diktats vom „gewaltlosen Widerstand“ die Zustimmung auf. Seien wir weder Lämmer noch Märtyrer noch Denunzianten. Seien wir bewußt, verantwortungsbewußt und mutig. Leisten wir an gemessenen Widerstand!“

Ähnlich erklärt Günther Anders („Die Antiquiertheit des Menschen“): „In einem von vielen Friedens-Almanachen nennt man mich wiederholt einen „Pazifisten“. Ein für alle Male sei gesagt: Ich bin keines! Denn der Terminus ist seit 1943 absurd. (...) Ich bin wirklich nicht so naïf, so larmoyant, so martyrisch-süchtig oder so feige, um zu glauben, daß wir die Erzeugung, Montierung, gar die Verwendung von interkontinentalen Raketen oder von Marschflugkörpern dadurch bekämpfen können, daß wir uns eingehakt auf das Pflaster legen und uns dann, vom Fernsehen aufgenommen, forttragen lassen“ („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“, 28.8.83).

Zum Schluß einige Daten zur Karriere des Generalleutnants Paul S. Williams, jr.: Von März bis September 1967 kommandierte er das 1. Bataillon, 69. Panzerdivision, 4. Infanteriedivision, in Südvietnam. Vom September 1974 bis Januar 1977 war er stellvertretender Kommandeur der US-Schule für Panzertruppen. Seine letzten beiden Dienststationen vor seiner Ernennung

tender Kommandeur der US-Schule für Panzertruppen. Seine letzten beiden Dienststationen vor seiner Ernennung

zum stellvertretenden Befehlshaber des 3. US-Korps waren Direktor der Abteilung für militärisches Personalwesen („ODCSPER“), im Heeresministerium vom Januar '77 bis November '78, und Kommandierender General der 1. Kavalleriedivision vom November 1978 bis November 1980.

E., KB Frankfurt

P.S.: In diesen Tagen erscheint eine Broschüre, die die Aktion und Reaktion dokumentiert, zu beziehen über Die Grünen im Landtag, Schloßplatz, 6200 Wiesbaden.

## Als die Zeiten

## noch andere waren

„Zuerst muß man die allgemeine Frage stellen: Was heißt Gewalt vermeiden? Sind denn die unerträglichen Arbeitsnormen keine Gewalt für die, die sich nach ihnen richten müssen? Sind mörderische Behauptungen, „Totenkammern“, wie man sie nennt, für die Gastarbeiter keine Gewalt? Ist die systematische Ruinierung der Kleinbetriebe keine Gewalt, die man den kleinen Kaufleuten antut? Und die ständige Verschuldung der Bauern, die radikale, schleichende Verringerung des Kapitals der Kleinbauern, ist das keine Gewalt? Und noch allgemeiner: Beruht die gegenwärtige Gesellschaft nicht auf Gewalt? Wenn das der Fall ist, kann man an dieser Gesellschaft nicht dadurch etwas ändern, daß man sich über die Gewalt stellt. In diesem Moment sind alle Intellektuellen, die davon profitieren, daß es eine Kultur und Lebensmöglichkeiten für sie gibt, und die sich sagen: Ich werde kritisieren und schreiben, aber Gewalt halte ich für etwas Primitives und Barbarisches, Komplizen des Regimes, Komplizen einer bestimmten Gewalt, nämlich der etablierten.“

Was die also für barbarische und primitive Gewalt halten, ist die Gewalt der Massen, die nur eine Antwort auf die Gewalt ist, die man ihnen ständig antut. Wenn ein Intellektueller, der sich über Gewalt erhaben dünkt, konfrontiert wird mit dem, was wirklich in einer Fabrik, in diesem Gefängnis vorgeht, wenn er die Dinge sieht und danach immer noch sagt: Ich bin gegen jede Gewalt, dann ist das ein Intellektueller, der Komplize der Unternehmern, der Arbeitgeber, des Gewaltregimes ist. Man soll nicht sagen, weder Henker noch Opfer, denn wenn Sie nicht Henker sind, dann sind Sie das Opfer. Und wenn Sie behaupten, über allem zu stehen, dann sind Sie eben der Henker, und man hat zu wählen. Das ist also das allgemeine Problem.“

Günther Anders: Ein Terminus, der richtigzustellen ist

Günther Anders: Ein Terminus, der richtigzustellen ist

## „Ich bin kein Pazifist“

In einem von vielen Friedens-Almanachen nennt man mich wiederholt einen „Pazifisten“. Ein für alle Male sei gesagt: Ich bin keines! Denn der Terminus ist seit 1943 absurd. Wof noch heute diesen verwendet, der beweist damit, daß er noch immer nicht verstanden hat, welche Stünde uns damals gezeichnet hat. Der Ausdruck mag so lange sinnvoll gewesen sein, als es noch die Alternative zwischen kriegerischen und friedlichen „Lösungen von Problemen oder Krisen“ gegeben hatte, als noch keine Gefahr bestanden hatte, daß die Menschheit durch die Entscheidung für (oder das Hineinschleudern in) die kriegsrische Lösung ausgelöscht werden würde. Aber durch die Möglichkeit der Auslöschung der Welt ist auch die Gültigkeit der Alternative zwischen Krieg und Frieden ausgelöscht. Beziehungsweise die heutige Alternative lautet: Entweder blüht Friede, oder es gibt überhaupt nichts mehr. Nichts.

Wer uns, die wir nicht für dieses Nichts, also nicht für die totale Vernichtung plädieren (was freilich die meisten indirekt durch ihre Indolenz tun), wer uns also mit einem Spitznamen bezeichnet, so als wären wir Vermittler wie Rohrkolben oder Rohrbauern, oder Anthroposophen oder Trotzkisten, so als vertreten wir eine Marotte, was uns also mit dem Sondernamen „Pazifisten“ belegt, der beweist damit, daß er von der neuen Situation, die vor 30 Jahren angebrochen hat, überhaupt noch nicht Notiz genommen hat. Aus diesem Grunde bitte ich ein für alle Male darum, mit diesem Epitheton verfehlt zu werden. Klare mit der Behauptung, ich vertrete gendhäft „das Prinzip der Gewaltlosigkeit“, das grundsätzlich „passiv“ hindert den Widerstandes“. In welcher neuen Situation sollte ich das getan haben? Ich bin wirklich nicht so naïf, so la-

moyant, so martyrismsüchtig oder so feige, um zu glauben, daß wir die Erzeugung, Montierung, gar die Verwendung von interkontinentalen Raketen oder von Marschflugkörpern dadurch bekämpfen können, daß wir uns eingehakt auf das Pflaster legen und uns dann, vom Fernsehen aufgenommen, forttragen lassen. Verschnulute Kleider oder blaue Flecken garantieren keinen Sieg. Jesu Mahnung, daß wir nicht widerstreben sollen dem Übel, sondern, so uns jemand einen Streich gibt auf die rechte Backe, diesem die andere Backe auch darzubieten sollen — diese Mahnung Jesu hat untastbarerweise ihre Geltung verloren. Jawohl, verloren. Und zwar deshalb, weil es heute nicht mehr nur um die einzelnen geht, die Jesus im Auge gehabt hatte, und weil wir, wenn wir geschlagen werden, nicht auf (nur) eine Backe geschlagen werden, sondern total erschlagen werden; so daß gar keine andere Backe übrigbliebe, die wir darzubieten könnten. Weil eben niemand übrigbliebe. Wenn wir — denn wir leben ja noch in der Endzeit, noch nicht im Moment des Zeitenden — wenn wir uns aber in unserer heutigen Situation noch immer bereit dazu erklären, die linke Backe darzubieten, dann handeln wir damit nicht jesuanisch, sondern, weil wir den Massenmord präsumiert akzeptieren, kriminell; ganz abgesehen davon, daß wir durch die Protzerei mit unserer Gewaltlosigkeit dem Angriff auf erbärmliche unsere Harmlosigkeit und Loyalität und uns selbst und unseren Kameraden unsere Moralität beweisen wollen. Man kann auch aus Feigheit tolltölpeln ins Verderben rennen. Kurz: Die unsere Vernichtung in ihre Pläne einzuzeichnen, bekämpft man nicht passiv.

Günther Anders, 1981 in Bremen geboren, studierte Philosophie, 1933 emigrierte er nach Paris, 1938 in die USA. Aus seinen Erfahrungen als Pazifist und als Widerstandskämpfer, „Die Antiquiertheit des Menschen“ und „Die Erfindung der Luft“.

## Selbstmord für den Frieden?

„Wahrlich ich sage euch: wer zu diesem Berge spricht: Hebe dich und wirf dich ins Meer und zweifelte nicht in seinem Herzen, sondern glaube, daß es geschehen würde, was er sagt, so wird's ihm geschehen, was er sagt“ (Jesus laut Markus 11, 23).

Eine weltweite Aktion „Fasten für das Leben“ hat am Hiroshima-Tag, am 6. August, begonnen. Sie soll nach dem festen Glauben ihrer Trägerinnen und Träger endlich den entscheidenden Durchbruch zur Abrüstung in Ost und West herbeiführen. Das Fasten ist in seiner Dauer „unbefristet“. Das heißt, es soll durchgehalten werden bis zu erkennbaren Anzeichen eines Durchbruchs bzw. zumindest einer Tendenzwende — oder bis zum Tod der Akteure.

13 Menschen — anfänglich 9 — sind es derzeit, die sich diesem unbefristeten Fasten aussetzen: 4 in Oakland/San

Franzisko, 4 in Paris, 3 in Bonn und 2 in Toronto (Kanada). Alle 13, soweit sie sich öffentlich erklärt haben, sind extrem stark religiös motiviert, wobei christlicher Glaube im Vordergrund steht, aber auch z.B. buddhistische Elemente mit im Spiel sind. Intensiv unterstützt wird das „Fasten für das Leben“ weltweit von einigen hundert Menschen, anscheinend gleichfalls in erster Linie aus dem religiösen und sektiererischen Spektrum. Die Unterstützung geht von technischen Hilfeleistungen (Flugblatt-Verteilen, Büroarbeit usw.) bis zu vielfältigen eigenen Fastenaktionen, die zum Teil sehr ausgezehnt sind, aber alle unterhalb der Gefahrengrenze befristet sind.

Auf die Kennzeichnung der Aktion als Fasten — und nicht etwa als Hungerstreik! — wird großer Wert gelegt: „Motiv für den Hungerstreik sei der Haß auf den politischen Gegner, Anstoß des Fastens die leidende Liebe“

für die Menschen, die man retten will — der politische Gegner ist ein Irrer, der zur Umkehr gebracht werden soll“ („Zeit“, 19.8.). Die bekannteste der 13 Fasteninnen und Fasten, die Französin Solange Fernex, sagt: „Unser Appell richtet sich an ausnahmslos alle Menschen (...). Die Geschichte kennt viele Beispiele von Verantwortlichen in hohen Stellungen, die abgedankt haben. Das Leben ist ein gemeinsames Gut von uns allen. Wir haben daher keine Gegner, lediglich Helfer und solche, die es werden können“ (Rundbrief Nr.6).

Weil es um absolute Liebe und nicht um politischen Kampf geht, soll auch von Druckausübung gegenüber den Herrschenden nicht die Rede sein. „Wir erheben keine Forderungen, sondern appellieren an die Menschen, ihr Gewissen zu prüfen“, sagt Dorothy Granada. (Rundbrief Nr.6)

Daß dieser Appell zum Erfolg führen





Fortis. von vorheriger Seite

wird, scheint die feste Glaubensüberzeugung der 13 und der meisten ihrer Unterstützer zu sein. Sie lehnen es daher strikt ab, ihr unbefristetes Fasten als ein Selbstmord-Kommando interpretieren zu lassen: „Das Fasten für das Leben hat nicht das geringste mit Selbstmord zu tun. Wir führen eine gewaltfreie Aktion durch, die gute Aussichten hat, erfolgreich zu sein“ (Solange Fernex, Rundbrief Nr. 6). Solange Fernex, die sich selbst als eine „pathologische Optimistin“ bezeichnet, versichert, fest an den Erfolg ihrer Fastenaktion zu glauben: „Sonst würde ich sie doch nicht machen“ („faz“, 29.7.).

Wer politische Zweifel am Erfolg der Aktion anmeldet, wird nicht mit Sachargumenten gekontert, sondern muß sich sagen lassen, daß er einfach ein Defizit an Heiterkeit, Hoffnung und Wundergläubigkeit hat. So erging es beispielsweise Petra Kelly, die Solange Fernex schriftlich „angefleht“ hatte, vom unbefristeten Fasten abzulassen („Frankfurter Rundschau“, 22.8.). Ihr wurde von zwei Unterstützern der Fastenaktion, die zugleich Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion sind, geantwortet, sie neige wohl zum Pessimismus. Und: „Komm doch einmal vorbei und nimm etwas von der Atmosphäre der Hoffnung in dich auf, die uns hier erfüllt.“

In der grünen Fraktion wird die Fastenaktion wohl ohnehin noch für Debatten sorgen, denn der Bundestagsabgeordnete Roland Vogt ist seit langem als Befürworter solcher Aktionen bekannt. Mittlerweile hat er angekündigt, sich dem Fasten — gemeint ist anscheinend: dem unbefristeten? — ab 6. September anzuschließen.

**Gehört Gott zur Friedensbewegung?**

## Gehört Gott zur Friedensbewegung?

Die Fastenaktion steht in ihren religiösen, christlichen Begründungen auf äußerst wackeligem Fundament. Solange Fernex sagt: „Ich habe mein Leben, das ich von Gott bekommen habe, in Gottes Hand gelegt, um von ihm als ein Instrument des Friedens, der Umkehr, der Versöhnung gebraucht zu werden“ (Rundbrief Nr. 7). Und Festeria Jo Jordan erinnert sogar an Jesus, der ja auch für das Heil der Menschheit den Tod auf sich genommen habe („Zeit“, 19.8.). Gott „nehme“ sich „nach Schritten zu internationalem Frieden“, behauptet einer der geistlichen Unterstützer der Fastenaktion, Bruder Alain (Rundbrief Nr. 6).

Gerade diese Eigenschaft wird man Gott — um dessen Existenz hier nicht gestritten werden soll — ganz gewiß nicht zuschreiben dürfen. Allein die Ereignisse unseres Jahrhunderts reichen aus für die eindeutige Erkenntnis, daß sich Gott nicht als Verbündeter der Friedensbewegung in Anspruch nehmen läßt. Es hat zu keiner Zeit der großen organisierten Massenmorde an Millionen Menschen gefehlt, die die ganze Kraft ihres Glaubens und ihrer Gebete in die Waagschale geworfen haben, um ein Ende des Grauens zu erreichen. Und immer noch hat es Menschen gegeben, die im selbstlosen Einsatz für ihre Mitmenschen bis zur Aufopferung der eigenen Person gegangen sind. Bewirkt hat alles das für die Abschaffung von Kriegen und anderen Schlächtereien sehr wenig. Die Überzeugung der Festerinnen und Fester, daß trotz dem Gott nun gerade mit ihnen „etwas ganz Besonderes vorhat“, ist, nach rein religiösen Kriterien beurteilt, nur Vermessenheit.

## Selbstmord als politische Waffe?

Die Vorstellung, daß die herrschenden Vorbereiter des millionenfachen atomaren Massenmords ganz plötzlich

durch das Fasten oder auch den Tod von 13 Menschen von Gewissenszweifeln geschottet werden, braucht wohl nicht ernsthaft diskutiert zu werden. Eine solche Vorstellung kann nur im Gewächshaus einer geistig zugemauerten „In-group“ blühen, wo statt der wirklichen Welt die Phantasien und Atmosphären gepflegt werden. Dort herrscht der Glaube, der Berge versetzen kann, verbunden mit grandiosen „kosmischen Kräften und Energien in uns“. „Mit dem rationalen, kopflastigen Politikalkül“ ist das alles nicht vereinbar, wie es in einem Schreiben aus dem Unterstützerkreis heißt.

Das „Fasten für das Leben“ wird nicht zu der angestrebten Tendenzwende in Richtung Abrüstung führen. Es wird zum Tod der Beteiligten oder zum Abbruch führen. Letzteres ist gar nicht so unwahrscheinlich, denn die 13 haben sich die Möglichkeit zum rechtzeitigen Ausstieg offengehalten: Ihre Forderungen — die ja sowieso gar keine Forderungen sind — sind so vielfältig, daß sich irgendwo auch die Hauptung konstruieren ließe, da habe sich nun abrüstungsmäßig tatsächlich etwas Wichtiges bewegt, so daß man das Fasten erst einmal abbrechen könne. Wenn es dazu käme, wäre sicher nicht Angst vorm eigenen Tod der Auslöser, denn davon scheinen die 13 sich bereits freigemacht zu haben. Wohl aber könnte die Angst vor dem Scheitern der eigenen Glaubensversuche eine entscheidende Rolle spielen. Da nun einmal so heiter und transzendental auf den Erfolg der Aktion vertraut wird, könnte die Neigung bestehen, Erfolgszeichen herbeizuphantasieren.

Es bleibt die Frage nach dem politischen Effekt der Fastenaktion. Unter

den Umständen der Fastenaktion, die die Aufopferung des eigenen Lebens starke politische Wirkungen hervorruft. Ein herausragendes Beispiel aus jüngster Zeit ist die Ermordung des philippinischen Oppositionsführers auf dem Flughafen von Manila. Alles, was bisher dazu bekannt wurde, spricht dafür, daß Benigno Aquino über die Mordpläne informiert war und den eigenen Tod (bzw. dessen hohe Wahrscheinlichkeit) in vollem Bewußtsein auf sich genommen hat. Sein Tod hat auf alle Oppositionskräfte in der philippinischen Bevölkerung wie ein Signal zur Sammlung und zum offenen Hervortreten gewirkt. Auch die Wirkungen in der internationalen Öffentlichkeit sind erheblich.

Ein anderes Beispiel ist die Selbsttötung des Türken Kemal Altun in Berlin. Auch wenn wohl in erster Linie extreme persönliche Verzweiflung zu diesem letzten Schritt geführt hat, geschah Altuns Freitod in einer Situation, wo er die Unmenschlichkeit bundesdeutscher Ausländer- und Ausweisungspolitik aufreißend bloßstellte. Zumindest die im Effekt mörderische Ausweisungspraxis der BRD-Behörden wird nach diesem Tod nicht einfach weitergehen können wie bisher.

Im Gegensatz dazu ist zu bezweifeln, ob der Tod der 13 Festerinnen und Fester bzw. einiger von ihnen politisch etwas bewirken würde. Der Gegenstand ihrer Fastens ist bereits seit langem in den Diskussionen und Aktionen von vielen Millionen Menschen rund um die Erde. Wer sich bisher vom drohenden atomaren Weltfinale nicht schrecken und aufrütteln ließ, der wird auch durch den Hungertod von 13 Menschen keine neuen Erkenntnisse gewinnen. Ihr Tod wäre politisch sinnlos. Allenfalls könnte er die Einsicht vorantreiben, daß mit universaler Liebe, religiösen Phantasien und verabsolutierter Gewaltfreiheit gegen die Mächtigen dieser Welt wenig auszurichten ist. Das wäre zwar nützlich, aber gewiß nicht im Sinn der 13 Festerinnen/Fester und ihrer Unterstützerinnen/Unterstützer.

Kl., Hamburg

# Kampfhubschrauber für den Frieden?

Gerd Bastian ist in letzter Zeit als scharfer Abgrenzer gegen jede Form von Gewalt aufgetreten. Die Blut-Aktion von Schwabach-Hoth nannte er eine „abscheuliche Aktion“, eine „partischdämonische, menschenverachtende Handlung“. Für die Aktionen in Krefeld hat er nur die Begriffe „Ausschreitungen“ und „Gewaltstäter“ parat. (So in seinem Brief an die grüne Bundestagsfraktion vom 9.8.). Bei militärischer Gewalt des Staates hat der Ex-General ganz andere Maßstäbe: Was auf den ersten Blick durch die Grüne Fraktion geisterte, wurde durch den Chefredakteur der „Wehrtechnik“ öffentlich bestätigt: Wolfgang Flume lobte die konstruktive Zusammenarbeit im Verteidigungsausschuß, in dem Bastian für die Grünen sitzt; dabei nannte er konkret Bastians Zustimmung für das neue Kampfhubschrauber-Panzerabwehrwaffensystem der Bundeswehr. Ein „Witz“ am Rande: Nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag war die etablierte Öffentlichkeit über die Grünen hergefallen, sie würden die Geheimhaltungspflichten im Verteidigungsausschuß nicht einhalten. Bastian hatte erwidert, er wisse, was geheimhaltungspflichtig sei.

Es geht bei diesem Projekt um die Anschaffung von 200 Hubschraubern des Typs PAH-2 ab 1986. Die Kosten dieses Systems betragen 1,5 Mrd. bzw. mit allen Nebenkosten 4 Mrd. DM. Die Zustimmung Bastians, die er inzwischen auch öffentlich verteidigt, ist ein überaus interessanter Beitrag zur aktuellen Debatte über die Festlegung der Friedensbewegung auf Prinzipien und absolute Gewaltfreiheit. Es zeigt sich zudem, wie schnell am grünen Tisch entwickelte Modelle sogenannter „defensiver Verteidigung“ zur Unterstützung der real laufenden konventionellen Kriegführung verkommen.

„Ich habe nichts dagegen, es handelt sich um eine Anschaffung im Rahmen der defensiven, konventionellen Aufrüstung der Bundeswehr“, verteidigte Bastian seine Zustimmung gegenüber der „faz“ (17.8.). Seine Zustimmung war nicht einmal ein versuchtes Tauschgeschäft für Abrüstung auf anderen Gebieten: „Ob wir etwas abschaffen oder auf etwas verzichten können, werden wir später sehen“ (ebenda). Inzwischen hat Bastian dazu gegenüber der Presse eine Erklärung abgegeben (s. Kasten).

## Grünes Programm für Kampfhubschrauber?

Bastian nennt den Vorwurf „unbegründet“, er habe gegen sicherheitspolitische Grundsätze der Grünen verstoßen. Die neuen Kampfhubschrauber seien sogar „besonders wichtig“ im Rahmen der grünen Forderung für eine defensive Umstrukturierung der Bundeswehr.

Gottlob irt hier Bastian gewaltig (zumindest, was den gegenwärtigen Programmstand der Grünen anbelangt). Den ersten massiven Vorstoß für die Aufnahme der Vaterlandsverteidigung ins Programm der Grünen machten die Baden-Württembergischen „Realpolitiker“ im September 1981 auf ihrem Landesparteitag. Der grüne Landtagsabgeordnete Kretschmann forderte: „Wenn wir uns etablieren wollen, dann können wir

nicht immer die weiße, grüne Weste anbehalten, sondern müssen uns auch mit dem befleckten Geschäft der Politik einlassen“. In diesem Fall ein blutbeflecktes Geschäft!... Der Lektantrag forderte zunächst eine „defensive Territorialverteidigung“. „Wenn im Zuge solcher einseitigen Abrüstungsschritte ganz auf militärische Verteidigung verzichtet werden kann“, das hänge von den „Erfolgen der Friedensbewegung in Ost und West ab“, hieß es dazu. Eine erhebliche Minderheit drohte nach der Annahme dieses Antrags mit dem

stungsschritte auch im konventionellen Bereich“ gefordert, insbesondere bei „Offensivwaffen. Als Definition solcher Waffen wird eine Reichweite „über die Grenze hinaus“ angegeben.

## Zum Beschaffungsprogramm und Einsatzkonzept

Ende 1980 wurden die ersten „Panzerknacker für die Bundeswehr“ in Dienst gestellt. Der PAH 1 ist ein Hub-



Friedenshubschrauber

Austritt aus der Partei, da hier das Prinzip der Gewaltfreiheit aufgegeben werde. Es kam zu einem Kompromiß, es heißt jetzt: „Wir fordern die Auflösung der hierarchischen, zentralisierten Struktur der Armee, die sich als Angriffsinstrument einsetzbar macht“. (s. AK 209). Das ist zweifellos im Sinne einer bloßen Umstrukturierung der Bundeswehr interpretierbar.

Am 2. bis 4.10. 1981 wurde auf dem Bundesparteitag ein „Grünes Friedensmanifest“ verabschiedet. Den Vertretern einer „alternativen Verteidigung“ wurde darin eine Absage erteilt: „Die Arbeitsformel der Grünen lautet: Abbau der militärischen Rüstung und Aufbau der Fähigkeit zur sozialen Verteidigung“ heißt es dort.

Ausgehend von einer „Abrüstung von Waffensystemen, die eindeutig zum Angriff bestimmt sind (...), müssen weitere Schritte einer Abrüstung gegen Null bis hin zur vollständigen Auflösung der Bundeswehr und aller Militärapparate unternommen werden.“ Gefordert wurde außerdem eine „öffentliche Diskussion über die soziale Verteidigung auch im Verhältnis zu den verschiedenen militärischen Konzepten, die als Alternative zur gegenwärtigen Aufrüstungspolitik innerhalb der Friedensbewegung genannt werden.“ Eine solche „Diskussion“ kann wohl kaum in eine Forderung nach einer „defensiven Bundeswehr-Umstrukturierung“ umgemünzt werden. Selbst für den Fall eines „militärischen Übergriffs“ auf die BRD fordert das Manifest trotz der „Risiken“ sozialer Verteidigung: „Die Bundeswehr kann und darf in einem solchen Fall nicht zum Einsatz kommen, da dies zur Vernichtungskriegsführung führen würde.“ Versuche, gerade diesen Satz zu streichen, scheiterten; ebenso erging es dem Antrag Hamburger Grünen, die Frage nach dem Für und Wider der „alternativen Verteidigung“ offen zu lassen. Auch das Sinfelfinger Programm forderte nicht „alternative“ militärische Verteidigung, sondern gewaltfreie soziale Verteidigung. Im Wahlprogramm für 1983 (verabschiedet am 15.1.) werden „einsichtige Abrü-

schrauber der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm vom Typ Bo 105, der

schrauber der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm vom Typ Bo 105, der mit 6 Hot-Raketen zur Panzerabwehr ausgerüstet ist. Die Hot ist eine in deutsch-französischer Koproduktion hergestellte Panzerabwehrwaffe, von der bisher schon über 30.000 Stück in alle Welt verkauft wurden. Mit 210 km/h kann dieser Hubschrauber wie ein Grashüpfer über das Gelände hüpfen, muß dann kurz aus der Deckung gehen, in spätestens 17 Sekunden würde dann die Hot-Rakete zum Stückpreis von 35.000 DM dratigelenkt in einen Panzer fliegen und dies auf Entfernungen von 4 km mit 80%iger Wahrscheinlichkeit. Dabei würde es nicht nur Blutspritzer auf fremden Uniformen geben, sondern die Hot würde alles andere als gewaltfrei jede Panzerung durchschlagen und den Panzer samt Besatzung vernichten (fliegt es nun daran, daß es sich um „Russen“ handeln könnte, an der „Verteidigung“ oder woran eigentlich, daß dies gerechtfertigt sein soll?). Ursprünglich wollte die Bundeswehr bis 1983 212 Stück davon zum Preis von je 4.348 Mio. DM in Dienst stellen (Angaben HA, 3.1280, Welt, 6.5.81). Mit den im Juni 1983 vom Bundestag im Verteidigungsausschuß genehmigten 10 weiteren PAH 1 (mit oder gegen Bastians Stimme?) werden es insgesamt 100 sein (FAZ, 23.6.83). Nun soll der PAH 2 ab 1986 zum Stückpreis von 10-15 Mio. DM folgen. Es handelt sich bei dem Hubschrauber wiederum um ein deutsch-französisches Koprodukt. Dieser Hubschrauber soll „nachtaktfähig“ und noch wendiger sein, seine Reichweite und Einsatzzeit ist erheblich erweitert (600 km). Dieser Hubschrauber soll keineswegs, wie Bastian jetzt behauptet, den PAH 1 einfach „ersetzen“. Der PAH 1 soll dann vielmehr die Alouette II als „Verbindungshubschrauber“ ersetzen, ein System, das vor 40 Jahren entwickelt wurde und ab 1993 verschrottet würde (s. FAZ, 23.6.).

Im Sinne der Grünen-Definition einer „Offensivwaffe“ (die über die Grenze reicht) behauptet nun Bastian, dieser Hubschrauber sei eine „Defensivwaffe“. Trotz seiner Reichweite von

Fortsetzung nächste Seite



Fortis, von vorheriger Seite

600 km kann man behaupten, daß er in der Regel an der unmittelbaren Grenzfront, zu Kriegsbeginn sogar auf BRD-Gebiet eingesetzt würde. Im allgemeinen sollen solche Kampfhubschrauber nicht hinter den feindlichen Linien als Kommandotruppe operieren, auch wenn dies beim Manöver „Scharfe Klinge“ (1981) erprobt wurde. Die Kampfhubschrauber bewegen als „defensive“ und gerechtfertigt einzusetzen, ließe aber, je d e r Waffe für den unmittelbaren Fronteinsatz den Segen zu geben. Wo dann im Krieg die Front konkret liegt, wird ignoriert.

Es gehört ja lediglich zum NATO-Tabu bzw. zur Verdummungspropaganda, daß sie sich auf die „Verteidigung“ des eigenen Gebiets beschränken wolle. So heißt es z. B. zum Rogers-Plan, der einen Blitzangriff gleich bis ins politische Gebiet vorsieht, in der „Welt“ (am 15.7.83): „Um Irrtümern des Argwohns vorzubeugen. Die westlichen Truppen würden darum nicht von der Verteidigung zum Angriff wechseln.“ Oder: „Was würden sie (die Landstreitkräfte der NATO — Anm. AK) tun, wenn nach einem Angriff des Warschauer Pakts auf den Westen sich eine Lage einstellen würde, die es gestattet, den Angreifer auf sein eigenes Territorium zu verfolgen? Hierüber wird in der NATO nicht gesprochen. Dem Beobachter ist aber klar, daß die innerdeutsche Grenze in einem solchen Fall nicht tabu wäre“ (Welt, 21.9.81). Selbstverständlich laugen die Kampfhubschrauber auch für einen Angriffs-

krieg (sog. „Vorverteidigung“).

General Dr. Ferdinand M. von Senger und Etterlin, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte, hielt Anfang Februar einen Vortrag in dem er von diesem Instrument schwärmte (abgedruckt in „Europäische Wehrkunde“, 8/83): „Die Militär- und Kriegsgeschichte nennt manche Beispiele dafür, daß entweder die überlegene Beweglichkeit oder die überlegene Feuerkraft einer Seite die Grundlage für eine erfolgreiche Operationsführung oder gar des Sieges war. Relativ selten aber sind die Beispiele, wo es gelang, beide Überlegenheitsfaktoren zu vereinen. Wenn dies der Fall war, war meist ein überwältigender Sieg die Folge.“ Genau ein solches Instrument sollen spezielle Luftbrigaden aus Kampfhubschraubern werden, von denen die NATO unmittelbar 6 Bataillone zusammenstellen könnte. „Zehnfach gesteigerte Aufmarschgeschwindigkeit“, „unbegrenzte Fähigkeit der Ausflockung“, „die Fähigkeit, rasch Feuerwerpunkte zu bilden“ und die „Wahmöglichkeit zwischen verschiedenen Bewaffnungen“ sollen die Fähigkeiten geben, um Gefechte „jeden Feind zu verdrängen“. „Sie könnten die Hauptlast eines Gegenangriffs tragen, sei es in einer konventionellen Operation oder in Vorbereitung oder Ausnutzung nuklearen Feuers.“

Bei dieser Einsatzplanung kann es nicht ausbleiben, daß die Aufgaben des Kampfhubschraubers ausgeweitet werden. Die Firma Sikorsky hat bereits ei-

nen Typ entwickelt, der andere Kampfhubschrauber im Gefecht ausschalten soll (s. „Internationale Wehrrevue“ 7/83). Da die Kosten in der Größenordnung eines Panzers liegen, könnten in naher Zukunft im Sinne Eisenhower (s. o.) weitere Gefechtsfeldaufgaben ebenso folgen. Im Gespräch ist bereits, Cruise missiles „unverwundbar“ auf Hubschraubern zu stationieren, wegen der guten Möglichkeiten im „nuklearen Feuer“ könnten es ebenso gut auch taktische Atomwaffen oder Neutronenbomben sein, die auf Hubschraubern stationiert werden.

Vorzüglich eignet sich der Hubschrauber natürlich schon heute für den Einsatz in der 3. Welt, gerade der Vietnam-Krieg war es, der dem Hubschrauber zu einer besonderen Rolle verhalf. Frankreich wollte ursprünglich statt der Koproduktion einen Jagd- und Kampfhubschrauber mit Raketenbewaffnung entwickeln, heißt es (FAZ, 23.6.83). „Beide Partner sind sich jedoch einig, daß jeder von ihnen aus dem gemeinsamen Panzerabwehrhubschrauber andere Versionen entwickeln kann, so wie es seinen Interessen entspricht“ (ebenda). Auch hier wieder dürfte die Version einer „defensiven“ Waffe schlicht daneben liegen.

#### Alternative Wunschräume

Daß ein Vertreter „alternativer Verteidigungskonzepte“ eine solche Wunderwaffe auch für sein System haben

möchte, kann man vielleicht noch unter militärtechnischen Gesichtspunkten verstehen. In seinem Buch „Frieden schaffen“ (erschienen 1983 im Kinder-Verlag) fordert Bastian für sein Modell sogar ausdrücklich eine „Aufstockung“ der Kampfhubschrauber (Nebenbei will er auch die Anzahl der Bundeswehrangehörigen unangestastet lassen, mehr Panzerabwehrsysteme und „des Ausbaus vor allem bodengestützter Luftverteidigung“, die Kürzung bei der Beschaffung des Flugabwehrsystems Roland müsse rückgängig gemacht werden (S. 165-167).

Auf der anderen Seite widerlegt Bastian dort sich selbst: Unter den gegenwärtigen Umständen atomarer Kriegsplanung und spätestens mit der „Nachrüstung“ würden so schreibt Bastian, alle NATO-Soldaten „in die unzumutbare Lage gebracht, nach einem Ausbruch von Feindseligkeiten in Europa das Schutzanswerte nicht mehr verteidigen zu können, sondern mit allem, was sie tun, seine Zerstörung nur umso vollständiger zu machen“ (S. 148/149). Mit der „Nachrüstung“ müßte „die Verweigerung des Wehrdienstes, zur allein zulässigen und vor der Gesellschaft verantwortbaren Haltung werden“, führt Bastian durchaus konsequent aus (S. 150).

Wieso diese Verweigerung nicht für die Anschaffung von Milliarden-Systemen gilt, die auch noch im atomaren Gefecht als ideales Kampfmittel gelten, bleibt wohl unergründlich, zumal Bastian in seinem Buch ausführ-

daß es sich bei der angeblichen Verantwortung Überlegenheit des Warschauer Paktes schlicht um ein Märchen handelt, an das kein führender NATO-Militär glaubt.

Auffällig ist aber auch dort, daß Bastian den „Verteidigungswillen“ der Bundeswehr außer jeden Zweifel heben will, obwohl schon heute die Rüstung der Bundeswehr auch ein arbeitsteiliger Beitrag ist, um anderen NATO-Ländern ihre Interventionenmöglichkeiten in der 3. Welt zu erleichtern und zu ermöglichen. (Falkland! Tschad!) Den Rogers-Plan, der eine konventionelle Angriffstrategie der NATO vorsieht, erwähnt Bastian überhaupt nicht. Im Gegenteil, die in ähnlicher Richtung argumentierende „Viererbunde“ (die gleichzeitig für den Abbau atomarer Gefechtsfeldwaffen in Europa einstreben) wird runderheraus gelobt, einschließlich ihrer konventionellen Überlegungen.

Frau/mann darf gespannt sein, ob die Grünen in der Lage sind, solche Pro-Rüstungsvorläufe zu stoppen. Bisher hat dieser Vorgang nicht annähernd so viel Aufregung und Betriebsamkeit verursacht, wie die Blutspitzer von Schwalbe-Hoth auf einer Generalsuntersuchung.

Immerhin haben die Grünen auf ihrer letzten Sitzung der Bundestagsfraktion (in Abwesenheit von Gert Bastian vereinbart, gegen jede Zustimmung von Waffensystemen einzusetzen, sondern vielmehr die Kürzung des Rüstungshaushalts um ein Drittel zu fordern.

## Hessen: Volksbegehren kommt voran

„In der Erwägung, daß das Recht des Volkes, über die Erhaltung seiner Lebensgrundlagen selbst und unmittelbar zu entscheiden, unveräußerlich ist.“ Mit diesen Worten beginnt ein Gesetzentwurf für den in Hessen seit Mitte August Unterschriften gesammelt werden, um einen Volksbegehren/Volksentscheid zu beantragen. Das Gesetz soll alle Landesorgane verpflichten, „Herstellung, Transport, Lagerung und die Stationierung von jeglichen Massenvernichtungswaffen — insbesondere Pershing II, Cruise Missiles und vergleichbaren Waffensystemen — auf dem Gebiet des Landes Hessen zu verhindern“. Daß der Anspruch, über die Erhaltung der Lebensgrundlagen selbst und unmittelbar zu entscheiden, ein „unveräußerliches Recht“ sei — das stand wohl bislang noch in keinem Gesetzentwurf, der in diesem Land jemals auf die Reise geschickt worden ist — und sei es, um in irgendwelchen Papierkörben zu landen. Mag sein, daß es Zukunftsmusik ist, die hier gespielt wird. In Hessen jedenfalls werden die Netze dazu derzeit unter die Leute gebracht.

Wie reagiert so ein Bürger, den man im allerweitesten Sinn dem bessenden demokratischen Lager zurechnen kann, wenn er um seine Unterschrift angegangen wird? Er sagt: „Wenn gegen die Raketen geht, unterschreibe ich.“ Dann sieht er auf dem Formular, daß eine Bestätigung seiner Wahlberechtigung durch die Behörden vorgesehen ist. Hoppla, das ist ja ernst, denkt er und meint: „Wie bei der Startbahn“. Die schreibende Hand sinkt, um sich lieber doch erst durchzulesen, was da unterzeichnet werden soll. Er unterschreibt und fragt: „Ob's denn durchkommt?“ Der Zweifel ist unüberhörbar. Er versichert sich mit einem „Na, denn viel Erfolg“. Vielleicht sei es im Laufe dieser Kampagne die Erkenntnis durch, daß der „Erfolg“ von ihm und niemand anderem abhängt.

Apropos, er „so langsam verfestigt sich der Eindruck beim Sammeln, daß es nicht so einfach ist“.

Ob's denn durchkommt? Daß es nicht durchkommen werde, ist das einzige Argument gegen dieses heisse Volksbegehren für den Frieden, das gleichermäßen von den Gegnern der Friedensbewegung wie auch innerhalb der Friedensbewegung benutzt wird. Justizminister Günther (SPD) erklärte mit reichlich Schleich, die Landesregierung nehme das Anliegen, Frieden zu schaffen, „ernst“. Dies könne jedoch nicht über ein Landesgesetz erreicht werden, da die „Verteidigungspolitik“ in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes falle. Damit ist angekündigt, daß die Landesregierung den Antrag auf Durchführung des Volksbegehrens ablehnen will (wenn er denn das von 120 000 Wahlberechtigten gestellt wer-



den wird). Er umgeht dabei ein kleines Problemchen der SPD: Nach der Wahl am 25.9. wird es keine sozialdemokratische Alleinregierung in Hessen mehr geben, auch keine geschäftsführende Herr Günther müßte sich also, falls er Justizminister bleibt, mit einem künftigen Koalitionspartner darüber absprechen — vielleicht mit der CDU?

Die knochenharten Sozialdemokraten in der Landesregierung wägen sich in Sicherheit. Sie glauben, im Wahlkampf am besten zu fahren, indem sie gar keine Antwort zur Frage der Raketen-Stationierung geben. Monoton wird wiederholt, „zuständig“ sei ja die Bundesregierung, und wir sind für Frieden, Frieden und noch mehr Frieden. Freilich gehen einem genervten Ministerpräsidenten, zumal wenn er Börner heißt, um Wahlkampf-Einsatz schon mal die Gähle durch „Was wollt ihr denn?“, pöbelt er dann los, „die Entscheidung der Mehrheit ist doch am 6. März gefallen“. So redet einer, der für den NATO-Doppelbeschluß (einschließlich seines Rüstungsteils) ist, aber heißt, daß jetzt andere den Ärger damit haben. An diesem schlichten Spruch — die Entscheidung ist gefallen — kann man sehen, was das Friedens-Gesetz der diversen SPD-Parteiangehörigen den Führern real bedeutet. Prozenten wird aber der Show halber, aber nicht um die Stationierung wirklich zu verhindern

So groß geht freilich der Durchschnits-SPDler, wie er etwa auf Anti-Kriegs-Tagen des DGB anzutreffen ist, mit dem Volksbegehren nicht um. Was denn passiere, fragt er in gekannter nachdenklicher Eppler-Pose, „wenn ein Volksentscheid wirklich zustande käme, die Mehrheit aber für die Rüstung votiert?“ Nicht etwa, daß der Gute sich deshalb gramt, weil in diesem hypothetischen Fall die Kriegsvorbereitung unter noch schwereren Bedingungen zu bekämpfen wäre. Nein, er macht sich vielmehr Sorgen, daß die unterlegene Minderheit dann „zu den Waffen greife“. Und damit wäre die Gewaltfreiheit passé. Die Aufrechterhaltung des inneren Friedens ist wichtiger als die des äußeren Friedens. Solche Argumente kommen von Sozialdemokraten, die sich (inzwischen) durchaus als zur Friedensbewegung zugehörig verstehen! Das ist das Ergebnis jahrzehntelanger Staatsloyalität und Unterwerfung.

Kommen wir schließlich noch zu denjenigen Einwänden, die speziell von linken Sozialdemokraten kommen. Sie sind für die Volksbefragung auf Bundesebene, aber gegen das Volksbegehren in Hessen und (denn mit der landespolitischen Initiative deckt man „auf den falschen Gegner“). Dadurch würden die Massen in Illusionen gewogen und falsch orientiert. Daß der Antrag auf Durchführung eines Plebiszits, in

Am 24.8. lehnte die Bremische Bürgerschaft mit der Mehrheit von SPD, CDU und FDP einen Antrag von Peter Willers (GUL/Grüne und Liberale Gruppe) ab, das Thema Volksbefragung zur „Nachrüstung“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Auf diese parlamentarische Ablehnung mit dem Durchführen einer autonomen Volksbefragung zu reagieren, war von einer Mehrheit der Bremer Friedensbewegung abgelehnt.

Stattdessen soll am Tag der Bürgerschaftswahl, dem 25.9., ein Aktionstag stattfinden.

#### SPD im Gegensatz zur Friedensbewegung

Hauptschuld am Scheitern jeglicher parlamentarischer Behandlung eines Gesetzes für eine konsultative Volksbefragung trifft die Mehrheitsfraktion SPD. Hätte sie sich auf die Seite der Friedensbewegung gestellt und eine eigene Gesetzesinitiative eingebracht, wäre eine Volksbefragung am Wahltag ohne Probleme durchführbar gewesen. Jedoch nicht einmal die Mitglieder der SPD-Unterbezirks Ost, der die Unterstützung plebisziärer Maßnahmen an-

gekündigt hatte (siehe AK 236), setzten sich für eine Volksbefragung auf Landesebene ein. Der traurige Beweis, immer dann eine bestimmte Rolle in der Friedensbewegung zu beanspruchen, wenn es nichts kostet, wurde von der SPD erneut erbracht.

Erleichtert wurde der SPD ihr Vorgehen durch die Abgeordneten der GUL, Willers und Schröder. Nachdem die Bremer Grünen es auf ihrer Programmberatung bereits abgelehnt hatten, unter dem Punkt „Basisdemokratie“ die Forderung nach einer Volksbefragung aufzunehmen, weigerte sich Willers Ende Mai, einen Antrag der BI-FA (Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung) zur Volksbefragung in der Bürgerschaft zu stellen. Neben Befürchtungen von einer Niederlage (nur knappe Mehrheit gegen die Stationierung) zog Willers sich darauf zurück, daß die Bremer Initiative eine Volksbefragung nicht debattiert hätten.

Wenige Stunden vor Antragsschluß gelang es, Uwe Schröder (ehem. FDP) zum Einbringen einer Gesetzesinitiative zu veranlassen. Es ließ sich allerdings nicht verhindern, daß Schröder die Forderungen der BI-FA änderte. Aufgrund einer überrollen Tagesordnung Fortsetzung nächste Seite

einem Bundesland erfolgreich gestellt, die beste Unterstützung für ein ebensolches Verfahren bundesweit wäre, die sich momentan versellen läßt, will ihnen nicht in den Sinn. Nein, die Unterschriften müssen unter dem Aufruf der Hannoveraner Konferenz gesammelt werden, auch wenn es politisch völlig belanglos ist, ob dort nach Albrecht, Gollwitzer und Lafontaine auch noch du und ich unser Korzel drunter setzen. Dieser Argumente beflügeln sich zusätzlich die MLPD und der bayerische Arbeiterbund — (objektiv) hilfreich bemüht, die SPD-Landesregierung im Wahlkampf aus der Angriffszone herauszuhalten.

Ob's denn wirklich durchkommt? Spätestens nach dem Volksbegehren „Keine Startbahn West“ müßte doch klar sein. Es gibt in diversen Landesverfassungen Paragraphen, in denen von Volksbegehren/Volksentscheid die Rede ist. Es gibt bedrucktes Papier in der politischen Realität der Bundesrepublik gibt es keine Plebiszite, weder auf Bundes- noch auf Landesebene. Dies ist augenscheinlich auch der ganze Sinn des plumpen Tricks, mit dem die sog. Verfassungswörter an diese Frage herangebracht sind (auf Landesebene ja — im GG nein). Wer das Plebiszit will, auf welcher Ebene auch immer, kommt um eine — sagen wir mal: beträchtliche — Veränderung dieser real existierenden Demokratie, die eben keine ist, nicht herum. Das zu erkennen, sollte nicht so schwierig sein. Wenn dem so ist, geht es aber nicht um die Frage, ob der Bund oder das Land,

sondern darum, ob das Volk oder die Herrschenden „kompetent“ sind. Lehrt das Beispiel Startbahn West, daß wir schlechte Erfahrungen mit der plebisziären Demokratie gemacht hätten? Nein. Der Volksentscheid ist der Bürgerbewegung ja verweigert worden. Daß er der Regierung nicht in den Kram paßt, kann aber kein Grund sein, davon die Finger zu lassen. Im Gegenteil. Sollten wir vielleicht solange warten, bis er uns geschenkt wird?

Wäre das Volksbegehren von der organisierten Linken abhängig, in der diese Unklarheiten grassieren und Unfähigkeit bewirken, es wäre wohl zum Scheitern verurteilt. Doch die Hoffnung auf jene heilsame Eigenständigkeit, die sich bereits beim Hegel-Konflikt bemerkbar gemacht hatte, trotz auch diesmal nicht. Sei die Sache laßt, melden sich unpolitisch Mann und einzelne Menschen aus dem ganzen Bundesland, die die Suche in die Hand nehmen. Unterschriften, Listen, Plakate und eine Massenzeitung in 100.000 Auflage („Frieden jetzt“) sind im Nu vergriffen. Mensch staunt über den eklatanten Widerspruch zwischen Resignation, Überheblichkeit und Passivität an linken Kneipentischen einseitig und dem Echo „draußen“ andererseits. Die Lawine rollt, während in den Redaktionsstuben von „faz“ und „Pflasterstrand“ noch räsonniert wird, ob man überhaupt einen Schneeball werfen soll.

KB/Gruppe Frankfurt



Forta. von vorheriger Seite

wurde der Antrag Schröders auf die Bürgerschaftssitzung im August verschoben

Ganz ohne Absprache mit irgendeiner Friedensgruppe teilten die Grünen am 24.6. über die Presse mit, sie wollten bei einem Scheitern von Schröders Antrag ein Volksbegehren durchführen. Stattdessen hatte die BfA sich bereits für eine autonome Volksbefragung ausgesprochen.

In den Bremer Gruppen wurde über das beste Verfahren noch diskutiert. Immerhin versprachen die Grünen, daß es gewährleistet sei, daß im August ein Antrag auf Volksbefragung gestellt werde. Es war deshalb für die Bremer Initiative Volksbefragung und alle anderen Friedensgruppen eine böse Überraschung, als Uwe Schröder sieben Tage vor der Bürgerschaftssitzung seinen Antrag ohne Absprache zurückzog. Er begründete dies damit, daß durch das BVG-Urteil von 1958 sein Antrag unhaltbar und gesetzeswidrig sei. Und weil entgegen den ursprünglichen Zusagen die Grünen eine Absicherung der Antragstellung versäumt oder aus Zutrauen zu Schröder schlicht unterlassen hätten, war das Thema Volksbefragung von der Tagesordnung der August-Sitzung der Bürgerschaft verschwunden. Ein letzter Versuch von Willers, über einen Dringlichkeitsan-

trag das Thema doch zum Diskussionspunkt zu machen, scheiterte in der Geschäftsordnungsabstimmung an den etablierten Parteien.

### Jusos und Grüne: Für außerparlamentarische Aktivitäten keinen Handschlag

Die Einzelaktion eines Abgeordneten hätte unter den Bedingungen außerparlamentarischen Drucks nicht ausgeht, der SPD einen guten, ungeordneten Abgang zu verschaffen. Leider ist aber die Kampagne für eine Volksbefragung in Bremen etwas schleppend in Gang gekommen. Dafür sind zum Teil die Jusos und die Grünen verantwortlich.

Während die Grünen um das ganze Thema Volksbefragung mit Halbherzigkeit berieten, sprachen sich die Bremer Jusos bereits sehr früh für die Durchführung einer konsultativen Volksbefragung aus. Das Beharren auf nur dieser Forderung war spätestens seit dem 24.6. perspektivlos, als der SPD-Landesvorsitzende Kunick mitteilte, daß die SPD eine Volksbefragung ablehne. Nichtsdestotrotz hatten eine aktive Beteiligung an der Arbeit der Bremer Initiative Volksbefragung und das Vertreten von deren Forderung

geiß im Bremer Friedensforum dazu beitragen können, den außerparlamentarischen Druck für eine konsultative Volksbefragung zu erhöhen, doch selbst in dieser Hinsicht war von den Jusos ebenso wenig zu sehen wie von den Grünen. In der BfA besaß ein Juso-Funktionär gar die Dreistigkeit, die Unterstützung einer autonomen Befragung von einer „Klärung der Gewaltfrage“ im Sinne der Jusos abhängig zu machen. Doch selbst, als in der BfA über die Gewalt Debatte eine Einigung erzielt worden war, trugen die Jusos zur Kampagne nichts bei.

Nach der Stellungnahme Kunicks war politisch vor allem brisant, wie mit einer Ablehnung der Volksbefragung durch die Bürgerschaft umgegangen werden soll. Die BfA, die BAL und nach einigen Zögern auch die DKP traten für eine autonome Volksbefragung am 25.9. ein. Mitten in den Klärungsprozess platzen dann die Grünen mit der Pressemitteilung, sie wollten ein Volksbegehren durchführen, während die Jusos durchgängig die Position verteilten, nach der Bürgerschaftssitzung solle außer Flugblattverteilen nichts geschehen.

Der grüne Vorschlag eines Volksbegehrens stieß zunächst auf wenig Gegenliebe — auch in einigen Friedensgruppen wurde eine autonome Volksbefragung positiv diskutiert —, und die

Grünen wechselten nach einigem Hin und Her ihre Position, ohne deswegen mehr zu tun als bisher. Im Gegenteil: Trotz Bitten der BfA an Willers, mit den Initiativen gemeinsam vor der Bürgerschaftssitzung eine Pressekonferenz durchzuführen, um weitere Öffentlichkeit herzustellen, und an Jürgen Reims, von Bonn aus die Pressearbeit zu verstärken, nutzten die Grünen ihre Möglichkeiten nicht und stellten sie nicht zur Verfügung.

Über diese Politik des passiven Boykotts gingen die Jusos mit der Veröffentlichung eines Papiers hinaus, in dem sie sich direkt gegen eine autonome Volksbefragung aussprachen, weil: — die Initiativen nicht ausreichend einbezogen seien,

— sich zu wenig Menschen an der Abstimmung beteiligen würden,

— das Ergebnis dann nicht mehr als bisherige Meinungsumfragen bewirken würde,

— „die Rechtskräfte ... die Authentizität des Ergebnisses anzweifeln“ würden.

Dennoch erhielt die Friedensbewegung die freundliche Zusicherung, daß die Jusos „nicht öffentlich gegen eine autonome Befragung agitieren werden.“ Von dieser Zusicherung wurde allerdings das mündige Auftreten der Jusos in ihren Friedensgruppen gegen eine autonome Befragung nicht er-

faßt

Es blieb der BAL vorbehalten, durch eine kurze Bewertung der Rathausvorhalle und die Übergabe einer Revolution an Bürgermeister Koschnick zwei Tage vor der Bürgerschaftssitzung noch einmal für Öffentlichkeit zu sorgen.

Auf einer Versammlung der Friedenskräfte am 25.8., auf der das weitere Vorgehen beraten wurde, fand eine autonome Volksbefragung zwar keine einhellige und stürmische Zustimmung, jedoch war die Debatte in den unabhängigen Initiativen meist recht positiv verlaufen, auch wenn sich einige Gruppen vehement gegen eine autonome Volksbefragung äußerten.

Ein Beschluß, eine autonome Befragung durchzuführen, war allerdings nicht möglich. Beschlossen wurde, den 25.9. zu einem Aktionstag zu gestalten, an dem aufgeklärt werden soll, an wem es liegt, daß keine Volksbefragung durchgeführt wird, an dem einige Gruppen vielleicht Befragungen in ihrem Stadtteil machen wollen, und an dem, sofern eine juristische und politische Überprüfung es als sinnvoll erscheinen läßt, die ersten Schritte zu einem Volksentscheid gegangen werden sollen, um die Kampagne für eine Volksbefragung weiterzuführen.

KB/Gruppe Bremen

„Wir reden davon, daß wir eine Demokratie verteidigen wollen, dann müssen wir zunächst einmal eine Demokratie sein und Demokratie riskieren...“  
(Ex-Innenminister G. Heinemann am 19.10.1950 im Rundfunk)

## 1951: Holzhammer gegen die Volksbefragung

Das demokratische Bewußtsein der großen Bundestagsparteien war extrem unterentwickelt, wie sich angesichts der etwas hysterischen Reaktion auf die Volksbefragungskampagne gegen die Remilitarisierung von 1951 zeigen sollte. Anfangs war das Bundeskanzleramt die Entwicklung locker angegangen: Als der Essener Kongreß „Rettet den Frieden“ (s. AK 213 und AK 234) am 28.1.1951 beschlossen hatte, die Bundesregierung zur Durchführung eines Plebiszits über die Frage „Sollte Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland im Jahre 1951“ aufzufordern, und am nächsten Tag eine kleine Delegation vor dem Toren des Bundeskanzleramts stand, um einen entsprechenden Brief zu überbringen, vernachlässigte man es noch mit Abfertigen. „Wir sind einen Tag nach der großen Kundgebung nach Bonn gefahren und wunschten, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer zu sprechen. Aber das schien nicht möglich, wir wurden über die Hintertreppe zu einem Regierungsrat geführt, der uns abfertigte. Frau Höreth-Menge z.B. sagte, daß das Volk das Recht hätte, in einer solchen Sache gefragt zu werden. Daraufhin gab der Herr Regierungsrat zur Antwort: das Volk würde ja auch nicht gefragt, ob es Steuern zahlen wolle oder nicht“ (Christa Thomas, Zeugenaussage vor dem BOH 1954 — s. AK 214).

Als daraufhin am 14.4.51 auf einem zweiten Kongreß in Essen beschlossen wurde, die Volksbefragung autonom durchzuführen waren die Reaktionen heftiger. Besonders das antikommunistische Propagandaminiesterium für gesamtdeutsche Fragen, in dem Jakob Kaiser schaltete, wurde schnell aktiv. In einem Eilbrief an den Bundesinnenminister Robert Lehr vom 18.4.51 wurde eine bunte Mischung aus Hirngespinnst, Angstmacherei und Machtphantasie kolportiert.

„Nach den Nachrichten, die mich aus der Sowjetzone erreichen, muß mir einer neuen großen, von der Sowjetzone aus gesteuerten Aktion im Zuge des kalten Krieges im Bundesgebiet getrachtet werden, die mit dem 1. Mai im ganzen Umfang anlaufen soll und ihren Höhepunkt in der Durchführung der Volksbefragung gegen Remilitarisierung erreichen wird (...). Die eigentliche Volksbefragung soll am 13. Mai anlaufen. (...) Um die Aktion auf breitere Basis zu stellen, sollen alle westdeutschen KP-Leute, die sich in der Sowjetzone befinden, umgehend nach dem Bundesgebiet zurückkehren und sich hier als Leiter von Volksbefragungsausschüssen aktiv einsetzen. (...) Ich halte entsprechende Gegenaktionen, die schnell und wirksam anlaufen müssen, für unbedingt erforderlich. Hierzu wird in erster Linie eine Aufklärung der Bevölkerung in breitem Rahmen notwendig sein (...) Nach dem Grundgesetz sind Volksabstimmungen nicht zugelassen, wenn trotzdem in den letzten Jahren Volksbefragungen nach der Methode der Demoskopie im Bundesgebiet durchgeführt worden sind, so

hat es sich dabei um Vorgänge unbedeutender Art und nicht staatsgefährdenden Charakters gehandelt. Im gegenwärtigen Fall wird die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung aber mit dem Ziel der Erschütterung des demokratischen Lebens der Bundesrepublik (...) betrieben.“

Damit waren, ohne auch nur eine scheinbare Prüfung der rechtlichen Lage, die Maßnahmen und Strategien für die nächsten Monate vorgezeichnet. Auffällig ist die ständige Betonung des „Ausmaßes und der Gefährlichkeit“ (Kaiser) dieser Aktion, des „aktiven Widerstandes“ (CDU-MdB Brockmann), die auch in der Interpellation der CDU/CSU, FDP, DP, BP vom 20. April 1951 ihren Ausdruck fand: „Diese Volksbefragung gegen die Remilitarisierung soll fraglos als der massivste Angriff des Jahres 1951 aus der Sowjetzone gegen die demokratischen Organe in der Bundesrepublik gesteuert werden.“ Das und auch der Unterzeichnerkreis der ersten Publikation des Hauptausschusses, des „Aufruf an alle Deutschen“, zeugen, auf was für eine breite Basis sich die Volksbefragungsbewegung zu diesem Zeitpunkt stützen konnte. Unterzeichner des Aufrufes waren z.B. die Schriftsteller Reinhold Schneider, Peter Martin Lampel, Georg Schwarz, die Beamtenoberinspektoren D. Julius Hahn, Oberregierungsrat Rolf Sundrich, die Gewerkschaftler Max Faulhaber (Bezirksvorsitzender), Franz Leuner (Betriebsratsvorsitzender), die Theaterintendanten Otto Imhof, Vogt-Wülseck, Pastor Friedrich Buhmann etc. Eine nicht unwichtige Rolle spielten auch ehemalige Offiziere der Wehrmacht, die sich allerdings aus fragwürdigen Motiven gegen die Remilitarisierung stellten: Sie wollten erst die Ehre des deutschen Soldaten der Weltkriege wiederhergestellt wissen.

### Verboten oder nicht?

Bereits am 18.4. wurde im CDU-regierten Rheinland-Pfalz die Volksbefragung auf Landesebene verboten. Die Regierung hatte es mit gutem Grund eilig: Die Landesverfassung sah Volksabstimmungen vor und die Volksbefragungsausschüsse hatten innerhalb weniger Tage die für die Einleitung eines Plebiszits erforderlichen Stimmen zusammen. Das Land Hessen beschwerte sich nach diesem Verbot im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: „Ich halte diese Methode nicht für wirkungsvoll, weil man politischen Aktionen nur schwer mit Polizeiverboten beikomme.“ Zinn (SPD) schlägt stattdessen eine große, zentral von Kaiser gesteuerte Aufklärungskampagne vor, die klar machen soll, daß jeder Einzelne der Volksbefragung „für ein bolschewistisches Deutschland“ stimmt. Am nächsten Tag telegraphierte Kaiser an Zinn zurück:

„Im Hinblick auf den Umfang und die Gefährlichkeit der Aktion halte ich Aufklärungsaktionen (...) allein nicht für ausreichend“. Gleichzeitig drängt Kaiser Bundesjustizminister Rosenberg auf Erlass eines Gesetzes zu Artikel 9 Absatz 2 Grundgesetz, um ein Verbot zu erleichtern. Erwogen wird auch die Einführung eines Gesetzes über die „Genehmigung von Unterschriften-sammlungen“. Als das Verbot am 24.4. durch die Bundesregierung ausgesprochen wurde, kennen aber auch die SPD-regierten Bundesländer kein Halten mehr. In Hessen zum Beispiel wird durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten von Frankfurt die „Sozialistische Volkszeitung“ für drei Monate verboten, und die sie herstellende Rhein-Main-Druck GmbH wird für die gleiche Zeit verweigert. Anlaß in einer Ausgabe hatte die „SV“ für die Volksbefragung geworden.

Die Volksbefragung wird von den bürgerlichen Parteien zum Polizeiproblem heruntergespielt. Ein Unterfänger, das aber kaum gelingt, weil die Justiz zu dieser Zeit durchaus nicht überall willens ist, dem autoritären Staat ihre Referenz zu erweisen.

### Freisprüche

Für den politischen Charakter der Justiz bezeichnend ist ein Schriftwechsel des Oberstaatsanwalts am Landgericht Bremen, der am 20.7.1951 Bedenken äußert, in sechs Ermittlungsverfahren wegen Übertretung des Volksbefragungsverbots Anklage zu erheben. Die Anklageerhebung würde nämlich voraussetzen, daß die Anordnung des Innenministers, die Volksbefragung zu verbieten, auf ihre Gültigkeit hin untersucht würde. Formell befänden an dieser Gültigkeit zwar keine Zweifel, materiell-rechtlich aber dafür erhebliche, da die Bundesregierung keine Legislative sei, ihr Beschluß vom 24.4.1951 mithin keine gesetzliche Grundlage für ein Verbot darstellen könne, fehle für die Anordnung des Innenministers die materielle Grundlage. Außerdem: „Ein internes Gericht, das für die Aburteilung von strafbaren Handlungen gemäß § 110 zuständig wäre, würde m.E. mit den ihm hier in Bremen zur Verfügung stehenden Beweismitteln schwerlich in der Lage sein, den Nachweis mit einer zur Verurteilung ausreichenden Sicherheit zu führen.“ Da auch ein hochvertrauensvolles Unternehmen nach Artikel 143 kaum nachweisbar sein werde, würde er von einem Strafverfahren lieber Abstand nehmen. „Weil ich bei der Unsicherheit der Rechtslage einen Freispruch aus politischen Gründen nicht riskieren kann.“ Weitläufiger Skrupel hatte das Landesverwaltungsgericht zu Schleswig, das am 11.6.1951 für Recht erkannte, daß eine Veranstaltung des Friedensringes in Flensburg zu Recht verboten worden sei. Bemerkenswert daran ist, daß diese Veranstaltung an sich gar nichts mit der Volksbefragung

zu tun hatte, sondern als Thema „Zwischen Krieg und Frieden“ hatte: „Dieses Thema bekommt aber“, befand das Gericht, „aus den besonderen Umständen einen notwendigen Bezug zu der Agitation für die Volksbefragung“. Die ganze Öffentlichkeit steht unter dem Einfluß der vom russisch-kommunistischen Einflußgebiet her betriebenen Agitation...“ Die Rechtmäßigkeit der Verfügung des schleswig-holsteinischen Innenministers wurde gar nicht erst untersucht. Da ging das Landgericht Stuttgart in seinem Beschluß vom 18.9.51 schon härter mit der Regierung ins Gericht. Die Beschlagnahme von 2 Tonnen Volksbefragungsbroschüren bei dem kaufmännischen Angestellten Karl Leinhaus wurde aufgehoben. Gleichzeitig wurde das Urteil des Amtsgerichts Esslingen, das die Beschlagnahme für Recht erklärt hatte, scharf kritisiert. „Die Aufhebung des Beschlusses der Bundesregierung vom 24.4.51 läßt vermuten, das Amtsgericht erblicke in dem erwähnten Beschluß eine von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffene Anordnung. Dieser Auffassung kann nicht beigetreten werden. (...) Worauf es hier allein ankommt, ist die Beantwortung der Frage, ob sich das Mittel, das die Ausschüsse für die Volksbefragung zur Durchführung ihrer Bestrebungen anwenden, gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Daß das Mittel der Volksbefragung sich nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, kann nicht zweifelhaft sein.“ Ruhe in die aufgetragene Diskussion der Gerichtsentcheidungen brachte erst ein Urteil des Oberlandesgerichts Neustadt (NJW 1952, S. 398), das das Volksbefragungsverbot für rechtmäßig erklärte: „... es handelte sich um eine private Volksbefragung auf breiter Basis unter Vorherrschaft demokratischer Formen. (...) Die Befragten mußten besorgt sein, in Falle einer Ausdehnung des Herrschaftsbereichs der östlichen Machthaber auf den Westen zur Verantwortung gezogen zu werden. Von einer freien Abstimmung konnte daher keine Rede sein. (...) Wer eine solche, wilde Volksbefragung wie die vorliegende veranstaltet oder sich an einem solchen Unternehmen beteiligt, verstößt gegen die verfassungsmäßige Ordnung in Bund und Land“ (nach NJW). Das war aber nur die halbe Wahrheit, wie der erste Senat des Bundesverwaltungsgerichts allerdings erst 5 Jahre später, am 6.12.56, befand. Es hob zwei Urteile auf, die gegen Aktivisten der Volksbefragung wegen Übertretung der Polizeiverordnung Zwangsgelder verhängt hatten, weil „die zuständige Landesbehörde die gemäß Art. 9 Abs. 2 GG in Verbindung mit § 2 des Reichvereinsgesetzes erforderliche Auflösungsverfügung gegen die Volksbefragungsausschüsse nicht erlassen (hat). Die Polizeiverordnung kann daher als eine rechtlich einwandfreie Grundlage für ein (...) Vorgehen gegen die Volksbefragungsausschüsse (...) nicht angesehen werden.“

### Was aber bleibt?

Auf der Tagung am 16.3.52 in Hohenberg wurde das Ergebnis der Volksbefragung bekanntgegeben: Knapp über neun Millionen Stimmen waren gegen die Remilitarisierung zusammengekommen. Die Bewegung aber war zu diesem Zeitpunkt so gut wie am Ende, die Nachfolgeorganisationen des „Hauptausschusses“ agierten zwar noch eine gute Zeit lang, sie orientierten sich aber immer stärker an den parteipolitischen Richtlinien, dem eingefahrenen Jargon der KPD und sackten fast bis zur Bedeutungslosigkeit herab. Die Isolation zeigte sich vor allem daran, daß auch potentielle Verbündete wie Teile der Evangelischen Kirche kaum mehr zu gemeinsamen Aktivitäten bewegen werden konnten. Die heutige Einschätzung von DKK-nahen oder ihr angehörenden Kräften, die Volksbefragung habe damals „einen dritten Weltkrieg verhindert“ (ein Mitarbeiter der „Tat“) oder die Aufrüstung um mehrere Jahre verzögert, ist kaum mehr als eine erhebliche Selbstüberschätzung. Eine Schwäche der Volksbefragungsbewegung, die heute auch von damals Beteiligten zugegeben wird, war die ungenügende Verankerung in vielen der befragten Gebiete. Die Fälle, in denen der Einschnitt halber ein paar KPD-Angehörige für sich einen Volksbefragungsausschuß bildeten, ohne sich um Angehörige anderer Linien zu kümmern, sind so selten vermerkt nicht gewesen. Aber auch die Argumentationsansätze der Volksbefragungskampagne war nicht immer glücklich gewählt. Stereotypen herrschten vor. So wurde auf Flugblättern immer wieder davor gewarnt, daß Aufrüstung den Wohlstand gefährde und Arbeitslosigkeit herbeiführe — ein nicht falsches, in der Situation eines stetigen wirtschaftlichen Aufschwungs aber nicht gerade glücklich platziertes Argument. Verheerend wirkte sich auf die Durchführung der Volksbefragung die fast einhellige Ablehnung der Kampagne durch alle bürgerlichen Medien aus. Selbst die durchaus sanftmütigen Unterstufen der Bewegung kamen in der Öffentlichkeit, mit Ausnahme Martin Niemöllers, kaum mehr zu Wort.

Stark unterentwickelt war die juristische Argumentation auch auf der Seite der Volksbefragungsbefürworter — offensiv juristische Schritte wurden — mit Ausnahme einer sehr moralischen Denkschrift an Bundespräsident Heuß vom 12.5.51 — nicht unternommen. Aber auch die politische Argumentation für das Instrument des „Volksentscheids“ war kaum ausgeprägt — die Kampagne war in ihren Veröffentlichungen vor allem auf die Publikation von Argumenten und Parolen gegen die Remilitarisierung aus, ohne das Spezifische der gewählten Kampagnenform zu vermitteln.

Emil Populär







# Stand der Planung in Bremerhaven/Nordenham und Hamburg

## Bremerhaven/Nordenham

Für die am 13., 14. und 15. 10. 83 in Bremerhaven/Nordenham geplanten Aktionen wurde auf der Unterwasserkonferenz am 14.8. von 300 Teilnehmern ein „Aktionarahmen“ beschlossen, der auf der 2. Regionalkonferenz Nord am 21.8.83 in Hamburg nach einer Aussprache bestätigt wurde.

Nach bisherigem Stand werden also alle Kräfte der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen nach Bremerhaven/Nordenham mobilisieren. Das ist keineswegs selbstverständlich, denn im Rahmen der zentralen Herbstaktionen besitzt Bremerhaven das Flair möglicher Konfrontationen. Dazu hat sowohl die Medienkampagne des Verfassungsschutzes beigetragen, der das „Komitee gegen Bombenzüge“ (KGB), ein Bündnis von Autonomen und Gewaltfreien, als die „terroristischen Untergründe“ der Friedensbewegung heraussticht, als auch die Tatsache, daß viele unabhängige Kräfte in Norddeutschland diese Aktion als ihren Schwerpunkt verstehen und der autonome Flügel daher relativ stark in der Vorbereitung vertreten ist.

Für den DGB-Bundesvorstand stand es von vornherein nicht zur Debatte, nach Bremerhaven aufzuziehen. Der Bundeskoordinationsausschuss ist mit faden-scheinigen Argumenten auf Distanz gegangen. Er weigert sich, diese Aktion überhaupt auf den zentral in Bonn gedruckten Plakaten zu nennen. Diese Aktion sprengt (natürlich nur „formal“) den Aktionsrahmen, der auf der bundesweiten Aktionskonferenz (in Köln) beschlossen worden sei, jammerte Volkmar Deile von der Aktion Sühnezeichen in Bonn.

Auch in Norddeutschland war die Aktion heftig umstritten; nach zahlreichen Millimetergesprächen und Auseinandersetzungen in achtstündiger Debatte war es dann geschafft.

Am 13., 14. und 15. 10. sollen vor verschiedenen militärischen Einrichtungen Blockaden stattfinden (die Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven wird ab Donnerstag, dem 13. 10., ab 11.55 Uhr blockiert).

Am Sonntag, dem 15. 10., versammeln sich alle Demonstrationssteiner bis 11 Uhr vor der Bremerhavener Stadthalle. Nach der Auftaktkundgebung sollen zwei Demonstrationen zur Carl-Schurz-Kaserne geführt und diese umzingelt werden. (Eine 3. Demonstration soll eventuell aus Richtung Cuxhaven noch organisiert werden.) In der Kaserne am Rande des Hafengeländes befindet sich das

Militär-Sanitäts-Commando (der Kommandant hat sich bereits angekündigt, in der Kaserne am Rande des Hafengeländes befindet sich das „Military-Sanitäts-Commando“ der US-Streitkräfte, zuständig für den Nachschub auf See für die BRD und den Nahen Osten. Die eine Route wird direkt durch den Hafen geführt (s. auch den Entwurf der BfA im letzten AK).

## Wie „praktisch“ dürfen die Aktionen sein?

Es liegt in der Luft, daß die Hafentransporte wie üblich nicht genehmigt werden können, zumal der Container-Terminal (auch samstags in Betrieb) damit automatisch lahmgelegt würde. So wird durch ausdrücklich festgehalten, daß sich die Aktion „nicht gegen die Hafenanlagen als solche und in keiner Weise gegen die Kollegen“ richten werde (für die Kollegen steht eine 3. Autostraße zur Fahrt nach Hause frei). Nicht in den „Aktionarahmen“ aufgenommen werden durfte der ausdrückliche Wille, den Containerterminal bei der Aktion „lahmzulegen“. Entscheidend war aber die Frage, was im Fall des Demonstrationsverbots gemacht werden sollte. Hiß es ursprünglich im Entwurf, die Hafentransporte „unverzichtbar“ und: „Wir werden uns unser Recht, dort zu demonstrieren, wo sich das Objekt unseres Protestes befindet, nicht nehmen lassen und obwohl juristisch wie politisch als auch praktisch zu wahren suchen“, so sind jetzt Formulierungen gewählt worden, die noch alle möglichen Schlupflocher offenlassen. Die Hafentransporte hat allerdings immer noch „zentrale Bedeutung“, nachdem es mehrere Vorstöße im Vorwege (nicht offen auf der Konferenz) gegeben hatte, die Route möglichst ganz zu kippen. Solche Vorstöße gab es in der BfA, und vor allem in den Reihen der Jusos ging es hoch her. Bis zum letzten Moment (vorher auf der 2. Regionalkonferenz Nord) blieb es spannend, ob etwa auch die Schleswig-Holsteiner Jusos diese „Aktion“ schlucken würden.

Im Falle des Verbots ist „entschiedener Widerstand“ angesetzt. Selbst eine „Zwischenlösung“, die von den Bremer Jusos eingebracht wurde, konnte nicht realisiert werden. Es hieß dort: ein Verstoß gegen das Demo-Verbot „kann - wie das Beispiel Brokdorf gezeigt hat - möglich und sinnvoll sein. Wir werden uns das Recht, dort zu demonstrieren ... nicht nehmen lassen und politisch („praktisch“) fecht hier - Anm. AK) zu wahren suchen.“

Dieser Kompromiß als Konsens war aber nur möglich, weil auf der anderen Seite diese Kräfte schon im Vorfeld darauf verzichtet hatten, ein ausdrückliches Bekenntnis zur Gewaltfreiheit zu verlangen. Allen Unkenrufen zum Trotz ist das immer noch möglich. Es heißt jetzt:

„Umzingelung und Blockaden wollen wir mit friedlichen Mitteln erreichen. Wir erklären, daß von uns keine Gewalt ausgeht. Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei, sondern unseren Widerstand gegen die „Nach-Rüstung politisch zum Ausdruck bringen.“

Die politisch Verantwortlichen werden aufgefordert, „Provokationen“ bzw. „Schikanen, Einschüchterungsversuche, Diffamierungen und Kriminalisierung“ über Justiz und Polizei zu unterlassen. - Natürlich kam auf der Konferenz noch einmal der unvermeidliche Versuch (aus den Reihen der DKP), die „Gewaltfreiheit“ festzuschreiben, der aber wieder zurückgezogen wurde. Während der Aussprache der Regionalkonferenz wurde das Vorhaben der Kräfte aus den Reihen von KOFAB und Jusos noch einmal deutlich. Sie wollen durch direkte Beteiligung an dem Bündnis erreichen, daß ggf. weitergehende Aktivitäten militanter Kreise unterbleiben. In diesem Sinne verstehen sie den Aktionsrahmen auch als „verbindlich“ für alle denkbaren Aktivitäten.

Es wurde festgelegt, daß Details der Aktion bzw. die Reaktion im Falle des Verbots auf einer weiteren Konferenz diskutiert und festgelegt werden sollen.

## Aus der Sicht des Verfassungsschutzes:

„Der Schleswig-holsteinische Verfassungsschutz besitzt Hinweise darauf, daß es durch einen militanten Teil in der norddeutschen „Friedensbewegung“ in den Tagen vor dem 15. Oktober vor Militäreinrichtungen der Amerikaner oder der Bundeswehr in Bremerhaven und Nordenham zu gewalttätigen Aktionen kommen könne. Dies sei möglicherweise ein stillschweigendes Zugeständnis, das die Vertreter sogenannter gewaltfreier Aktionen einigen Extremisten aus der Szene der undemokratischen Linken gemacht hätten. Diese gewaltbereiten Gruppen hätten sich auf Vorbereitungskonferenzen gegen eine Beteiligung an der als norddeutscher Schwerpunkt gedachten Demonstration am 15. Oktober im Raum Bremen ausgesprochen. Sie nannten sie eine „falsche Demo“. Statt dessen hätten diese Extremisten Aktionen in den Tagen unmittelbar davor angekündigt. Dann sei Gewalt nicht mehr auszuschließen, folgere der Kieler Verfassungsschutz.“ (FAZ, 31.8.83)

Eine kaum verhohlene Ankündigung, die Vorblockaden entsprechend polizeilich zu „behandeln“, eine kaum verhohlene Distanzierungsaufforderung an gewaltfreie Kräfte.

## Hamburg:

Für Hamburg wurde auf der 2. Regionalkonferenz Nord eine „Konzeption“ der „Volksversammlung zur Freiden“ in Hamburg am 21./22.10. beschlossen.

Alle Teilnehmer sollen sich am 22. 10. bis 11 Uhr an diesen vier Sammelpunkten treffen:

- Altonaer Balkon (Sonderzüge aus Niedersachsen/Schleswig-Holstein)
- Heiligengefeld (Busse aus Niedersachsen)
- Bahnhof Barmbek (Busse aus Schleswig-Holstein)
- Sternschanze oder Dammtor (Züge/Busse aus Bremen)

Für die Hamburger Teilnehmer ist es (leider) freigegeben, ob sie zu den Sammelstellen gehen oder (nur) direkt zu Kundgebung

Um „5 vor 12“ verlassen die Demonstrationen die Sammelstellen. Die Züge aus Altona und vom Heiligengefeld werden zu einer Zwischenkundgebung am Hafen zusammengeführt, wo Redner von

„Dritte-Welt“-Gruppen und Hafenbetriebern sowie ein ausländischer (türkischer) Kollege über Rüstungsproduktion und Rüstungsexport sprechen werden. Von 14 bis 16 Uhr wird die Abschlussschließung auf dem Rathausmarkt stattfinden. Jeweils ein Sprecher des DGB (Zimmermann, Baden-Württemberg), der Kirchen, der DKP, der Grünen bzw. GAL, der SPD und des BAF-Nord werden auftreten und es soll ein Grußwort aus Bremerhaven vorgetragen werden. Der Präsident der FDR (El Salvador), Ungo, wird ebenfalls zu den Rednern der Abschlussschließung gehören. Bedingung für alle Redner ist, daß sie „jede Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ablehnen“.

Interessantes Geschehen (vor allem im Hintergrund) dürfte es um die Frage gehen, ob die Abschlussschließung tatsächlich auf dem Rathausmarkt stattfinden kann, da er innerhalb der Hamburger Bannmeile liegt (in Bonn soll eine Überbreitung dieser Zone zu vermeiden werden). Innerhalb sammt diese Forderung nach diesem Kundgebungsort aus SPD-Kreisen und auch der DGB macht dieses Spiel mit. Natürlich wäre eine Genehmigung ohne weiteres möglich, wie es die Friedensdemonstration 1958 oder die Demonstration gegen die drohende Werften-schließung und Massenentlassung bei HDW, CDL und SPD-Rechte werden sich allerdings gegen eine Genehmigung sperren.

Senatssprecher Thomas Mirow erklärte bereits, der Rathausmarkt stehe „höchstwahrscheinlich nicht zur Verfügung“. CDU-Oppositionsführer Perschus forderte „Keine Freigabe der Bannmeile“ („Welt“, 16.8.). Fachbeurteilungen der Ablehnung, weil eine solche Genehmigung einen juristischen Vorhaben, bei dem „die Gefahr erheblicher Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ bestünde. Der Senat und der Präsident der Bürgerschaft, die für eine Genehmigung zuständig sind, haben sich (offiziell) mit der Frage noch nicht befaßt („Welt“, 24.8.83).

## Wie ungehorsam ist „ziviler Ungehorsam“?

## Wie ungehorsam ist „ziviler Ungehorsam“?

Sehr umstritten waren die für den 21. und 22. 10. geplanten Aktionen des zivilen Ungehorsams. Kräfte der Hamburger Friedenskoordination und andere wollten neben einer Demonstration auch zentrale Aktionen des zivilen Ungehorsams in der Konzeption der „Volksversammlung“ verankern sehen, zu denen ebenfalls schwerpunktmäßig zentral mobilisiert werden soll (einsige sogar alternativ, d.h. statt der Bremerhaven-Aktion).

Mehrheitlich beschlossen wurden folgende Aktionen, die am Freitag, den 21. 10. ab 13 Uhr beginnen sollen:

- a) Blockade der Führungsakademie
- b) Menschenkette von der deutsch-südamerikanischen Bank (Neuer Jungfernstieg) bis zur Firma Rothfos (Sandtorpark), dort befindet sich auch das Konsulat von El Salvador; oder eine vergleichbare Aktion
- c) Friedensfahrt auf der Elbe mit Beteiligung von Fischern und vielen Sportbooten, die zu einer zeitweiligen Blockade der Elbe führen soll
- d) Mahnwache am Gedenkstein auf der Moorweide (dort war der Sammelplatz zur Deportation der Juden in die Vernichtungslager).

In der Auseinandersetzung um einzelne Aktionen kam es auf der Regionalkonferenz nahezu zum Eklat, weil sich eine erdrückende Mehrheit von KOFAB und Pro-SPD-orientierten Kräften gegen eine kleine Minderheit der schlecht vertretenen Blockierer ganz offen und schonungslos dafür einsetzte, daß solche Blockaden rein symbolischen Charakter zu tragen hätten. Im Blockade-Podium Hamburg war erörtert worden, die Führungsakademie der Bundeswehr entweder bei einer Besetzung umzuweihen oder gar zu „demolieren“, ebenso war im Gespräch, die Auslieferung des El Salvador-Kaffees zu blockieren.

Da der El Salvador-Kaffee aufgrund des Bürgerkriegs dort nicht sicher ist,

wird der Kaffee hier in Hamburg in großen Mengen eingelagert. Zuständig ist die Firma Rothfos, der Chef im gleichzeitigen Konsul für El Salvador. Bei Rothfos wollte die Mehrheit eben nur eine Menschenkette von der Firma zu der Bank organisieren, die diesen Unternehmen finanziert.

Bei der Führungsakademie Planung und der geplanten Ankündigung einer Besetzung handelte es sich teils der Linken eher um einen verbalen Kraftakt, denn eine solche Ankündigung hätte ja tatsächlich zu einem entsprechenden Polizeiaufgebot geführt, was bei der gegebenen Situation wohl das Ende jeder Besetzungsbuch bedeutet hätte. Aber auch das war den Kräften aus dem Mehrheitspektrum zuviel. Als Ziel einer Blockade wird in einem Mehrheitsbeschuß definiert, „just an (all) solchen Aktionen Menschen beteiligen zu können, die so etwas bisher noch nie gemacht haben. Zudem müßten solche Blockaden dem Minimalkonsens entsprechen, sprich „von der gesamten norddeutschen Friedensbewegung“ getragen werden können. Ausdrücklich wird die Besetzung oder „Demontage“ abgelehnt. Selbst der Hinweis, daß es von einem höchst willkürlichen Demokratieverständnis zeugt, wenn die Mehrheit in einem gemeinsamen Aktionsrahmen der Minderheiten politische Ohrfeigen verabreicht, konnte die KOFAB und Pro-SPD-orientierten Kräfte nicht hindern, mit ihrer Mehrheit durchzustimmen.

Der Ex-FDPIer Middelhaufe vom Hamburger Forum brachte es auf den Punkt. In Bremerhaven gäbe es immer noch „Unsicherheiten“, was dort bei den Aktionen im einzelnen passieren könne, für Hamburg „durfte es solche Unsicherheiten nicht geben“. Dieses ließ sich für dieses Spektrum am einfachsten dadurch erreichen, daß alle konkreten Aktionsvorschläge - für Blockaden voll übernommen und auf einen entsprechenden (symbolischen) Rahmen zurückgeführt wurden.

Das trug vor allem der DKP das uneingeschränkte Lob. Hamburger „Sicherheitsbeauftragter“ ein, Ex-Verfassungsschutzchef Horchem (CDU) erklärte, daß die DKP „für die kommenden Großdemonstrationen als Beruhigungsfaktor angesehen werden“ müsse. Im Gegensatz zum „Verbund autonomer Gruppen unter der Bezeichnung „Friedenskoordination“, die „auf „direkte Aktionen“ und damit auf Konfrontation hin“ ausgerichtet seien, würden sich die DKP und ihre Hilfsorganisationen „nur an „gewaltfreien“ Demonstrationen beteiligen und bei eigener Beteiligung entsprechend ihrer langfristigen Strategie für „Gewaltfreiheit“ sorgen“ (FAZ, 23.8.83).

„Offenbar hat sich vorerst aber die Linie des Hamburger DKP-Vorsitzenden Wolfgang Gehecke durchgesetzt, der seine Kader für den DGB und die SPD „hoffähig“ machen möchte“, schrieb die „Welt“ (am 23.8.83). Pawelczyk (SPD-Innensenator) gab die gleiche Einschätzung im Rundfunk zum Besten. Am 23.8. protestierte das Hamburger Blockade-Podium mit 100 Anwesenden gegen einen Beschluß der Regionalkonferenz, der sich ausdrücklich gegen den Diskussionsstand des Blockade-Podiums richtete. „Auch wenn wir mit dieser Mehrheit zusammenarbeiten wollen, können wir uns unsere weitergehenden Aktionsvorschläge von dieser Mehrheit nicht einfach wegnehmen lassen. Wir werden daher unsere Absicht, weitergehende wirksame Aktionen bei der FUAk (Führungs-Akademie der Bundeswehr - Anm. AK) oder anderswo durchzuführen, weiterverfolgen und bei entsprechend überzeugenden Konzepten auch ohne den Segen der Regionalkonferenz durchführen.“

Die GAL erklärte auf ihrer Mitglieder-versammlung am 27.8. ausdrücklich ihre Unterstützung dieses Beschlusses. Allerdings kam es dann doch anders: Auf dem Blockade-Podium am 30.8. schlug die Hamburger „Ohne Rüstung Leben“-Gruppe vor, an der FUAk neben Blockade (wie auf der Regionalkonferenz beschlossen) symbolisch der Opfer jener Miliärs aus faschistischen Regimes, die dort ausgebildet werden und anderer Opfer des Militarismus durch eine Aktion zu gedenken. Rote Grabmäler, Grabsteine und -platten sollten mitgebracht, Orkner, Steine und Holzkreuze und ein „Blutpingbrunnen“ sollen errichtet werden. Diese Idee stieß bei vielen Blockierern auf spontane Zustimmung. Damit war die Idee einer „direkten Aktion“ vom Tisch, zumal die FUAk bei Blockade-Begrenzungen „durch“ nämlich in

Wochenende, ist.

Zwar wird immer noch die Möglichkeit einer Rothfos-Blockade erkundet, aber nach bisherigem Stand ist die Absicht, während der Aktionswoche im Herbst in Hamburg über nur symbolische Behinderungen hinauszugehen, aufgegeben worden.

Am 20.9. gibt's die neue **FriZ**  
Ganz Falsch!



Schon viel besser.



Richtig!



Polizeigespräche  
Verraten und verkauft?

Herbst 83  
Reicht das aus?  
Und was geschieht  
danach?

Und was  
danach?

Genügend  
Das Ende eines Betrugs  
oder  
ein Betrug ohne Ende

Bestellt sie über Eure  
Friedensrats, einen Buchladen  
oder direkt  
bei der Redaktion

Nernstweg 32-34,  
2 Hamburg 50,  
Tel.: 040/39 44 04.

## Krefeld Dokumentation

48 Seiten — 38 Fotos — 8 Mark

Die erste und einzige Aufarbeitung der Krefelder Ereignisse anhand der Fakten:

- Ermittlungsbericht über den Ablauf des 23.6.
- Die Polizeistrategie
- Die Folgen der Polizeieinsätze
- Reaktionen auf Krefeld
- Dokumentation verschiedener Distanzierungen aus der „Bonner Runde“ und einer Gegenerklärung
- Interview mit Robert Jungk
- Stellungnahme Hamburger Autonomer Dokumentation von Leberbräufen aus der „laz“
- Auszüge aus dem offiziellen Polizeibericht
- Dokumentation in 38 Fotos

Zu beziehen gegen Vorauszahlung von 8 Mark pro Stück und Porto: Hamburger Satz- und Verlagscooperative Postfachkonto Hamburg 217 76 - 005



# Die Vereinnahmung der Friedensbewegung durch die staatstragenden Kräfte

Ein Diskussionsbeitrag von Lucas Beckmann (Grüne)  
auf der Bonner Koordinationssitzung vom 13.7.

Wir dokumentieren hier einen Diskussionsbeitrag, den Lucas Beckmann von den Grünen auf einer Sitzung des Bonner Koordinationsschusses gehalten hat. Der Beitrag wurde aus Anlaß der Debatte gehalten, ob Friedenskräfte in Bonn die Bannmeilengrenzen betreten oder gar übertreten dürfen, wir berichteten davon. Der Beitrag umfaßt aber eine generelle Einschätzung zum Einfluß von DKP-, SPD- und DGB-Kräften und den Aufgaben der Friedensbewegung.

Es war nicht nur Grundlage für die Diskussion und Bezeichnung der Grünen, sondern sollte darüber hinaus u. E. Berücksichtigung bei der Friedensbewegung finden.

Eine Zusammenfassung dieser Einschätzung hat Lucas Beckmann (im Zusammenhang seiner über die Schwab-Holt-Aktion) als Interview der dpa gegeben. Die Aufregung im Koordinationsschuss war groß. Weil es nicht allgemein blieb, sondern die Vertreter des Bündnisses DKP-SPD-DGB beim Namen nannte, wurde das als „Denunziation“ im KO-Ausschuss gebrandmarkt. Just von solchen Kräften, die in Polizeigesprächen, wie sie stetig geführt werden, keinesfalls als ernstliches Unternehmen erblickt werden.

(...)

Es gibt Historiker die sagen, die Friedensbewegung der 30iger Jahre gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ist aufgesogen und integriert worden von der SPD. Ich weiß, daß es andere gibt, die dies auch anders sehen. Konsens unter uns sollte sein, daß diejenigen Organisationen und Menschen, die die Friedensbewegung in den letzten Jahren hier aufgebaut haben, in der Pflicht sind, dafür Sorge zu tragen, daß sich dieser Integrationsprozeß und damit die politische Neutralisierung der Friedensbewegung nicht noch einmal wiederholt.

Die für manche nur scheinbare und dennoch in der Regel offensichtlich, oft auch nur hinter vorgehaltener Hand bestehende Koalition zwischen DKP, SPD und DGB in diesem Koordinationsausschuss muß meines Erachtens um der Erhaltung einer blockunabhängigen Friedensbewegung willen sehr bald durchbrochen werden. Dies ist nach dem jetzigen Stand der Diskussion — und ich erinnere hierbei insbesondere an die Qualität der Diskussion bei unserem letzten Treffen — nur noch durch einen öffentlichen Eklat möglich, es sei denn, daß sich hier im Vergleich zu unserer letzten Sitzung ganz neue Formen der Diskussion entwickeln.

Ich habe es schließlich für einen Skandal, wenn in dieser Diskussionsrunde — und sei es zunächst auch nur spielerisch — Begriffe fallen wie BAF, GAF und RAF, weil man sich über die Konsequenzen solcher Diskussionsbrocken im Klaren sein muß: Es geht letztlich darum, den Versuch zu unternehmen, diejenigen, die beispielsweise eine Umzingelungsaktion der Bannmeile organisieren wollen und auch zunächst einmal verbal bekunden, einen Fußbreit in die Bannmeile hineinzugehen, aus der Friedensbewegung hinauszuweisen und hinauszukriminalisieren. Diese Diskussion beim letzten Mal war ihrer Qualität nichts anderes, als die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Diskussion zwischen Zimmermann auf der einen Seite und der Friedensbewegung auf der anderen Seite, nur eben mit dem Unterschied, daß die Fronten diesmal innerhalb der Friedensbewegung bzw. innerhalb dieser Friedenskoordination verlaufen. Anders kann ich Diskussionsbeiträge wie z.B. von Rudolf Hartung auf Anspielung der Umzingelungsaktion „Ihr wollt uns wohl nicht dabei haben“ nicht verstehen. Jeder und Jede von uns sollte sich zunächst einmal nur für sich darüber im Klaren werden, was die bisher hier geführte Diskussion für die weitere Existenz der Friedensbewegung nach dem Bonner Herbst und nach der leider auch sehr wahrscheinlichen Stationierung bedeuten kann.

Für die Friedensbewegung ist unerträglich, daß insbesondere die Organisationen, die sich bis zur Bonner Wende entweder nicht hervorgetan haben, oder nicht getraut haben gegen die Stationierung anzugehen, hier zum Maßstab der Konsensbildung und zum wesentlichen Sprachrohr der Friedensbewegung gemacht werden. Und wenn Vertreter des DGB auf der letzten Sitzung sagen, in Bonn und Stuttgart nehmen wir teil, weil unsere beiden Bedingungen „gewaltfreie Demonstration“ (das ist hier ja auch insgesamt Konsens!), die Forderung einen Redner zu stellen, erfüllt worden sind, offensichtlich in Absprache mit der Geschäftsführung, ohne Absprache mit den 20 weiteren Organisationen dieses Koordinationsausschusses. Ich möchte nicht, daß wir in der Weise hier weiterarbeiten, daß sich bestimmte Kreise innerhalb dieses Ausschusses zunächst einmal darauf verständigen, daß in Hamburg Dohnanyi, in Bonn Ernst Brel und Wulf Brandt sprechen, und danach die anderen Teile der Volksversammlung diskutiert und verabschiedet werden, die dann je nach der Auffassung einiger von euch wohl nur noch nebensächlich sein können. Jeder einzelne von uns hat geradezu die menschliche Verpflichtung, sich den Initiativen der Aktionen der Friedensbewegung anzuschließen, völlig unabhängig von der

Möglichkeit einzelner Organisationen sich politisch oder auch organisationspolitisch zu profilieren. Wer als Vertreter von staatstragenden Organisationen primär organisations- und damit auch gesamtpolitische Interessen in die Friedensbewegung einträgt, unterstützt damit bewußt oder auch unbewußt einen Prozeß, der zum Aufsaugen und letztlich zur Exekution der Friedensbewegung beiträgt wird. Der Fahrlässigkeit und Verantwortungslosigkeit, mit der hier eine politische Umorientierung der Friedensbewegung, ja eine stillschweigende Aufnahme der Abschreckungslogik vorgenommen wird, muß Einhalt geboten werden.

Ich vertrete hier diesen Standpunkt ohne Absprache mit dem Bundesvorstand oder auch sonstiger grüner Gremien. Wir werden am kommenden Wochenende auf der Bundesvorstandssitzung hierüber diskutieren und ich kann freudig versichern, daß ich mit Händen und Füßen dafür kämpfen werde, daß diese Position sowohl innerhalb

res als die Planung einer traditionellen Demonstration, wobei der Abschlußkundgebung als einzige — wenn man sie so bezeichnen kann — Aktion im Mittelpunkt steht. Ich halte eine solche Abschlußkundgebung für notwendig, möchte sie auch nicht eliminieren, sie muß jedoch zu einem integralen Bestandteil der gesamten Volksversammlung für den Frieden werden.

(...)

Natürlich liegt es auch im Interesse der GRÜNEN, daß die Mutter und Großmutter von N.N. nach Bonn kommen und ebenso liegt es in unserem Interesse, daß sowohl DGB als auch SPD möglichst breit mobilisieren. Das steht hier gar nicht in Frage. Zwei Millionen Menschen sind uns lieber als eine Million Menschen. Wer mich in diesem Punkt falsch versteht, will an die Substanz der Sache nicht heran. Die Stärke der Friedensbewegung liegt bisher in der Unabhängigkeit ihrer Konzeption von Abschreckungs- und Blocklogik. Das Geschwätz von der notwendigen

Dies schließt natürlich auch ein die Forderung nach ABC-freien Zonen, und den Zusammenhang von Friedens- und Menschenrechtspolitik. Auf den Punkt gebracht stellt sich doch jetzt die Sache so dar, daß SPD und DGB es nun im letzten halben Jahr Gottseidank geschafft haben, sich auch zu mind. zehnteilweise, öffentlich nicht nur in Form von kleinen Zirkeln gegen die Stationierung zu stellen und dieser Koordinationsausschuss hier alles dafür tut, sie auch gleich zum Sprachrohr zu machen.

Damit ist faktisch der systemimmanente Teil der Abschreckungs-Logik soweit in die Friedensbewegung integriert, daß der autonome Charakter jenseits dieser Logik für eine notwendige Perspektive der Friedensbewegung nicht nur in Gefahr gerät, sondern letztlich keinen Platz mehr hat.

Natürlich muß die Stationierung — um noch kurz auf Achim Maske einzugehen — politisch und nicht physisch verhindert werden. Wer die Notwendigkeit von aktivem gewaltfreien Widerstand und zivilen Ungehorsam mit dem Bedürfnis nach physischer Verhinderung der NATO-Aufrüstung gleichsetzt, hat nichts begriffen. Aktiv- und gewaltfreier Widerstand setzt dort Zeichen und bringt Bewußtsein in Bewegung, wo Sprache nichts mehr bewegt und die erlebte Macht der Ohnmacht sich ausdrücken will. Die Bereitschaft der Bundesregierung zur Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen und britischen Atomraketen als versorgungswidrige und völkerrechtswidrige Handlung ist Anlaß genug, um darauf hinzuweisen, daß wir bereit sind, aufgrund der tiefgreifenden Gefahr und ihren weitreichenden Folgen nicht nur wie treue Bürger auf Bürgersteigen und Demonstrationsplätzen herumzuwandern, sondern bereit sind, uns auch selbst ein Stück weit durch entsprechende Aktionsformen des gewaltfreien Widerstandes und des zivilen Ungehorsams zu riskieren für einen wirklichen Frieden und eine wirkliche Abrüstung.

Wer die NATO-Aufrüstung verhindern will, kann auf Genf, auf eine Mehrheitsentscheidung im Bundespärlament gegen die Stationierung und auf die Friedensbewegung setzen. Wir setzen — nicht freiwillig — auf uns selber. Eine politische Verhinderung der Stationierung bedeutet die Aktivierung und teilweise auch Reaktivierung aller vorhandenen Kreativität innerhalb der Friedensbewegung. Ich bezweifle, daß

und teilweise auch Reaktivierung aller vorhandenen Kreativität innerhalb der Friedensbewegung. Ich bezweifle, daß die bisher angelegte Organisationsstruktur für die Volksversammlung in Bonn dafür geeignet ist, wobei die sehr bald anstehenden Gespräche mit der Polizei diese Befürchtung wahrscheinlich noch bestärken werden.

Was ich von diesem Koordinationsausschuss erwarte, ist folgendes:

Die geschäftsführende Organisation dieses Koordinationsausschusses deckt den Rahmen für diese Volksversammlung durch den Satz: „alle müssen alles mitmachen können“. Ich möchte dagegen halten oder auch hinzufügen: Die ganze Vielfalt und Kreativität der Friedensbewegung muß entsprechend der Möglichkeiten und Notwendigkeiten auf der Grundlage der gemeinsamen verabschiedeten Aufrufs in Köln zum Ausdruck kommen können. Hierfür brauchen wir die politische und organisatorische Unterstützung dieses Koordinationsausschusses ohne jede Einschränkung. D.h. Initiativen sollen nicht gelähmt werden, sondern ganz im Gegenteil gefördert werden; d.h. die Ankunftsplätze der Busse, der Züge, die Marschrouten etc. müssen so organisiert werden, daß wir die bereits angesprochenen Aktionen wie Umzingelung der Bannmeile, Mahnwachen und Friedensketten an und zwischen den Botschaften der USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreichs und auch weitere Aktionen durchführen können.

Hierfür ist es notwendig, daß die Geschäftsführung in den Gesprächen mit der Polizei sich nicht auf die Anordnung bestimmter Plätze in der Bonner Innenstadt (Hofgarten, Marktplatz, Poppendorfer Allee, Münsterplatz etc.) beschränkt, sondern daß die gesamte Stadt Bonn inklusive Bad Godesberg zum Demonstrations-, bzw. Versammlungsort der Bonner Volksversammlung für den Frieden am 22. Oktober erklärt wird.



Der Bundesvorstand der SPD auch innerhalb der Bundestagsfraktion nicht beauftragt wird. Diejenigen, die wir als Friedensorganisationen betrachten und auch diejenigen, die sich bei der am Rande der Friedensbewegung orientieren, haben berechtigten Anspruch, über Rundschreiben und Pressekongressen von politischen Kursänderungen der Friedensbewegung zu erfahren.

Die Notwendigkeit dieser Diskussion im Koordinationsausschuss ist seit länger Zeit angelegt. Auf der vorbereitenden Sitzung im März für die Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 17./18. April in Köln wurde sowohl von Seiten des KOFAS als auch von Seiten der Aktion Schnitzereien und der Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden überraschenderweise sehr aktionsfreudig über die Aktivitäten im Laufe dieses Jahres diskutiert, und ich habe seither die Hoffnung ausgedrückt, daß dies auch der taktische Versuch ist, im Vorfeld der Diskussion des autonomen und aktionsbezogenen Teil der Friedensbewegung mit einzubringen, um dann später wieder in die Organisation von traditionellen Demonstrationen überzugehen. Wir müssen in diesem Herbst deutlich machen, daß wir bereit sind, mit allen Mitteln des gewaltfreien Widerstandes und des zivilen Ungehorsams diese Stationierung zu verhindern und nicht nur dadurch, daß Menschen mit Bussen und Zügen nach Bonn kommen, aussteigen, sich ein paar Reden und Musikbeiträge anhören und dann wieder nach Hause fahren. Gerade auch der Mobilisierungsgrad von aktionsbezogenen Demonstrationsformen wird meines Erachtens hier in diesem Kreis sehr stark unterschätzt.

(...)

Die bisher von Seiten der Geschäftsführung und auch von Ulrich Frey mit einigen Freunden vorgelegte Konzeption für die Bonner Volksversammlung ist letztlich unter dem Vorzeichen der

Abrüstung über das Delegationsprinzip der Supermächte muß als solches entworfen werden und es muß deshalb notwendig eine Friedensbewegung aufbauen, die sich unabhängig von solchen offiziellen Abrüstungsverhandlungen eigenständige Positionen erarbeitet und weitere Abrüstungsprozesse politisch verhindert. Wenn jetzt in Punkt 4 des Vorschlages des geschäftsführenden Ausschusses darauf hingewiesen wird, daß es notwendig ist, bei der Bonner Volksversammlung für den Frieden auch die politischen Perspektiven der Friedensbewegung deutlich zu machen, so taucht hier sehr bald die Frage auf, auf welcher Grundlage denn diese Perspektiven entwickelt werden sollen, wenn hier der Versuch gemacht wird, über das Trio DGB, SPD und DKP friedenspolitische Akzente zu setzen, die leider innerhalb der Abschreckungslogik begründet liegen. Die Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen mit der Erstschlagwaffe Pershing II hat Priorität. Das ist nach wie vor für die GRÜNEN als auch hier in diesem Kreis Konsens.

Darüber hinaus geht es aber auch um die Reduzierung und letztlich Abschaffung des bereits vorhandenen atomaren und chemischen Waffenpotentials. Die Friedensbewegung hat nach wie vor mit dem Dilemma zu kämpfen, zu spät auf die Beine gekommen zu sein, d.h. zu einem Zeitpunkt, wo es längst möglich war, die Menschheit mit atomaren und chemischen Waffen mehrfach zu vernichten. Mindestens doch bis an diesen Punkt heran mußte im Herbst 83 die Forderung und die Perspektive der Friedensbewegung reichen. Und ich will jetzt in diesem Zusammenhang gar nicht näher eingehen auf die ebenso große Selbstverständlichkeit, daß es natürlich in unserer Abrüstungs-Logik liegt, auch das konventionelle Waffenpotential zu reduzieren und letztlich abzuschaffen.

## DKP und MLPD Kopf an Kopf

„Da steht sogar die DKP“, hatten wir über eine Notiz geschrieben, in der zitiert wurde, wie die MLPD (ehem. KABD) die Krefelder „Zwischenfälle“ als lange vorbereitete Arbeit bezahlter Provokateure interpretiert (AK 236, S. 13). „Stimmt nicht, die DKP ist unschlagbar“, teilen uns daraufhin Leser mit und legen ein Exemplar des „duburger“, einer DKP-Stadteilzeitung aus Hensburg, bei. Dort steht: „Rezept: Man nehme eine ganz gewöhnliche Friedensdemonstration wie die Ende Juni in Krefeld, wo 33 000 Menschen friedlich demonstrierten und ein Friedensfest feierten, sowie 400 vermummte Personen, die den Wagen des US-Präsidenten Bush mit Steinen und Farbbehältern bewerfen (ohne ihn jedoch zum Halten zu bringen,

geschweige denn ihn aus dem Wagen zu holen). Diese „Demonstranten“ die zufällig die Geheimroute des Vizepräsidenten kennen, haben dann mitarbeitend noch ihr Kamerateam dabei, damit auch einige lebhafte Bilder von der „steinwerfenden Friedensbewegung“ um die Welt gehen können. Die Methode ist ebenso alt wie einfach. Man schneut ein paar gut ausgestattete Provokateure ein, die für Zwischenfälle sorgen und hat dann einen Anlaß, Polizei und Justiz gegen die Bewegung einzusetzen.“

Jetzt wo die DKP es schreibt, fällt es uns auch auf. Daß die Leute in Krefeld den Bush nicht aus der Kutsche gerückt und allgemacht haben, ist wirklich höchst verdächtig. Das wäre der DKP bestimmt nicht passiert.



Heißer Sommer in Comiso

Etwas 4 km von Comiso entfernt, ganz in der Nähe des für die Stationierung der Cruise Missiles vorgesehenen Flughafens Magliocco haben Friedensbewegte aus Italien und anderen europäischen Ländern ihre Zelte aufgeschlagen. Für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September rufen verschiedene italienische Friedensorganisationen zu einem „International Meeting Against Militarization and Cruise“ (kurz: IMAC) auf. Das IMAC steht allen offen, die einen „gewaltfreien demokratischen Widerstand“ gegen den Bau der Raketenbasis leisten wollen. Neben der Durchführung von kulturellen Initiativen, politischen Diskussionen, gewaltfreien Trainings, Öffentlichkeitsarbeit und populären Aktionen vor Ort ist es ausdrückliches Ziel des IMAC, letztlich zu einer „realen Blockade“ der Bauarbeiten an der Basis zu kommen.

Auftakt-Blockade Ende Juli

300 Menschen beteiligten sich an der ersten Blockadeaktion am 20./21. Juli. Während ein Teil der Beteiligten mit dieser Aktion bereits die Absicht einer realen und wirksamen Blockade der Bauarbeiten in die Tat umsetzen will, ist die Mehrheit, vor allem die kommunistische Partei (PCI), der Meinung, es ging zunächst einmal um eine bloß symbolische Aktion mit dem alleinigen Ziel, die Öffentlichkeit aufhorchen zu lassen. Das praktische Ergebnis dieser Meinungsverschiedenheit ist schließlich, daß die Blockade am ersten Tag erst um 9 Uhr beginnt, das heißt n a c h d e m die Arbeiten auf der Basis längst begonnen haben. Tatsächlich wurde mit dieser Aktion eine Verzögerung der Bauarbeiten nicht erreicht, auch wenn 200 Carabinieri und Polizisten zwei Tage lang damit beschäftigt waren, die Blockierenden immer wieder zur Seite zu tragen. Dennoch, diejenigen, die sich in Comiso um die Intensivierung und Verbreiterung direkter gewaltfreier Aktionen bemühen, werten es als Erfolg, daß viele, die solchen Aktionen bisher mit Abneigung begegnet sind, beginnen, sich für eine Blockade des Flughafens zu engagieren.

Eine Illusion wird zertrümmert

Zur massenhaften Besetzung des Flughafens haben die „Leghe Autogestite“, ein Zusammenschluß anarchistischer Gruppierungen, für den 22.-24. Juli aufgerufen. Die Illusion,

zumindest 2.000 Menschen würden diesem Aufruf folgen, erfüllt sich nicht; es kommen nur 200-300, die der Realisierung ihres hochgesteckten Zieles etwas ratlos gegenübersehen. Am Abend des 22. Juli formierten sie einen Demonstrationzug zum Haupttor des Flughafens, wo sie bereits von großem Polizeiaufgebot erwartet werden. Mit einem riesigen bunten Drachen stießen 15 Frauen des Frauencamps „La Ragnatela“ (Das Netz) zu dieser Kundgebung. Anlässlich des Vollmonds ziehen sie rings um das militärische Gelände. Später gelingt es ihnen an anderer Stelle, die Basis zu betreten. Sie werden vertrieben, ohne festgenommen zu werden.

Wenngleich sich die anarchistischen Gruppen keineswegs zum prinzipiell gewaltfreien Teil der Friedensbewegung zählen, beschränkt sich ihr Protest vor dem Haupttor auf Parolen gegen Cruise Missiles, NATO und Polizei; es geschieht wirklich nichts, was als tatsächlicher Angriff auf die Polizei interpretiert werden könnte. Dennoch spricht die sozialistische Presse von Steinwürfen, um den nachfolgenden Polizeieinsatz zu rechtfertigen.

Ohne vorherige Aufforderung zum Räumung stürmen die Polizeikräfte bei Einbruch der Dunkelheit mit Schlagstöcken, Tränengas und Brandbomben auf die Demonstranten los. Innerhalb von Sekunden gleicht der Platz einem vernebelten Schlachtfeld. Auch die mit roten Kreuzen gekennzeichnete Sanitätsgruppe wird, während die Verletzte versorgt, gezielt angegriffen. Mindestens 17 Personen werden bei dieser überfallartigen Räumung zum Teil schwer verletzt, unter ihnen zwei Behinderte. Zwei Personen werden verhaftet und einige selbst im Krankenhaus unter Bewachung gestellt.

Das IMAC — an der Aktion der „Leghe Autogestite“ nicht beteiligt — gibt eine Erklärung heraus, die das Vorgehen der Polizei verurteilt und die Freilassung der Verhafteten fordert. Doch werden auch die Organisatoren dieser Aktion kritisiert, da ihr Vorgehen sich nicht an der Stimmung in der Bevölkerung orientiert und die Anwesenheit von Provokateuren begünstigt hätte.

Gewaltfreie Aktionen — verhaftet und verprügelt

An einer weiteren durch die Träger des IMAC initiierten Blockade vom 6.-8.

August beteiligten sich an die 1.000 Menschen. Kurz vorher war es zwei kleinen Gruppen von Pazifistinnen und Pazifisten gelungen, in das Flughafen-gelände einzudringen. Die Zeha wurden verhaftet und müssen mit einem Gerichtsverfahren rechnen. Zwar fordert das IMAC ihre Freilassung, betont in seiner Erklärung jedoch gleichzeitig, diese Aktion nicht unterstützt zu haben.

Die ersten beiden Tage der Blockade verlaufen ruhig. Am dritten Tag — drei Stunden vor dem beabsichtigten Ende der Aktion — ergeht der Befehl zur polizeilichen Räumung. Mit Knütteln und Fußtritten traktieren Polizeikräfte die wehrlos am Boden Sitzenden, Hubschrauber werfen von oben Tränengasbomben. Während einige Polizisten die Blockierenden mit Pistolen bedrohen und Warnschüsse in die Luft abgeben, werfen einige andere Helme und Schilde weg und fordern die Demonstranten auf wegzulaufen.

Bei diesem bisher brutalsten Polizeieinsatz werden 150 Blockier/innen verletzt. 40 von ihnen beßen sich im Krankenhaus behandeln und haben inzwischen eine Strafanzeige erhalten, da ihre Daten offenbar weitergeleitet wurden.

An der Aktion beteiligte Abgeordnete, die ebenfalls verletzt wurden, betonen, daß der Angriff der Polizei ohne ersichtlichen Grund begonnen und absolut jeglicher Vorwand für eine Räumung gefehlt habe. Vermutungen, der Einsatzbefehl sei direkt aus Rom gekommen, sollen durch eine parlamentarische Anfrage überprüft werden.

Das Stück Land, auf dem das IMAC-Camp errichtet ist, wurde inzwischen von italienischen Friedensgruppen aufgekauft — aber noch nicht bezahlt. Die Friedensbewegung braucht einen „Zufluchtsort“ in der Nähe der Basis, um einen stabilen und kontinuierlichen Widerstand zu entwickeln und weitere Aktionen vorzubereiten. Das Land kostet 63.000 Mark. Die erste Rate muß bereits Ende September bezahlt werden. Bitte spendet an: Cassa Centrale di Risparmio per le Province Siciliane, Agenzia di Comiso No. 708, IMAC, No. 119329/10.

Sablas, 15. August 83

Neonazis bewachen US-Armee

Über einen Zeitraum von gut 1 1/2 Jahren durfte sich der ANS/NA-Aktivist Arndt Heinz Marx aus Frankfurt als Wachmann bei der Civilian Support Agency umhau und erhielt die Gelegenheit, ungehindert in jede Kaserne im Bundesgebiet zu kommen. Bis zu seiner Entlassung im April 83 arbeitete er mitverantwortlich an der Organisation des US-Nachschubs in der BRD.

Weitere Beispiele für Neonazis bei der US-Armee brachte eine „Panorama“-Sendung am 2.8.83.

— So soll das ANS/NA-Mitglied und Organisator der ANS-„Stabswache“, Matthias Becker, bis zu seiner freiwilligen Kündigung über zwei Jahre als Feuerwehrmann bei der Army mit Zutrittsberechtigung für alle Kasernen gewirkt haben.

— Bis nach dem Münchner Bombenanschlag arbeitete ein erklärter WSO-Hoffmann-Anhänger und Leiter einer „Antibolschewistischen Front“ als Wachmann in Mainbüllau und „sicherte“ dort u.a. die Munitionsdepots.

Besonders pikant — vor allem im Hinblick auf die Herbstdemonstration — liegt allerdings ein Fall in Bremerhaven.

Dort nämlich werden die deutschen Wachmannschaften für die US-Einrichtungen von einem gewissen Ewald Marwede befehligt. Diesem Herrn obliegt offenbar der gesamte „Schutz“ aller Einrichtungen der US-Armee, handelt es sich nun um Kasernen oder aber auch um den Munitionsumschlag. Die Brisanz dieser Angelegenheit liegt darin, daß Ewald Marwede wahrlich kein unbeschriebenes Blatt ist, was seine Aktivitäten für die NPD betrifft.

Bereits 1968 stellte ihn seine Partei als einen der Spitzenkandidaten für die Bremerhavener Stadterordnungsver-

sammlung ins Rampenlicht. Spätere Stationen von Marwede „sauberer“ Karriere: Ab 1968 NPD-Fraktionsvorsitzender in der Stadterordnetenversammlung, ebenfalls in dem Jahr Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der NPD; wenig später seines Ernennung zum Kreisvorsitzenden; 1972 neben Mariha Kruse aus Bremen Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl usw. u.s.f.

Neben seinen parlamentarischen Aktivitäten fiel Marwede des Öfteren durch seine kriminellen Aktionen auf: Z.B. 1969, als er mit gezogener (und glücklicherweise ungeladener, wie sich natürlich erst später herausstellte) Pistole zu nächstlicher Stundelzwei harmlose Passanten in Bremerhaven überfiel, weil die angeblich Wahlplakate beiseite gestellt hätten! Oder z.B. im Februar 1972, wo Marwede dabei erwisch wurde, als er mit seinem Sohn Andreas Wahlplakate der SPD beschmierte. In dem folgenden Prozeß wurde Marwede immerhin zu läppischen 600 DM verurteilt.

U.a. nach Marwede gefragt, wußte der zuständige US-Oberst Jon B. Porter (auf nebenstehendem Bild gemeinsam mit Marwede zu sehen) natürlich von nichts: „Ich glaube, das kann ich nicht kommentieren. Sie überraschen mich hier mit drei Dingen, von denen ich nichts weiß.“ („Panorama“, 2.8.83)

Bedeckt hält sich in dieser Frage bislang auch der Bremerhavener Magistrat. Auf eine Anfrage der Betrieblich Alternativen Liste erfolgte bislang als Reaktion nichts.

„Interessant“ wird es werden, wenn Marwede als Sicherheitschef mit seiner Truppe gegen die Demonstration am 15. Oktober antreten wird. KB/Gruppe Bremerhaven



Neonazi gegen die Friedensbewegung? Neonazi und Sicherheitschef Ewald Marwede (links) und der unwissende Jon Porter (rechts)



Neonazi gegen die Friedensbewegung? Neonazi und Sicherheitschef Ewald Marwede (links) und der unwissende Jon Porter (rechts)

Zimmermanns Worte - Musik in den Ohren der SPD-Polizei

Hamburg, 1. September 1983, Treffpunkt auf der Moorweide zur DOB-Demo. Wir waren kaum 50 Meter gegangen, da standen sie. Versteckt drückten sie sich an die Mauern hinter die Pfeiler der Brücke neben dem Dammtor-Bahnhof. Was sie da wollten, fragten wir uns. Das Knegerkendmal war doch noch nicht einmal zu sehen. Und dann folgte der Einsatz. Sie befelen auf den Lautsprecherwagen der Autonomen zu und versuchten, die Transparente runter zu reißen und schließlich den ganzen Zug zu stoppen. Sie hatten - fast ist es in diesem Land überflüssig dies zu sagen - nicht aufgefördert, ein bestimmtes Transparent aus den und den Gründen zu entfernen. Solche Angelegenheiten werden heber gleich ponzemlich geregelt. Was die Hamburger Polizei ins Laufen gebracht hatte, war ein Transparent, auf dem ungemalt stand: „Innendunkelsterkonferenz (die liegt zu dem Zeitpunkt in Hamburg) - Mörder Kemal Altun“. Im ersten Anlauf glückte ihnen gar nichts. Zu viele Leute standen jetzt um den Wagen herum, sie waren einfach zu wenige und konnten schnell abgedrängt werden. Erst ein Trupp, der von der anderen Seite kam, zog glücklich mit dem Transparent ab. Ein höherer Polizeicharge hatte dabei ein Spruchband, auf dem die Trauer um Kemal ausgedrückt wurde, gleich mit abgerissen. Beim Hauptbahnhof folgte der nächste Einsatz. Hier gegenüber befindet sich der Sitz der Ausländerbehörde, vor der

eine Mahnwache organisiert ist. Ein Fotograf, der versucht hatte, Zivilisten zu knippen, wurde in die Demo rein verfrachtet. Gleich hatten die Chemical Mace in der Hand und spritzten damit wie blöde um sich. Eine Frau wurde aus kurzer Entfernung direkt ins Gesicht getroffen. Nur wenig später kam ein ganzes Aufgebot der uniformierten Gewalttäter und drängten den Zug zurück.

Aber sie wollten noch mehr, gut 10 Leute haben sie sich zum Schluss dicht am Kundgebungsplatz bei DOB-Haus gegriffen. Die Leute wurden von Zivilisten und Uniformierten verfolgt. Wie das abließ, zeigt das Beispiel einer Frau: sie war quer über das Gelände verfolgt worden, als sie sie hatten, rissen sie sie zu Boden. Sie rief laut um Hilfe. Ein Zivilist kniete sich auf sie, drehte ihr die Hände auf den Rücken und fesselte sie. Als der Hamburger SPD-Innenminister seinem Bundesinnenminister wenig später im Rathaus Meldung machte, soll Zimmermann zufrieden grinsen haben.

Also so ganz geglückt ist die demonstrationenrechtliche Wende doch noch nicht. Beim letzten Einsatz nahe dem DOB-Haus heute die angestrebte Taktik der „Entmischung“ einleuchtete nicht hin. Als immer mehr Wannen dort zusammengezogen wurden, strömten auch immer mehr Leute, die schon beim Abmarsch waren, dorthin.

H., Hamburg

Friedenscamp in Nordenham diskutiert über die Behinderung der Munitionstransporte und die Herbstaktionen

Friedenscamp in Nordenham diskutiert über die Behinderung der Munitionstransporte und die Herbstaktionen

Über 500 Menschen trafen sich vom 19. bis 21. August zum „Friedens- und Umweltcamp“ in Nordenham, zu dem der Arbeitskreis Wesermarsch — ein aus der Bewegung gegen das AKW Esenshamm entstandener Zusammenschluß — eingeladen hatte. Neben Mitgliedern der regionalen Anti-AKW- und Friedensbewegung waren auch zahlreiche Vertreter von Initiativen gegen die Munitionstransporte aus der gesamten BRD erschienen.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Camps lag entsprechend beim Umschlag amerikanischer Munition in Nordenham und sonstigen Militärgütern in Bremerhaven, ihrem Transport durch die BRD und ihrer Verwendung in Krisen- und Kriegsgebieten in aller Welt.

Über die Diskussion der speziellen Probleme der Arbeit der Initiativen gegen die Munitionstransporte hinaus sollte auch über die Beteiligung an den norddeutschen Herbstaktionen gesprochen werden. Als Einstieg hatte die Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung eine „alternative Stadtrundfahrt“ vorbereitet, die dann auch im zünftigen Rahmen durchgeführt wurde: massiv Zivilpolizei, Hubschrauberbegleitung usw. Auch in Nordenham selbst zeigte die Staatsgewalt Flagge. Die Verschönerung einer Mauer am Bahnhofsvorplatz durch ein riesiges Wandgemälde (die Polizei: „Furbeschmierereien“) nahm man zum Anlaß, vor dem Camp einen militärischen Truppenaufmarsch zu veranstalten. Über dergleiche Orgelgebarden wurde allerdings — noch — nicht hinausgegangen.

Ein wichtiger konkreter Beschluß des Camps: Am 1. Sonnabend nach Ankunft des nächsten Munitionstransporters in Nordenham wird dort um Mitternacht eine Demonstration stattfinden.

Diskussion über Herbstaktionen

Weniger ertragreich als der eben geschilderte Aspekt des Campverlaufs blieben indes die Diskussionen über die Herbstaktionen, die stark geprägt waren durch den teilweise niedrigen Informationsstand der auswärtigen Gruppen bezüglich der Aktionsplanung und den aktuellen politischen Auseinandersetzungen in der Region. Wenn man vom Bremer „Komitee gegen die Bombenzüge“ absieht, basierend bisher in diesem Spektrum auch wenig Neigung, sich in die vorbereitenden Diskussionen einzubringen. So versagte die Runde sich auf das erste Septemberwochenende in Bremen, um dort endgültig über das Ob und das Wie einer Beteiligung an den Aktionen in Bremerhaven/Nordenham zu entscheiden.

Hetzkampagne kommt auf Touren

Camp, alternative Stadtrundfahrt und begleitende Aktionen waren — nicht ganz unerwartet — für einen Teil der Medien willkommener Ansatzpunkt für die langsam auf Touren kommende Hetzkampagne gegen die Herbstaktionen — genauer gegen einen Teil der Herbstaktionen.

Schon vor Wochen hatte der Verfassungsschutz die Richtung gewiesen. Die Initiativen gegen die Munitionstransporte sollen als die Verbindungsstelle von Friedensbewegung und Terrorismus aufgebaut werden. Mit dem Bremer „Komitee gegen die Bombenzüge“ (KGÜ) und dem mit ihm kooperierenden Arbeitskreis Wesermarsch (AAW) wurden die „Schaltstellen“ schon ausgemacht. Report München (das ZDF-Magazin der ARD) unternahm es jetzt,

aus einem entsprechenden Interview mit VS-Chef Helmut Schmidt und einigen — unerlaubt — aufgenommenen Schnipseln von Camp und Stadtrundfahrt eine Räuberpistole mienerster Machart zusammenzurühren. Alle Zutaten einer echten Kriminalisierungskampagne waren in dem 15 minütigen Beitrag zu finden:

- „Gut organisiert und zentralisiert Vorgehen“: Als Zentrale wurde der Arbeitskreis Wesermarsch vorgestellt, für den „2000 Sympathisanten“ die Informationen sammelten. Dazu dann Bilder vom Bremer BBA-Büro, um die „Schaltstelle“ auch räumlich festzumachen.
- „Konspirative Methoden“ — eine Behauptung, die an der Weigerung der Camp-Teilnehmer, das Aufnahmegerät unkontrolliert in den Bussen der Stadtrundfahrt filmen zu lassen, aufgehängt wurde.
- „Latente Gewaltbereitschaft“: Die Aussage, keine Gewalt gegen Menschen ausüben zu wollen, sei nur „vorgeschoben“.
- „Terroristische Umtriebe“: Leute aus der „Terrorzone“ hätten sich bereits in die Vorbereitungen der Nordenham-Aktion im Herbst eingeschaltet.

Da in Bremerhaven bei den Herbstaktionen der autonome Flügel ein stärkeres Gewicht besitzt, wird hier schon vorsorglich das Propaganda-Arsenal gegen den „Terrorismus“ aufgeföhren. Auch in der Friedensbewegung wird z.T. die große Sorge herumgetragen, was denn wohl in Bremerhaven alles passieren könnte.

KB-Gruppe Bremerhaven



# Frauenwiderstand von Magie bis Antiimperialismus

## Gemeinsam sind wir unerträglich

Bericht vom Frauenwiderstandscamp Reckershausen/Hunsrück

Kaum bemerkt von der Friedensbewegung, Öffentlichkeit, hat in Reckershausen/Hunsrück vom 15.7. bis 15.8. ein Camp stattgefunden, das aus dem Rahmen der üblichen Camps herausfiel: das Frauenwiderstandscamp.

### Das Chaos wird organisiert

Schon bei den ersten Vorbereitungstreffen wurde klar, daß Frauen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen (und das heißt auch mit den unterschiedlichsten Einschätzungen über Kriegsgewalt, Patriarchat, Gewaltfreiheit etc.) an dem Camp teilnehmen wollten. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben würden, wurde beschlossen, daß ein Frauencamp stattfinden soll, das für alle Frauen offen sein soll und sich auch gegen Patriarchat und alltägliche Gewalt richten soll. Alle Ziele des Camps wurden genannt:

- unsere Widerstandsformen zu entwickeln,
  - Öffentlichkeit schaffen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen,
  - den reibungslosen Ablauf der Stationierung stören, ver- oder behindern
- (alle Zitate aus den Protokollen der Vorbereitungstreffen).



Deshalb sollte das Camp an einem Stationierungsort der Mittelstreckenraketen stattfinden. Die Vorbereitungs-

Deshalb sollte das Camp an einem Stationierungsort der Mittelstreckenraketen stattfinden. Die Vorbereitungs-

Das Camp sollte vier Wochen dauern, um möglichst viele Frauen zu erreichen und um Zeit zu haben, Aktionsformen und weitergehende Strategien zu entwickeln. Ausdrücklich wurde das Camp nicht als „gewaltfrei“ und „Friedenscamp“, sondern als „Widerstandscamp“ bezeichnet.

Schon bei der Erstellung eines gemeinsamen Aufrufs tauchten die ersten größeren Schwierigkeiten auf, weil verschiedene „Weltanschauungen“ aufeinanderprallten. Aus einem Entwurf und einem Gegenentwurf wurde zunächst ein vorläufiger Aufruf zusammengestellt. Schließlich einigte man sich darauf, nur einen kurzen, ganz allgemein gehaltenen Aufruf zu verbreiten. Den einzelnen Bildgruppen wurde es überlassen, ob sie noch mit einem eigenen Aufruf zum Camp mobilisieren wollten.

Die inhaltlichen Auseinandersetzungen in der Vorbereitungsphase resultierten im Wesentlichen aus zwei konträren Grundpositionen:

„Gewalt gegen Frauen, Krieg und Frieden werden zurückgeführt auf einen zeitlosen Geschlechtergegensatz. Die zunehmende Militarisierung ist der militärische Ausdruck des Patriarchats, welches sich für uns grundsätzlich in einem gegen uns gerichteten Alltagskrieg ausdrückt. Deshalb ist es notwendig, die von Männern gesteuerten Bahnen zu verlassen, uns zu verweigern im Frieden und im Krieg, privat und öffentlich, im alltäglichen Krieg offensiv zu werden für unseren Frieden, unsere

Kraft)

Es besteht der Wunsch, dies innerhalb des Camps umzusetzen, neue Umgangsformen unter Frauen zu entwickeln, ein Stück Utopie Frauenwelt zu leben.

Demgegenüber steht das Interesse, das Widerstandscamp weniger in den Zusammenhängen von Frauenbewegung zu stellen, sondern mehr in den gesamten Zusammenhängen von breitem Widerstand gegen die Stationierung und die Militarisierung der BRD. Es reicht nicht aus, die weitpolitischen Zusammenhänge der Kriegsbedrohung auf einen zeitlosen Geschlechtergegensatz, immerdar, in jedem Land, egal, wie unsere Verhältnisse aussehen, zurückzuführen. Als Menschen leisten wir Widerstand gegen den geplanten Wahnsinn, gegen die Unterdrückung des Menschen durch Menschen, die sich durch die zunehmende Militarisierung verstärkt. Wir wollen uns nicht länger zurückziehen auf die Position, wir Frauen seien auch in der Friedensbewegung friedfertig. Wir wollen uns gemeinsam überlegen, wie wir langfristig die Ziele des Machtapparates auf breiter Ebene boykottieren können.

Über mögliche Aktionen des Camps wurde lange diskutiert. Schließlich wurde dazu eine gemeinsame Aussage formuliert:

„Die vom Camp aus geplanten Aktionen sollen so laufen, wie sie gemeinsam abgesprochen wurden. Einzelaktionen, die nicht im Camp abgesprochen wurden, sind in eigenständiger und eigenverantwortlicher Sache, die auch nicht die Aktion des Camps sein können. Gibt es Widerstände und Kritik zu den Aktionen, die außerhalb des Rahmens des Camps gelassen sind, so war und ist und wird es uns wichtig sein, daß sie nicht zu Spaltungen und Distanzierungen führen.“

Als Aktivitäten im Camp wurden eine Vielzahl von Workshops, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen, Wandzettelungen und und und geplant.

Schließlich wurde noch ein Aktionswochenende angekündigt, damit auch Frauen, die nur ein Wochenende Zeit haben, teilnehmen können. Dieser offene Rahmen (keine Festlegung auf Gewaltfreiheit; einzelne Gruppen können eigenverantwortlich Aktionen machen, soweit der Bestand des Camps nicht gefährdet ist) wurde auf dem letzten Vorbereitungstreffen unmittelbar vor dem Camp dann doch noch eingegrenzt.

Der Bürgermeister von Reckershausen, der zu dem Camp großzügig unter der Hand stattfinden lassen wollte, wurde von der Kripo mit „Informations“ des LKA Mainz „aufgeklärt“ und verlangte nun einen offiziellen Antrag auf Genehmigung eines Zeltplatzes mit der Unterschrift von verantwortlichen Frauen. Außerdem kündigte die Polizei Streifenfahrten an (was sie dann auch Tag und Nacht tat), und in den umliegenden Militäranlagen wurde Bereitschaftsdienst angeordnet. So kam der Beschluß zustande, daß vom Camp aus nur legale Sachen laufen könnten, weil sich nur unter dieser Bedingung verantwortliche Frauen fanden.

Vom Camp aus lief eine Vielzahl von Aktionen, es gab Workshops, AGs usw. Ich will daraus nur einige Beispiele herausgreifen, um verschiedene Standpunkte in der Diskussion der Frauenbewegung darzustellen und die Ansatzpunkte aufzuzeigen, die für die Friedensbewegung insgesamt interessant sein könnten.

Doch zunächst einiges zur Organisationsstruktur des Camps; daran lassen sich schon einige Probleme und die Grenzen dessen erkennen, was auf dem Camp möglich war.

### Tabuzone Inhalt

Im Camp waren ständig ca. 150 Frauen und Kinder anwesend; am Aktionswochenende waren es ungefähr 1000.

Das ganze Camp war so organisiert, daß möglichst alle Frauen in Bezugsgruppen waren. Dort sollte das tägliche Leben organisiert (Essen etc.), wöchentliche Diskussionen geführt und Aktionen geplant werden. Ein Teil der Bezugsgruppen bildete sich schon vor dem Camp in den einzelnen Städten, für neue

Frauen gab es jeden Morgen einen Treffpunkt, um neue Bezugsgruppen zu bilden. Jeden Abend fand der Weiberrat statt, in den pro Bezugsgruppe eine Frau delegiert wurde. Dort wurde Organisatorisches besprochen, und die Bezugsgruppen und Arbeitsgruppen stellten ihre Aktionen, Workshops etc. vor, um auch Frauen aus anderen Gruppen die Teilnahme zu ermöglichen. Die Delegierten gaben diese Informationen dann an ihre Bezugsgruppen weiter. Im Weiberrat sollten lediglich Informationen ausgetauscht werden; die Diskussionen und Entscheidungen sollten in den Bezugsgruppen laufen.

Einmal wöchentlich fand ein Organisationsplenum statt. Dort sollte aber nur Organisatorisches (Einkauf, Info-, Pressedienst usw.) besprochen werden. Diese Diskussionsstrukturen sollten dazu führen, daß sich jede Frau an allen wichtigen Diskussionen (in ihrer Bezugsgruppe) beteiligen konnte.

Die Realität sah jedoch anders aus. Die meisten Bezugsgruppen waren relativ homogen, so daß dort kaum kontroverse Diskussionen geführt wurden. Themen, die die einzelnen Bezugsgruppen nicht für wichtig hielten, wurden dort auch nicht besprochen. Im Weiberrat wurden unter Hinweis auf die vereinbarten Diskussionsstrukturen fast alle inhaltlichen Diskussionen abgewürgt, und so fand kaum ein Austausch zwischen verschiedenen inhaltlichen Positionen statt. In der zweiten Hälfte des Camps gab es zwar mehr inhaltliche Arbeitsgruppen, z.B. zur NATO-Strategie, Gewaltfrage u.s., aber auch dort war jeweils — je nach Thema — nur ein bestimmtes Spektrum vertreten.

Der Grund für das Festhalten eines großen Teils der Camp-Frauen an diesen Diskussionsstrukturen war wohl neben der Scheu vor möglicherweise harten inhaltlichen Auseinandersetzungen auch die Befürchtung, durch solche Diskussionen könnten Gräben aufbrechen, die die Gemeinsamkeit eines Camps mit solcher unterschiedlicher Zusammensetzung in Frage stellen würden.

Der wachsende Unmut über die mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung führte dann doch dazu, daß in der dritten Woche endlich ein inhaltliches Plenum über das „Außenlager“ Haselbach und den Brief an die Gefangenen von Krefeld stattfand. Näheres dazu weiter unten.

Diese Struktur deutet schon an, daß zwar viele kleinere Aktionen nebeneinander laufen konnten, die inhaltlichen Positionen, die hinter den einzelnen

Aktionen standen, aber sehr unterschiedlich waren und nicht zur Diskussion gestellt und hinterfragt wurden. Das Camp bot dafür nur den organisatorischen Rahmen und einen schmalen Minima-konsens (gegen die Stationierung und alltägliche Gewalt gegen Frauen). Es gab m.W. nur eine Aktion, die vom ganzen Camp gemeinsam diskutiert und getragen wurde:

### Tag der offenen Tür bei den Cruise missiles

Als Ort für die zentrale Aktion am Aktionswochenende bot sich das Gelände bei Haselbach an. Es handelt sich dabei um ein großes, derzeit ungenutztes Gelände mit Munitionsbunkern, Unterkünften, LKW-Reparaturwerkstatt, Wacharm etc. in dem früher Nike-Hercules-Raketen gelagert waren. Der hintere Teil des Geländes mit den Bunkeranlagen ist in den letzten Monaten mit einem neuen dreifachen Zaun mit Narodraht etc. versehen worden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß hier alle 96 Cruise Missiles stationiert werden sollen.

Bereits eine Woche vor dem Aktionswochenende fand eine Demonstration zu diesem Gelände statt. Seitdem lebten ca. 20 Frauen innerhalb des militärischen Sicherheitsbereiches vor dem Zaun. Sie wollten ihre eigenen Grenzen kennenlernen und setzten sich vor den Zaun. Schließlich beschlossen sie, zu bleiben und ihren Widerstand „vor Ort“ zu entwickeln. Daraus wurde dann das „Außenlager“ Haselbach.

Eine Woche lang wurde im Camp über das Aktionswochenende in Haselbach diskutiert. Die Idee, eine Aktion direkt auf dem Militärgelände zu machen, stieß zwar auf breite Zustimmung; viele Frauen hatten jedoch Angst vor Festnahmen, Knüttel Einsatz und nachfolgenden Prozessen.

In der Aktionsvorbereitung wurde diesen Ängsten Rechnung getragen: zum einen sollte das Eingangstor geöffnet werden, damit viele Frauen gleichzeitig auf den Platz kommen, die Frauen sollten möglichst in Gruppen zusammenbleiben, und der Rückzug sollte geschlossen nach vereinbarten Signalen vor sich gehen. Außerdem wurden schon vorher bei Rechtsanwälten Absprachen über mögliche Folgen geschlossen nach vereinbarten Signalen vor sich gehen. Außerdem wurden schon vorher bei Rechtsanwälten

schlossen nach vereinbarten Signalen vor sich gehen. Außerdem wurden schon vorher bei Rechtsanwälten Informationen über mögliche Konsequenzen eingeholt. Es wurde vereinbart, keine „größeren Sachbeschädigungen“ zu begehen, um eine Anzeige wegen Landfriedensbruch zu umgehen.

Selbstverständlich war es jeder Frau selbst überlassen, vor Ort spontan zu entscheiden, ob sie auf das Gelände gehen wollte oder nicht.

Da klar war, daß eine längerfristige Besetzung unmöglich war, wurde beschlossen, nach der dritten Aufforderung durch die Polizei bzw. spätestens nach einer Stunde, das Gelände freiwillig zu verlassen. Wir rechneten allerdings damit, daß die Polizei viel früher da sein würde.

Zu der Aktion selbst gab es die unterschiedlichsten Vorstellungen. Die einen wollten das Gelände symbolisch in Besitz nehmen, der „Todesmaschinene“ ein Stück utopisches Frauenland entgegenzusetzen; die anderen wollten öffentlich machen, welche Bedrohung von diesem harmlos aussehendem Gelände ausgeht, und ihren Widerstand gegen die NATO-Aufrüstung — über gesetzliche Schranken hinweg — verdeutlichen.

Am Samstag morgen setzten sich zwei Demonstrationzüge durch die Orte der Umgebung in Bewegung. Eine Fahrrad Rallye führte an verschiedenen Militäreinrichtungen vorbei und machte dort kleinere Aktionen. Endpunkt der drei Demozüge war das Gelände in Haselbach. Nachdem unterwegs im Wald alles „grün“ war, war es überraschend, vor dem Gelände nur ein einsames Zivil-Auto zu sehen. Die Stimmung der Frauen vor Ort war eigentlich gegen eine Besetzung, bis — ja! — der letzte Zug auftauchte mit einer Gruppe Samba-spieler und tanzender Frauen vorweg. Dieser Zug bewegte sich langsam auf das Tor zu, die anderen Frauen schlossen sich an. Direkt vor dem Tor fand eine Tanzsession statt und — hinter einigen Transparenten — verborgen — machten sich Frauen an dem Schloß zu schaffen. Der Rhythmus wurde immer schneller und plötzlicher — ging das Tor auf und ca. 500 Frauen strömten auf den Platz. Was vorher unmöglich erschien, wurde möglich: die unterschiedlichsten Aktionen liefen nebeneinander, ohne sich gegenseitig zu stören. Da tanzten Frauen um eine goldfarbene Decke und beschworen die Erdmächte, und beim Kampf gegen die Stationierung zu unterstützen, während daneben eine NATO-Fahne verbrannt wurde und eine Frau einen Drachen steigen ließ. An den Wänden standen magische Symbole neben Anti-NATO-Parolen, und über dem Eingang wehte ein Transparent: „Tag der offenen Tür bei den Cruise Missiles“.

„Tag der offenen Tür bei den Cruise Missiles“.

den Wänden standen magische Symbole neben Anti-NATO-Parolen, und über dem Eingang wehte ein Transparent: „Tag der offenen Tür bei den Cruise Missiles“. Dabei beschränkte sich die Polizei auf die Beobachtung

Fortsetzung nächste Seite



So einfach kann frau es sich auch machen (Munitionsbunkeranlagen in Haselbach vor der Besetzung)





Fortz. von vorheriger Seite

vom Hubschrauber aus. Nach einer Stunde zogen sich alle Frauen geschlossen aus dem Gelände zurück.

Die Polizei griff erst ein, als fast alle Frauen wieder im Camp waren: sie vertrieb die 20 Frauen, die vor dem Zaun lebten, aus einem Waldstück, das die Bundeswehr für sich beansprucht. Auf dem Zufahrtsweg konnten die Frauen aber bleiben.

In den „Hunsrücker Nachrichten“ war über die Aktion zu lesen, wegen des „nur geringen Sachschadens“ sei keine Anzeige erhoben worden. Ansonsten berichtete die anwesende Presse so gut wie gar nicht über die Aktion. Bei DPA blieb von der ganzen Sache nur die Meldung übrig, daß 500 Frauen, auf Kochtöpfe und Trommeln schlagend, durch den Wald gezogen seien. Offensichtlich sollte die Aktion folgeschwierig werden. Auch sonst wurde das Camp in der Presse immer wieder als besonders friedlich und gewaltfrei dargestellt. Von Frauen wird offenbar nichts anderes erwartet, und was diesen Rahmen verläßt, wird ignoriert.

Ich finde diese Aktion gerade deshalb besonders aufschlußreich, weil sie zeigt, daß verschiedene Aktionsformen, die auf unterschiedlichen Positionen beruhen, nebeneinander und zusammen möglich sind, ohne daß der Aktionsrahmen von vornherein einseitig auf Gewaltfreiheit festgelegt wird.

## Wo geht's hier bitte zu neuen Ufern?

In den Diskussionen danach wurde die Aktion insgesamt positiv beurteilt, weil einerseits viele Frauen ihre Grenzen (bis dahin) überschritten haben und die Aktion bei allen Frauen emotionale Stöße und Kraft hinterlassen hat, und andererseits (m. W.) zum ersten Mal in der Geschichte der BRD militärisches Sperrgebiet (wenn auch nur kurz) besetzt wurde. Aber es wurde auch deutlich, daß der Rahmen dessen, was möglich gewesen wäre, nicht voll ausgeschöpft wurde. So blieb z.B. das zweite Tor zum hinteren Teil des Geländes zu, die Unterstände sind noch benutzbar usw. Als Gründe dafür wurden genannt, daß vorher Grenzen gesetzt wurden und daß niemand vorher daran gedacht hat, dort unbehelligt agieren zu können.

Viele Frauen äußerten, daß es notwendig sei, sich gerade im Hinblick auf den Herbst zu radikalisieren und einen Schritt weiter zu gehen. Latschdemos und Blockaden, die letztendlich doch nur symbolischen Charakter haben, reichen nicht aus. Es sei endlich an der Zeit, sich Aktionsformen zu überlegen, die effektiv stören und behindern, und tatsächlichen Widerstand zu leisten. An diesem Punkt war auch eine Annäherung mit Frauen aus dem gewaltfreien Spektrum zu bemerken, die auch über symbolische Aktionen hinaus wollen.

Bereits in der ersten Woche lief auch ein Versuch, dies praktisch umzusetzen. Ein Trupp der Bundeswehr, der den Stützpunkt von Lanke-Raketen oben wollte, wurde blockiert und umzingelt,

die einzelnen Soldaten in Diskussionen verwickelt.

Die Militärs unternahmen daraufhin den lächerlichen Versuch, mittels einer Wätscheleine ein Waldstück zum militärischen Sperrgebiet zu erklären, mußten aber die Übung abbrechen und unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die nachsetzenden Frauen verfolgten sie noch stundenlang durch den Wald.

Trotz der Annäherung zwischen verschiedenen Teilen der Friedensbewegung zeigte sich doch die Grenzen der Gemeinsamkeit.

Nach einer Diskussion im Anschluß an den Film der Freiburger Medienwerkstatt „Frieden — ein Wort kann eine Karikatur sein“ wurde vereinbart, einen offenen Brief an die Gefangenen von Krefeld zu schreiben (siehe AK 236). Dieser Brief beherrschte drei Tage lang die Diskussionen im Camp. Es zeigte sich, daß diejenigen, die Bedenken hatten, weder Informationen über die Aktion, den Polizeieinsatz und die Distanzierungen hatten noch wußten, was Autonomie und antimperialistische Gruppen vertreten. Da war von Befürchtungen die Rede, Sieneschneidern könnten sich durch den Brief ermutigt fühlen, die Gefangenen könnten

## Palästina

ein. An einem Ausgang des US-Flugplatzes Hahn liegt das Dorf Lautzenhausen. Es muß wohl früher einmal ein Dorf wie jedes andere gewesen sein. Heute ist in diesem Dorf jedes zweite Haus ein Puff, eine Bar oder ähnliches.

Einige Frauen wollten dort eine Aktion machen und auf den Zusammenhang zwischen Sexismus und Militarismus aufmerksam machen. Bei den Diskussionen um eine mögliche Aktion wurde klar, daß wohl niemand ausgeprägte theoretische Ansätze hatte, um diesen Zusammenhang logisch erklären zu können. Von gemeinsamen Erklärungsansätzen konnte erst recht keine Rede sein. Da wurden platt erklärte Versuche gebracht, wie „Männer eignen sich Frauen an, wie sie sich ein fremdes Land aneignen“, „Militarismus ist die Spitze des Sexismus, der Gewalt gegen Frauen“, „Männer bringen den Tod, Frauen das Leben“, „Soldaten schützen die ‚eigene‘ Frauen vor fremden Soldaten und vergewaltigen die fremden Frauen“.

Entsprechend hilflos waren auch die Aktionsvorschläge. Der Vorschlag, eine zerstörte Frau mit einer Bombe in der Vagina darzustellen, wurde noch

Aktionsvorschlag. Der Vorschlag, eine zerstörte Frau mit einer Bombe in der Vagina darzustellen, wurde noch abgelehnt, aber der Vorschlag, eine Rakete zu tragen, unter der ein Penis zum Vorschein kommt, wurde von vielen unterstützt. Welche Aktion nun tatsächlich stattgefunden hat, konnte ich nicht mehr in Erfahrung bringen. Die Diskussion darüber hat mir aber gezeigt, daß auch wir keine ausgeprägten Erklärungen haben, um diesen extremen Sexismus beim Militär, den Zusammenhang zwischen Vergewaltigung und Krieg zu erklären.

Das Camp im Hunsrück hat gezeigt, daß es möglich ist, aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen heraus gemeinsame Aktionen zu entwickeln, daß verschiedene Teile der Friedensbewegung (militante und gewaltfrei) durchaus zusammenarbeiten können, ob es sich auch gegenseitig völlig einzuordnen, und das heißt heute vor allem, ohne daß allen Aktionen der Stempel der Gewaltfreiheit aufgedrückt wird. Andererseits wurde auch deutlich, daß dieser Zusammenarbeit dort (noch) die Grenzen gesetzt sind, wo es um die Inhalte geht. Hier ist wohl auch eine Menge über Auseinandersetzungen nötig.

Ich merke aber, daß das, was in diesem Camp möglich war, auch in der Friedensbewegung insgesamt möglich sein muß.

Das Camp hat auch gezeigt, daß es wohl viele Menschen gibt, die bereit sind, mehr zu tun, als Latschdemos, Menschenketten und symbolische Blockaden zu machen, die sich nicht mit dem begnügen wollen, was bisher für den kalten Herbst geplant ist. Es gilt nun, gemeinsame Aktionsformen zu finden, um tatsächlich den reibungslosen Ablauf der Stationierung und des Militärapparates zu stören und zu behindern. Blockaden von Militärtransporten könnten ein Anfang dazu sein.

Gy/KB Nürnberg

# Eine ganz alltägliche Geschichte

Es begann alles ganz alltäglich. Ein Büro, ein Chef, eine Angestellte. Freundlich-kollegiale Atmosphäre. Sie sprechen über eine bestimmte Frage, beugen sich über ein Blatt Papier. Er legt ihr den Arm um die Schultern, redet weiter. Rührt mit seiner Hand langsam tiefer und greift — weiter über das Papier redend — nach ihrer Brust.

Sie zuckt zusammen — hilflose Wut, Ohnmacht, Verletzung, Demütigung. Was tun? Hier, wo alle so freundlich und easy miteinander umgehen, darf Frau doch nicht einfach ausklippen. Frau ist doch vernünftig. Über so was kann Frau doch reden. Frau holt tief Luft, sagt mehr oder minder ruhig und mehr oder minder kühl: „Bitte lassen Sie das, ich möchte das nicht.“ Oder auch: „Bitte laß das, ich will das nicht.“ Er hört das kaum, es paßt ins Schema, so was sagen Frauen immer, man hat es ihnen so beigebracht, sie müssen es regelrecht sagen, aber sie meinen es natürlich nicht so.

In heimlicher Siegesgewalt drückt er noch mal ihre Brust und zieht die Hand langsam zurück, sie mit sanftem Druck auf ihrer Schulter liegend. „Was meinen Sie, wollen Sie nicht heute Abend mit mir essen gehen, so ganz ungezwungen?“ (Oder auch: „Na ja, geh'n wir doch heute Abend essen, mal so ganz locker.“). Charmantes, siegesgewisses Lächeln, wer kann denn da schon nein sagen wollen, wenn der Chef persönlich ... Frau nimmt alle Energie zusammen, sagt kühl und vernünftig „Nein danke“, dreht sich um und geht raus oder setzt sich an die Schreibmaschine, fängt an zu tippen. In ihrem Kopf jagen sich Gedanken: hin die freundlich-kollegiale Atmosphäre, auf der Hut sein, keine Mißverständnisse aufkommen lassen, hätte ich dieses T-Shirt besser nicht anziehen sollen, oder wenn, dann wenigstens mit BH. Das Gesicht verschließen, unbeteiligt gucken, nur nichts Persönliches, Privates mehr sichtbar werden lassen. Ob er das wieder macht, ob er jetzt superkritisch wird, sie fälschlich fertig machen wird?

In den nächsten Tagen gehen die großen und kleinen Anzüglichkeiten weiter. Frau versucht, ein klärendes Gespräch zu führen. Sagt noch mal, daß sie das nicht will. Wenn's hoch kommt, sagt sie sogar etwas Kritik. Er sagt: „Du bist doch so gemein, hab dich doch auch so, die meisten Frauen wollen das doch so.“ Immerhin hat sie danach erst mal Ruhe. Er zuckt die Achseln. Bei der ist halt nichts zu machen. Und sieht sich nach einer anderen um.

Wie gesagt, bis hierher eine ganz alltägliche Geschichte. In nicht sehr zahlreichen Varianten tagtäglich in Büros, Redaktionsstuben, Kirchen, gewerkschaftlichen und sonstigen Besprechungen ablaufend. In dieser oder einer anderen Variante eben auch bei den Grünen im Bundesstag.

Ein Chef, eine Angestellte usw. usw. Wie konnten wir so naiv sein, etwas Anderes zu erwarten?

Es folgt ein gar nicht so alltägliches Zwischenspiel, in dem die Frauen die Initiative ergreifen.

Die Fakten sind bekannt. Drei Frauen verfaßten einen Offenen Brief, den sie in die Fächer der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter legten. Ohne Namensnennung, weil es um mehr ging als um einen Einzelfall. Offen — denn: „Wir sind gegen jede Form der Herrschaftsausübung und das ist uns wichtiger als irgendeine Parteidisziplin.“ Die Fraktion — oder Teile davon — bemühte sich, die Sache intern beizulegen, auch als längst bekannt war, daß die Springer-Pressen über das Material verfügte. Erst die Veröffentlichung in der Bild-Zeitung brachte die Puppen zum Tanzen. Die BILD-Nation heuchelte Empörung, den schwarzen Flecken auf der moralin-grünen Weste genießerisch auskostend. Die Bürgerlichen grünten hämisch oder zuckten gequält-verständnislos mit den Achseln. Nein, diese Grünen; wegen so einer Lappalie; diese öffentliche Selbsterfleischung, pemlich! So was ist doch keine politische Partei!

Die Grünen zeigten ja, es war nicht richtig von ihm; ja, er hätte das nicht tun dürfen; ja, es war Gewalt gegen Frauen, gewiß, gewiß. Aber muß denn

immer alles gleich an die Öffentlichkeit, Wie konnte das passieren? Und außerdem, das Problem ist so komplex. Alle Menschen haben Fehler. Auch Frauen haben Fehler. Man darf ihn nicht verurteilen. Man muß ihm helfen. Wo bleibt die Menschlichkeit?

Oder auch: man soll das nicht so aufbauschen. Eine Ohrfeige hätte klare Verhältnisse geschaffen. Das ist zwar nicht gewaltfrei, aber ... (gelegentlich wirksamer als viel Gerede — ist Frau versucht zu ergänzen). Die taz bietet ein buntes Gemisch verständnisvoller Berichterstattung aus der Sicht der Frauen, reißerische Titel à la „Der Muslimmann“, „vom ‚Sex Skandal‘ des ‚Busengreifens‘“, „Liegen Sexismus nicht nur im Tulpenfeld“ und deplazierte Satire. (Kann man Sexismus überhaupt — und erst recht zu diesem Zeitpunkt — dadurch karikieren, daß man ihn auf die Spitze treibt?) Das Ganze garniert mit jenem Hauch gewöhnlicher Hämie, der einen so wunderbar knapp über den schnöden Dingen dieser Welt schweben läßt.

Allorts wird lebhaft diskutiert. Wenn auch nicht gerade darüber, welche Hilfe und Unterstützung denn die Frauen brauchen bei der Erklämpfung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen „der Mann“ und „die Partei“. Womit wir wieder bei ganz alltäglichen Dingen angelangt wären.

Die Frauen in der Grünen Fraktion haben einen sehr mutigen Schritt getan, vielleicht den mutigsten, den Frauen gegen die alltägliche, unmittelbare, sexistische Gewalt in einer derartigen Institution in den letzten Jahren getan haben. Sie haben uns noch einmal vor Augen geführt, welcher Zündstoff in diesem vermeintlich Privaten liegt, wenn es nur erst mal an die Öffentlichkeit gebracht ist. Zündstoff für Auseinandersetzungen mit Männern, gerade auch mit grünen, alternativen, linken, deren — von Ausnahmen abgesehen — absolute Ignoranz gegenüber der Bedeutung des Sexismus auf den Alltag von Frauen erschreckend ist. Die Leserbriefseiten der taz sprechen eine deutliche Sprache. (Eine genauere Analyse der in zahlreichen Leserbriefen, Diskussionsbeiträgen etc. freimütig zum Ausdruck gebrachten Einzelheiten, Diskussionsbeiträgen etc. freimütig zum Ausdruck gebrachten Einzelheiten wäre sicher aufschlußreich. Eine gute Aufgabe für diejenigen Männer, die mit glasklaren politischen Einschätzungen à la „Gewalt gegen Frauen, ist doch klar, kann auf keinen Fall geduldet werden, Ausschluss das Mindeste“ schnell bei der Hand sind, um sich nicht auf die konkrete Erfahrungswelt von Frauen, mit denen sie täglich zusammen leben und arbeiten, einlassen zu müssen).

Zündstoff für die Fraktion offenbar, ist es doch nun auch wieder alltäglich, daß Männer diese Herausforderung von Frauen, diese Konfrontation mit einem unbequemen Thema dadurch „bewältigen“, daß sie es für andere, ihnen viel wichtigere Fragen instrumentalisieren. So ganz unecht dürfte Klaus Hecker nicht haben, wenn er sich über eine „machtpolitische Ausnutzung des Konflikts“ beklagt.

Zündstoff für die Auseinandersetzung unter Frauen; auch die Frauen in der Fraktion waren ja keineswegs alle einer Meinung, weder in puncto Sexismus, noch in den „machtpolitischen Interessen“.

Überall liegt noch genügend Stoff zur „Nachbereitung“. Vorerst bleibt unterm Strich: ein Schritt aus dem Privaten — wenn auch mit nichtion idyllischen — Puppenrücken in die zugige Öffentlichkeit, ein Schritt raus aus den Fesseln der Parteiloyalität. Wenn das als Erfolg und Ermunterung für Zukunft bliebe, jetzt, wo „der Fall“ erst mal vom Tisch ist, wäre es schon viel.

Und noch was Subsidiäres: Die Grünen Frauen im Bundesstag wollen eine Dokumentation über sexuelle Ausbeutung am Arbeitsplatz erstellen. Sie bitten allen Frauen an, ihre Erfahrungsberichte (auch anonym) an: Die Grünen im Bundesstag, Frauengruppe, Bundeshaus, 53 Bonn 1, zu senden. Eine sinnvolle Sache, die größtmögliche Unterstützung verdient.

G., Göttingen







Forta. von vorheriger Seite

die zitierten Programmpassagen gestimmt.

Die Entstehung der BAL als einer neuen Kraft in der Wahlbewegung ist ein Prozeß mit vielen interessanten Komponenten, die zum Teil Bremenspezifisch und nicht einfach übertragbar sind, die aber von den Kritikern der BAL einmal registriert werden sollten. Da es 11 sollte sich einmal auseinandergerichtet werden, bevor die Bremer Entwicklung allgemein mit dem „DKP-Hammer“ eingeschlagen wird.

Man macht es sich zu einfach, mit dem Argument „mit DKPern kann es keine Zusammenarbeit geben“. Jede Diskussion über neue Prozesse zu unterdrücken, um Bremen haben sich erstmals linke Gewerkschaftler zusammengeschlossen (das BAB umfaßt ca. 400 Kolleg/innen), um sich über den Betriebsrat hinaus in die Politik einzumischen und das erklärmaßen gemeinsam mit den Kräften aus dem alternativen Spektrum.

Die BAL ist auch kein Bündnis mit der DKP, wie vielfach bewußt falsch unterstellt wird, sondern Mitglieder der DKP arbeiten auf der Basis der Einzelmitgliedschaft in diesem Bündnis mit Mitgliedern anderer Organisationen und inorganisierten zusammen, und jeder Versuch einer Gruppe, die BAL zu monopolisieren, würde das Bündnis zum Platzen bringen. Das weiß auch die DKP.

### Taz schürt die Hatz

In die Diskussion über die BAL ist durch die Auseinandersetzungen innerhalb der GAL Hamburg über eine mögliche Unterstützung der BAL eine Schärfe hineingebracht worden, die es

halb der GAL-Hamburg über eine mögliche Unterstützung der BAL eine Schärfe hineingebracht worden, die es in Bremen selbst bisher gar nicht gab. Die Art der Taz-Berichterstattung erinnert stark an einige prominente Linke, die genau in dieser Form in den 79er Wahlkampf gegen die AL in Bremen einfielen und damit ihren speziellen Beitrag zum Einzug der BGL in die Bürgerschaft leisteten. Das, was die Grünen in Bremen bisher an Munition gegen die BAL abschossen, ist vergleichsweise harmlos.

Umso interessanter ist zu beobachten, welche Rolle Rainer Trampert, ein exponierter „Z“-Grüner aus dem Bundesvorstand und der Hamburger GAL auf einer der zentralen Wahlkampfveranstaltungen der Bremer Grünen spielte. (Obwohl gerade die „Z“-Grünen ansonsten nach „Neutralität“ im Bremer Wahlkampf rufen!) Die Veranstaltung war mit anfangs 150 Menschen schlecht besucht. Immerhin wurde Prominenz aufgeführt: Beck-Oberdorf, Trampert, Burgmann. Inhaltlich gaben die Grünen ein schlechtes Bild ab, wichen allen kritischen Fragen aus; es stand nicht gut für sie, bis dann Rainer Trampert seinen Auftritt hatte. Aber nicht mit seinen linken grünen Positionen griff er in die Debatte ein, sondern er war offensichtlich eigens gekommen, um einen Hetz-Beitrag gegen die BAL loszulassen.

### Beschlagnahmeverfügung gegen Wahlkampiplakat

Neben der eigenen Wahlkampfarbeit, einem gut besuchten Fest und einer Solidaritätsveranstaltung für Nicaragua und Chile mit 1.500 Besucher/innen erhielt die BAL unerwartete Unterstützung ihrer Öffentlichkeitsarbeit durch die Bremer Staatsanwaltschaft. Ein Verhaftungsplakat mit der Überschrift „Demokratie wächst von unten. Die Knüppel kommen von oben“ und mehreren Polizisten in ihrer Arbeitskleidung machte Furor, weil einer der Beamtinnen Anzeige erstattete. Der Staatsanwalt stellte Antrag auf Beschlagnahme, weil die Montage den Eindruck erwecke, die Polizei sei eine „antidemokratische Schlagertruppe“. Tatsächlich erhielt das Amtsgericht eine entsprechende Verfügung, deren Vollzug die BAL nur dadurch entgehen konnte, daß sie einen Balken mit der Aufschrift „Dieses Plakat wurde zensuriert“ über das Beamtinnenbild legte.

Ebenfalls über aufgestoßen ist den staatlichen Institutionen die Nominierung eines Bräuers auf dem Listenplatz 4. Um nicht in den Geruch der Ausländerfeindlichkeit zu kommen und um den ausländerfeindlichen Charakter des westdeutschen Wahlgesetzes nicht vorführen zu müssen, wurde die BAL mit drohendem Hinweis aufgefordert, den Irrener „Freiwilg“ von der Liste zu nehmen. Diesem Druck wurde allerdings nicht nachgegeben, so daß inzwischen der Wahlbereichsausschuß den iranischen Kollegen von der Liste strich.

Wir jedenfalls wünschen der BAL, daß sie der grünen Kampagne ebenso wie staatlichem Druck widersteht und mit einem guten Ergebnis aus dem Wahlkampf hervorgeht.

## Hamburger Grüne:

# Frühlingsflirt 1981 mit der DKP und was man daraus lernen kann

Noch 1981 hörte man ganz andere Töne zur DKP aus dem Lager der Hamburger Grünen, vor allem von der „Z“-Gruppe. Die Fakten: Seit Jahresanfang 1981 bahnte sich eine seltsame Zusammenarbeit mit der Hamburger DKP an, die mit dem Auftritt einer Delegation der Grünen aus drei Vorstandsmitgliedern und einer (grünen) Bezirksabgeordneten der Bunte Liste Emsbüttel auf dem DKP-Bezirksparlament am 4./5. April 1981 ihren Höhepunkt fand. Thomas Ebermann hielt damals eine sehr interessante, heute von ihm selber nicht mehr gern erinnerte Rede vor den versammelten DKP-Delegierten. (Text in „Z“ Nr. 12).

Die weitestgehenden Formen der Zusammenarbeit waren zum einen die Vergabe eines der BuLi zugehörigen Bezirksausschuß-Postens an einen DKP'ler, worüber übrigens ein förmlicher Vertrag abgeschlossen wurde. Ebermann auf dem DKP-Parteiabend. „Und ebenso erfreulich finde ich Bemerkungen sowohl der Bunte Liste Bielefeld, als auch der Bunte Liste Hamburg-Eimsbüttel, Mitglieder eurer Partei in parlamentarische Fachausschüsse einzubeziehen, so daß hier eine Bündelung fortschrittlicher Potenz ohne Beratungskomplex stattfinden könnte“ (aus: „Z“ Nr. 12, April 1981, Hervorhebung vom Verfasser).

Zum anderen: „Ebenfalls neu ist die Tatsache, daß Bunte und Grüne zu DKP-internen Schulungen als Referenten oder Co-Referenten geladen wurden. So konnte einer der beiden Autoren dieses Artikels bisher an zwei solcher Abende teilnehmen: einmal im Rahmen der „Marxistischen Abend-schule“ (Thema: Wie ist der Kampf gegen das Atomprogramm zu führen?), ein zweites Mal zur „Marxistischen Betriebsratsschule“ (Thema: Entstehungsgeschichte der Grünen Partei und Einschätzung ihrer theoretischen Strömungen)“ (Ebermann/Goltermann in „Z“ Nr. 12. Daß Th. Ebermann damals ein begehrter Referent bei DKP-Schulungen war, wurde von „Z“lern mit sehr viel Stolz herumposaunt). Darüberhinaus werden in der „Z“ Nr. 12 als positive Beispiele von Zusammenarbeiten genannt:

— Gemeinsame Hausbesetzungen in Hamburg.

— Gemeinsames Unterschriftensameln unter den Krefelder Appell; — Sowie die Einladung an die DKP, das traditionelle Hamburger 1. Mai Fest linker Organisationen und Initiativen „mitzugestalten“.

Es gehört zu den Kuriositäten, daß gerade dies damals zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem KB (demselben KB, dem heute von denselben „Z“lern vorgeworfen wird, er wolle der DKP „ein komfortables Wahlbündnis bereiten“) führte, weil der KB darauf bestand, daß auf diesem Fest auch die Solidarität mit der politischen Arbeiterbewegung zu Ausdruck kommen sollte. Das wurde selbstverständlich von der DKP, mit Unterstützung der „Z“-Grünen, als störend für die neue „Bündnisache“ (Goltermann/Ebermann) zwischen DKP und Grünen betrachtet. Letztlich kam dabei heraus, daß im Rahmen des Festes in einem Raum eine Diskussion zu Polen stattfinden durfte, aber Polen ansonsten nicht in Aufruf-Flugblättern etc. auf-tauchen durfte.

Wie weit damals gedacht wurde, mag die Schlussatzung von Ebermanns

DKP-Parteiabrede belegen, in der es heißt: „Wenn ihr nun akzeptiert, daß die Grünen und Bunte eine fortschrittliche Rolle spielen und wenn ihr euch an dem von mir skizzierten Verständnis von Partei orientiert, dann könnte — allgemein gesprochen — zur Bürgerschaftswahl eigentlich nichts mehr schief gehen“. Gemeint war ein Wahlbündnis!

Diese Zitate und Beispiele sollen deswegen hier noch einmal angeführt werden, weil gerade von den „Z“-Grünen heute mit Vehemenz eine „saubere“ Kampagne gegen die BAL in Bremen und gegen Teile der Hamburger GAL geführt wird, denen plump und demagogisch Ausverkauf politischer Inhalte zugunsten eines Bündnisses mit der DKP unterstellt wird. Weder die Mehrheitsströmungen der Hamburger AL, noch die alternativen Kräfte in der Bremer BAL, noch der KB haben jemals das Wahlbündnis mit der DKP befürwortet, oder auch nur annähernd so weitgehende Angebote zur Zusammenarbeit im Wahlbündnis

Fortsetzung nächste Seite

## Streit um Bremen - Das Ende der GAL Hamburg?

Forta. von vorheriger Seite

entlich andere soziale Basis hatte; diese unterscheidet sich - abgesehen von großstädtischer Besonderheit - kaum vom grünen Durchschnitt. Nur: Die AL unterliegt nicht den beschriebenen Beschränkungen der Grünen und hat einen wesentlich weiteren bundespolitischen Handlungsrahmen. Sie könnte dadurch eine Funktion als Faktor für die Erweiterung des grün-alternativen Lagers einnehmen, wenn dies gewollt wäre.

### Die reale Bedeutung der „DKP-Problematik“

ergibt sich in Bremen vor allem aus der Mitarbeit und Verankerung der DKP im BAB. Das BAB als betrieblich-gewerkschaftlicher Aktionszusammenschluß verschiedener linker Strömungen praktiziert eine Art Minimalkonsens, d.h., es werden Fragen ausgeklammert, die den Zweck des betrieblichen Zusammenschlusses nicht unmittelbar betreffen. Damit kann die DKP gut leben, weil politische Kontroversen an Fragen der Haltung zur Sowjetunion, des Demokratie- und Staatsverständnisses etc. ausgeklammert werden. Es ist bekannt, daß die DKP diese Art Minimalkonsens auch gerne in gemeinsamen Wahlbündnissen durchgesetzt hätte und das z.B. in Hamburg auch versucht hat. Sie hat das auch in Bremen praktiziert. Zugute kamen ihr dabei einerseits die ignoranten grüne Abschottungspolitik, andererseits Schwäche und Zaghaftigkeit des alternativen Lagers in Bremen. Es ist allerdings verfehlt, dies als unveränderliches Muß zu akzeptieren. Die bislang gelaufenen Bemühungen in der BAL zeigen, daß es über eine Auseinandersetzung möglich ist, die DKP-Strategie einzudämmen. Unterm Strich bleibt derzeit zur BAL festzustellen: Sie hat in wesentlichen inhaltlichen Fragen nicht den behaupteten Minimalkonsens akzeptiert; sie hat stattdessen ihre Politik programmatisch so angelegt, daß eine inhaltliche Verbindung zum grün-alternativen Lager möglich ist. Die BAL ist außerdem kein Bündnis mit der DKP als Partei eingegangen, sondern hat sich auf einen Prozeß der organisatorischen Unabhängigkeit eingelassen (mit eigenem Programm und Einzelmitgliedschaft).

Dennoch bleibt als Problem: Zwar haben sich DKP-Representanten in der BAL dieser Programmatik und dem imperativen Mandat angeschlossen; auf der anderen Seite beansprucht die DKP als Partei für ihre Mitglieder in der BAL, daß diese weiterhin außerhalb des Wahlzusammenschlusses ihre Parteipositionen beibehalten. Damit ist praktisch ein inhaltlicher Konflikt aufgeworfen, der nur als vorübergehender Entwicklungsprozeß denkbar ist, da eine Reihe von DKP- und BAL-Positionen auseinanderklaffen. Lothar

ist dieser Konflikt nur, wenn dahinter bei den beteiligten DKP-Mitgliedern ein ernsthaftes inhaltliches Eingehen auf veränderte Inhalte steht, was die Partei über öffentliche Erklärungen vorsorglich zu relativieren versucht. Oder es handelt sich um eine rein taktische Position, die spätestens dann aufbricht, wenn die BAL ihrerseits zu klaren politischen Aussagen erzwungen wird, die Konflikte zur DKP-Parteiopposition hervorgerufen. Dann wird sich beweisen müssen, wie weit das bisherige BAL-Papier hält, was es verspricht.

Auch das Problem taktischer DKP-Zurückhaltung soll nicht vernachlässigt werden, da bekanntlich rechtlich schlechte Erfahrungen mit der DKP in Bündnissen vorliegen. Kommt es zu einer Entwicklung, in der die DKP glaubt, ihre zahlenmäßige Stärke über die bestehende Einzelmitgliedschaft in der BAL zur Geltung zu bringen (massenhafte Entritte), würde das die BAL sprengen und den hoffnungsvollen Ansatz zerstören.

Alle, die diese Skepsis haben und für so relevant halten, daß die positiven Ansätze des Bündnisses alternativer und betrieblich-gewerkschaftlicher Kräfte geringer wegen, sollten dabei zweierlei bedenken:

1. Eine Aufgabe der BAL-Bemühungen von alternativer Seite hätte zur Folge, daß in Bremen auf lange Zeit der Ansatz für eine Alternative zerstört wäre und die Anstrengungen im gewerkschaftlich-betrieblichen Bereich, sich über die betriebliche Ebene hinaus zu artikulieren, entweder kaputt wären oder tatsächlich denen überlassen würden, die man politisch ablehnt.

2. Hiervon würde eine grüne Strömung profitieren, die dieses Feld der Politik nicht besetzen will und die gleichzeitig ihren Wahlerfolg als Voraussetzung für die Verankerung ihrer rechtsökologischen Linie in der grünen Bundespartei braucht.

Damit wären sowohl alternative Positionen geschwächt, als auch die Aussichten für eine grün-alternative Strategie (die heute sowieso eine Minderheitsposition in der Grünen Partei ist) verschlechtert.

### „Z“-Grüne erlösen einen Skandal

Die gewollte „DKP-Problematik“ hat am deutlichsten Thomas Ebermann in seinem Interview mit der „Moderne Zeiten“ (8.11) zum Besten gegeben. Er behauptet, daß „der Wunsch der DKP nach Minimalkonsens voll Triumph gefeiert“ (hat). In diesem Sinne kann man sagen: Die DKP dominiert politisch das Bündnis BAL. Das „Bremer Modell“ heißt, daß die Differenzen der alternativen Lager zur DKP hinsichtlich der Fragen der Ökologie, der Atomenergie, der Stadtplanung, der unabhängigen Gewerkschaften, des

Selbstbestimmungsrechts der Völker grundlegend ausgeklammert geblieben sind“, und daß die, die diese BAL unterstützen, „zumindest nützliche Idioten einer sich immer klarer abzeichnenden DKP-Strategie werden“. Nun hat er diese Aussagen vor Abschluß der BAL-Programmdiskussion gemacht und jeder kann sich mal irren. Nur irt da allerdings derjenige, der glaubt, daß Ebermann überhaupt an einer inhaltlichen Auseinandersetzung um die Bremer Situation interessiert sei. Nachdem Ebermanns „Programm-Kritik“ in der MOZ durch die Bremer BAL Realität nicht mehr aufrechterhalten ist, hat er sich auf einen anderen Trick verlegt. In einem 6-Seiten-Papier für die Hamburger Grünen wird von ihm eine „dramatische Neuorientierung der AL“ aus mündlichen Brocken, aus persönlichen Diskussionsbeiträgen, aus zusammengestellten Zitaten aus dem KB (zweimal aus dem Jahre 1980, sowie ein mündlicher Brocken), plus einer Zitatelesse aus Zeitungen der SoSt (Sozialistische Studiengruppen), die zum besonders gefährlichen DKP-U-Boot hochstilisiert wird, das gefährliche Verführungskünste gegenüber der Mehrheit der Alternativen Liste vollbringt (obwohl ihm der minimale SoSt-Einfluß in der AL bekannt ist). Dieses 6-Seiten-Papier, das lebhaft Zustimmung auf der Mitgliederversammlung der Hamburger Grünen fand, bringt das Kunststück fertig, kein Wort zu aktuellen Bremen-Diskussion zu enthalten, sondern nur mit zusammengestellten Unterstellungen zu arbeiten. Leider ist dies Papier kennzeichnend für den derzeitigen Hamburger GAL-Diskussionsstil. Es belegt, daß vielen anderen Taktiken auch das der Demagogie sich trefflich in der politischen Auseinandersetzung einsetzen läßt.

Realer Kern dieser Art politischer „Auseinandersetzung“ ist die Befürchtung, es könnte sich wirklich eine ernstzunehmende Kraft neben den Grünen entwickeln, die nicht unter Kontrolle der linken Grünen steht. Es ist schon immer die Politik der „Z“-Strömung bei den Grünen gewesen, alle derartigen Bestrebungen eifersüchtig zu überwachen und nur unter dem Gesichtspunkt zu verfolgen: „müßte es unserer Politik bei den Grünen oder schade es der Strategie, so wie wir sie verfolgen“. So hat die „Z“-Gruppe früher bei den Demokratischen Sozialisten agiert, hat systematisch Posen im zentralen Apparat der DS bezetzt, persönlichen Kontakt zu Coppiak gepflegt - und als klar war, der Laden wird nicht grün, wurde nur noch destruktiv gearbeitet. In ähnlicher Weise ist 1981 der Bildungsprozeß der AL Hamburg eifersüchtig überwacht und mit Unvereinbarkeitsdrohungen gegen den KB begleitet worden. Und so ist zunächst vorzüglich in Bremen reingehorcht worden, ob aus der BAL was Links-Grünes werden könnte, und als sich das nicht abzeichnete, wurde auf Draufholzen

gesetzt. Ebermann: Die BAL „muß bekämpft werden und darf keine Chance kriegen“ (MOZ 8/83). Dieses Vorgehen ist sektiererischer, grün-verbrämter Avantgardismus, und nicht die ernste Sorge um Fehleinschätzungen. Wer die ernst nimmt, hätte sich tatsächlich konstruktiv in die Bremer Auseinandersetzung eingebracht. Stattdessen wird der BAL-Prozeß einseitig zum Problem DKP und besonderer Bündnis-Vorliebe für diese verflücht. (Wie unehrlich dabei agiert wird, mag der nebenstehende Text zur „Z“-DKP-Episode 1981 zeigen.)

Dabei geht aus Ebermanns MOZ-Interview auch hervor, daß er sich der tatsächlichen Bremer Problemlage bewußt ist, wenn er an einer Stelle anmerkt: „Wir wollten uns die Sache auch nicht so einfach machen. Die BAL und das zugrundeliegende betrieblich-alternative Bündnis sind nicht etwa einfach als DKP-Projekt“. Richtig. Nur seine Schlussfolgerung ist: „B e k ä m p f e n“, und seine Perspektive muiet fast makaber an, wenn er anmerkt, die Grünen in Bremen hätten nicht einfach Fehler gegenüber der BAL gemacht, sondern einen klaren politischen Kurs gegen Zusammenarbeit gefahren. Auch richtig. Wenn er dann aber anmerkt, daß einer der grünen Denker in Bremen, Ralf Fucks (ehem. MOZ-Korrespondent), durchaus die Problematik erkannt habe, daß die Verbindung zum sozialen Protest in den Betrieben verloren gehe, dieser aber trotzdem die Politik der Bremer Grünen aktiv mitgetragen hat, dann ist Ebermanns Aussage, „darauf (Anmerkung: auf Fucks' Einsichten) ruhen auch meine Hoffnungen auf eine positive Entwicklung der Bremer Grünen“ (MOZ 8/83), fast schon eine Bankrotterklärung. Das ist die indirekte Anerkennung des rechtsgrünen Monopols für Bremen.

Dieses Verhalten der „Z“-Grünen deutet auch darauf hin, unter welchem Druck die Linken bei den Grünen stehen. Fatal ist es allerdings, wenn dieser Druck jetzt in die AL weitergegeben werden soll, wenn die gleichen Mechanismen, die das grüne Handeln bestimmen, nun auch für die AL bestimmend werden sollten. Dabei wird auch nicht von der Drohung mit der Spaltung der GAL halogeniert.

Die Alternative Liste läßt sich daran, sich diesem Druck nicht zu beugen und auf eine eigenständige Politik im Rahmen des GAL-Bündnisses zu bestehen. Der unter falschen Vorzeichen gestartete Angriff auf die AL ist auch ein Angriff auf das GAL-Modell, das aus grüner und alternativer Politik besteht. Kurzzeitige Spekulation mancher Hamburger Grüner auf Ruberzonen eines Teils von AL-Mitgliedern könnte schnell zum Bumerang werden: Der verbliebende Glanz des „GAL-Modells“ würde schnell vollständig beseitigt werden, wenn die GAL bloß noch Tarnname für die Hamburger Grünen wäre.

hr.



## In eigener Sache

Th. Ebermann äußerte im Interview (MOZ 183) „Ich denke, der Weg in diese Sachfrage ist ein bißchen angelegt in der Politik des KB (...)“. Schon zur vorherigen Bundestagswahl hat der wichtigste Genosse des KB ein Positionspapier geschrieben (...). Erster Einspruch: Es handelt sich nicht um ein „Positionspapier“, sondern um einen Resolutionenwurf zu einem KB-Kongreß. Wie dem AK 182, aus dem Th. E. zitiert, zu entnehmen ist, blieb diese Vorlage (in dem von Th. E. zitierten Passus) auf dem Kongreß in der Minderheit. Und zwar, wie im AK 181, S. 42 nachzulesen ist, mit nur 30 Stimmen von 111 abstimmanden Delegierten. Fast Dreiviertel der Delegierten lehnten die zitierte Passage ab, da ihrer Meinung nach die DKP dazu zu gut wegkam. Dieser bezeichnende Sachverhalt wird im Interview großzügig unterschlagen. Das heißt, die zitierte Passage gibt, was immer man darüber denken mag, für eine Polemik gegen den KB überhaupt nichts her.

Zweiter Einspruch: Th. Ebermann zitiert Mark annennend nur einen kleinen Teil der Gesamtaussage aus dem Resolutionenwurf. Was er zitiert, ist dies: „Die DKP hat gegenüber den Grünen das insgesamt fortschrittlichere gesellschaftskritische (dies Wort fehlt in der MOZ — Anm. K.) Programm. Im Gegensatz zu den Grünen benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche und propagiert den Sozialismus, wenn auch in der verzerrten Form des „realen Sozialismus“. Das Programm der Grünen ist hingegen, sieben starken fortschrittlichen Elementen, auch belastet mit reaktionärem Schrott und vielerlei Unzulänglichkeiten (Steuerpolitik, Sozialpolitik, Gesundheit, § 218 u.a.m.) (Der Satz ab „Das Programm der Grünen

... und die Klammer sind in der MOZ nicht mitzitiert — Anm. K.)

Da eine Aussicht, zu einer parlamentarischen Vertretung des „Protestpotentials“ zu kommen, bei dieser Bundestagswahl nicht besteht, kommt den programmatischen Aussagen der konkurrierenden „Protestparteien“ besondere Bedeutung zu. Unter diesem Aspekt wiegt eine Stimme für die DKP (oder selbst für die „Volksfront“) als Ausdruck der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen Grünen.“ Ende des Zitats durch Th. Ebermann in der MOZ. Die Aussage im Resolutionenwurf geht aber so weiter: „Für die Grünen spricht andererseits, daß sie zweifelsfrei die stärkste Partei des „Protestspektrums“ (auf der Stimmzettel-Ebene) sind. Sie sind überhaupt die Einzigen innerhalb des „Protestspektrums“, die — zusammen mit den örtlichen und regionalen Bündnissen/Alternativen — längerfristig eine Chance als parlamentarische Alternative bzw. als Keimform einer solchen Alternative haben. Anders als die DKP bietet sich bei den Grünen die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit für die revolutionäre Linke. Anders als die total verkalkte und finanziell abhängige DKP bieten die Grünen eine Chance, Teil des Prozesses für die Herausbildung einer sozialistischen Alternative zu werden.

Wir werden deshalb die Kandidaten der Grünen unterstützen, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die Grünen nicht durch solche Kandidaten repräsentiert sind, unterstützen wir eine andere Form der „Proteststimme“, in erster Linie für die DKP bzw. durch Nichtwahl“

Von zwei gleichberechtigten wichtigen Teilen der Gesamtaussage hat Th. E. konsequent die eine Hälfte unterschla-

gen. Diese grobe Fälschung (um nicht anderes handelt es sich der Wirkung nach) hindert die notwendige Voraussetzung für den Fortgang des MOZ-Interviews. Denn auf das von Th. E. verstümmelte Zitat antwortet der Interview-Partner (Frieder O. Wolf): „Das heißt ja, daß die Meßlatte nur noch die Übereinstimmung in bestimmten Formeln bildet. Praktische Politik kommt da gar nicht mehr vor.“ Eine Kommentierung, die nicht standhält, wenn man die Aussage des Resolutionenwurfs vollständig betrachtet. Und Th. E. setzt noch einen drauf: „Damit wird einer Programmkandidatur, wenn sie nur die traditionalistischen Evergreens halbwegs enthält, eine größere Bedeutung beigemessen, als eine (einer? — Anm. K.) Strömung, die auf ein Massenpotential fußt und die — bei allen Schwächen — emanzipatorische Inhalte transportieren kann.“ Auch das geht bloß, wenn die Gesamtaussage durch Weglassen verfälscht wird.

Der Sinn der Gesamtaussage ist nämlich durchaus nicht „Hinwendung zur DKP“, sondern eine Unterstützung der Grünen, soweit politisch im konkreten Fall vertretbar. An dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß die Grünen im Jahre 1980, als jener Text formuliert wurde, noch sehr weit entfernt waren von dem heutigen Zustand. Damals waren die Repräsentanten einer Rechtsausrichtung der Grünen Partei (Gruhl, Springmann und viele, viele andere) noch alle in der Partei. Daher schied allerdings für uns mehrheitlich eine bedingungslose, modifizierende Unterstützung der Grünen schlechthin aus.

Abschließend: Es ist selbstverständlich eine politische Gangsterei, wenn seit der Spaltung des KB kontinuierlich versucht wird, persönlich gekennzeichnete Stellungnahmen

von mir, mit denen ich zudem sehr oft nachweislich in einer extremen Minderheitsposition gewesen bin, einem schlecht informierten Publikum mit der Meinung des KB aufzutischen, sofern es auch gerade mal in den Kram paßt. Es gibt bei uns, im Gegensatz zu MOZ/ISP, einen oft lebhaften und öffentlich ausgetragenen Meinungsstreit und deutlich erkennbare Positionenunterschiede. Und einen „wichtigsten Genossen“ gibt es bei uns ebensowenig wie einen „Vorsitzenden“.

Schöne Grüße Kt (1983)

## Redaktionelle Anmerkung

Die MOZ hat es bisher in einer Vielzahl von Fällen abgelehnt — in der Regel ohne jede Nachricht oder gar Begründung — Richtigstellungen abzuweisen. Es bleibt abzuwarten, ob sie auch diesmal bei der bewährten Praxis bleibt.

## Nachtrag

Auf einer Grünen-MV am 26.8. hat Th. Ebermann zwar richtig erwähnt, daß es sich bei dem von ihm zitierten Text um einen Resolutionenwurf gehandelt hatte. Dafür trug er seinem Publikum jedoch eine noch infamere verstümmelte „Kurzversion“ der fraglichen Textstelle vor. Nämlich so: „In Frage kommen hierfür (für die Bundestagswahl) 1980 — Anm. K.) ... nur die Grünen und die DKP ... Die DKP hat gegenüber den Grünen das insgesamt fortschrittlichere Programm. Im Gegensatz zu den Grünen benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche und propagiert den Sozialismus, wenn auch in der verzerrten Form des „realen

Sozialismus“. Unter diesem Aspekt wiegt eine Stimme für die DKP (als Ausdruck der radikalen Ablehnung der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen Grünen). (Mensch vergleiche bitte die zusätzlichen Weglassungen mit dem Originaltext!)

Daß diese Resolutionenvorlage damals mit einem sehr deutlichen Ergebnis von nahezu 9:1 abgeschnitten wurde, verschwieß Ebermann auch in seiner Rede vor der Grünen MV. Er sagte lediglich: „Schließlich entschied sich der KB nur zum Aufzug, keine etablierten Parteien zu wählen — also im wesentlichen DKP oder Grüne.“ Diese Darstellung ist falsch. Der verabschiedete Text besagte stattdessen: „Wir werden die Grünen deshalb dort unterstützen, wo sie ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die Grünen durch Kandidaten vertreten sind, die keine positive Alternative zu den Bürgerlichen darstellen, unterstützen wir eine andere Form der Proteststimme, für eine der kandidierenden linken Listen oder durch Nichtwahl“. Eindeutige Priorität hatte also die Unterstützung der Grünen! Der beschlossene Resolutionstext ist vollständig abgedruckt im AK 182, S. 34 und Ebermann muß diese Seite vor sich gehabt haben, denn in seinem MOZ-Interview zitiert er meine Resolutionenvorlage nach eben diesem AK, selbe Seite! Überhaupt wäre es ganz unangebracht, in solchen Fällen bei Th. Ebermann einen Irrtum oder Interpretationschwierigkeiten zu vermuten. In dieser Beziehung ist er seit langem als Gewohnheitslügner bekannt.

(Zitate nach Ebermanns vervielfältigtem Redemanuskript)

Kt.

## Hamburger Grüne: Frühlingsflirt 1981 mit der DKP

Forts. von vorheriger Seite

gemacht, wie dies in den vorstehenden Zeilen zum Ausdruck kommt. Sie haben nur kein Hindernis darin gesehen, daß Mitglieder der DKP Mitarbeiter in einem politisch-sozialen Zusammenhang „Betriebl. Alternatives Bündnis“ sind, entsprechend auch in diesem Bereich kandidieren, sofern inhaltlich tragfähige Kompromisse für eine grün-alternative Perspektive herauskommen.

Anders als die oben zitierten „Z“-Autoren des 1981 sehen, glauben wir beim derzeitigen Stand der DKP und ihrer rein taktisch begründeten und eng begrenzten „Öffnung“ gegenüber linken Organisationsansätzen und sozialen Protestbewegungen nicht an eine gemeinsame Wahlperspektive mit der Partei DKP als Bündnispartner. Anders verhält es sich bei der Frage der Entwicklung von Basiszusammenarbeit. Dazu halten wir die Position der Hamburger AL vom Oktober 1981 immer noch für richtig. Damals wurde aufgrund einer Reihe von inhaltlichen Unvereinbarkeiten mit Positionen der DKP festgestellt: „Wir sehen keine Basis für ein Wahlbündnis mit der DKP als Partei. Wir fordern die DKP, DPU u.a. auf, mit dem Namen „Alternative Liste“ keinen Etikettenschwindel zu betreiben. Wir halten weiterhin an einer „Alternativen Liste“ auf der Basis von Einzelmitgliedern fest, diese sieht auch für einzelne Mitglieder der DKP offen, denn Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnen wir ab, bei uns kann jeder mitarbeiten, der die gemeinsam erarbeiteten Grundsätze anerkennt und unterstützen will.“ Noch im Juni 1981 hielt auch der Hamburger Landesvorstand der Grünen in einer Erklärung die folgende Passage einstimmig für verabschiedungswürdig: „Einige Worte zur DKP. Diese Partei hat ihre Taktik geändert. Wurde die alternative Wahlbewegung (wie auch große Teile der Wahlbewegung) früher von der bekämpft und verunglimpft, so auch wir jetzt Zusammenarbeit bis hin zur gemeinsamen Kandidatur Grundsätzliche Positionen — die berechtigte Ablehnung der fortschrittlichen Menschen hervorrufen — hat die DKP nicht revidiert. Die alternative Wahlbewegung kann u. U. nicht um den Preis der gemeinsamen Kandidatur mit der DKP auf Grundsatzungen verzichten, die gerade ihre Glaubwürdigkeit aus-

machen ... Ohne Anerkennung solcher Grundsätze kann es keine gemeinsame Kandidatur geben. Wer bereit ist, sie mitzuverstehen, ist bei uns gerne gesehen und wird nicht nach seinem Parteibuch beurteilt.“

Es ist vor diesem Hintergrund heuchlerisch und unehrlich, die konkreten Bedingungen der Bremer Wahlbewegung mit einem Schlagwort „DKP“ erschlagen zu wollen, und dieses mit der eigenen Vergangenheitsbewältigung zu verquicken. Denn auch das wird hier erwähnt werden. Der 81er DKP-Führer der „Z“-Gruppe hat ihr damals reichlich Schwierigkeiten bei den Grünen eingebracht. Buchstäblich von einem Tag auf den anderen konnte man in Hamburg erleben, wie aus vehementen Befürwortern einer Zusammenarbeit mit der DKP als Partei vehementen Gegner jeder Zusammenarbeit mit DKP-Mitgliedern in der „Wahlbewegung“ wurden. So laufen Erkenntnisprozesse ab.

Wenige Wochen vorher hatten Golttermann/Ebermann in der „Z“ Nr. 12 noch spitz gegen andere Linke polemisiert, die bezüglich der neuen „Bündnisachse“ DKP-Online skeptisch waren: „Diejenigen Linken, die in der sich manchmal noch recht zögernd vollziehenden Öffnung der DKP nur eine allgemeine Gefahr für die Bewegung sehen ... weisen zwar u. B. auf einen richtigen Punkt hin, fügen zugleich aber falsch, wenn sie diesen verabsolutieren bei ihrem Versuch, sich selbst die neue Taktik der DKP zu erläutern“. Dieser Erklärungsversuch verunsicherte: „daß sich innerhalb der DKP wie in anderen linken Gruppierungen Kräfte regen, die den bisherigen politischen Trott nicht mehr unbedingt als den Stein der Weisen zu betrachten vermochten, daß es also an der Basis der Partei unterschiedlich artikulierte Opposition gab und daß „es an der Spitze der Partei zugleich Überlegungen gab, wie aus der Isolation“ herauszukommen sei. In mündlichen Mitteilungen leitender „Z“-ler nahm das Ganze schon die Dimension kurz bevorstehender Marxübertritte aus der DKP an. Es war sicher ein fataler Fehler, zu glauben, als taktisch geschickte „Z“-Gruppe den DKP-Laden aufmachen zu können. Es ist umgekehrt genauso ein Fehler, Zusammenarbeiten dort abzulehnen, wo es von politischer Relevanz für eine linke Listenbildung werden kann, nur weil Mitglieder der DKP dort mitarbeiten. Ein solcher relevanter Fall ist Bremen, wo sich die Problematik aus der Basis-Zusammenarbeit BAB ergibt, und das ist längst ein fundamentaler Unterschied zum Hamburger Spracherlebnis (mehrfach) auf oberster Strategieebene 1981.

Eine kritische, aber spürbare Unterstützung der BAL durch die Hambur-

ger AL und möglichst noch andere Listen kann einen positiven Prozess grün-alternativer Zusammenarbeit fördern, auch wenn — wie in Bremen — sich dieses aufgrund gewollter grüner Blockade nicht in einer gemeinsamen Liste ausdrückt. Dies ist aber anerkanntermaßen nicht die Schuld der BAL. Vor dem Hintergrund der ebenfalls sich verschärfenden grünen Blockade gegenüber bestehendem ALs (siehe mit der Ablehnung eines Vertrages mit der AL Berlin durch den grünen Bundesausschuß) müssen sich die nicht-grünen alternativen Kräfte der Frage nach ihrer eigenen Strategie stellen. Die grüne Blockade, die Ambivalenz dieser Partei gegenüber wichtigen sozialen Bewegungen, schafft ein politisches Vakuum, das inhaltlich und organisatorisch gefüllt werden muß, und zwar mit einer Strategie, die am kritisch-solidarischen Bezug auf die Grünen festhält. Wird dieses vernachlässigt oder behindert, eröffnet man damit tatsächlich der DKP ein Feld, auf dem diese dann konkurrenzlos aufzuziehen versucht. Setzt sich der beschriebene grüne Kurs weiter durch, ist eine solche Entwicklung schon zu den Kommunalwahlen in NRW zu erwarten. Dort gibt es Bemühungen um grün-alternative Bündnisse, woran die DKP mit großem Interesse beteiligt ist. Unter dem Titel „Oberhausener Modell“ wird die dortige Bündnisconstellation als beispielhaft diskutiert. Grüne, Initiativen und DKP arbeiten zur Zeit einträchtig in der „Buote Liste — Oberhausener Demokraten“ zusammen. „Die großen Themen der Bewegung wie Demokratieverständnis, Polen, Afghanistan, AKWs in der DDR und überhaupt das Industriesystem, die ökologischen Grundfragen, und wie sie sich zu der Ökonomie verhalten und ob das Protektorat nun doch das revolutionäre Subjekt sei oder sich von seiner historischen Mission verabschiedet habe: Alles das blieb bei Diskussionen der Oberhausener außen vor“, schreibt Hans Liske in der „Revier“ 7/83 gut viel Sympathie. Nun steht es nur nicht an, von hier aus hochmütig diese Oberhausener Bemühungen in der Luft zu zerreißen, aber für eine längerfristige Perspektive bei der Herausbildung einer neuen, wirksamen politischen Oppositionskraft mit eigenen Zielvorstellungen alternativ zum herrschenden System ist eine solche Politik des Ausklammerns zentraler Fragen nicht akzeptabel und kein „Modell“. Da erscheint der Bremer Ansatz, bei aller Beschränkung (resultierend aus grüner Blockade) sinnvoller und entwicklungsfähiger.

In diesem Sinne ist Einmischung und nicht Abstoßung wünschenswert.

br.

## Dortmunds Grüne für Alleinkandidatur Schafft 2, 3, viele kleine Übel

Dortmunds Grüne haben den Trend der Zeit — hin zur „senösen“ Partei — erkannt. Selbstgenügsamkeit als politisches Zukunftsprogramm. Nach vier Jahren Existenz in maximal drei Bereichen (Umwelt, VoBo, und bedingt Frieden) aktiv und verankert, sind sie jetzt, wie weiland die SPD, „offen für neue Fragen und Vorschläge aus den Initiativen“. Mehr auch nicht laut Beschluß der Grünen-MV vom 30.8. werden die Grünen zur Kommunalwahl im September '84 grün(offen) kandidieren. Der Vorschlag, erst einmal inhaltlich über programmatische Fragen mit allen Interessierten zu diskutieren und erst im Spätherbst die Form der Kandidatur zu behandeln, unterlag mit 7/29.

Garniert wurde dieser Beschluß noch mit einer speziellen Ausgrenzung. Der verabschiedete Antrag nennt zwar nur die DKP, mit der es in Wahlfragen kein Bündnis geben könne; zahlreiche Diskussionsbeiträge machten aber deutlich, daß sich dieser Beschluß auf alle Kräfte mit „abgewrackter Politik“ bezog. Wahlos aneinandergerichtet wurden KPD, KB, MLPD, EAP (?), DS. Mit dem Beschluß grün(offen)en Liste mit alleinigem Summrecht der Grünen ist die Möglichkeit gegeben, diese beliebig zu unterpretern.

Früherung hatte auch die DKP die Ausschusslosigkeit eines Bündnisses mit den Grünen erkannt. Zwar hatte sich ihre krendelegiertenkonferenz im April für ein „breites Bündnis“ ausgesprochen, favorisiert und in kleinem Kreise vorbereitet wurde aber eine Parallelveranstaltung. DKP-Prominenz und einige linke SPD-Betriebsarbeiter laden für Anfang Dezember zu einem „Forum Dortmund Alternativen“ ein. Dieser Vorschlag entstammte ursprünglich dem Anti-Rotstift Komitee und wurde den dort mitarbeitenden zu deren Überraschung kurz vor der o.g. Grünen-MV als fertiges Projekt vor die Nase gesetzt.

Das Projekt dieses Forums (neun AGs zum gesamten Kommunalwahl-Themenspektrum mit besonderer Betonung der „betrieblichen und sozialen Frage“) wird sicherlich auch für die Linke, die diese Fragen abgewrackter Weise immer noch für wesentlich hält, attraktiv sein. Allerdings vergräbt sich aus den speziellen Bemühungen um Bündnisse mit Sozialdemokraten die Schwierigkeit, dieses Forum direkt in die Kommunalwahldiskussion einzubeziehen.

Entsprechend wird von der DKP schon abgewiegelt. Dem „albernen Starren auf die 5%“ wird die „Zusammenführung der außerparlamentarischen Kräfte“ gegenübergestellt. „Die Arbeitsergebnisse (des Forums) sollten kommunalpolitische Forderungen sein, die sich als klare überzeugende Alternativen in Aktionen und Bewegungen umsetzen lassen“ — es kommt der DKP also darauf an, mit dem Aufbau eines größeren und einflussreichen Kreises der Grünen in Zugzwang zu bringen und deren kommunalpolitische Inkompetenz für Dortmund aufzudecken, um so das eigene Bündnisumfeld vor grünen Einflüssen abzusichern.

Wer bislang in diesem Artikel Aussagen über inhaltliche Kontroversen vermutet, wird auch weiter enttäuscht sein. Die Diskussion dreht sich in unserer schönen Stadt seit einem halben Jahr nur um die Formalia einer Kandidatur. Und auch in dieser Diskussion haben die Grünen den Aufschlag verschonkt. Ihren Anspruch auf Basisbezogenheit und offene Diskussion haben sie mit ihren bräunlichen Ausgrenzungen verstoßen. Und wie üblich als sei es jetzt von der DKP: „Was liegt näher als der Gedanke, sich zusammenzusetzen, gemeinsam herausfinden, wie weit die Gemeinsamkeit geht, zusammenhängende Alternativen zu entwickeln.“ usw. u. f.

Zwischen die Stühle dieser Blöcke hat sich vor geraumer Zeit ein kleines Häuflein Unversöhnlicher gesetzt: einige Unorganisierte, einige linke Grüne, DS, KPD, KB. Diese Traditionisten mit dem schönen Namen KAK (kommunalpolitischer Arbeitskreis) halten ein Fähnlein hoch mit den erhabenen Worten: „Öffentlichkeit in der Diskussion, inhaltliche Diskussion, breite Debatte — dann formale Festlegungen“. In einem „Kommunalwahl-Info“ (1 Nr. mit 700 Aufl.) werden alle Diskussionspapiere, Stellungnahmen und Beschlüsse dokumentiert und Beiträge zur programmatischen Diskussion vorgelegt. Einige Diskussionsveranstaltungen (Ausländerfeindlichkeit, Bergbau) sind angesetzt.

Die Karten liegen also verteilt auf dem Tisch. Ob der KAK dabei allerdings die Dulle findet (deren zweite ja immer die erste sticht) oder wen genau eine Kreuz-Dame, das wird sich erst dann herausstellen, wenn man sich getraut, die Karten auch wirklich aufzubrechen. KB Dortmund



# Imperialistische Intervention im Tschad

Ende Juni begann die massivste imperialistische Intervention in den Tschad seit der Erklärung seiner Unabhängigkeit von Frankreich 1960. Hatte bislang nur Frankreich wiederholt interveniert, um von ihm abhängige Regimes zu unterstützen oder einen kontrollierten Wechsel zu gewährleisten, so stehen heute auch zahlreiche Truppenkontingente sowie eine erhebliche Anzahl amerikanischer und israelischer Militärberater im Tschad. Diese gemeinsame Intervention (die militärischen Truppen sind direkt den USA bzw. Israel unterstellt) der „sozialistisch-kommunistischen“ Regierung Frankreichs und der imperialistischen Weltmacht Nr. 1 hat unterschiedliche Beweggründe: Frankreich will sich auf jeden Fall diesen wichtigen strategischen Dominanzsitz seines west- und zentralafrikanischen Einflusses erhalten, ohne im Augenblick in direkte militärische Konfrontation mit Libyen zu geraten. Die USA ordnen den Tschad-Konflikt in die Ost-West-Konfrontation ein und drängen — unter Schaffung vollendeter Tatsachen — auf scharferen Gangart. Die US-Marionette Habré soll in dieser strategisch wichtigen Region auf jeden Fall gehalten und die gezielte Eskalation des Tschad-Konflikts möglicherweise für eine militärische Aggression gegen Libyen benutzt werden. Ghaddafi, sonst für seine Verrücktheiten bekannt, hat bisher jedenfalls ausgesprochen besonnen reagiert.

Von Frankreich und den USA wird die militärische Intervention in den Tschad entsprechend differenziert verbrämt. Französische Regierungsmitglieder sprechen verhemmt von einem „Krieg der Chefs“, in dem es der ehemaligen französischen „Schutzmacht“ zuzukommen, per Intervention „Unabhängigkeit“ und „Einheit“ des Tschad zu garantieren. Die USA hingegen brachten von Anfang an die „libysche Aggression“ ins Spiel, die es massiv zurückzuschlagen gelte. Beweis: Per Satellitenfoto ausgemachte nicht-tschadische afrikanische Soldaten auf der Seite Goukounis.

## „Krieg der Chefs“?

Seit etwa 18 Jahren wird im Tschad mit ständig wechselnden Gegnern und Verbündeten Bürgerkrieg geführt, in dem sich seit etwa fünf Jahren verschiedene Führer der ehemaligen Befreiungsfront „Frontal“ wechselseitig aus den Staatsämtern jagen. Man fragt sich, wofür. Selbst Beamten- und Militärgelöhner können jedenfalls seit Jahren nicht mehr in dem ärmsten Staat des afrikanischen Kontinents gezahlt werden. Das Land ist bankrott und vom Bürgerkrieg weitgehend zerstört. Große Teile der Bevölkerung hungern, sind immer wieder auf der Flucht. Stammesführer, die sich um kaum noch vorhandene Pfünde streiten?

Anlaß für die jetzige imperialistische Intervention war der seit Jahresbeginn erfolgreiche Vormarsch des vor einem Jahr abgesetzten Staatspräsidenten Goukouni Oueddei (1). Goukouni Oueddei war seit 1979 zum zweiten Mal erfolgreich Vormarsch des vor einem Jahr abgesetzten Staatspräsidenten Goukouni Oueddei (1). Goukouni Oueddei hatte nach einer Zeit im Exil im November 1982 im Norden des Tschad (Tibesti-Region) die „Provisorische Regierung des Nationalen Wohls“ gebildet (2) und kurze Zeit später eine Armee aus Angehörigen aller Landesteile, die ALN (Armée de Libération Nationale) (3). Dieser Zusammenschluß war keineswegs selbstverständlich. Es handelt sich dabei praktisch um die Neuaufnahme der im Juni 1962 von Hissène Habré gestützten GUNT („Provisorische Regierung der Nationalen Einheit“), die allerdings schon vorher auseinandergefallen war (4). Die von Libyen logistisch unterstützte ALN konnte schließlich am 24.6.83 die strategisch wichtige Oasenstadt Faya-Largeau und für kurze Zeit sogar Abéché im Osten des Landes einnehmen. Ohne ausländische Truppen wäre die Regierung Ha-

bré direkt bedroht gewesen. Habré hatte im Juni 1982 N'Djamena, die Hauptstadt des Tschad, nur deshalb einnehmen können, weil u.a. die beiden militärisch wichtigsten Bündnispartner Goukouni Oueddei innerhalb der GUNT, die FAC („Front Action Commune“) im Osten des Tschad (5) und die FAT („Forces Armées du Tschad“) (6), die den Süden des Tschad kontrolliert, nicht in die Kämpfe eingriffen (7). Der erneute Frontwechsel dieser beiden Gruppen auf die Seite Goukouni Oueddei hat seinen Grund darin, daß Habré sie nicht an der Macht beteiligte. So konnte Kamougue, der Führer der FAT und Vizepräsident unter Goukouni, für einige Zeit den wirtschaftlich wichtigen Süden kontrollieren, wurde dann aber von Habré militärisch geschlagen und vertrieben.

Der drohende Sturz der Regierung Habré lief sowohl die USA als auch Frankreich auf den Plan. Zeitgleich mit

Der drohende Sturz der Regierung Habré lief sowohl die USA als auch Frankreich auf den Plan. Zeitgleich mit der Binnahme Faya-Largeaus durch die ALN (Goukouni) setzte das US-Außenministerium das Marschen von der libyschen Beteiligung in die Welt: Satellitenfotos von den Truppenbewegungen hätten gezeigt, daß sich unter den Angreifern auch nicht-tschadische Afrikaner befänden (8). Schon vorher hatte die sudaneseische Nachrichtenagentur auf libysche Luftwaffen- und Truppenverstärkungen im Aouzou-Streifen (9) an der Nordgrenz des Tschad hingewiesen (10).

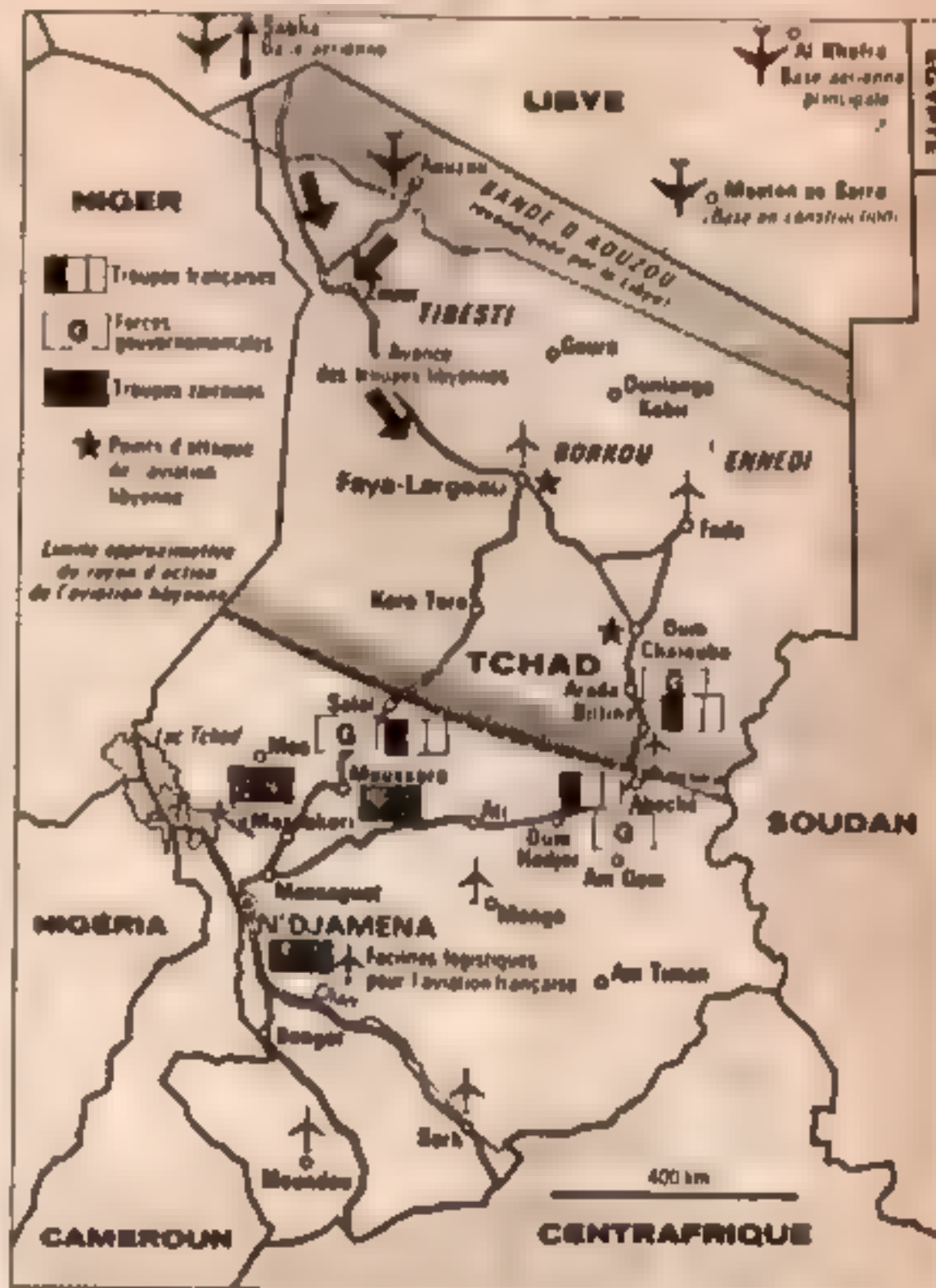
Der tschadische Staatschef Habré nahm diese Meldungen natürlich dankbar auf und behauptete, Libyer würden in großer Zahl an dem Gefechten teilnehmen. Nur vier Tage nach dem Fall Faya-Largeaus erklärte der französische Staatspräsident Mitterrand, daß

Frankreich „ohne Begrenzung seinen Verpflichtungen gegenüber Tschad“ nachzukommen gedenke. Vorbeugend wurde außerdem von seinen Frankreichs erklärt, es werde so lange nicht intervenieren und sich auf das Rüstungshilfsabkommen von 1976 stützen, solange keine direkte Intervention libyscher Truppen erfolge (11). Unterdessen hatte Frankreich Rüstungslieferungen von 50 t pro Tag aufgenommen, und Zaire hatte am 3.7. die ersten 250 Fallschirmjäger in den Tschad geschickt (12).

Zu diesem Zeitpunkt konnten libysche Soldaten von niemandem im Tschad ausgemacht werden. Französische Journalisten, die sich im Lager Goukounis aufhielten, sichten nur 10 libysche Berater, die den Nachschub, insbesondere auch an Lebensmitteln, kontrollierten. Selbst die französische Regierung stellte fest, daß es weder eine Teilnahme Libyens noch den Einsatz von Kampfflugzeugen in Faya-Largeau gegeben habe (13). Noch am 5.8., als sich schon Tausende Soldaten aus Zaire nebst israelischen und amerikanischen Beratern im Tschad befanden, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“, Ghaddafis Reaktion auf die Entsendung amerikanischer Truppen bleibe abzuwarten. Auf die Truppen aus Zaire habe er nur rhetorisch reagiert. Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums wurden 550 Militär-Angehörige in den Tschad geschickt (14).

Mit Hilfe der zahlreichen Truppen, die inzwischen mindestens 3.000 Mann stark sind, begann Habré am 10.7. eine Gegenoffensive, konnte zunächst Abéché zurückerobert und Ende Juli für ein paar Tage auch Faya-Largeau gleichzeitig mit dem Einsetzen der ersten französischen Fallschirmjäger zog er sich am 10.8. wieder aus Faya-Largeau zurück. Die „Operation Mantel“ begann.

Erst zu diesem Zeitpunkt — also lange nach der Ankunft der zahlreichen Truppen nebst israelischen und amerikanischen Beratern — gab es zwei Hinweise auf direktes libysches Eingreifen. Truppen nebst israelischen und amerikanischen Beratern — gab es zwei Hinweise auf direktes libysches Eingreifen. Die libysche Nachrichtenagentur Jana berichtete während der kurzfristigen Wiedereinnahme Faya-Largeaus durch die Truppen Habrés, daß Goukouni die Einstellung der Bombardierung Faya-Largeaus angeordnet hätte (15). Der libysche UN-Botschafter bestätigte, daß sich libysche Truppen auf Erachen Goukounis im Tschad befänden (16). Die bürgerliche Presse bezichtigte inzwischen — unter Berufung auf Geheimdienstberichte — die Sowjetunion, offen die massive libysche Intervention zu unterstützen. Auf seinen Goukounis befänden sich Berater aus der DDR, außerdem sei gerade eine libysche Militärdelegation in der Sowjetunion (17). Nach offiziellen amerikanischen Angaben sollen zu dem Zeitpunkt 1.500 bis 2.000 libysche Soldaten im Tschad gewesen sein (18).



## Differenzen zwischen Frankreich und den USA?

Bis vor wenigen Jahren hatten sich die USA praktisch nicht in die Afrika-Politik Frankreichs eingemischt. Das ist jetzt anders geworden, Frankreich konnte auch nach der Unabhängigkeit seiner ehemaligen zentral- und westafrikanischen Kolonien (zuzüglich des ehemaligen Belgisch-Kongo, heute Zaire) entscheidenden wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Einfluß behalten. Mit fast allen diesen Staaten bestehen Militär- und Verteidigungsabkommen. In fünf afrikanischen Staaten unterhält Frankreich strategisch wichtige Stützpunkte (Senegal, Elfenbeinküste, Gabun, Zentralafrikanische Republik und Djibouti in Nordostafrika). Von diesen Stützpunkten aus, auf beinahe, Gabun, Zentralafrika, Libyen, Republik und Djibouti in Nordostafrika) Von diesen Stützpunkten aus, auf denen insgesamt 6.500 Mann stationiert sind, unternahm Frankreich wiederholt militärische Aktionen und Interventionen, unterstützt von Einheiten aus Frankreich, Djibouti und Réunion (Insel östlich von Madagaskar): Luftangriffe gegen die Befreiungsbewegung Polisario (West Sahara), Interventionen in der Provinz Shaba (Zaire 1978 und 1979, um das korrupte Mobutu-Regime zu stützen; „Aktion Barracuda“ zum Sturz Bokassas in der Zentralafrikanischen Republik 1979; verschiedene Interventionen im Tschad (1968-72 zur Unterstützung des Tombalbaye-Regimes, 1978 zur vorläufigen Rettung des Malloum-Regimes und Stützung der verschiedenen Übergangsregierungen unter Goukouni und Habré bis Mai 1980) (19). Bei diesen Unternehmungen hatten die USA Frankreich in der Regel

durch Transporthilfen unterstützt (20), sich aber ansonsten zurückgehalten.

Diesmal griffen die USA direkt zuerst mit der Entsendung zahlreicher Truppen ein. Seit etwa einem Jahr besteht zwischen Israel und Zaire ein Militärhilfsabkommen (21), das Neustrukturierung, Ausbildung und Ausrüstung der zairischen Armee durch Israel beinhaltet. Ebenfalls vor einem Jahr berichtigte das amerikanische Magazin „Africa now“, zwischen den USA und Zaire sei ein Abkommen zur Unterstützung Habrés geschlossen worden, dessen Ziel es sei, neben dem libyschen auch den französischen Einfluß im Tschad zurückzudrängen (22). Die französische Zeitung „Le Mailin“ berichtete jetzt unter Berufung auf diplomatische Kreise, daß sich israelische Militärberater in der Armee Habrés und bei den 2.700 Mann starken Truppen aus Zaire im Tschad befinden (23). Der Einsatz im Tschad: ein weiteres Beispiel für die gute Zusammenarbeit und Arbeitsteilung Israels und der USA in der Dritten Welt im Rahmen ihrer strategischen Zusammenarbeit.

Das direkte Eingreifen der USA hat möglicherweise Frankreich unter Zwang gesetzt. Schließlich hatte Frankreich die Regierung Oueddei bis zu seinem Sturz im Juni 1982 unterstützt. Warum sollte es sich der erneuten Machtergreifung eines guten Freundes widersetzen? Schließlich hatte Frankreich im Tschad immer zunächst das alte abhängige Regime durch militärische Interventionen gestützt, bis es durch eine ebenso Frankreich-treue neue Regierung abgelöst wurde.

Eine wichtige Rolle hatte dabei immer der jetzige Präsident Habré ge-



Französische Fallschirmjäger im Tschad





spielt. In Frankreich ausgebildet war er zunächst Berater des diktatorischen ersten Präsidenten Tombalbaye. 1971 schloß er sich der Frontal-Nord an und arbeitete mit Ouéddei zusammen. Er sorgte für Ausschüsse und Spaltungen, bis er 1976 aus der Frontal Nord ausgeschlossen wurde. Zwei Jahre lang führte er mit der von ihm gegründeten, bedeutungslosen FAN ein Schattenspiel. In dieser Zeit wurden für ihn in Südfrankreich tschadische Soldaten ausgebildet (seit Mai 1975). Die FAN zählte schließlich 1 000 Mann und wurde zusammen mit 2.500 Mann französischen Interventionstruppen und der Regierungarmee zur Stütze des Malloum-Regimes 1978 eingesetzt. Im August kam es zu einer spektakulären Versöhnung zwischen Malloum und dem von den Franzosen aufgebauten „Frontal-Führer“ Habré.

Im Februar 1979 hatte Habré seine militärischen Machtpositionen mit französischer Unterstützung soweit ausgebaut, daß er Malloum verdrängen konnte. Ouéddei, der sich inzwischen von Libyen abgesagt hatte, das der Frontal während langer Jahre massive Unterstützung gewährt hatte, griff auf seinen Habré ein. Im Alleingang bildeten beide die „Provisorische Regierung der Nationalen Einheit“ (GUNT), an der schließlich auf französischen Druck hin elf verschiedene Fraktionen beteiligt wurden, u.a. Khamouge als Vizepräsident, der die Reste der Malloum-Truppen und -Gendarmerie in der PAT vereingliederte.

Schon 1980 brachen Machtkämpfe zwischen Habré und Goukouni aus. Frankreich zog seine Truppen zurück. Ende 1980 wurden die Kämpfe durch libysche Truppen zugunsten Goukounis entschieden. Libysche Truppen blieben im Tschad stationiert. Anfang 1981 setzte eine massive imperialistische Kampagne gegen die libysche „Einverleibung“ des Tschad ein. Frankreich bereitete sich auf eine Intervention vor.

Mit dem Amtsantritt Mitterands im Mai 1981 schenkte sich die französische Haltung gegenüber dem Tschad zu verändern. Inzwischen wurde die GUNT unter Goukouni anerkannt (der sich schon immer lieber auf französische als auf libysche Truppen stützte), falls der Abzug der libyschen Truppen zugestimmt würde. Unterdessen versuchte Habré, der sich im Sudan und im Osten des Tschad aufhielt, mit militärischer Unterstützung Sudans und Ägyptens (also indirekt mit Unterstützung der USA), das Goukouni-Regime zu destabilisieren. Goukouni forderte — nur auf Garantie-Erklärungen Frankreichs hin — Ende Oktober 1981 den Abzug der libyschen Truppen. Die Truppe der OAU (Organisation Afrikanischer Staaten), die einen erneuten Ausbruch des Bürgerkrieges verhindern sollte, war noch nicht im Tschad eingetroffen, als der letzte libysche Soldat abgezogen war. Die ersten Kontingente der OAU-Truppe kamen ausgerechnet aus Zaire.

Der Bürgerkriegs-Verdacht, der war noch nicht im Tschad eingetroffen, als der letzte libysche Soldat abgezogen war. Die ersten Kontingente der OAU-Truppe kamen ausgerechnet aus Zaire. Von vornherein behielt sich die OAU-Truppe vor, ihre Einsatzorte im Tschad selbst zu bestimmen. Sie ließ Habré praktisch ungehindert vormalisieren, ebenso wie FAC und PAT, die sich aus den Kämpfen herausziehen (s.o.) (24). Daß die USA in Habré den geeigneten Mann sehen, Tschad unter ihre Kontrolle zu bringen, liegt auf der Hand. Hatte er doch bisher noch keinerlei Anfeindungen dem libyschen Revolutionsführer Ghaddafi gegenüber gezeigt wie etwa Goukouni, selbst wenn es um den Erhalt der eigenen Macht ging.

nis wurden mit der Entsendung zairischer Truppen geschickt provoziert. Die Operation Manta I konnte anlaufen, der Vorwand war da, die „äußere Aggression“, die ja wohl den Unterschied zwischen Interventionen einer „bürgerlichen“ und einer „sozialisti-



Habré



Ouéddei

schen“ französischen Regierung auszu-machen scheint. Dies jedenfalls wurde in dem Interview Mitterands mit der „Le Monde“ am 26.8. deutlich. Selbst der liberale „Le Monde“ ging der Einsatz der französischen Armee im Tschad zu langsam. Die „Liberation“, die sich ansonsten gegen eine Intervention unter Einsatz der französischen Luftwaffe forderte mit der Begründung, der Tschad-Konflikt sei ein Teil der Ost-West-Auseinandersetzung (27).

Die Kommunistische Partei Frankreichs, immerhin in der Regierung, wenn auch mit sehr geringem Einfluß, mochte nur Vorbehalte äußern.

In einem Artikel, der sich auf das Mitterand-Interview in „Le Monde“ bezieht, schreibt Pierre Juquin, Mitglied des Politbüros der KPF: „Es besteht Unruhe über die Risiken des militärischen Engagements. Trotzdem würden die französischen Anstrengungen unterstützt, um, mit den Worten Mitterands, die Einheit, die Souveränität und die Unabhängigkeit des Tschad, den Abzug der fremden Truppen, einen Nichtangriffspakt zwischen den Ländern der Region und die Befragung der tschadischen Bevölkerung über die diplomatischen Abkommen“ zu erreichen (28).

Das Militärhilfsabkommen 1976, auf das sich Frankreich bei seiner Intervention beruft, regelt die logistische Unterstützung Tschads durch Frankreich im Falle einer äußeren Aggression. Allerdings läßt schon der Wortlaut des Abkommens viele Interpretationen zu. Die französischen Militärs dürfen die tschadische Armee zwar nur instruieren und organisieren und sich auf keinen Fall an direkten militärischen Aktionen beteiligen. Sie sind allerdings dem tschadischen Oberkommando unterstellt und können auf dessen Wunsch tschadische Uniformen tragen (29). Außenminister Chevasson hatte schon Anfang Juli betont, daß man sich bei fremder Aggression kaum auf den bloßen Buchstaben des Abkommens von 1976 beschränken könne. Inzwischen hat Frankreich 6.000 libysche Soldaten im Tschad ausgemacht, während amerikanische Quellen noch immer 2.000 angeben (30). Es wird nicht mehr, wie zu Beginn der Truppenentsendungen, von einer

kommandierenden des größten französischen Stützpunktes in Afrika, Djibouti, schließlich, etwa von 1980 bis 82 technischer Militärberater des zairischen Präsidenten Mobutu (31). Wer sollte da noch an der guten Koordination französischer und zairischer Truppen zweifeln?

Der französische Kriegsminister Hernu ist inzwischen von einer Inspektionsreise im Tschad zurückgekehrt. Das Ergebnis: noch mehr Kriegsmaterial in den Tschad, Urlaubssperre für sämtliche Einheiten der Fremdenlegion, Verstärkung der Luftwaffe in den angrenzenden Staaten (32). Bedenkt man, daß die tschadische Regierungstruppen höchstens 5.000 Mann umfassen, so übertreffen die Interventionstruppen nach offiziellen Angaben längst diese Anzahl. Es handelt sich außerdem durchweg um Elitetruppen. Ziel eines solchen Truppeneinsatzes, ausgerüstet mit modernstem Gerät, können wohl kaum nur Goukounis Truppen sein. Immerhin fiel französischen Journalisten beim Klagen über die verhängte Nachrichtensperre ein Stichwort ein: Malwina.

#### Nachkommission

#### Anmerkungen:

- (1) „Liberation“, 4.7.83, nach taz, 7.7.83
- (2) „Süddeutsche Zeitung“/SZ, 3.11.82
- (3) Goukouni Ouéddei, heute Stammesführer der Tubu im Norden des Tschad, hatte sich nach der Gründung der Frontal-Nord angeschlossen. Die Frontal entstand 1986 aus der „Front de libération du Tschad“ und aus der linken Opposition der Regierungspartei Tombalbaye, besaß also durchaus Kader aus dem Süden. Durch Anschluß verschiedener traditioneller Stammesführer wurden die Ziele der Frontal schnell verwaschelt und Spaltungen vorbereitet. Ziele waren einmal: Sturz des Marionetten-Regimes Tombalbayes, Beseitigung der ausländischen Stützpunkte, Einsetzung einer demokratischen Volksregierung, Agrarreform, Beseitigung des wirtschaftlichen Monopols der imperialistischen Staaten. Besonders Unwesen trieb der französische Agent Missène Habré innerhalb der Frontal. Er schloß sich 1971 im Norden der von Goukouni geführten Frontal-Nord (2. Armee) an, später FAP „Forces Armées Populaires“, heute Teil der ALN.
- (4) GUNT (Gouvernement d'Union Nationale de Transition). Zu dieser Zeit (Sieg Habrés) bestand sie aus drei Hauptströmungen: FAP (Goukouni), FAC (Acry), FAT (Khamouge). Insgesamt aus zehn Fraktionen. Gegründet worden war die GUNT in Abkündigung des Malloum-Regimes im April 1979 im Alleingang Habrés und Goukounis. Später mußten auf Drängen der afrikanischen Staaten (Tschad-Konferenzen in Nigeria) und Frankreichs alle als wichtige Fraktionen aufgenommen werden, einschließlich des mächtigen Mannes im Süden, Khamouge (Nov. 79).
- (5) FAC, Aktionsfront mehrerer Frontal-Abspaltungen, früher Frontal-Qt, -1. Armee, Volcan-Armee. Noch heute wichtigster Teil, zu dem auch Frankreich Kontakt hat, ist der CDR („Conseil Démocratique Révolutionnaire“).
- (6) FAT, spielte erst seit den Machtkämpfen zwischen Malloum und Habré eine Rolle (Febr. 79). Besteht aus Re-

sten der Armee- und Gendarmerietruppen Malloums, wird von Khamouge angeführt. 1979 Teilnahme an der GUNT. Bei den Kämpfen zwischen Habré und Goukouni 1982 machte sich die FAT nicht ein, versuchte den Süden unter libyschen Einfluß zu bekommen. Nach Sieg Habrés über die FAT wieder Zusammenarbeit mit Goukouni in der ALN.

- (7) Antimperialistisches Informations-Bulletin, 6/82
- (8) SZ, 25./26.8.83
- (9) Der Aouzoustreifen an der Grenze zu Libyen, etwa 100 km breit, wurde von Libyen besetzt, entsprechend einem Abkommen zwischen dem Tombalbaye-Regime und Libyen, das sich wiederum auf ein nicht ratifiziertes Abkommen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten Frankreich und

- (13) NZZ, 9.7.83, taz, 7.7.83
- (14) SZ, 10.8.83
- (15) NZZ, 7.8.83
- (16) „Frankfurter Rundschau“/FR, 13.8.83
- (17) NZZ, 10.8.83
- (18) NZZ, 11.8.83
- (19) NZZ, 9.7.83; FR, 11.8.83; Klaus Zimmer, West- und Zentralafrika, Grundstrukturen und länderspezifische Problemstellungen, in: Handbuch Dritte Welt I, Band 4
- (20) LM, 8.8.83
- (21) „Arbeiterkampf“ 232, 8. 18/19
- (22) taz, 8.7.83
- (23) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 28.8.83
- (24) vgl. „Arbeiterkampf“ 213, 105, 175, 197, 153; Reinhold Meyer, Tschad, Handbuch Dritte Welt, Band 4
- (25) FR, 25.8.83
- (26) NZZ, 20.8.83
- (27) NZZ, 14./16.8.83
- (28) LM, 31.8.83
- (29) LM, 28.8.83; NZZ, 9.7.83
- (30) NZZ, 19.8.83
- (31) LM, 20.8.83
- (32) NZZ, 31.8.83



Dessin de PESSIN.

- Italien aus dem Jahre 1935 beruft. Uran-Vorkommen.
- (10) SZ, 4.6.83
  - (11) „Neue Zürcher Zeitung“/NZZ, 9.7.83
  - (12) SZ, 4.7.83 und „Le Monde“/LM, 25.8.83



(Dessin de PLANTU)

## Y. Montand, A. Glucksmann Neue Philosophen — neue Kolonialisten

Vom neuen Militaristen André Glucksmann ist mensch allerlei gewohnt. Sein letzter Vorstoß, gemeinsam mit Yves Montand, gegen das Goulag-System ist bislang unübertroffen.

„Die Zeiten haben sich geändert, die Konfrontation ist eine andere, und die französische Regierung verdient die Unterstützung aller“, so die beiden in einer „freien Tribüne“ in „Liberation“ (12.8.83).

„Afrika, die Afrikaner und den Frieden lieben: das heißt, sich auf ihre Seite gegen die Diktatur zu schlagen“ in deklamatorischer Empathie.

Ganz abgesehen davon: wenn im Tschad nicht klar gehandelt bzw. geschossen wird, wie soll dann die französische Kritik an der US-Mittelamerika-Politik glaubwürdig bleiben? (Die Frage stellen die beiden Autoren, nicht der AK).

Aber kommen wir zur Hauptfrage. Nämlich, weshalb ist dieser Krieg heilig?

„Hinter der libyschen Invasion manifestiert sich die sowjetische Präsenz. Wie jeder weiß, war das schon in Angola, Mozambique, Äthiopien etc... der Fall.“

Diese lokalen Kriege sprengen schnell ihre geographischen Grenzen, sie werden zu Ost-West-Auseinandersetzungen. Wären wir uns nicht in Frieden, nur weil es weit weg passiert? Diese exotischen Auseinandersetzungen kündigen andere und mörderischere an. Mit der Tschad-Invasion bedroht Ghaddafi das Terrain der Demokratie, das schon schmal genug ist“, mahnen die Autoren.

Gewiß ist es etwas blöde, wenn die französische Luftwaffe sich libyschen Mirage-Maschinen im Tschad konfrontiert sieht. Das ist so eine der Widersprüchlichkeiten der Friedenspolitik der Mitterand-Regierung, die es nun aufzuheben gilt. Gewissensbisse, wegen früherer Kolonialexpeditionen der französischen Armee, gehören in die Mollenkiste. Unter Mitterand haben die Fall schirmjäger die edle Aufgabe, „den armen Ländern zur Unabhängigkeit und Demokratie zu verhelfen“.

Das weiß doch jeder. Vor allem, jeder Afrikaner.

„Eine bewaffnete Intervention Frankreichs muß als Ziel den Sieg der Völker haben, die es unterstützt.“ „Frankreich hat diese Intervention nicht gewünscht und auch nicht provoziert — man verhandelt aber nicht mit einem Ghaddafi, als ob er ein Repräsentant des internationalen Humanismus sei“ (wie es Mitterands Rüstungsfanaliker sind?).

Frankreich-Kommission

#### Operation Manta I und II

Frankreich hat inzwischen selbst massiv im Tschad interveniert. Man mag darüber streiten, inwieweit die USA nun tatsächlich Druck auf Frankreich ausgeübt haben, damit es interveniert. Deutlich geworden ist allerdings, daß Frankreich sich weitgehend der Strategie der USA unterordnen muß. Absprachen, selbst bei der „umstrittenen“ Entsendung der beiden AWACS-Flugzeuge zusammen mit F-15-Kampfflugzeugen in den Sudan, hat es gegeben. Kein geringerer als der ehemalige stellvertretende CIA-Chef und jetzige Sonderbotschafter Reagan, Vernon Walters, besuchte Mitterand vorher für ein Wochenende in dessen Landhaus, und zwar am 5./6.8.83 (25), nur wenige Tage vor dem Beginn der Operation Manta I am 10.8. Auf Anregung aus Paris sollen die USA darüber hinaus „Redeye“-Raketen an den Tschad geliefert haben, da Frankreich mit vergleichbaren Waffen nicht dienen kann (26).

Schon lange vor der direkten Intervention hatte Mitterand Habré unbegrenzte Unterstützung zugesagt und direkten Flugreifen für den Fall einer libyschen Intervention angekündigt. Libysche Hilfe für die Truppen Goukou-

#### Fragen — Antworten

Als Frankreich im Oktober 1979 im Tschad intervenierte, sollte ein gewisser Francois Mitterand, Abgeordneter, dem Regierungssprecher Léo Hamon folgende Fragen:

„Was bekämpft Frankreich im Tschad? Kämpft es gegen eine ausländische Aggression? Von Sudan? Niemand unterstützt es. Von Libyen? Wenn die Regierung das denken würde, wie würde sie ihre Waffenverkäufe an dieses Land rechtfertigen? Wenn es sich um eine rein innere Angelegenheit handelt, ist das Abkommen von 1960 nicht anwendbar. ... Warum kämpft Frankreich im Tschad? Um von Ländern dieser Region, strategisches Interesse, Solidarität mit den afrikanischen Regierungen? ... Welches ist die zeitliche Begrenzung?“ (entnommen dem Buch „Der Kolonialkrieg im Tschad“ von Verhees und Bloch).

Offenbar hat Mitterand 11 Jahre danach Antworten auf seine Fragen gefunden.

(Übersetzt aus „l'Unité ouvrière“, 20.8.83)



# Der Weg der USA aus der Krise

## Hochzinspolitik und Dollarkurs

Die Weltwirtschaftskrise hält mittlerweile schon seit mehreren Jahren an und keinerlei Aufschwungstendenz ist sichtbar. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Situation der imperialistischen Staaten stagniert, die der abhängigen Staaten verschlechtert sich ständig. Allein 35 Millionen Arbeitslose in den imperialistischen Ländern selbst, eine Gesamtverschuldung der abhängigen Länder von insgesamt 700 Mrd. \$ (1), Umschuldungsverhandlungen, Moratorien und immer neue Abwertungen der Währungen der abhängigen Länder und in geringerem Maße auch einiger imperialistischer Länder wie Frankreich zeigen die Schärfe der Krise. Seit 1980 schrumpft der Welthandel zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg und die Preise für Rohstoffe sind auf den niedrigsten Stand seit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren. Vor allem die abhängigen Länder stecken in der Zwangslage hoher Verschuldung, die mit gesteigerten Exporten abgezahlt werden sollte. Aufgrund der Krise wird dieses zunehmend unmöglich. Die Banken vergeben keine neuen Kredite mehr an die abhängigen Länder, sondern hängen sich nur noch durch akrobatische Umschuldungsverhandlungen.

Und doch gibt es offensichtlich auch Nutznießer der Krise. Der Dollarkurs erreichte in den letzten Tagen einen Stand wie vor 10 Jahren. Die Geschäftsbank der Großbanken in den imperialistischen Staaten verzeichnen allesamt Rekordgewinne und einige Multinationale Konzerne schwellen durch Fusionen und Aufkäufe enorm an.

### Die Krise in den imperialistischen Staaten

Es ist offensichtlich, daß die aktuelle Krise in den imperialistischen Ländern ihren wesentlichen Grund in der Überakkumulation des Kapitals hat. Kaum eine Branche, die nicht mit „Strukturproblemen“ zu kämpfen hat, was unter anderem heißt, daß Überkapazitäten abgebaut werden sollen. Gleichzeitig verunsichert die Krise einen gewaltigen Rationalisierungsschub, besonders durch den Einsatz elektronischer Datenverarbeitung. Dies konnte zwar in einigen Branchen produktionsneutral gesehen, doch ist in vielen Branchen auch das Beibehalten des aktuellen Produktionsniveaus nicht mehr profitabel. Ein klassischer Weg, diesem Dilemma zu entgehen, ist der Export und die Produktion im Ausland im Kampf um die Weltmärkte. Praktisch alle imperialistischen Staaten steigerten in der Krise Mitte der sechziger Jahre und in den letzten zwei Jahren die Exporte im Verhältnis zu ihrem Bruttoinlandsprodukt (2). Ebenso stieg der Anteil der Profite aus dem Ausland. Die amerikanischen Großbanken liegen hierbei weit

voran. Sie vergeben „erste Adressen“ Kredite vergeben, deren Rückzahlung sie sich sicher sein konnten. Der Effekt war aber eine erste sprunghafte Erhöhung der Bankzinsen. Der Präsident von Seagram, der selbst eine Fusion von 7,3 Mrd. in die Wege leitete, erklärte dies in der Weise, daß er dessen staatliche Unterstützung folgendermaßen: „Bei den jüngsten Aufkäufen, deren Zeuge wir sind und die sich noch fortsetzen werden, wurden Milliarden Dollar bei den Banken kurzfristig ausgeliehen, um die Übernahme einer Gesellschaft durch eine andere zu finanzieren. Während eine große Zahl von potentiellen Darlehensnehmern sich um Kredite bewirbt, steigt der Zins. Dieses passiert, während die Bundesbank feststellt, daß die Inflation ein schlimmeres Übel als die Rezession sei und sich (4) Das bedeutet, daß die Banken mit staatlicher Unterstützung dafür sorgen konnten, daß ihr ausgeleihen Geld nicht an Wert verlor, und sie die statischen Zinsen voll einschießen konnten und können. Durch diesen Mechanismus wird das Bankkapital zum Nutznießer der in der Krise sprunghaft steigenden Monopolisierung.

dingeschäft zu verzeichnen hatten. Daher wird mit hohen Zinsen ausländisches Kapital in die USA gezogen. Wer heute einen amerikanischen Bundeszuschuß erwirbt, kann mit 12% Zinsen an der Wirtstellung der Pehring und Cruise missen mitverdienen. Ebenso wird natürlich über den Hochzins die Ausbeutung der Dritten Welt in Form der Verschuldung drastisch gesteigert. M. Feldstein, einer der ökonomischen Berater der Reagan-Administration, schätzt für 1983 den Zustrom ausländischen Kapitals auf ca. 1% des Bruttoinlandsproduktes (25 Mrd. \$), was eine äußerst bedeutende Summe ist verglichen mit der nationalen Sparquote von 2% (7). Die Hochzinspolitik zieht eine enorme Aufwertung des Dollars nach sich, die in den letzten Wochen ihre bisher größten Blüten trüb. Dieser Dollarkurs bewirkt binnenwirtschaftlich eine Erhöhung der Importe, da diese billiger werden und damit eine weitere Welle von Konkursen und Zusammenbrüchen amerikanischer kleiner und mittlerer Firmen, die sich gegen die ausländischen Waren nicht behaupten können. Diesem wiederum die Arbeitslosigkeit weiter steigen lassen. Beide Effekte werden von der Reagan-Regierung bewußt in Kauf genommen (7) und der Direktor des GATT (Organisation der UNO für Zoll und Handelsfragen) äußert dies in der zynische Formel: „Die Arbeitslosigkeit ist, so könnte man sagen, der Preis, den wir für die Freiheit zahlen und für den Fortschritt, der die Freiheit ermöglicht“ (3). Dies auf dem Hintergrund von 12 Millionen Arbeitslosen in den USA!

Außenpolitisch bedeutet der hohe Dollarkurs verbunden mit der Hochzinspolitik eine Verteuerung der Importe der anderen Länder, die in Dollar abgewertet werden. Dies betrifft z.B. den gesamten Ölhandel. Vor allem wird aber zusätzlich die Schuldenlast der vom Imperialismus abhängigen Länder erhöht. Insofern dient diese Wirtschaftspolitik in vieler Hinsicht dem Ziel der USA, in der Krise einen Weg zu finden, wieder die absolute Vormachtstellung gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten zu erreichen, die sie direkt nach dem 2. Weltkrieg hatte und zugleich zu einem entscheidenden militärischen Schlag gegen die UdSSR auszuholen zu können.

Da trotz aller Bereuerungen auf Gipfeltreffen wie in Williamsburg die USA keineswegs von diesem Wirtschaftskurs abgehen, mehr sich die Kritik der EG. Doch auch die einhelligen Proteste der Bundesregierung und der SPD können nichts daran ändern, daß das Kapital immer dahin fließt, wo der größte Profit winkt.

### Die Auswirkungen auf die Länder der „3. Welt“

Die Weltwirtschaftskrise macht sich in den abhängigen Ländern vor allem in dem Rückgang der Exporterlöse bemerkbar, der sowohl durch den Verfall der Preise als auch durch verringerte Nachfrage verursacht wird. Hinzu kommt eine protektionistische Politik, die die imperialistischen Länder seit jeher verfolgen, die aber in der Krise drastisch zugenommen hat, wie sich auch an den Auseinandersetzungen zwischen USA und der EG in Bezug auf den Agrarmarkt gezeigt hat. Wie schon erwähnt, sind die Rohstoffpreise die niedrigsten seit der Weltwirtschaftskrise 1929, und auch das einzige bisher wirksame Rohstoffkartell in abhängigen Ländern, die OPEC, ist stark geschwächt. Am deutlichsten ist dies an ihren Einnahmen zu erkennen. Sie fielen von 102 Mrd. \$ für im Jahr 1980 auf ganze 12 Mrd. \$ für 1982! (8)

Es herrscht ein unerklärter Krieg der imperialistischen Staaten auf dem Gebiet der Rohstoffe. Entsprechend konnte auch als Ergebnis der Welthandelskonferenz UNCTAD in Belgrad nur beschriebenes Papier vorgelesen werden. Während die EG und Japan noch wohlklingende Worte von notwendiger Partnerschaft verloren, machten die Vertreter der USA während der ganzen Konferenz deutlich, daß sie noch nicht einmal zum Verhandeln gekommen waren, sondern nur um die Positionen vorzutragen.

Der Preisverfall der Rohstoffe geht einher mit einem kontinuierlichen Anstieg der Preise für Industrieprodukte. Dadurch verschlechtert sich für die abhängigen Staaten die sogenannte „terms of trade“ erheblich. Da bis zum heutigen Tage die Preise für alle metallischen und nicht-metallischen Rohstoffe an den Börsen in London, New York usw. festgesetzt werden, treten die rohstoffproduzierenden Länder

auch bei teilweise oder ganz nationalisierter Produktion als Konkurrenten auf diesen Börsen auf, die gegeneinander ausgespielt werden können. Bei Überangebot oder mangelnder Nachfrage kommt es daher in Krisen zu drastischen Preisverbrüchen. Da die industriellen Oiler zum überwiegenden Teil in Bezug auf Herstellung und Vertrieb in der Hand der multinationalen Konzerne sind, können dagegen auch in Krisenzeiten hohe Monopolpreise aufrechterhalten werden.

Vom Preisverfall sind aktuell praktisch alle Rohstoffe betroffen. Beispielsweise ging der Preis für Zucker von Oktober 1980 bis Ende 1982 von 40 auf 6 Cent pro Pfund zurück (9). Kupfer fiel von Februar 1980 bis Juni 1982 von 140 auf 54 Cent. Ähnliches gilt für Kakao, Mais, Soja und Kaffee. Halten konnten sich praktisch nur die Preise für Wolle und Zinn. Sogar die US-Landwirtschaft ist durch den Preisverfall des Soja- und Weizenpreises in starke Bedrängnis geraten.

Solche Preisstürze haben für abhängige Länder, die entweder als Erbe des Kolonialismus oder späterer Einwirkungen des Imperialismus vom Export eines oder weniger Rohstoffe abhängig sind, katastrophale Folgen. Dieses trifft sogar solche sogenannten Schwellenländer wie Brasilien, das stark vom Export von Kaffee, Soja, Zucker und Kakao abhängig ist. Besonders betroffen sind von dieser Situation auch die Elfenbeinküste, die im wesentlichen Kaffee, Kakao und Zucker exportiert, Malaysia mit Zinn, Kautschuk und Palmöl, Sambia und Chile mit Kupfer, Zaire mit Kupfer und Koba sowie Kolumbien mit Kaffee und Ghana mit Kakao.

Die aktuelle Krise ist derartig, daß einige Rohstoffkonzerne teilweise unter die Kontrolle der Ölkonzerne gerieten. Für den Bereich der Aluminiumherstellung betrifft dieses Kennecott, La Nickel und Anaconda (10).

Um Preischwankungen zu entgehen, werden schon seit Anfang des Jahrhunderts Diskussionen um Fonds für bestimmte Rohstoffe geführt, die eine gewisse Pufferfunktion ausüben sollen. Ermuntert durch die Existenz der OPEC wurden in den sechziger und siebziger Jahren zusätzlich verschiedene Zusammenschlüsse versucht, die den produzierenden Ländern Rückhalt geben sollten. Die bekanntesten Beispiele sind die „Gruppe von Bogota“ für Kaffee, die CIPEC, ein Zusammenschluß Kupfer exportierender Staaten und die Förderstaaten von Zinn unter der Führung von Malaysia. All diese Bemühungen sind erfolglos geblieben.

Auch die im Rahmen der UNCTAD in Kairo, die CIREX, ein Zusammenschluß Kupfer exportierender Staaten und die Förderstaaten von Zinn unter der Führung von Malaysia. All diese Bemühungen sind erfolglos geblieben.

Auch die im Rahmen der UNCTAD geschlossenen Rohstoffabkommen blieben bisher ineffektiv. Das Kautschukabkommen wurde beispielsweise 1979 geschlossen und sieht ein Ausgleichsager von 400.000 Tonnen vor, das zur Stützung der Preise erfüllt werden kann. Doch konnte das Abkommen nicht verhindern, daß Anfang dieses Jahres die Preise auf den niedrigsten Stand seit 1981 fielen. Auch das Kaffeeabkommen, das seit 1976 besteht, hat nicht verhindern können, daß seit 1982 der Mindestpreis unterschritten wurde. Gleiches trifft auch auf das Kakaoabkommen zu, das seit 1980 in Kraft ist und zu keinem Zeitpunkt die Mindestpreise halten konnte. Erwerber kommt hier hinzu, daß das wichtigste Erzeugerland, die Elfenbeinküste und das größte Verbraucherland, die USA, dem Abkommen gar nicht beigetreten sind (11).

Das Zinnabkommen von 1977 wurde von der EG zunächst gemacht. Zwischen dem Zucker aus Rohr und aus Rüben besteht seit Jahren ein harter Konkurrenzkampf. Rübenzucker wird vor allem in der EG und den USA

angebaut, Rohzucker in den abhängigen Ländern. Gegen Rohzucker in den abhängigen Ländern. Gegen Rohzucker hat die EG hohe Zölle, subventioniert aber die eigene Rübenproduktion mit fast 2 Mrd. DM, um sie konkurrenzfähig auf den Weltmarkt bringen zu können. Dies ist der entscheidende Grund, warum bei nagelndem Verbrauch der Weltmarktpreise seit 1982 in den Keller gedrückt ist (12).

Auch das Zinnabkommen, erst seit Juli 1982 in Kraft, ist bisher völlig wirkungslos. Der Zinnpreis konnte bisher nicht über dem Mindestpreis gehalten werden. Dies liegt vor allem daran, daß bei Preissteigerungen die USA als ihrem strategischen Vorratsspeicher Zinn auf den Markt warfen und den Preis erfolgreich drückten. Die USA als bedeutendster Zinnverbraucher sind dem Abkommen natürlich nicht beigetreten (11).

Ein Weg, der wachsenden Preisschere zwischen Rohstoffen und Industrieprodukten zu entgehen, wäre die Weiterverarbeitung im eigenen Lande. Doch auf den Reden Konferenz über den nötigen Freihandel, schützen sich die imperialistischen Länder durch gestaffelte Zölle, die die Einfuhr von Fertigwaren und Zwischenprodukten. In der EG z.B. liegen die Zölle für Kakao von 3%, für Kakao-Pulver bei 34% und für Schokolade bei 12%. Zudem ist der Handel mit Rohstoffen fast in imperialistischer Hand. Beispielsweise teilen sich über die Hälfte des Weltschokoladenhandels drei britische und drei US-Firmen (12).

Ein gemeinsamer Rohstofffond, der 1942 schon von Keynes angeregt wurde, konnte ab Juni 1980 ratifiziert werden. Da aber vor allem die USA ihre Absicht erklärt haben, nicht beizutreten, wird er wirkungslos bleiben.

Es bleibt in der Krise vor allem für die abhängigen Länder eine äußerst düstere Perspektive. Die hohe Verschuldung, die mit Exporten finanziert werden sollte, wird immer drückender, da Exporte kaum noch Erlöse bringen. Der Verlust ihrer Erlöse aus Exporten führte in den abhängigen Ländern zu einem drastischen Rückgang der Importe. 1981 gingen noch ca. 20% der Exporte aus imperialistischen Ländern in abhängige Länder (ohne die OPEC-Staaten). Bis Anfang 1982 fiel diese Rate auf ca. 13% (8). Diese Entwicklung verleiht zweifelslos die Krise in den imperialistischen Staaten noch mehr, da sich deren Exporte verringern.

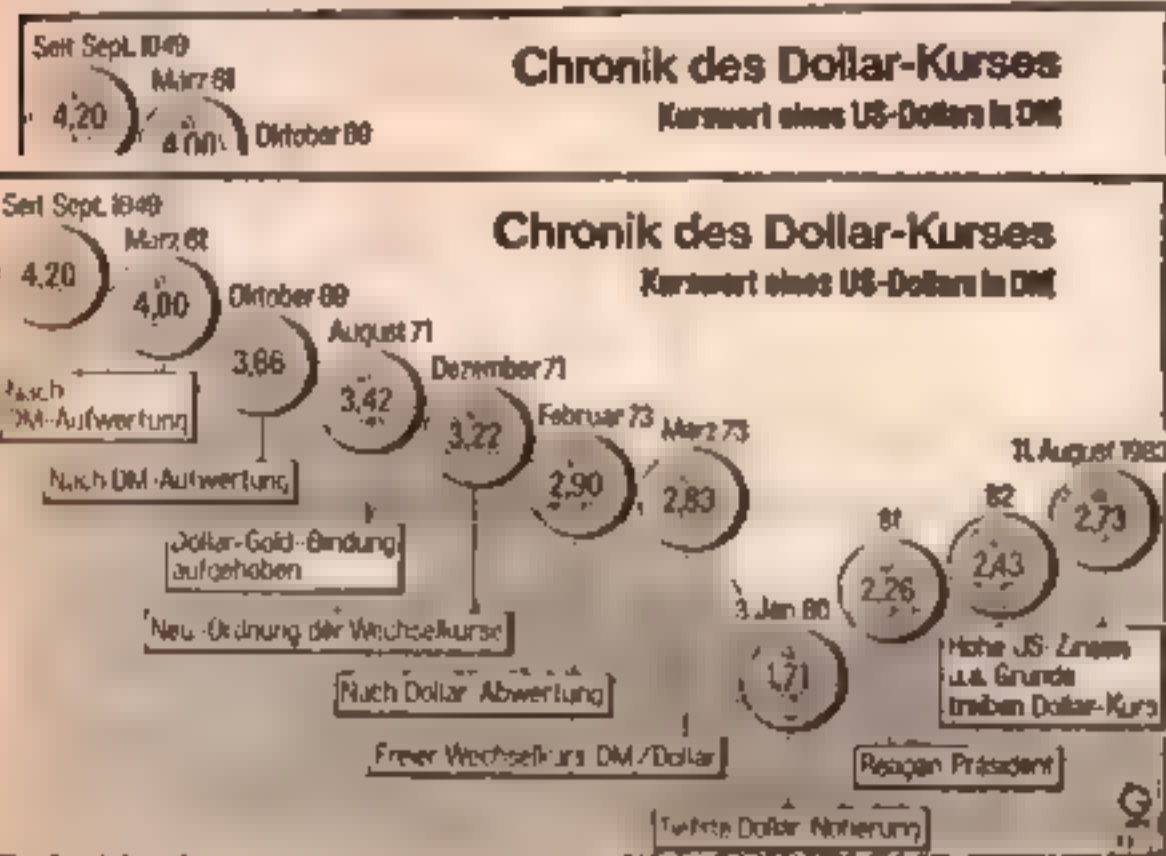
Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die USA versuchen, auf Kosten ihrer imperialistischen Konkurrenten und der abhängigen Länder, die Krise zu überwinden. Hierbei hat sich innerhalb der USA das Finanzkapital mit einer brutalen Politik durchsetzen können, die gleichzeitig im Inneren auf Verelendung und Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern und Bauern setzt und außenpolitisch die eigene Aufrüstung durch die imperialistischen Konkurrenten finanzieren läßt, was diese gleichzeitig schwächen soll.

Die aktuelle US-Politik setzt gleichmaßen auf Sieg im wirtschaftlichen wie militärischen Bereich. Das Bankkapital und auch hier vor allem das US-Kapital, das heute durch Hochzinspolitik und dadurch überhöhtem Dollarkurs die Ausbeutung der abhängigen Länder schlagartig gesteigert hat, wird in den nächsten Jahren in der Sackgasse der Unmöglichkeit der Rückzahlung dieser Schulden aufgrund fehlender Exporterlöse stecken. Doch wäre dieses erstens nichts Neues für den Imperialismus — auch 1929 erklärten sich zahlreiche Länder für zahlungsunfähig (6) — zweitens wird schlicht nach der Devise weiterzufahren wie vor irgend möglich. Behor sind jedenfalls die Großbanken die unbestreitbaren Gewinner der Krise.

Die aktuelle US-Politik setzt gleichmaßen auf Sieg im wirtschaftlichen wie militärischen Bereich. Das Bankkapital und auch hier vor allem das US-Kapital, das heute durch Hochzinspolitik und dadurch überhöhtem Dollarkurs die Ausbeutung der abhängigen Länder schlagartig gesteigert hat, wird in den nächsten Jahren in der Sackgasse der Unmöglichkeit der Rückzahlung dieser Schulden aufgrund fehlender Exporterlöse stecken. Doch wäre dieses erstens nichts Neues für den Imperialismus — auch 1929 erklärten sich zahlreiche Länder für zahlungsunfähig (6) — zweitens wird schlicht nach der Devise weiterzufahren wie vor irgend möglich. Behor sind jedenfalls die Großbanken die unbestreitbaren Gewinner der Krise.

- Anmerkungen**
- Weltbankreport Cienven in einer Rede am 24.2.83 in Harvard, USA
  - Vereinigung der Schweizer Banken, Talsachen und Trends, September 1981
  - Trade and Development, UNCTAD, Genf, 1982
  - New York Times, 29.8.82
  - Spiegel, 20.8.82
  - 8 Vorge A. gewählte Schriften, Bd. 2
  - Le Monde O. Economique (LMD), Juli 83
  - LMD, Juni 83
  - LMD, Mai 83
  - LMD, Mai 83
  - FAZ, 8.8.83
  - FAZ, 11.8.83
  - Schwedische Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung, 1980

Imperialismus-Kommission

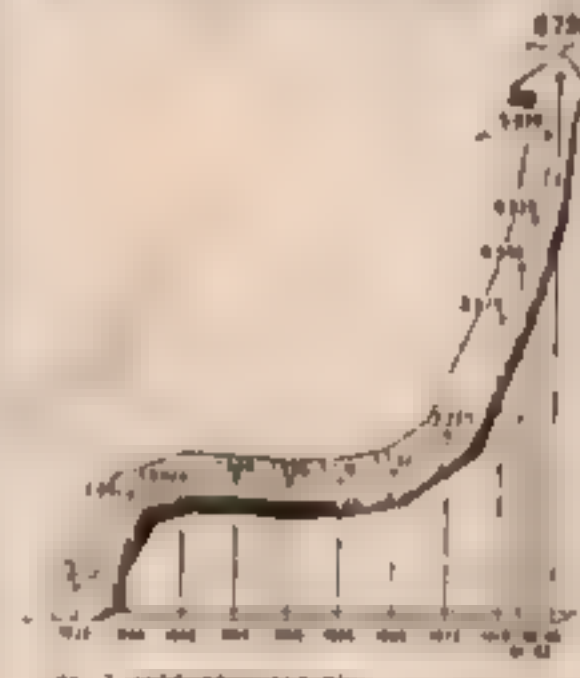


an der Spitze. 1981 veröffentlichten Citicorp, Chase Manhattan und Morgan Gren eine von 18, 11 und 7 Milliarden US-\$, die zu 62, 65 und 63% im Ausland erzielt wurden. Für die vierzehn größten Bankinstitute der USA beläuft sich der Anteil von Profiten aus dem Ausland auf durchschnittlich 34% (3). Bei den amerikanischen Großkonzernen sieht es nicht viel anders aus. Die Ölkonzerne liegen deutlich an der Spitze mit 84%, Atlantic Richfield und z.B. Exxon mit 70%. Bei PanAm sind es 70, bei IBM 45, bei Dow Chemicals 48, bei Ford 41 und bei Coca Cola 39%. Die Liste ließe sich noch beliebig fortführen, aber es finden sich bei den Großkonzernen kaum Anteile unter 40% (3).

Ein anders wesentliches Element der Krise ist die sprunghafte Zunahme der Fusionen und Aufkäufe, die vor allem in den USA den Monopolisierungsgrad rasant gesteigert hat. Nach einem Bericht der amerikanischen Senatskommission 1972 die Summe der Fusionen und Aufkäufe 45 Mrd. US-\$, bis 1977 schnellte sie auf 6 Mrd. und erreichte 1981 die schwindende Höhe von 82 Mrd. Die Zahl der Kauf von Conoco durch Du Pont betrug 7 Mrd. und war damit ebenso hoch wie die Gesamtsumme von 1977. Diese Orgie des Kannibalismus lief trotz Überkapitalisierung der meisten Großkonzerne einen großen Kreditbedarf hervor. Die Banken

Ein anderes wesentliches Element der Krise zu überwinden, besteht speziell für die USA in der Aufrüstung. Da bis 1987 ca. 1.900 Mrd. \$ für die Kriegsproduktion ausgegeben werden sollen, ist der amerikanische Haushalt rasant in die Miesen gerutscht und wird dies noch auf Jahre bleiben. (5) Der Zweck ist staatlich bewirkter Profit für die Rüstungsindustrie und eine Scheinkonjunktur in den betroffenen Branchen. Das langfristige Ziel ist, mit dieser Hochrüstung einen 3. Weltkrieg führen zu können, der den USA neue Märkte und Profitquellen erschließt.

Bis zu diesem Punkt ergibt sich eine starke Parallele zur Situation der imperialistischen Staaten und vor allem der USA zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929/30. Um dem Verfall der Industrieproduktion entgegenzuwirken, wurde in allen Ländern die Rüstungsproduktion angekurbelt und sich auf einen gewaltigen Ausweg aus der Krise vorbereitend. Dieses ist schon von Beginn des Jahres 1930 nachweisbar (6). Überlicherweise wurden solche Rüstungsanstrengungen mit Kriegsanleihen finanziert, die eine starke Inflation nach sich zogen. Die Finanzierung der Aufrüstung der USA dagegen erfolgt über das Mittel der Hochzinspolitik auf Kosten ihrer imperialistischen Konkurrenten. Wie erwähnt, darf die Inflation nicht ansteigen, da die Banken sonst erhebliche Verluste in ihren Kre-



Die Staatsschulden der USA haben sich in 20 Jahren pro Einwohner vervierfacht.



# 10 Jahre Widerstand Reformistische oder revolutionäre Lösung

**Pinochet hat abgewirtschaftet. Wenn Reagan-Administration, Kanzler Kohl und „FAZ“ ihr Herz für die Menschenrechte in Chile entdecken, wenn große Teile der chilenischen Bourgeoisie ins Lager der Opposition wechseln, dann scheint die Suche nach einem „neuen Modell“ im vollen Gang zu sein.**

Die Alternativen für die Herrschenden sind angesichts der tiefen wirtschaftlichen Krise allerdings begrenzt. Es ist derzeit vor allem die Christdemokratie, die versucht, sich als Alternative aufzubauen. Ökonomisch durch eine Lockerung des Monetarismus, durch eine Belebung des inneren Marktes und etwas mehr Schutz für die einheimische Industrie als Grundlage für einen neuen politischen Konsens der Bourgeoisie. Gleichzeitig profiliert sich die Christdemokratie als Kraft des Widerstandes, um die Massenbewegung zu kontrollieren. Die „gemäßigten“ Parteien der Linken sollen in das Projekt eines demokratischen Übergangs integriert werden, während man die revolutionär orientierten zu isolieren versucht.

Tatsache ist, daß die Christdemokratie (DC) in dem augenblicklichen Aufschwung der Massenbewegung erheblichen Einfluß hat, während die Linke derzeit noch nicht in der Lage ist, ein gemeinsames Konzept anzubieten, das den bürgerlichen Vorstellungen von einer begrenzten demokratischen Öffnung entgegenzusetzen werden könnte.

Dies ist im Grunde nicht überraschend, wenn man bedenkt, daß die bürgerliche Opposition über einen viel größeren legalen und halblegalen Spielraum für ihre Politik verfügt, daß sie landesweite (und internationale) Beachtung in den Medien findet, während die Linkskräfte einer völligen Informationsperre unterworfen sind und verfolgt werden. Außerdem ist es klar, daß große Teile des Volkes nach jahrelanger Unterdrückung mit großen Hoffnungen auf die Vertreter der Bourgeoisie blicken, die einen Regierungswechsel, demokratische Freiheiten und die Lösung der sozialen Probleme versprechen — und dies alles durch politischen Druck, auf einem friedlichen und gewaltfreien Weg.

Es ist nicht die bürgerliche Opposition gewesen, die den Widerstand gegen die Diktatur erfunden hat; den hat

unbewußt, aber doch bewußt, die Arbeiter und die Lösung der sozialen Probleme versprochen — und dies alles durch politischen Druck, auf einem friedlichen und gewaltfreien Weg.

Es ist nicht die bürgerliche Opposition gewesen, die den Widerstand gegen die Diktatur erfunden hat; den hat

es vielmehr vom ersten Tag an aus den Reihen des Volkes unter großen Opfern gegeben. Das Anwachsen der bürgerlichen Opposition hat aber dazu beigetragen, daß jetzt tatsächlich die Massen in die Auseinandersetzung mit der Diktatur eintreten.

Dies sollte man mit Freude zur Kenntnis nehmen und nicht dabei stehenbleiben, die augenblickliche Dominanz der bürgerlichen Opposition zu beklagen. Die wichtige Frage ist, ob es den bürgerlichen Kräften gelingen wird, eine Radikalisierung der Massenbewegung aufzuhalten und sie auf Dauer für ihren Plan einer vorsichtigen demokratischen Öffnung zu gewinnen.

Über diese Frage gehen die Meinungen der chilenischen Linken zur Zeit auseinander. Am entschiedensten vertritt der MIR, daß der Aufschwung der Massenbewegung qualitativ neue Chancen bietet, um durch ein gemeinsames Eingreifen die Schwäche der Linken zu überwinden, das bürgerliche Lager weiter zu destabilisieren und Kräfte zu sammeln für die revolutionäre Alternative gegen die Diktatur, bzw. gegen nachfolgende bürgerliche „Lösungen“. Andere Strömungen der Linken (insbesondere einige Flügel der PS, MAPU) halten dies für eine zu optimistische Einschätzung der Entwicklung der Massenbewegung; sie halten den Dialog und die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kräften für notwendig, um die Ablösung Pinochets zu erreichen und um die Möglichkeiten für legale politische Betätigung nach einem Wechsel zu sichern.

Um diese Konstellation innerhalb der Linken und die Entwicklung ihrer Differenzen verständlicher zu machen, geben wir einen kurzen Rückblick auf die Zusammenarbeit der Linken seit dem Putsch.

## Die Linke seit 1973

1973 gab es noch zu sehen zwei Strömungen: die Parteien der Unidad Popular, angeführt von KP und Sozialistischer Partei (PS) einerseits und dem MIR (weitgehend isoliert) andererseits. Mit dem Putsch war die Politik des friedlichen Übergangs zum Sozialismus gescheitert, die UP, speziell die Kommunistische Partei wollte und konnte diese Erfahrung aber zunächst nicht verarbeiten. Der MIR, der frühzeitig zur bewaffneten Verteidigung der Allende-Regierung aufgerufen hatte, wurde als abenteuerliche Organisation und „trojanisches Pferd der Bourgeoisie“ jahrelang ausgegrenzt und bekämpft. Die KP orientierte auf das Bündnis mit der Christdemokratie, mit den antimonomopolistischen Teilen der Bourgeoisie im Rahmen des antisozialistischen Kampfes. Nicht alle UP-Parteien trugen diese Politik mit, es gab zunehmende Differenzen, die sozialistische Partei zerfiel in verschiedene Flügel.

## Die Linke seit 1973

1973 gab es noch zu sehen zwei Strömungen: die Parteien der Unidad Popular, angeführt von KP und Sozialistischer Partei (PS) einerseits und dem MIR (weitgehend isoliert) andererseits. Mit dem Putsch war die Politik des friedlichen Übergangs zum Sozialismus gescheitert, die UP, speziell die Kommunistische Partei wollte und konnte diese Erfahrung aber zunächst nicht verarbeiten. Der MIR, der frühzeitig zur bewaffneten Verteidigung der Allende-Regierung aufgerufen hatte, wurde als abenteuerliche Organisation und „trojanisches Pferd der Bourgeoisie“ jahrelang ausgegrenzt und bekämpft. Die KP orientierte auf das Bündnis mit der Christdemokratie, mit den antimonomopolistischen Teilen der Bourgeoisie im Rahmen des antisozialistischen Kampfes. Nicht alle UP-Parteien trugen diese Politik mit, es gab zunehmende Differenzen, die sozialistische Partei zerfiel in verschiedene Flügel.

Tatsächlich fand aber in Chile im aktiven Widerstand eine Zusammenarbeit quer durch die Parteien statt, in den Widerstandskomitees, in den illegalen Gewerkschaften, bei Hungerstreiks, in den Organisationen der politischen Gefangenen und verschwundenen Verhafteten. Auch die Kampfform der bewaffneten Propaganda wurde — vom MIR initiiert — von Mitgliedern verschiedener linker Parteien getragen.

Die Hoffnung der KP auf das Bündnis mit der Christdemokratie wurde durch die entschiedene Ablehnung der DC immer wieder zunichte gemacht. Die Verfassung, über die Pinochet 1980 abstimmen ließ, beseitigte die letzten Illusionen darüber, daß eine Legalisierung der Parteien und ein schrittweiser Rückzug des Pinochet Regimes möglich sein könnte.

Und schließlich hat die Entwicklung in Lateinamerika, speziell der Sieg der Sandinisten in Nicaragua 1979, die Prä-

ge des bewaffneten Kampfes und des Volksaufstandes erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Was von Teilen der PS schon vorher anerkannt wurde, wurde 1980 auch von der KP beschlossen, die Anerkennung aller Kampfformen gegen die Diktatur.

Damit (und durch die Unmöglichkeit des Bündnisses mit der Christdemokratie) waren wesentliche Differenzen zum MIR beseitigt (oder zumindest entschärft). Eine Annäherung begann, zugleich mit dem Bemühen um eine Vereinigung des Widerstandes. Ausdruck davon waren die Treffen der Linken in Mexiko 1980 und 1981, deren wichtigste Ergebnisse waren: Die Anerkennung aller Kampfformen und der Beschluß, daß die Linke mit der Erarbeitung einer gemeinsamen demokratisch revolutionären Alternative zur Diktatur beginnen müsse, wozu auch erste Schritte unternommen wurden.

Parallel zu dieser Entwicklung bemüht sich aber die eher reformistisch orientierten Kräfte um einen gesonderten Zusammenschluß, der in der sogenannten Convergencia zustande kam. Hier vereinigten sich Teile der Sozialistischen Partei, MAPU, MAPU-OC, Christliche Linke. Ergebnis war eine neue Frontenbildung mit KP, MIR und Teilen der PS einerseits, den Parteien der Convergencia andererseits.

Wieder verlor die Trennungslinie an der Frage des bewaffneten Kampfes (der sogenannten Linie der Rebellion der Massen) und der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie (neben vielen anderen ideologischen und auch aktuellen Differenzen).

Durch den enormen Aufschwung der Massenbewegung seit dem Frühjahr dieses Jahres sind die Fronten erneut in Bewegung geraten. Die Diskussionen verlaufen praktisch quer durch alle Parteien. Wie dieser Prozeß der Standortbestimmung verläuft und welche Kräfteverhältnisse sich daraus ergeben werden, (auch wie die KP sich letztlich entscheiden wird) ist nicht absehbar.



Juni 83: Streikunterstützung durch Studentendemonstrationen



Nach dem Putsch: Die „Subversion“ wird auch mit der Schere bekämpft

Dabei sollte man aber den Druck, der von den bürgerlichen Kräften ausgeht, um Teile der Linken in ihr demokratisches Projekt zu integrieren, nicht unterschätzen. (Wenn z.B. Angebote für eine Legalisierung und freie politische Betätigung nach einem Wechsel gemacht werden, unter der Bedingung, daß sich die betreffende Partei auf verfassungsgemäße Politik beschränkt).

Wir dokumentieren einige Abschnitte aus einem Informationspapier des MIR ab (das anlässlich des 19. Geburtstages im August veröffentlicht wurde), weil darauf die aktuellen Aufgaben, wie der MIR sie sieht, beschrieben werden und sich einige der Differenzen zu den reformistischen Kräften ableiten lassen.

## MIR Chile zu den aktuellen Aufgaben der Linken

(aus: 18 Jahre Kampf und Volkswiderstand in Chile, Aug.83)

## MIR Chile zu den aktuellen Aufgaben der Linken

(aus: 18 Jahre Kampf und Volkswiderstand in Chile, Aug.83)

demokratisch-revolutionären Alternative erschwert. Aber wir nehmen sie nicht zum Anlaß, uns verwirrt und mutlos zu werden (...)

Bis vor kurzem waren es nur einige wenige, die am meisten fortgeschrittenen Teile der Massen, die das gesamte Gewicht des antidiktatorischen Kampfes zu tragen hatten; jetzt sind es die breiten Massen, die großen gesellschaftlichen Mehrheiten, die in eine radikale Auseinandersetzung mit der Diktatur eintreten.

Wir befinden uns in einer Situation, in der ein qualitativer Sprung im demokratisch-revolutionären Kampf möglich ist, wenn wir, die Revolutionäre, die Linke, es verstehen, diese Gelegenheit über ein flexibles, mutiges und offensives Eingreifen unsererseits auszunutzen. In dieser neuen Dynamik und Stimmung, die sich unter den Volksmassen ausbreiten, verborgt sich ein Potential, welches es uns ermöglicht, die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Grenzen der demokratisch-revolutionären Alternative zu überwinden.

Das alles, Genossen, sind die Gründe, die uns zu der Behauptung veranlassen, daß wir auf dem langen und opferreichen Weg des Kampfes einen Punkt erreicht haben, der uns außerordentlich günstige Bedingungen eröffnet, um der Diktatur harte Schläge zuzufügen — durch die soziale und politische Mobilisierung der Massen, durch die direkte Mobilisierung, die auf die Gewaltanwendung und den Aufstand der Massen zielt, durch die militärische Mobilisierung der Massen. Diese Schläge würden einen entscheidenden Stoß in der Talfahrt der Diktatur bedeuten und die demokratisch-revolutionäre Bewegung sprunghaft stärken. Damit wäre ein wichtiger Schritt in Richtung auf unser Ziel getan: die gegenwärtige

Krise in eine revolutionäre Krise zu verwandeln.

Die ersten Monate des Jahres 1983 waren reich an Ereignissen, die uns die Entwicklung der politischen Krise des Militärregimes verdeutlichen. Wenn wir darauf hinweisen, daß das Regime in eine politische Krise geraten ist und daß diese sich unter Zuspitzung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen ständig ausweitet, dann beziehen wir uns auf eine Tatsache, die in der Praxis Auswirkungen von größter Bedeutung hat. Die wichtigste ist, daß der Eintritt in eine neue Phase des antidiktatorischen Kampfes uns die Möglichkeit bietet, für uns günstige Veränderungen im allgemeinen Kräfteverhältnis herbeizuführen. Zu diesen günstigen Bedingungen gehören, die gigantische Wirtschafts- und Sozialkrise, die durch die Politik des Regimes selbst entstanden ist und in diesem Rahmen keine Lösung finden kann; der Verlust der sozialen und politischen Basis der Diktatur; ihre inneren Widersprüche, die sie lähmen und verhindern, daß sie erneut Kräfte schöpfen kann; die Zuspitzung der Spannungen im Inneren der Bourgeoisie, wodurch wichtige Teile derselben sich frontal gegen das Regime stellen — so entstehen neue Freiräume, die die Volkskräfte für sich nutzen können —; die enorme Ausdehnung der sozialen Unzufriedenheit, die sich artikuliert in aktivem Protest gegen die Diktatur und eine neue Stimmungslage der Mehrheiten des Landes widerspiegelt; die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, auf die Forderungen des Volkes eine andere Antwort zu geben als die Repression und unzureichende demagogische Maßnahmen, die die Radikalisierung der Massen nur noch vorantreiben; und schließlich die Existenz einer demokratisch revolutionären Kraft, noch relativ schwach und unzu-

### Solidarität mit Chile und Mittelamerika Aktionstag 16. Sept. 83 in Hamburg

Die Aktionen der chilenischen Linken zum 10. Jahrestag des Putsches finden in Hamburg am Freitag, den 16.9.83 statt.

Die Koordination der Mittelamerika-Komitees hat sich an diesen Aktionstag angeschlossen, um die Solidaritätsaktionen nicht zu zerstückeln.

Folgende Veranstaltungen finden statt:

17.00 Legionsplatz, Demonstration zur Solidarität mit dem chilenischen Widerstand und gegen Intervention und US-Einmischung in Mittelamerika

Die Demonstration führt durch die Innenstadt zum S. Alende-Platz (vormals von Melle Park, vor dem Adlon-Kino)

18.30 Offizielle Einweihung des Alende-Platzes. Es spricht ein Vertreter der Stadt Hamburg, je ein Vertreter der chilenischen Linken und der heutigen Chile-Solidarität

Bis 20.00 Musik (die chilenische Musikgruppe Resistencia), Empedras, Informationsstände  
20.00 Zentrale Veranstaltung im Audi-Max: 10 Jahre Diktatur - 10 Jahre Widerstand

Es sprechen: Clodomiro Almeyda für die chilenische Linke (ehemaliges Mitglied der Regierung Allende) und ein Vertreter der Regierung Nicaraguas. Musik und Theatergruppen treten auf.



# Zehn Jahre Pinochet Rückblick auf die Unidad Popular



Zimmermanns Träume — In Chile seit 10 Jahren Realität

langlich, aber fest in den Massen verankert, die ihre Führungskapazität verbessert und den festen Willen hat, die offensive und gewaltsame Auseinandersetzung mit der Diktatur vorwärtszubringen.

Diese Bedingungen ergeben zusammen den Hintergrund für die politische Krise und genau sie führen uns zu der Behauptung, daß sich vor uns die Gelegenheit auftritt, in unserem Kampf einen großen Sprung nach vorn zu schaffen, wenn wir sie ausnutzen über ein offensives und mutiges Vorgehen.

Es gibt Teile der chilenischen Linken, die meinen, daß eine Entsetzung des herrschenden Militärregimes durch eine zivile bürgerliche Regierung die Strategie der Vorkriegs- und des Vorkrieges in Frage stellen würden. Und da sie sich der Illusion hingeben, daß in Chile eine solche Änderung den Aufbau einer breiten Demokratie nach sich ziehen würde, in der sie mit friedlichen Mitteln in den politischen Kampf einsteigen könnten, beeilen sie sich jetzt schon, die Anwendung von Gewalt zu verurteilen bzw. sie in den Hintergrund zu drängen.

Sie sind dabei, einen schweren Fehler zu begehen. Oder besser gesagt, sie sind dabei, einen schweren Fehler zu wiederholen, der unser Volk viel Blut, Schmerz und Leid gekostet hat.

Die Notwendigkeit, daß eine revolutionäre Strategie die Verbindung aller derer, die unser Volk viel Blut, Schmerz und Leid gekostet hat.

Die Notwendigkeit, daß eine revolutionäre Strategie die Verbindung aller Kampfgruppen beinhalten muß, daß dazu der Massenaufstand und die Herausbildung einer militärischen Kraft des Volkes gehören, leitet sich von der in Chile historisch bewiesenen Tatsache ab, daß die Bourgeoisie nicht zögert, zur Erhaltung ihrer Herrschaft auf die unterdrückterische Gewalt zurückzugreifen. Dieses historische Gesetz ist besonders in diesen 10 Jahren Diktatur deutlich genug geworden. (...)

Die Ablösung des gegenwärtigen Regimes durch eine zivile bürgerliche Regierung würde zweifelsohne in breiten Schichten Hoffnungen und Illusionen wecken und sicher eine anfängliche politische Öffnung bis zu einem gewissen Grad zulassen. Wir haben aber nicht die Errichtung einer breiten Demokratie zu erwarten, noch können wir damit rechnen, daß eine solche Regierung die wirtschaftliche und soziale Krise leicht in den Griff bekommen und eine politische Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft erreichen würde. Wie wir wissen, ist die Voraussetzung für eine solche Ablösung, daß die bürgerliche Opposition sich mit der Großbourgeoisie verständigt, welche ganz klar bekundet hat, daß ein innerbürgerlicher Konsens nur denkbar wäre über den Ausschluß der unabhängigen Volkskräfte vom politischen Leben, d.h. eine „beschützte“ Demokratie.

Andererseits ist es in einer Krisensituation wie der jetzigen sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, effektiv einen Sozialpakt zustandzubringen. Jegliche Öffnung, erst recht aber das Agieren der demokratisch-revolutionären Kräfte, würde zu einem unaufhaltsamen Ausbruch der Mobilisierung der Massen für ihre sozialen und politischen Forderungen führen. Natürlich werden auch die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie verbissen um die Verteidigung ihrer Interessen kämpfen. Forderungen führen. Natürlich werden auch die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie verbissen um die Verteidigung ihrer Interessen kämpfen.

Wenn die Diktatur durch eine bürgerliche Zivilregierung abgelöst wird, wird sich die Arbeiterklasse und das Volk nur durch das Zusammenziehen der eigenen Kräfte eine größere Öffnung erobern und diese Öffnung danngehend ausnutzen, um den volksdemokratischen Kampf voranzutreiben, eine revolutionäre Krise zu schaffen und ihre eigene Regierung zu erkämpfen.

Als im Jahre 1970 Salvador Allende in den Präsidentschaftswahlen zwar eine relative, aber nicht absolute Mehrheit errang, sagten ihm viele Kritiker kein langes Leben voraus. Das von ihm angeführte Volksfrontbündnis hatte sich sehr viel vorgenommen: die Abschaffung der damals hohen Arbeitslosigkeit; die Nationalisierung der nationalen Reichtümer, d.h. vor allem der Bodenschätze; die Sozialisierung der ausländischen Konzerne, insbesondere der Kupferindustrie, um der immer größer werdenden Auslandsschuld zu entkommen; Agrarreform, Sozialwohnungsbau, Mindestversorgung der Elendsviertel (der berühmte Liter Milch für jedes Kind der armen Bevölkerungsschichten) sowie eine weitgehende Demokratisierung der Gesellschaft, um nur einiges zu nennen.

Noch nie in der chilenischen Geschichte hatte eine Regierung eine derartige Entfaltung der Volkskräfte zugelassen. Noch nie hat es einen solchen Aufschwung der Massenbewegung gegeben wie unter der Regierung der Unidad Popular (UP).

Die revolutionäre Linke kritisierte am politischen Konzept der UP vor allem drei Dinge: Erstens den Legalismus, d.h. die Absicht der UP, ihre politischen Ziele mit den in der Verfassung garantierten Rechten auf parlamentarischen Wege zu verwirklichen. Die UP argumentierte: Wir werden uns an die Verfassung halten, um der Rechten keinen Vorwand zu liefern, uns als Verfassungsfeinde zu attackieren. Die revolutionäre Linke argumentierte: Die Reaktion ist nur solange bereit, sich an die Verfassung zu halten, wie ihre Herrschaft nicht gefährdet ist. Der Vorwand, die UP-Regierung als verfassungsfreundlich zu beschreiben, würde sich bei Bedarf jederzeit konstruieren lassen.

Darüberhinaus hatte Allende ja nicht die absolute Mehrheit im Parlament, d.h., obwohl Christdemokraten und Nationale Partei kein offizielles Bündnis gegen die UP gebildet hatten, waren sie doch rein zahlenmäßig den Stimmten der UP überlegen und konnten bei Abstimmungen alle wichtigen Gesetzeswürfe der Volkregierung blockieren. Das zwang Allende zu immer neuen Zugeständnissen und Regierungsumbildungen.

Anstatt also auf Parlament und Verfassung zu vertrauen, schlug die revolutionäre Linke die Orientierung auf den Massenkampf.

Anstatt also auf Parlament und Verfassung zu vertrauen, schlug die revolutionäre Linke die Orientierung auf die Schaffung von Organen der Volksmacht vor, die als eine der wichtigsten Aufgaben die Bekämpfung der inneren und äußeren Feinde des demokratisch-revolutionären Prozesses zum Ziele haben sollten.

Zweiter Hauptkritikpunkt war der „Ökonomismus“ der UP. Die Volksfrontregierung orientierte auf die sogenannte „batalla de producción“, die Produktionschlacht, die der Öffent-

lichkeit vor Augen führen sollte, daß eine sozialistische Regierung zum Nutzen der gesamten Gesellschaft zu wirtschaften in der Lage ist. Durch die Verstaatlichung der großen Kupfergesellschaften Kennecott und ITT sollte der Abfluß von Riesengewinnen ins Ausland unterbunden werden, u.a. konnten damit die Erhöhung der Reallohn und Sozialleistungen finanziert werden, was eine erhöhte Binnenmarktkraft ermöglichte und damit eine Ankurbelung des Binnenmarktes zur Folge hatte. In der Tat führte diese Politik zu einer bis dahin nie gekannten Auslastung betrieblicher Kapazitäten und zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote auf 3% (Vergl. BRD 1983: 10%, Chile 1983: 35%). Überspitzt gesagt versuchte sich die Unidad Popular mit ihrer an Keynes angelegten Wirtschaftspolitik dem „nationalen Kapital“ als besserer Interessensvertreter anzudienen, als es die Christdemokratie war.

Die revolutionäre Linke vertrat die Auffassung, daß die Verstaatlichung auf alle wirtschaftlichen Bereiche ausgedehnt werden und auch eine Kontrolle des sogenannten Kleinunternehmertums beinhalten müsse. Der Imperialismus würde alle Mittel ergreifen, um den privatkapitalistischen Sektor als Bastion zur Wiedereingliederung seiner verlorenen Machtpositionen aufzubauen.

Der dritte Hauptkritikpunkt war der „Pazifismus“ der Unidad Popular, d.h. das deklarierte Ziel, den Sozialismus ohne Waffengewalt im Rahmen der Verfassung friedlich zu verwirklichen. Für den friedlichen Weg zum Sozialismus sollte das Militär gewonnen werden, das sich ja immerhin „aus den Söhnen des Volkes“ zusammensetzte. Überdies, so argumentierte man, hätte sich das chilenische Militär gegenüber der Verfassung stets loyal verhalten und in den letzten hundert Jahren sei kein einziger Putschversuch unternommen.

Die revolutionäre Linke hielt dagegen, daß das chilenische Militär, so wie jedes andere auch, ein Instrument der herrschenden Klasse sei, deren Aufgabe es ist, die Macht eben dieser Klasse zu erhalten. Daher sei es wichtiger, die eigene Arbeiterklasse zu bewaffnen und damit die eigene Macht zu stärken, als auf ein Bündnis mit den fortschrittlichen Teilen der Armee zu setzen.

Die Regierung der Unidad Popular setzte jedoch ungeachtet der äußeren Situation ein Bündnis mit den fortschrittlichen Teilen der Armee zu setzen.

Die Regierung der Unidad Popular setzte jedoch ungeachtet der äußerst scharfen und nicht selten „verfassungsfreundlichen“ Boykott-Politik der politischen Rechten ihren legalistischen Kurs fort, wobei sie auch nicht davor zurückschreckte, z.B. gegen linke Land- oder Fabrikbesetzungen die Polizei einzusetzen, weil sie eben „ungesetzlich“ waren. Doch alle Gesten der Loyalität gegenüber der Verfassung imponierten der Bourgeoisie überhaupt nicht.

Das internationale Kapital, angeführt vom Elektro-Giganten ITT, machte sich bereits am Tage des Wahlsieges an die Vorbereitung eines Putsches. Der Chef des CIA und ehemaliger Präsident von ITT gedachte seiner früheren Geschäftskollegen und ließ einen Plan zur Destabilisierung Chiles ausarbeiten. Das abgestufte Programm von der bloßen Finanzierung bürgerlicher Parteien und faschistischer Organisationen über die Unterstützung des monatlichen Transportarbeiterstreiks, der Chiles gesamte Wirtschaft für den Gegenwert von Spitzenlöhnen (damals 4000 US Dollar monatlich) lähmte, bis hin zu politischen Attentaten und einem Putschversuch im Juni 73 sollte die Unidad Popular sturmreif schießen.

Die Haltung der UP erscheint heute umso unverständlicher, als sie sich über das Ausmaß der imperialistischen Aggression offenbar voll im Klaren war. Im Dezember 72 hielt Präsident Allende vor der UNO-Vollversammlung eine vielbeachtete Rede, in der er u.a. anprangerte:

„Gegen uns wurde nicht nur eine finanzielle Blockade verhängt, wir sind auch Opfer einer eindeutigen Aggression. Zwei Betriebe, die zum Kern der großen supranationalen Gesellschaften

gehören und die ihre Kräfte in mein Land geschlagen haben, die ITT und die Kennecott, wollten unser politisches Leben lenken. Die ITT, eine gigantische Gesellschaft, deren Kapital größer ist als der Staatshaushalt verschiedener Länder Lateinamerikas zusammengenommen, größer sogar als der einiger Industrieländer, leitete in dem Moment, als der Sieg des Volkes in den Wahlen vom September 1970 bekannt wurde, eine dunkle Aktion ein, um meine Einsetzung als Präsident zu verhindern.“

Vom September bis Dezember des genannten Jahres gab es in Chile Terroraktionen, die außerhalb unserer Grenzen geplant und zusammen mit faschistischen Gruppen im Lande durchgeführt wurden. Ihr Höhepunkt war die Ermordung des Oberbefehlshabers des Heeres, General Rene Schneider Chereau.

Im März dieses Jahres wurden die Dokumente an die Öffentlichkeit gebracht, die den Zusammenhang zwischen den finsternen Mächtschaffungen und der ITT aufdeckten. Die ITT hat zugegeben, daß sie noch 1970 die Regierung der Vereinigten Staaten ersucht hat, in die politische Entwicklung Chiles einzugreifen. Die Dokumente sind authentisch. Niemand hat es gewagt, sie zu dementieren. (...) Ich habe hier das Dokument mit dem Datum vom Oktober 1971, das die 18 zu diesem Plan gehörigen Punkte enthält. Vorgelesen werden die wirtschaftliche Erdrosselung, die diplomatische Sabotage, die Organisation eines sozialen Chaos, die Schaffung einer Panikstimmung unter der Bevölkerung, damit, wenn die Regierung abgesetzt wäre, die Streitkräfte sich veranlaßt sähen, die demokratische Ordnung aufzuheben und eine Diktatur zu errichten. (...)

Meine Herren Delegierten, ich klinge vor der Weltöffentlichkeit die ITT an, in meinem Vaterlande den Bürgerkrieg herauszufordern zu wollen. Das ist das, was wir als imperialistische Intervention bezeichnen.“ (aus: Allende lebt, Broch, zum 75. Geburtstag des Präsidenten).

Noch im März 1973 hatten die Wähler der UP trotz des geschürten Chaos einen eindeutigen Sieg verschafft. Das bedeutete, daß die Rechnung der Reaktion nicht aufgegangen war.

Spätestens der Putschversuch vom Juni 1973 hatte der Regierung Allende die Berechtigung verschafft, ihrerseits nicht mehr abzugeben zu lassen.

Spätestens der Putschversuch vom Juni 1973 hatte der Regierung Allende die Berechtigung verschafft, ihrerseits Verhaftungen unter den Spitzen der Militärs und Polizei vorzunehmen, um damit die offensichtliche Verschwörung unter Kontrolle zu bringen.

Stattdessen nahm die UP-Regierung auf Druck der Christdemokratie hin Militär in das Kabinett auf, unter ihnen auch den damals eher unscheinbaren Pinochet, der nach außen eine loyale Haltung an den Tag legte. Unter dem Eindruck der Erpressbarkeit der Unidad Popular übernahm Eduardo Frei, der „große chilenische Christdemokrat“, die Aufgabe, die demokratisch gewählte Regierung in der chilenischen Nationalversammlung für verfassungsfreundlich zu erklären. Damit gab er dem Militär den Persilschein zum endgültigen Schlag gegen den „Allende-Spuk“.

So wurde die Unidad Popular Opfer der von ihr selbst fabrizierten Legende vom „Loyalen Militär“.

Als am Vormittag des 11. September 1973 chilenische Kampfbomber den Regierungspalast „Moneda“ angriffen, war bereits alles entschieden. Das systematische Morden von ca. 30.000 Menschen verlief planmäßig. Allende selbst, der sich mit einem Maschinengewehr gegen seine Mörder wehrte, wurde zum Symbol des Freiheitswillens eines mutigen Volkes, in das die Linken der ganzen Welt ihre Hoffnungen gesetzt hatten. Das chilenische Volk und ihr Präsident führen gleichzeitig der Welt vor Augen, daß der Imperialismus ein moralisch verrottetes, politisches Gangsterregime darstellt, das sich lieber für Massenmordern engagiert als einen Zipfel seiner Macht herzugeben.

Lateinamerika-Kommission



Mitglieder der damaligen Politischen Kommission des MIR: Victor Toro, Bautista Van Schowen, Roberto Moreno, Miguel Enriquez, Humberto Solomajor, Edgardo Enriquez (v.l.n.r.)



# Guerilla und Repression in Peru

Die PCdEP, Kommunistische Partei Perus, bekannter unter dem Namen „Sendero Luminoso“ (Erleuchteter Pfad), ist derzeit eine der am stärksten organisierten Gruppen der Linken in Lateinamerika und hat in der blutigen Solidaritätsbewegung Diktaturen, Abgrenzung und Verurteilung hervorgerufen. „Sendero Luminoso“ ist unserer Wissens die einzige lateinamerikanische Organisation, die sich nicht nur auf den Marxismus-Leninismus, sondern ausdrücklich auch auf die Mao-Tse-Tung-Ideen beruft, sich dabei aber entschieden von den „chinesischen Revisionisten“ und „linken Verrätern“ um Deng Xiao Ping distanziert. („Ja, wir bekennen uns zur Fünferbande, denn Mao gehört zu ihnen“ — Bulletin Informativo, 4. Ann. 1). „Sendero Luminoso“ hat darüber hinaus einen neuen Versuch des bewaffneten Kampfes in Südamerika eingeleitet. Nach langjähriger Vorbereitung wurde vor 2 Jahren mit bewaffneten Aktionen begonnen, die seitdem, trotz scharfer Repression, kontinuierlich durchgeführt werden.

In enger Anlehnung an Geschichte, Kultur und Lebensweise der andinen Bevölkerung hat „Sendero“ seine politischen Schwerpunkte und seine Kampfformen entwickelt — bis hin zur Liquidierung dritlicher, d.h. untergeordneter Funktionensträger oder von Verrätern, was ihnen in besonderem Maße Kritik, den Vorwurf der Provokation u.ä. eingetragen hat. Während Kritik richtet sich gegen „Senderos“ weitgehende Isolation, ihre massiven Angriffe gegen Legalismus und Zähigkeit der traditionellen Linken in Peru, mit der sie keine Zusammenarbeit suchen, ebenso gegen ihre Geringschätzung der traditionellen Massenkräfte wie Studenten, Landbesitzerungen etc., die sie als abgenutzte und ineffektive Mittel bezeichnen, die keine Erfolge bringen können.

Punktierte und materialistische Artikel über „Sendero Luminoso“ publizierten die „Lateinamerikaner“ (Nr. 113 und 115), die nicht nur die Entstehung und die politischen Positionen von „Sendero“ beschreiben, sondern ihren Kampf im Zusammenhang mit der jahrhundertelangen Unterdrückung der Andenbevölkerung erläutern und damit die Grundlagen der „Sendero“-Politik deutlicher werden lassen. Reaktion auf diese Artikel waren u.a.: „Während Anrufe, Ankündigungen von Briefen und mündliche Beschimpfungen jeder Art ...“ und „Das Thema „Sendero Luminoso“ hat unsere Redaktion nahezu vor eine Zerreißprobe gestellt.“ („Lateinamerikaner“, Nr. 116).

Es ist schon interessant, daß sich dieser Versuch einer lateinamerikanischen Guerilla (der nicht in Mittelamerika stattfindet, wo die Notwendigkeit des bewaffneten Befreiungskampfes in der Zeit weniger umstritten ist) derzeit wütende Reaktionen hervorruft. Wir haben den folgenden Artikel aus „Punto Final“ (terrazza) überreicht, um — wenigstens in begrenztem Rahmen — zur Information über das „Phänomen Sendero“ beizutragen (spezieller Interviewer wie die Artikel aus den „Lateinamerikaner“ empfahlen, die weitere gründlicher und detaillierter berichten (11). „Punto Final“ gibt es schon seit Mitte der 60er Jahre. Es ist eine theoretische Zeitschrift der radikalen Linken Chiles, in der Mitglieder verschiedener Organisationen schreiben. Sie wird zur Zeit in Mexiko herausgegeben.

Von rechts und von links häufen sich die Bezeichnungen der peruanischen Guerillabewegungen PCdEP „Sendero Luminoso“. Der Präsident Fernando Belaunde Terry nennt sie „Mörder“ und „Verbrecher“, die legale Linke spricht von „fanatischen Maoisten“, „Pol Potianern“, „Provokateuren“. Sie wurden auch mit den Roten Brigaden Italiens verglichen.

Sie selbst nennen sich Marxisten-Leninisten-Maoisten und begreifen sich als in der Tradition von José Carlos

Marx zu Konfliktzonen und unterstellte sie der politischen und militärischen Kontrolle des Heeres. 6.000 Soldaten, ausgebildet in „nichtkonventioneller Kriegsführung“, begannen in einem umfassenden Manöver, die Konfliktzonen zu besetzen. Die ersten Einheiten, die am 30. Dezember 82 in den Straßen von Ayacucho ankamen, stimmten ihre Kriegspartie an: „Terrorist, heute nacht kommen wir in dein Haus, wir werden deine Eingeweide essen, dein Blut trinken und dein Gehirn sprengen.“ Und damit kein Zweifel blieb über die Absichten der Streikkräfte gab der damalige Kriegsminister, Luis Cisneros Viqueza, lakonisch bekannt, daß das Heer bereit sei, zu töten.

Am folgenden Morgen traten zwei junge Frauen und vier Männer die Tür des Radiosenders „Stimme von Ayacucho“ ein und zwangen das Personal eine Botschaft von 23 Minuten von einer Kassette zu senden. In der Tonbandaufnahme machte die politische Leitung von Sendero Luminoso die Regierung verantwortlich für das Blutvergießen, das durch das Eingreifen des Heeres provoziert werde. Sie versuchte, daß sie das Heer nicht fürchte. „Auch wir werden das Blut der Soldaten trinken“, sagte die anonyme Stimme, die Einschüchterungskampagne der Streikkräfte verspottend. 14 Tage später berichtete die Zeitung „El Diario de Mañana“, daß mehr als 1.000 mutmaßliche Mitglieder der Rebellen-Organisation verhaftet worden seien. Nach offiziellen Angaben wurden rund 30 tote Senderistas gezählt. Und der neue Kriegsminister General Oscar Bruh Noel wagte die Erklärung: „daß die bewaffnete Subversion in Peru bis Mitte 1983 liquidiert sein werde“.

(... Es folgt ein Teil über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Peru, den wir nur kurz zusammenfassen: Der jetzige Präsident Belaunde Terry wurde in seiner ersten Regierungszeit 1968 von den sogenannten nationalistischen und reformistischen Militärs unter Velasco Alvarado gestürzt. 12 Jahre Militärherrschaft, die sich insbesondere nach der Ablösung Alvarados immer stärker nach rechts orientierte, zeigte den Zusammenbruch und das Scheitern des „militarischen Reformismus“. Die Regierung Belaunde, seit 2 Jahren im Amt, „dient den nordamerikanischen Monopolen. Ihre Wirtschaftspolitik, neoliberal und monetaristisch folgt dem Diktat des I.M.F.“ — Inflation, Arbeitslosigkeit, Mangel an Investitionen, Skandale, persönliche Bereicherung und Korruption alles an Kennzeichen der Regierung Belaunde. Dem entspricht die Durchführung zahlreicher Repressionsmaßnahmen auf gesetzlicher Ebene, wie Ausnahmezustand gegen den Terrorismus, Gesetz gegen Landbesetzungen, Einschränkungen von Streikrecht und Pressefreiheit, Bemühungen zur

Wiedereinführung der Todesstrafe. Und dem entspricht ebenso der Ausbau von Polizei und Streitkräften. Die sogenannten Verteidigungskosten beliefen sich 1981 auf 335 Mio. Dollar. Mitte '82 wurden 115 Mio. Dollar für „Operationen gegen die Guerilla“ beantragt. Alle aus Vietnam, Uruguay, Argentinien, El Salvador, Guatemala, Palästina bekannten Methoden werden eingesetzt: Ausnahmezustand, Bombardierung von Dörfern mit Flugzeugen oder Hubschraubern, Einsatz chemischer Waffen, Ermordung von Bauern und Arbeitern, Folter und Verhaftungen).

## Entstehung und Positionen der PCdEP

In Peru hat sich in den letzten Jahren eine der stärksten Volksbewegungen Lateinamerikas entwickelt. Die großen Nationalstreiks von 1977 und '78 legten das Land trotz intensiver Repression lahm. Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung (1979) zeigten, daß die Linke in ihrer Gesamtheit etwa ein Drittel der Wähler erreichen konnte (eine Zahl, die bei den Präsidentschaftswahlen 1980 sank). Aber es wurde auch die Diskrepanz deutlich zwischen der Mobilisierungsfähigkeit der Massen einerseits und der mangelnden Fähigkeit der Linken zur Organisation und Führung der Massenbewegung andererseits. Im November 1980 schloß sich die Mehrheit der Linken in einer Front zusammen (Vereinigte Linke), die in den Gemeindevahlen desselben Jahres rund 33% der Stimmen erreichte. Die Vereinigte Linke versuchte den Spielraum der „begrenzten Demokratie“ zu nutzen und stürzte sich in die parlamentarischen und gewerkschaftlichen Aufgaben. Aber sie fuhr sich darin fest und verfiel in Unbeweglichkeit. Bald zeigte sich, daß die Vereinigte Linke nur eine Vereinigung der Führungen war, ohne eine echte Verbindung zur Basis. Dieses politische Vakuum stärkte ohne Zweifel die Möglichkeiten für Sendero Luminoso, deren spektakuläre Aktionen zunehmende Wirkung in den Mittelklassen und der Bauernschaft hatten. Bis zu der Nacht des 2. März 1982 als einige 100 Guerilleros die Polizeistation von Ayacucho in einem vierstündigen Kampf neutralisierten und 300 Gefangene — politische und andere — befreiten, bis dahin schätzte die Mehrheit der Beobachter Sendero Luminoso als kleine Gruppe von Extremisten ein, durchsetzt von Spitzeln der Streitkräfte und ohne jegliche Basis im Volk. Und auch noch einige Tage vor der Fußballweltmeisterschaft 1982 als 500 Personen verhaftet wurden (darunter einige von den am 2. März Befreiten), betonte der damalige Innenminister, daß „die terroristische Organisation praktisch liquidiert worden ist“. Aber kaum war die Weltmeisterschaft beendet, brach eine Welle von Attentaten los, die kontinuierlich bis in unsere Tage anhält, wo 6.000 Soldaten Sendero Luminoso auf den Fersen sind.

Der Ursprung dieser Organisation geht auf die Spaltung der KPP, der kommunistischen Partei Perus, im Jahre 1964 zurück, ein Ergebnis des Bruchs zwischen China und der SU. Die maoistische Gruppe, die sich abgespalten gab sich den Namen Partido Comunista del Peru, Bandera Roja (Rote Fahne). 1970 verließ eine weitere Fraktion unter Führung von Abimael Guzman (Gonzalo) und unterstützt vom Regionalkomitee Ayacucho, die Partei. Hauptkritikpunkt war der „Legalismus“ der Partei. Die Gruppe von Guzman gründete eine neue Partido Comunista del Peru, die bekannt werden sollte unter dem Namen der von einem Motto der Studentenbewegung übernommen wurde: „Vorwärts auf dem eruchten Weg von Mariátegui“ („Por el Sendero luminoso de Mariátegui“).

Es gibt nicht viele veröffentlichte Dokumente von Sendero Luminoso. Über einen langen Zeitraum war dies eine anonyme und mysteriöse Organisation, die ihre Aktionen nicht erläuterte. Heute weiß man, daß Sendero 10 Jahre lang eine verdeckte Arbeit der Organisierung und Rekrutierung auf dem Lande, speziell im Gebiet Ayacucho geleistet hat, und daß Sendero seit 1975, unabhängig von jedem konjunkturellen Zusammenhang (von den aktuellen politischen Bedingungen) einen Plan für den Aufstieg entworfen hat. (...)

Der Chef von Sendero, Abimael Guzman, dessen 51. Geburtstag am 4.



Parteien von „Sendero Luminoso“ in Ayacucho

Dezember '82 mit Bombenanschlägen in verschiedenen Städten Perus gefeiert wurde, stammt aus Arequipa, er ist Universitätsprofessor, ein brillanter Philosoph, der sich mit einer interessanten Arbeit über Kant habilitierte und den im vergangenen Dezember eine offizielle politische Wochenzeitschrift und eine Oppositionszeitung zum „Mann des Jahres“ ernannten. (...)

Ab 1976 unterstützt Sendero die Thesen von Mao, genauer die der „Vierbande“ gegen den Revisionismus von Deng Xiao Ping (dies drückte sich u.a. in Sprengstoffanschlägen gegen die chinesische Botschaft und Parolen aus wie „Nieder mit dem Hundesohn Deng Xiao Ping“). Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen von 1980 ... beschließt Sendero den Beginn des bewaffneten Kampfes gemäß dem maoistischen Prinzip, daß man allein mit dem bewaffneten Kampf Revolutionen machen und die Macht ergreifen kann, daß man ein revolutionäres Volkstheater braucht und daß man, um dies zu schaffen, mit dem Kampf beginnen muß. Laut Guzman sind die Möglichkeiten des Marxismus-Leninismus-Maoismus zur Interpretation der Wirklichkeit und zur Führung des Kampfes der Völker wie in Peru erschöpft. Es sei notwendig, in eine 4. Etappe des Marxismus einzutreten, um die Völker aus den Fängen des degenerierten Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus und den Positionen des Verrats von Deng Xiaoping zu befreien. In verschiedenen Dokumenten wird vom Marxismus-Leninismus-Maoismus-Gedanken von Gonzalo gesprochen, woraus einige Kritiker ableiteten, daß die 4. Etappe wohl die „gonzaloistische“ Etappe sei. Diese Kritiker schieben ihm gewisse menschenliche und tausendjährige, am antiken Peru anknüpfende Ansprüche zu. Jedenfalls hat Sendero mit seinen neuen Aktionsformen die Counterinsurgency-Lehrbücher der nordamerikanischen Spezialisten geknackt, mit einer Kombination aus Taktiken, die in Indochina angewendet wurden, der Planung von Ernesto Che Guevara für den Guerillakrieg und vor allem ihrer Planung und Zerstreuung der Kräfte ins Land hinein (3).

Der heutige Guerilla, versteckt und im Hinterhalt in den peruanischen Anden ist nicht derselbe, wie der, der in der Guerrilla von Luis de la Puente und Hector Bejar 1965 kämpfte (4). Die Mehrheit der Guerilleros stammt aus den traditionellen Dorfgemeinden, aus über 3.500 m Höhe. Dort sind sie, nachdem sie die Universität Ayacucho besucht haben, als landliche Lehrer, Krankenschwäger oder Techniker zurückgekehrt. Sie leben und arbeiten mit den Bauern, und sie sprechen ihre Sprache, Quechua. Laut einigen Berichten kontrolliert der „Terrorismus“ der Senderos, die nicht saudern, Spitzel und Putschisten zu exekutieren, einige befreite Zonen, die von der Staatsmacht aufgegeben wurden, ohne daß Kämpfe stattgefunden hätten. In diesen Gebieten übernahm Sendero Luminoso theoretisch die Regierung. In der Praxis heißt das, daß sie Dörfer besetzen, Versammlungen abhalten, einfache Verhaltensregeln für die Gemeindeglieder festlegen und sich zu rückziehen. Einige Punkte dieser von Sendero aufgestellten Regeln haben ihnen den Vergleich mit dem blutigen Pol Pot Regime in Kambodscha eingebracht. So fordern sie z.B. die Bauern der Dorfgemeinde auf, nur das zu essen und zu ernten, was sie für ihren eigenen Konsum brauchen, sich völlig vom Markt und der Geldwirtschaft zu lösen und verbieten ihnen, Industriearbeiter, Nahrungsmittel und Textilien zu kaufen. Das heißt: das Land gegen die Stadt, die Belagerung der Städte durch Sabotage von Lebensmittellieferungen, um die städtischen Zonen zu erdrosseln (5).

Die ernstzunehmende Kritik gegen Sendero bezieht sich auf ihre bündnisfeindliche Orientierung, ihre absolute Isolation. Sie haben und suchen keinen Dialog mit anderen Sektoren der Linken. Sie greifen die Vereinigte Lin-

ke frontal an; deren Mitgliedern werfen sie vor, pure Wähler und Opportunisten zu sein (während diese ihrerseits Guzman einen Abenteuer und Provokateur nennen). Sie greifen systematisch die prosozialistische KP an und haben die SU zum Todfeind erklärt, weil sie mit den peruanischen Streitkräften kollaboriert (die SU will Flugzeuge vom Typ Sukhoi an die peruanische Luftwaffe liefern). Sie befinden sich auch im Gegensatz zu Cuba (Fidel Castro hat vor zwei Monaten jegliche Verbindung zu den Senderistas demontiert). Und sie greifen auch die maoistische Partei Pairie Roja an, die sie als Verräter bezeichnen, weil sie Deng Xiao Ping unterstützt. Sie beteiligen sich an keinem gewerkschaftlichen Kampf ... Sie schützen die Diskussion und die konkreten Kämpfe des Volkes gering, wie Erhöhung der Lebenshaltungskosten, Arbeitslosigkeit, Verringerung des Reallohns etc. Sie unterstützen allein die MOTC (Bewegung der klassenkämpferischen Arbeiter), eine begrenzte „Massen“-bewegung, und sie kontrollieren in Ayacucho den Verband der Uni-Professoren und der Studenten (FUES), aus dem sie die Mehrheit ihrer Militanten gewinnen.

Eine Tatsache bleibt unumkehrbar: Der Senderismus hat — ob mit Fehlern oder nicht — den Kampf gegen die Streitkräfte wieder in Gang gebracht, dieselben Streitkräfte, die 1965 während der ersten Regierungszeit von Belaunde Terry gegen andere Guerillas und gegen andere bewaffnete Bewegungen vorgegangen sind, was Belaunde die Präsidentschaft gekostet hat. Die Situation von heute, eine von der legalen Linken isolierte Guerilla, im Rahmen einer eingeschränkten Demokratie mit wachsender Repression und inmitten einer ausgespitzten wirtschaftlichen Krise, kann zur gleichen „Lösung“ führen wie damals: Staatsstreich oder die Militarisierung der Staatsmacht. Nur daß es heute keinen Raum gibt für „nationalistische“ Experimente der Militärs. Der Velasquismus ist seit Jahren tot. Er starb an sich selber, an seinem bürgerlichen Reformismus (6).

## Anmerkungen

### Anmerkungen

- 1) Die „Lateinamerikaner“ sind zu beziehen über c/o FDCL im Mehringhof, Gneissstr. 2 1000 Berlin West 81. Außerdem gab es im „iz3w“, Nr. 108 einen sehr einseitigen mit Behauptungen und unbewiesenen Aussagen gespickten Artikel, zu dem eine Stellungnahme im „Bulletin Informativo del Partido Comunista del Peru“ von April 1983 vorliegt. Dies und etwas (nicht viel) weiteres Material können wir auf Anfrage kopieren — und verschicken. (Arbeiterkampf-Adresse, Lateinamerika-Kommission).
- 2) José Carlos Mariátegui, Gründer der Sozialistischen Partei Perus in den 20er Jahren, gehört zu den bedeutendsten Marxisten Lateinamerikas. Neben zahlreichen Artikeln und Aufsätzen hat er mit seinen „7 Essays über die peruanische Wirklichkeit“ versucht, einen nicht-europäischen, an den lateinamerikanischen Bedingungen orientierten Weg der Revolution zu entwickeln.
- 3) Es ist laut Punto Final offensichtlich so, daß Sendero keine festen kontinuierlich zusammengeordneten Guerillaeinheiten bildet, die auf Dauer in einem Gebiet operieren, sondern die Gruppen werden für Aktionen zusammengestellt und lösen sich anschließend auf.
- 4) Anfang der 60er Jahre gab es in Peru nicht nur eine starke Bauernbewegung, sondern auch mehrere starke Guerillabewegungen, die 1965 in 4 Fronten kämpften. Eine

Fortsetzung nächste Seite



Mariátegui stehend (2) Auf jeden Fall ist Sendero Luminoso eine nicht zu leugnende Tatsache im Peru unserer Tage. Seit ihrem öffentlichen Auftreten im Mai 1981 haben sie — laut Aussagen der peruanischen Polizei — 2.300 Attentate hauptsächlich mit Dynamit durchgeführt (Nach Angaben von Sendero: über 3.500 Aktionen, Ann. AK). Durch ihre Aktionen und die hemmungslose Repression gegen sie kommt eine Zahl von fast 200 Toten zustande, darunter Mitglieder der Sicherheitskräfte, Zivilisten und Guerilleros. Ihr hauptsächliches Aktionsgebiet ist die Region von Ayacucho, dort wo die letzte Schlacht der Unabhängigkeits Lateinamerikas von Simon Bolívar Oberbefehlshaber Sucre gewonnen wurde. Und es ist ebenfalls Ayacucho, wo seit dem 30. Dezember 82 das peruanische Heer eine breitangelegte Operation gegen die Guerilla durchführt, mit dem Ziel die „Senderistas“ — wie sie meistens bezeichnet werden — zu vernichten.

Vier Tage vorher hatte Präsident Belaunde der Guerilla ein Ultimatum gestellt: 72 Stunden Frist, um sich zu ergeben, sonst sollte das Heer mit dem unerbittlichen Kampf in der Andenregion beginnen. Die Antwort war ablehnend. Nicht ein Bedenken stellte sich. Und die Regierung verfolgte ihren Plan, erklärte neun Provinzen von Ayacucho, Apurimac und Huancavel-



# US-Putsch in Guatemala

Am 8. August wurde Rios Montt durch einen Staatsstreich unter Führung des Verteidigungsministers Oscar Mejia Victores gestürzt. Die Einnahme des Präsidentenpalastes forderte 25 Verletzte und 5 Tote. Gegen Mittag unterzeichnete Rios Montt die Kapitulation — in Anwesenheit des stellvertretenden US-Militärattaché Major Marcade. (1)

Der Militärputsch gegen Rios Montt kam alles andere als überraschend. In den letzten drei Monaten sah sich Rios Montt zusehends isoliert von der großen Mehrheit des herrschenden Blocks, deren Kritik sich im wesentlichen auf drei Punkte konzentrierte:

- die Steuerreform, insbesondere die Einführung der Mehrwertsteuer zum 1.8. Damit wollte Rios Montt die Auflage des IWF erfüllen, die die Einführung bzw. Erhöhung von Steuern aller Geschäftsleute vorschah. Luxusartikel mit einem besonderen Importzuschlag belegte, eine rigide staatliche Devisenkontrolle sowie eine 10%-Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel forderte. Während die Verbände der Kaffee- und Baumwollproduzenten, für die die Exporteureisen wesentlich gesenkt werden sollten, die Steuerreform begrüßten, wurde sie von allen anderen Kapitalfraktionen entschieden abgelehnt. (2)
- die Frage des endgültigen Wahltermins und der damit verbundenen Wiederbeteiligung der (rechten) Parteien an der Macht. (3) Rios Montt hatte zwar das öfteren eine „demokratische Öffnung“ angekündigt, sich aber stets geweigert, einen endgültigen Wahltermin festzusetzen.
- das gestörte Verhältnis der Rios Montt-Regierung zu den USA. Die Widersprüche zur US-Regierung bezogen sich nicht auf die Innenpolitik des Diktators, sondern auf seine mangelnde Bereitschaft, sich vollständig in die regionale Strategie der USA zur Aufstandsbekämpfung und zum Sturz der Sandinisten in Nicaragua einzufügen.

Zur allgemeinen Unzufriedenheit kam verstärkend hinzu, daß sich Rios Montt aufgrund seines religiösen Fanatismus die Kritik des Vatikans und der guatemaltekischen Kirchenhierarchie eingehandelt hatte und dadurch außenpolitisch (selbst für die Reagan-

Administration) zu einer immer untragbareren Figur wurde.

Rios Montt gehört einer US-amerikanischen Sekte an, der Evangelischen Kirche des Wortes, deren Lehre auf der Vorstellung basiert, daß der Einzelne sein Los durch individuelle Leistung verbessern muß. Demzufolge erklärte er kommunismus zur Totwunde und gab vor, bei seinen Aktionen — u.a. die Tötung von 14 000 Menschen in den letzten 12 Monaten (4) — direkt von Gott inspiriert zu sein. Zum Eklat zwischen dem Diktator und dem Katholizismus kam es Anfang März dieses Jahres als Rios Montt — trotz eines Gnädigkeitsbesuchs des Vatikans — zwei Tage vor dem Papstbesuch in Guatemala sechs Menschen durch ein Sondergericht hinrichten ließ.

Zu einer der ersten Maßnahmen des neuen Präsidenten, dem katholischen Mejia Victores, gehörte daher auch — als Geste gegenüber der katholischen Kirche — die Abschaffung der von Rios Montt eingeführten Sondergerichte. Entscheidender als die sich abzeichnende Aussöhnung zwischen der neuen Regierung und der katholischen Kirche, die den Putsch ausdrücklich begrüßte, ist allerdings die vollständige Einbeziehung Guatemalas in die Rollback-Strategie der US-Regierung in Mittelamerika.

## Koalition gegen die Sandinisten

„Wir waren durch den Staatsstreich völlig überrascht“, ließ der Sprecher des State Department, John Hughes, wissen. (5) Klar!

48 Stunden vor dem Putsch traf Mejia Victores in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Oberbefehlshaber der US-Truppen in der Panama-Kanalzone, General Fred Woerner, zusammen. (6) Noch am gleichen Tage fand auf dem vor der nicara-

guanischen Küste kreuzenden US-Flugzeugträger „Ranger“ eine Unterredung statt unter Beteiligung des neuen Dreiergespanns: anwesend waren der honduranische Armeechef Alvarez, der salvadorianische Kriegsminister Vides Cavanova und natürlich der neue Präsident Guatemalas Mejia Victores. (7) Einen Tag später — 24 Stunden vor dem Putsch — traf Mejia Victores mit McCormack, Beamter im US-Außenministerium, in Guatemala-Stadt zusammen. (8) Der ins Präsidentenamt geputschte General bekräftigte seine volle Unterstützung für die Mittelamerikapolitik der Reagan-Regierung, die gegenüber „der Aggression Nicaragua“ angebracht sei, und forderte die USA auf, eigene Truppen in Mittelamerika einzusetzen. (9) — Gleichzeitig sprach Mejia Victores den Friedensvorschlag der aus Mexiko, Venezuela, Panama und Kolumbien bestehenden Contradora-Gruppe jede Berechtigung ab, da die Probleme „von den Ländern Mittelamerikas allein gelöst werden müßten“ (10).

Nachdem die US-Regierung bereits Honduras zu einem Aufmarschgebiet der Konterrevolution ausgebaut und eine enge Kooperation zwischen der honduranischen und salvadorianischen Militärmachinerie hergestellt hat, soll durch die Einbeziehung Guatemalas ein noch effektiveres und koordinierteres Vorgehen gegen die Befreiungsbewegungen und die sandinistische Revolution erreicht werden.

Das erste eindeutige Indiz in der Herausbildung dieser Dreier-Koalition ist das bereits kurze Zeit nach dem Putsch vom 8. August unterzeichnete Abkommen zwischen der guatemaltekischen und salvadorianischen Regierung. Dieses Abkommen sieht vor, daß die guatemaltekische Armee salvadorianische Soldaten im Anti-Guerrillakampf ausbildet und unterstützt, als Gegenleistung bekommt Guatemala Militärausrüstung der salvadorianischen Armee. (11)

In der Bekämpfung der „Subversion“ steht General Mejia Victores voll und ganz in der Nachfolge des Rios Montt Regimes, das in der Aufstandsbekämpfung relativ erfolgreich war. Das Vorgehen der Regierung Rios Montt gegen die guatemaltekische Befreiungsbewegung war auch nicht Gegenstand der Kritik des neuen Präsidenten. Rios Montts Anti-Guerrilla Strategie der „Gewehre und Bohnen“

bestand im wesentlichen darin, daß die Bevölkerung im Hochland und in strategisch wichtigen Gebieten einerseits mit Lebensmitteln versorgt wurde und daß ein Teil der Einwohner andererseits in bewaffneten Milizen organisiert wurde, um die Bevölkerung zu kontrollieren bzw. gegebenenfalls zu massakrieren. Das Ergebnis dieser Vorgehensweise ist, daß sich (laut amnesty international) über eine halbe Million Guatemalaken auf der Flucht befinden (bei einer Gesamtbevölkerung von 7,5 Mill.) und daß in den letzten 12 Monaten 14 000 Menschen durch das Militär oder paramilitärische Verbände umgebracht wurden.

## Guerrilla

Daß die vier in der URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca) vereinten Guerilla-Gruppen zwar zurückgedrängt, aber nicht zerschlagen werden konnten, beweisen die verstärkten Guerillaaktivitäten in den letzten beiden Monaten.

Außer mehreren Anschlägen auf zwei Polizeistationen in der Nähe der Hauptstadt wurden am 9. und 10. Juli Gefechte zwischen Armee und Guerilla gemeldet, wobei die Regierungstruppen nach eigenen Angaben erhebliche Verluste zu verzeichnen hatten (12). In Mexiko erklärte die Guerrillaorganisation FAR, daß unter dem neuen Präsidenten eine noch „stärkere Repression“ zu erwarten sei; die Zielsetzung der Regierung bestehe in dem „Versuch, die revolutionären Organisationen auszumerzen und zusammen mit den Streitkräften von Honduras und El Salvador an den Kriegsbemühungen Reagan in Mittelamerika teilzunehmen“. Gleichzeitig bekräftigte die FAR ihren Willen, den bewaffneten Kampf fortzusetzen, da er „die einzige Lösung zum Sturz der Militärdiktatur“ sei. (13)

Nicht nur die Guerilla könnte den Putsch-General in Schwierigkeiten bringen, sondern auch Teile des Militärs, das in Guatemala aus mehreren rivalisierenden Fraktionen besteht. Am 10.8. — zwei Tage nach dem Putsch — wurde die Sendung des in der Hauptstadt stationierten Rundfunksenders „Radio Nueva Mundo“ für kurze Zeit unterbrochen und im Namen „Junger Offiziere“ mitgeteilt: „Wir akzeptieren den Regierungschef nicht, der uns auf-

gezwungen wurde. Er ist verantwortlich für die Massaker.“ (14) Das Wort Massaker war ein unmissverständlicher Hinweis auf die Verantwortlichkeit und Beteiligung von General Mejia Victores an der Ausradierung ganzer Indio-Dörfer bei Aktionen gegen die Befreiungsbewegung.

Was von der „Demokratisierung“, die Mejia Victores angekündigt hat, zu halten ist, kündigte die der neuen Regierung nahestehende ultra-rechte Partei MLN bereits an. Auf die Frage ob bei den von dem neuen Präsidenten angekündigten „Wahlen“ die linken Parteien zugelassen werden, antwortete der Vorsitzende der MLN, Sandoval Alarcon, daß eine linke Partei in Guatemala sowieso nur die Christlich Demokratische Partei sei. „Links davon gibt es nur noch Gräber.“ (15)

Internationalismus Kommunisten  
KB/Gruppe Göttingen

## Anmerkungen:

- 1) FAZ, 10.8., taz, 10.8. Ides, 12.8.
- 2) Guatemala Rundbrief Nr. 31, 5.8.83
- 3) Neben den ultra-rechten Parteien existiert nur die Christlich Demokratische Partei, die der politischen Mitte zuzurechnen ist. Sämtliche linke Parteien sind verboten.
- 4) FAZ, 10.8. — Angaben nach amnesty international.
- 5) FAZ, 11.8. — In Bezug auf John Hughes möchten wir uns der Empfehlung anschließen, die der „Konkret“-Herausgeber Hermann L. Gremli zu dem FAZ-Herausgeber Johann Georg Reilmüller gegeben hat: „Wenn es Wahrheit ist, daß Lügen kurze Beinchen haben, sollte Reilmüller Wege mit Rollstühlen meiden. Er könnte sich den Becken ausschuttern.“ (Konkret 8/83)
- 6) taz, 10.8. FAZ, 10./11.8.
- 7) FAZ, 10.8., Ides, 12.8.
- 8) FAZ, 10.8.
- 9) FR, 10.8., FAZ, 10.8.
- 10) FAZ, 10.8.
- 11) FAZ, 10.8.
- 12) Söddt. Zeitung, 12.7.; Ides, 5.8.
- 13) el pais, 9./10.8. — Zit. nach Ides, 12.8.
- 14) FAZ, 11.8.
- 15) FAZ, 10.8.

## Erklärung von Familienangehörigen der aus politischen Gründen Verschwundenen und Verhafteten

# Antwort auf ein zynisches Dokument

Die gegenwärtige Militärjunta, Nachfolgerin der Junta, die seit dem 24. März 1976 die Macht innehaben, hat sich eine Repräsentativität angemaßt, die das Volk ihr niemals gegeben hat, hat die Wahrheit verdreht, die Tatsachen verfälscht, die von militärischen Kommandos begangenen Greueln vertuscht und gerechtfertigt, als sie einen Bericht bekanntgab, der in Wirklichkeit eine wahrhaftige Gegenverfassung ist. Damit möchte sie einen Schlußstrich ziehen unter das dramatische Problem von Tausenden von Verhafteten und Verschwundenen.

Gestützt auf geheime Erlasse der verfassungsmäßigen Regierung, die sie später stürzte, will die Militärjunta nicht nur das rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist, sondern in einem wahrhaft mittelalterlichen Geist die Untersuchung und die Verurteilung ihrer illegalen Handlungen der von der Verfassung eingerichteten Justiz entziehen, um sie dem Unheil Oottes und der Geschichte zu überlassen.

Die Militärjunta macht, mit dem üblichen Zynismus die Tatsachen verdre-

hend, aus unseren Verhafteten, Verschwundenen, Flüchtigen, Untergetauchten, bei Zusammenstößen Gefallenen und nicht identifizierbare Wesen.

Wir haben es uns anderemal die Falschheit dieser Behauptungen bewiesen.

Flüchtig und untergetaucht jene, die in 82% der Fälle lebendig aus ihren Häusern, von ihren Arbeits- und Studienplätzen oder von der Straße weggeholt wurden, vor den Augen ihrer Angehörigen, Freunde oder Nachbarn — machtlosen Zeugen, die sahen, wie man sie geknebelt und mit verbundenen Augen weggeschleppte?

Von welchen Zusammenstößen ist die Rede? Zusammenstöße, bei denen es keine Verwundenen und keine Überlebenden gab? In Schulen, Häusern, Kinos, Fabriken, Bars?

Wer wird nicht identifizierbar genannt? In unserem Land ist als einem der wenigen der Welt die Registrierung der Fingerabdrücke aller Einwohner von Kindheit an obligatorisch und diese Fingerabdrücke werden mit einer hochentwickelten erkenntnisdienli-

chen Technik bei den 6 Geheimdiensten gespeichert.

40% der Verhafteten und Verschwundenen sind Arbeiter aller Industriezweige, einige Gewerkschaftsführer, andere Fabrikdelegierte, die Mehrzahl einfache Arbeiter, die für gerechte Forderungen kämpfen. Andere sind Oberschüler und Studenten, Selbständige und der Rest Hausfrauen, Priester und Nonnen, Händler, Künstler usw. Es gibt Verschwundene mit 83 Jahren und mit 20 Tagen, Babys, Kinder, Heranwachsende, schwangere Frauen.

Bei welchen bewaffneten Zusammenstößen verschwanden diese Personen? Einmal mehr tritt die Militärmacht die Würde des argentinischen Volkes mit Füßen, mißachtet seine Sensibilität und Denkfähigkeit und hat damit eine allgemeine Abscheu im Innern wie im Ausland erregt.

Die Militärjunta bietet uns aber das Innenministerium Angaben an — in denselben Büros, die wir 6 Jahre lang erfolglos aufgesucht haben und wo wir niemals eine einzige Information bekommen haben. Mit diesem Angebot versucht sie jetzt, die öffentliche Meinung zu verwirren.

Die Militärjunta sagt, sie wolle „ihren Teil der historischen Verantwortung, der ihr von der Nation zukommt“ übernehmen. So ist es nicht. Sie geben ihre Schuld zu, erklären sich aber juristisch und politisch für nicht verantwortlich, indem sie die Justiz umgehen wollen und ihre Handlungen menschenlich als „Handlungen des Dienstes“ erklären. Als ob man Folter, Entführungen und Morde als „Handlungen des Dienstes“ bezeichnen könnte.

Die Militärjunta ist vom Volk identifiziert worden als alleinige Verantwortliche für die Durchführung des finsternen Repressionsplanes. Jetzt versucht sie, andere Sektoren und Institutionen der Kompensierung im Handeln oder durch Unterlassung anzuklagen und

sie sich so zur Richterlin auf, wo sie Angeklagte ist. Die Militärjunta sagt, das sei „alles, was sie zur Kenntnisnahme der Nation habe“.

Wir Familienangehörigen der aus politischen Gründen Verschwundenen und Verhafteten sagen:

— Es wurden keine „Fehler“ bei der Repression begangen. Sie war nach einem vorgefaßten Plan perfekt strukturiert und organisiert. Der Staatsterrorismus, der von den Oberbefehlshabern ausging und durchgeführt wurde, hatte die Ausschaltung der politischen und ideologischen Opposition und die Errichtung des Terrors zum Ziel, um die ganze Bevölkerung zum Schweigen zu bringen — ohne Rücksicht darauf, ob es Opfer am Rande der repressiven Handlungen gäbe.

— Es war notwendig, diesen finsternen Repressionsplan zu verwirklichen, der Tausende von Bürgern ins Gefängnis, in die Folter, in den Tod, in das Verschwunden und ins Exil getrieben hat, um die Wirtschaftspolitik des Ausverkaufes an den Imperialismus durchführen zu können, die Hunger und Arbeitslosigkeit gebracht hat.

— Es ist monströs, wenn die Junta sagt, sie würde auf gleiche Weise wieder handeln, wenn immer es notwendig wird und dabei von den gesammelten Erfahrungen profitieren: Sie zeigt damit, daß sie bereit und vorbereitet ist, zu jedem Augenblick den ganzen Schrecken zu wiederholen, den wir in den letzten Jahren durchlebt haben, mit Folgen, die vielleicht noch tragischer sind als in der unmittelbaren Vergangenheit.

— Der finstere illegale Repressionsapparat, der die „Diensthandlungen“ durchgeführt hat und drohend über dem argentinischen Volk schwebt, muß sofort zerschlagen werden,

denn er ist eine ständige Bedrohung für die Prinzipien der Demokratie und für eine verfassungsmäßige Regierung, solange er als parallele Macht existiert.

- Es ist weder juristisch noch verfassungsmäßig möglich, mit einem einzigen Federstrich, ohne irgendeinen Beweis, Tausende von Verhafteten, Verschwundenen für tot zu erklären. Weder die Verfassung noch die Gewetze sehen eine Toderklärung dieser Art vor. Deshalb ist diese juristische Verirrung ein Beweis mehr für die Illegalität der Junta.
- Wir bekräftigen einmal mehr unsere Gewißheit, daß es geheime Gefängnisse gibt, in denen Verschwundene leben.
- Mit der Unterstützung des argentinischen Volkes wird es unserem Kampf gelingen, sie aus diesen Gefängnissen zu befreien, in denen sie seit Jahren unermenschlich leiden.
- Heute halten wir mehr denn je unsere Fahne der Wahrheit und der Gerechtigkeit hoch.

- Lebendiges Wiederauftauchen der Verhafteten, Verschwundenen, die im illegalen und geheimen Gefängnissen seit Jahren unermenschlich leiden.
- Sofortige Herausgabe der verschwundenen Kinder an ihre legitimen Familien.
- Freiheit für alle politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen.
- Untersuchung der nicht-identifizierten Leichen, die in Gräbern gefunden werden.
- Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen für Entführungen, Folter und Morde.
- Auflösung des Repressionsapparates, der ungestraft einschüchtert und entführt.

## Forts. von vorheriger Seite

besonders Rolle spielte dabei (neben anderen) der MIR, der von Luis de la Puente gegründet und von ihm gemeinsam mit Guillermo Lobaton geleitet wurde. Hector Bajar, ebenfalls Mitglied der Guerrilla von 1965, hat seine Erfahrungen aus der Guerrilla aufgeschrieben: „Peru 1965“, eds Nr. 421, 1970.

5) „In dieser Beziehung spielt die Land-Stadt-Strategie der PCdE eine große Rolle, nach der die betroffenen Zonen aus den Marktbeziehungen ausgekoppelt werden, um den Versorgungskreislauf des Wirtschaftssystems zu schwächen, die

Stadtbewölkerung zu mobilisieren und eine solide Basis für den revolutionären Kampf zu schaffen.“ („Lateinamerikanische Nachrichten“, Nr. 115, S. 82).

- 6) Daß in Peru ein erneuter Putsch der Militärs nicht ausgeschlossen werden kann, erscheint klar. Die Militarisierung der Staatsmacht, die Einbeziehung der Militärs in die Guerrillabekämpfung ist ja bereits in vollem Gange. Wir halten es aber für falsch, dafür die Linke, speziell die bewaffnet kämpfende Linke verantwortlich zu machen. Dies geschieht in Punto Final zwar nicht explizit, wird aber offengelassen.



# Europäische Atomstreitmacht durch Schnelle Brüter

Der erbitterte Widerstand aller damaligen Bundestagsparteien gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrevertrages in den Jahren 1966-74 war nicht erfolglos. Die BRD konnte sich innerhalb dieses Vertragswerks das Recht auf Atomwaffenbesitz im Rahmen der „europäischen Option“ sichern.

Wenn alles „klare geht“, wird die BRD schon in einem Jahr einen maßgeblichen Plutoniumberg — made in Germany — für den Bau von (vorerst) französischen Atomwaffen geliefert und die angepöhlte „europäische Option“ ein kleines Stück vorangebracht haben. Gemeint ist die 1984 geplante Inbetriebnahme des „Schnellen Brütters“ von Malville, der den akuten französischen Plutonium-Engpaß für weitere Atomwaffen besorgen soll (vgl. AK 229, S. 13).

Die BRD ist an diesem Atombombenbrüter zu 16 % beteiligt; sie wird zu mindestens 16 % den „Superphénix“ mit BRD-Plutonium für die Entladung zuzustellen. Von der Bundesregierung wurde die Beteiligung an dem französischen Atomwaffenprogramm sowohl geltend (von Forschungsminister Riesenhuber, der mittlerweile auch offiziell eingeständene militärische Funktion des „Superphénix“ schlicht bestreitet) als auch zugegeben (von Mertes, CDU-Staatsminister im

Auswärtigen Amt, der diese Politik durch den Atomwaffensperrevertrag gedeckt sieht).

In der Öffentlichkeit und insbesondere innerhalb der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung wird dieser Aspekt der BRD-Außenpolitik bislang kaum beachtet. Ein Anfang Mai '83 vom BRU und der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) veranstaltetes internationales Brüter-Hearing zum Thema „Zivile Atombombenproduktion“ verläuft mit Ausnahme eines „Ist“-Beitrages bislang völlig ungehört.

Im folgenden dokumentieren wir — nach einer knappen Erläuterung der für Militärs so interessanten Eigenschaften des Schnellen Brütters — den vom AGÖF-Sprecher Helmut Hirsch verfaßten Abschlußbericht des Brüterhearings (nach Tonbandmitschrift leicht gekürzt) sowie einen bereits 1981 verfaßten Beitrag der Pariser „Groupe Energie et Développement“ um Yves Lenoir, Physiker und Teilnehmer des Gorleben-Hearings 1979 und des Brüter-Hearings '83, der hier — soweit uns bekannt — erstmals in deutscher Sprache erscheint.

AKW-Nein-Kommission

## Groupe Energie et Développement(Paris) Schnelle Brüter und Kernwaffen

### Der schnelle Weg zum Plutonium

Vier Wege bieten sich an, um das für moderne Atomwaffen unerläßliche Plutonium 239 zu gewinnen. Im Vergleich zeigen sich die besonderen Vorteile der militärischen Nutzung Schneller Brüter: Als einzige Anlage ist er in der Lage, gleichzeitig Strom und waffenfähiges Plutonium zu erzeugen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Atombombenherstellung kann hinter energiepolitischen „Notwendigkeiten“ verborgen und zudem über das Anzapfen von Stromkunden relativ preisgünstig realisiert werden.

Die in den USA gebräuchlichen militärischen Produktionsreaktoren können keinen Strom erzeugen, da ihre Brennelemente nach bereits 14-tägiger Bestrahlung aus dem Verkehr gezogen und zur Abtrennung (geringer) Plutoniummengen wiederaufgearbeitet werden müssen. Bei längerer Bestrahlung (die für kommerzielle Reaktoren unerlässlich ist) verändert sich die Plutoniumzusammensetzung derart, daß bestenfalls sehr „grobschlächtige“ Bomben gewonnen werden könnten.

Die in Frankreich und Großbritannien gebräuchlichen Magnox-Reaktoren können entweder Strom oder Waffenplutonium erzeugen und arbeiten somit etwas kostengünstiger als reine Militärreaktoren. Zurück bleiben entweder hochabgebrannte Brennelemente nach Dauerbetrieb (=Stromerzeugung) oder Waffenplutonium, das nach Reaktorstillbetrieb in den militärischen Wiederaufbereitungsanlagen von Marcoule und Windscale abgetrennt wird.

Die völlige Verquickung ziviler und militärischer Atomprogramme soll ebenfalls die Laserisotopenanreicherung ermöglichen, nach der seit Jahren u.a. in den USA und der BRD geforscht wird (s. AK 224, S. 24). Per Laserstrahl sollen die verunreinigenden Plutoniumbestandteile langbestrahlter Brennelemente abgetrennt und Plutonium 239 angereichert werden. In Verbindung mit der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Barnwell soll in den USA in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine Demonstrationsanlage zur Laseranreicherung gebaut werden, um endlich die Berge abgebrannten Atomwastes aus Atomkraftwerken militärisch ausbauen zu können.

Die Schnellen Brüter, die hingegen in Frankreich bereits in Betrieb bzw. im Bau sind, erlauben es, gleichzeitig große Mengen Strom sowie waffenfähiges Plutonium zu produzieren. Diese Anlagen sind sozusagen Umwandler von Plutonium-Isotopen: sie verbrauchen im Reaktorkern Plutonium, das aus abgebrannten Brennelementen derzeit betriebener Reaktortypen stammt und produzieren im Brutmantel aus dem Urin praktisch reines Plutonium 239. Die theoretische Produktionskapazität an Waffen-Plutonium der Brüter Phénix und Superphénix entspricht ungeachtet 33 bzw. 110 Atomsprenghäfen pro Jahr. (So der französische Physiker Yves Lenoir anläßlich des BRU-Hearings „Zivile Atombombenproduktion“, Mai 83). Wie der Name sagt, wird das Uran im Schnellen Brüter

mit schnellen Neutronen beschossen, während bei allen bisher genannten Reaktortypen langsame (d.h. abgebremste) Neutronen verwendet werden. Was den Militärs nun sehr gut in den Kram paßt, ist der physikalische Tatbestand, daß speziell durch schnelle Neutronen die Bildung des Waffenplutoniums 239 gefördert und das Entstehen unserer Plutoniumisotope verhindert wird. Kurz: je schneller die Neutronen, desto besser für das Plutonium. Dies macht den Schnellen Brüter zum idealen Zwei-Zweck-Reaktor: Er kann jahrelang kommerziell genutzt werden, ohne daß die Plutoniumqualität wesentlichen Schaden nimmt. Erbrütet wird das begehrte Plutonium 239 im „Brutmantel“ des Schnellen Brütters. Dieser ist axial und radial um die eigentlichen Brennelemente gelagert, die die Wärme und somit den Strom produzieren. Auch ohne die Gesamtanlage absteilen zu müssen, lassen sich Teile des „Brutmantels“ auswechseln. Die Plutoniumabtrennung aus diesen Brennelementen ist weitestgehend problematischer als die Wiederaufbereitung von Reaktorkernbrennstäben. Zudem gilt, daß auch unrentable Brüter, die kein Extra-Plutonium schaffen und auch kommerziell wenig leisten, zumindest eines zustandebringen: die Umwandlung von Brutmantel-Uran in Plutonium.

Daß dies der eigentliche Sinn des Schnellen Brüter-Programms in Frankreich ist, wird mittlerweile offen zugegeben. In der amerikanischen Zeitschrift „Nucleonics Week“ verkündete am 23.4.83 der Chef des französischen Atomenergie-Kommissariats, Michel Pécqueur, die im Brüter erzeugten Stoffe seien „frei“, d.h. sie fallen nicht unter die internationalen Vereinbarungen für die ausschließlich friedliche Nutzung und „Frankreich hat die Absicht, diese freien Materialien für seine Militärprogramme zu nutzen.“

Eine Woche später machte sich Pécqueur — diesmal im Namen der Superphénix-Erbauer Frankreich, BRD, Italien und Belgien — für eine Internationalisierung der Plutoniumanlieferung stark und rief zur Bildung einer „Internationalen der Schnellen Brüter“ auf. Insbesondere will man sich um die Beteiligung Großbritanniens und anderer europäischer Staaten, aber auch um die Zusammenarbeit mit den USA und Japan bemühen. („FAZ“, 30.4.83).

Um Plutonium 239 aus den Brütern zu filtern ist eine recht komplizierte Wiederaufbereitungsanlage für Brütterelemente nötig, die in Frankreich nach älteren Angaben (vgl. AK 199) 1983 in Betrieb gehen soll. In der BRD scheint man die potentiellen Kalkar-„Schätze“ auf kürzerem Weg einsacken zu wollen; in der April-Ausgabe der „Atomwirtschaft“ wird berichtet, daß zur Zeit „noch einmal“ überlegt werden soll, ob sich die Brennelemente für Kalkar nicht so umkonstruieren lassen, daß sie hinterher in der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Draguhn oder Schwandorf wiederaufarbeitbar und

Paul Gränet, ehemaliger Abgeordneter und Minister und stellvertretender Generalsekretär der „Défense Nationale“, erklärt im Jahre 1978 in „Le Monde“ unter dem Titel „Die nationale Sicherheit und die europäische Verteidigungsstrategie“: „... Es wäre wünschenswert, daß sich im Laufe der Zeit ein europäisches Bewußtsein herauskristallisiert, eine Doktrin, der Wille zu einer gemeinsamen Verteidigung. Dieses Ziel könnte durch drei Maßnahmen erreicht werden:

1. Durch eine gemeinsame Institution, deren Aufgabe darin besteht, strategische Untersuchungen anzustellen, und einen Ausschuß aller europäischen Verteidigungsminister
2. Durch den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Waffenherstellung
3. Durch eine enge Zusammenarbeit auf zwei Gebieten, die mit der Verteidigung direkt verbunden sind und die schon morgen von großer Bedeutung sein werden: Die Raumforschung und der nukleare Brennstoffzyklus. Allerdings würde die Vereinheitlichung der taktischen Atomwaffen bis zum Jahr 2000 die europäische Militärstrategie vollkommen umkrempeln. Zu diesem Zeitpunkt nämlich hätten gut fünfzig Staaten, und insbesondere alle europäischen, die Atombombe und ihre Abkömmlinge zur Verfügung.“

nur noch einen gut jungen Mann, und insbesondere alle europäischen, die Atombombe und ihre Abkömmlinge zur Verfügung.“

Und in einem Vortrag auf der 11. Sitzung des „Centre des Hautes Etudes de l'Armement“ am 3. Oktober 1974 in Paris sagte André Giraud, seinerzeit Hauptgeschäftsführer des CEA: „Wenn solche Waffen (die taktischen Kernwaffen) hinreichend vermehrt werden, könnten sie das Mittel schlechthin sein, das völlig unzureichende Waffenpotential im Bereich der konventionellen Waffen zu ergänzen und somit das militärische Gleichgewicht wiederherzustellen. Zu diesem Zweck sollte Frankreich eine Schiedsrichterfunktion zugesprochen werden, dem einzigen europäischen Land, das

in Frage kommt. Frankreich sollte dabei nach seinen eigenen Interessen verfahren. Aufgrund seiner hochentwickelten Techniken und der noch zu erwartenden Fortschritte in der Kernforschung kann es einen Anspruch auf eine Vormachtstellung in der Politik erheben. Dies sollten vor allem die beiden Supermächte zur Kenntnis nehmen, denn, wie auch immer ihre Bündnisse aussehen mögen, sie können nicht das kommende Europa und auch nicht das heutige außer acht lassen. Abgesehen von der eigenen Verteidigung könnte Frankreich genau hier seine Fähigkeit zu großer Stärke beweisen, die ihm aus den Erfahrungen in der Herstellung von Kernwaffen erwachsen... Aufgrund seiner militärischen und politischen Kapazität und der Rolle, die Frankreich in der Versorgung mit spaltbarem Material spielen wird, sowie der Weiterentwicklung seiner Reaktorindustrie und der Meisterchaft im Ingenieurwesen — besonders auf dem Gebiet der Brutreaktoren und der Anlagen zur Herstellung von angereichertem Uran und von Plutonium — aufgrund all dieser Tatsachen erscheint mir die Behauptung nicht übertrieben, daß Frankreich dabei ist, sich zu einer großen Atommacht zu entwickeln. Hoffentlich ist es uns möglich, diesen Weg auch zu Ende zu gehen.“

#### Fragen:

a) Sollte dies so zu verstehen sein,

#### Fragen:

- a) Sollte dies so zu verstehen sein, daß Atomkraft für friedliche und für militärische Zwecke durch ein gemeinsames Entwicklungsschema miteinander verbunden sind? Das stünde im Widerspruch zu allen bisherigen Erklärungen.
- b) Würde eine französische nukleare Streitmacht nicht unversehens zu einer europäischen werden?

#### Antworten

General Thury erklärt am 19. Januar 1978 in „Le Monde“: „Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeder Art und

jeder Sprengkraft herzustellen... Wir könnten sie in großer Zahl produzieren, sobald die Brutreaktoren die für eine solche Produktion nötige Menge an Plutonium liefern können. Welch eine Chance für Europa und Frankreich, denn so ist es uns möglich, die Abschreckung zu erweitern und damit die Freiheit zu garantieren.“

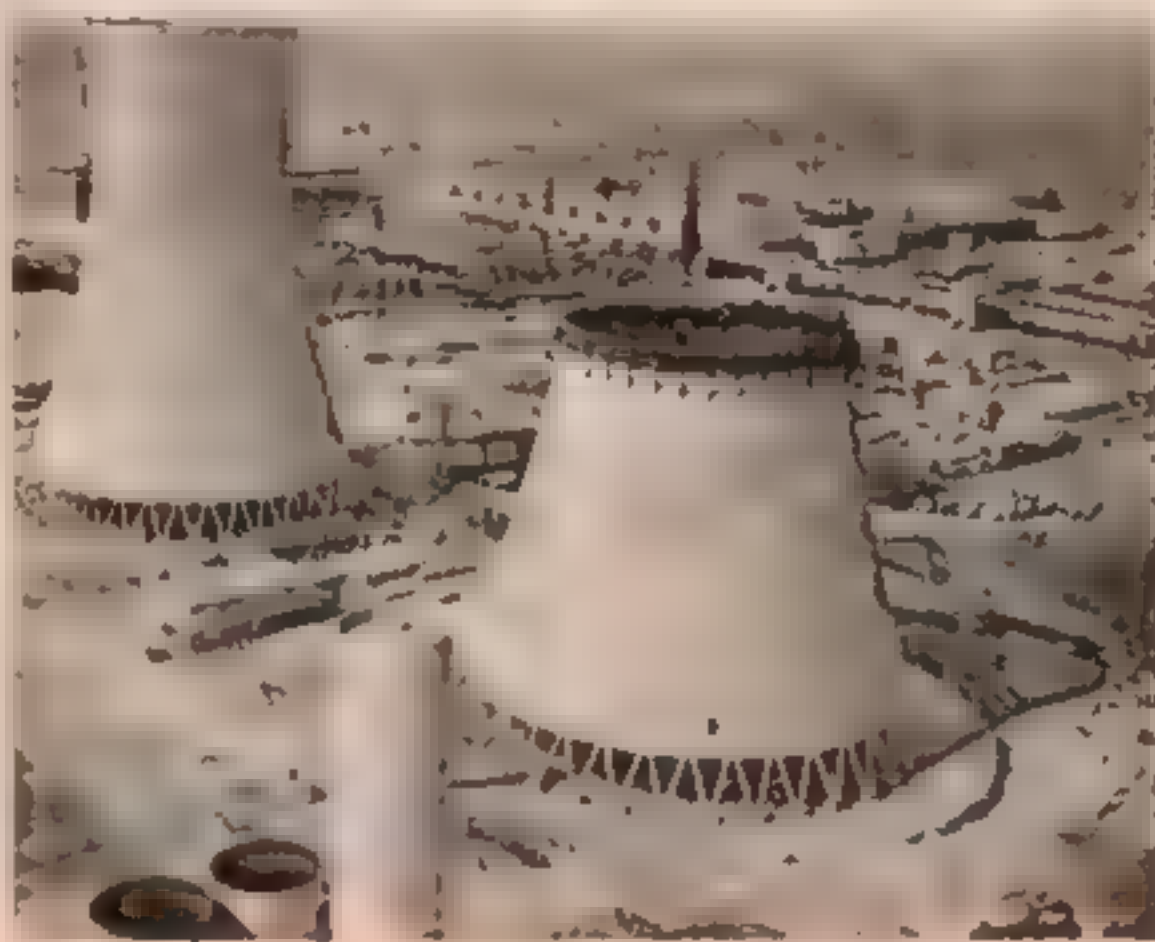
In der Tat: a) es wird allgemein zugestanden, daß der Brüterzyklus noch lange nicht wirtschaftlich wettbewerbsfähig sein wird, wenn überhaupt je. Bekanntlich können die Brennstoffe „schneller“ Reaktoren nur sehr schwer wiederaufgearbeitet werden. Allerdings trifft diese Auffassung für den Brutmantel nicht zu, der einen Teil des Reaktorkerns darstellt. Dort entsteht fast reines Plutonium 239, weil das spaltbare Material wegen einer Eigenschaft der schweren Neutronen nur wenige Spaltungen erleidet. Im Klartext heißt das: das in den Brutreaktoren erzeugte Plutonium ist mit Hilfe derjenigen Wiederaufbereitungstechniken zugänglich, die seit 20 Jahren für die militärischen Spaltstoffe erprobt sind. Dies entspräche bei Superphénix ca. 300kg pro Jahr! Genau das ist der Punkt, der diesen Reaktor-Typ so attraktiv macht, er ist der einzige, der gleichzeitig Elektrizität für die Industrie liefert und große Mengen sehr reines Plutoniums produziert, mit dem man taktische Kernwaffen herstellen könnte. Eine sehr hohe Isotopenreinheit des Plutoniums erlaubt die Herstellung von kompakten

duziert, mit dem man taktische Kernwaffen herstellen könnte. Eine sehr hohe Isotopenreinheit des Plutoniums erlaubt die Fabrikation von kompakteren und stärkeren Bomben. Und dieser Waffentyp ist nur von Interesse, wenn er in großer Menge hergestellt werden kann. Der Schnelle Brüter stellt ein sehr geeignetes Mittel dar, um beiden Anforderungen gerecht zu werden.

b) Ein Schritt zum militärischen Zusammenschluß Europas. Die Herstellung von Plutonium ist im wesentlichen eine europäische Angelegenheit. Im Jahre 1971 wurde die Gesellschaft UNIREP gegründet (United Reprocessor GmbH); sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, ihr Hauptgeschäftsführer ist A. Giraud. Zur Gründung von UNIREP kam es durch den Zusammenschluß dreier Partner: des französischen CEA mit seinem britischen Gegenstück, dem BNFL, und den Deutschen, vertreten durch die KEWA, die inzwischen von der DWK aufgekauft wurde. Damit sollte eine auf die Wiederaufbereitung abgestimmte Investitions-Politik sowie eine gemeinsame Politik des Plutoniumhandels in die Wege geleitet werden. Gemäß der Vereinbarungen der Haager Konvention und des britischen Gegenstücks, den Vereinbarungen von Windscale, wurde zunächst einmal beschlossen, den Bau der deutschen Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, der durch die DWK ausgeführt werden sollte, solange zu verschieben, bis die „Notwendigkeit“ eines solchen Projekts „spürbar sei“. So werden es also die Engländer sein, die zumindest am Anfang einen Großteil des nötigen Plutoniums für die Inbetriebnahme von Superphénix liefern werden.

Der Bau des Brütters beruht auf einem europäischen Konzept. Superphénix wird von der Firma NERSA ge-

Fortsetzung nächste Seite













Fortf. von vorheriger Seite

## ... weil andere Bewegungen zentraler geworden sind?

Der Mitte der 70er Jahre gewachsene breite Widerstand hatte sich an ganz konkreten Bezügen entzündet: an den Standorten, den Aktionen am Bauplatz, der Aufklärung über die Gefährlichkeit der Atomenergie.

Begünstigt wurde der Widerstand durch immanente Widersprüche bei Atomindustrie und Staat. Angesichts der Milliarden-Investitionssummen, die auf dem Spiel standen, konnte sich die Atomindustrie die Palette unsicherer Rahmenbedingungen ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr leisten:

Dazu gehörten explodierende Kosten für Material und Brennstoff, Unwägbarkeiten bei Lieferung, Anreicherung, Zwischen- und Endlagerung, Wiederaufarbeitung, Rückschläge der Exporterwartungen, die USA-Ereignisse von

Bewegung über ihre inneren, d.h. organisatorischen und inhaltlichen Strukturen klar werden; über ihre ideologischen Positionen, Bündniskonzeptionen, Angriffsziele? Trägt unser eigenes verengtes Bewußtsein mehr zur Stagnation und Ohn-Macht bei als nötig wäre?

## Bauplatzbesetzungen sind wichtig ...

Die Anti-AKW-Bewegung setzte gewissermaßen auf einer abgeleiteten Ebene an

der das Bauplatz und der der vorgeformten öffentlichen Meinung. Abgeleitete Ebene deshalb, weil auf bereits Entschiedenem reagiert wurde (werden mußte). Entscheidungen fielen bereits vorher in Parlamenten und Konzernen, noch eine Ebene davor in der Produktion. Atomenergie wäre kein Problem, würden die unmittelbaren Produzenten sich weigern, solche

Noch schlimmer: woher die Motivation zum Weiterkämpfen nehmen, wenn das eine, konkrete Objekt gebaut oder im günstigen Fall verhindert wird?

Eben weil viele von uns nicht in der unmittelbaren Produktion stehen, weil wir uns die Arbeiterklasse samt ihren abgehobenen Stellvertretern gründlich abgeschminkt haben, weil wir Lohnarbeit nur noch als Job begreifen, weil wir uns vom Warenfetischismus zum Teil durch Verweigerung „befreit“ haben, weil wir Ökonomie und die Theorie davon nur als Abstraktionen gelernt haben (oder auch nicht), weil wir uns nach konkreten, greifbaren Bezügen sehnen — interessiert uns das Atomkraftwerk zunächst nur in seiner stofflichen Form: als Gebrauchswert und zwar als beschissener

Dieser Gebrauchswert haben wir entlarvt. Er ist gefährlich, umweltfeindlich, teuer, militärisch nutzbar und scheinbar überflüssig.

Das war wichtig, bleibt wichtig, damit haben wir einiges auf die Beine gestellt, werden es weiter tun — nur: das Atomprogramm wird allein auf diesem Weg nicht fallen.

Verständnislos und moralisch empört müßten wir mit ansehen, wie unsere Vernunft von Betreiberseite ignoriert wurde, wie die Genehmigungsanträge für Biblis Block C etc. nicht etwa aus Einsicht in die Nichtwiedergutmachbarkeit atomaren Treibens zurückgenommen wurden, sondern nur, um bessere Rahmenbedingungen für den gigantischen Ausbau der Atomenergie zu schaffen.

Es gibt keinen Grund, verständnislos zu sein, es gibt aber genug Gründe zu verstehen, daß es unter den Bedingungen des privaten Eigentums an Produktionsmitteln keine rationale, von allen Gesellschaftsmitgliedern getragene Gebrauchswertproduktion gibt.

Atomprogramm — das heißt auch riesige Profitverwertung und -absicherung fast der gesamten bundesdeutschen Großindustrie, allen voran der Elektrotechnik Siemens mit seiner Tochter Kraftwerksunion (KWU), die wie kein anderes Unternehmen staatlich geschützt wird.

Das heißt auch die größten Einzelexportaufträge, die es je für die Industrie gab, das heißt dauerhafter Zugriff auf gesamtgesellschaftliches Reichtum, der durch Folgeinvestitionen im In- und Ausland ermöglicht wird. Jedes Atomkraftwerk ist auch eine Ware, die unabhängig von ihrem Gebrauchswert verkauft werden soll.

merkungen, die sich auf umfangreiches Zahlenmaterial aus Traube/Ullrich „Billiger Atomstrom?“ stützen

— Verkaufte die Siemens/KWU das Atomkraftwerk Biblis A gewissermaßen als Markteintrag unter hohen Verlusten noch für eine Milliarde Mark, so müssen für ein heute bestelltes AKW bereits mindestens sechs (!) Milliarden hingebläht werden.

— Interessanterweise erfolgte der weltweite Zusammenbruch der Kernenergiekonjunktur unmittelbar nach der 73er Ölkrise, in den letzten Jahren wurden (besonders USA) mehr abgeschlossene Kernkraftwerksaufträge annulliert, als neue hinzukamen

— Zum vielzitierten Argument „Investitionsstau“ in der BRD gehört auch, daß jedes ans Netz gehende AKW die Stilllegung anderer (auch fast neuer) Kraftwerke erfordert.

— Von den Investitionsruinen Kalkar und Schmeppen (Staat deckt 72% der Kosten), von der Belastung des Staatshaushalts durch Vorleistungen und Folgekosten der Atomenergie ganz abgesehen: die nordeutschen Energieversorger, die mit künstlich verblähtem Atomstrom Industrie anlocken und selbst einen „paradiesisch“ hohen Atomstromanteil zur Verfügung haben, gefährden jetzt durch in 5 Jahren um über 35% gestiegene Strompreise zum Teil sogar ihre industriellen Abnehmer (Aluminium, Chemie).

— Zum Punkt „Wettbewerbsfähigkeit“ ist außerdem zu sagen, daß lediglich Frankreich einen höheren Atomstromanteil als die BRD an der Stromerzeugung hat, und die Stromkosten bei der Produktion einer Ware im Schnitt sowieso nur die vernachlässigbare Größe von 2 bis 3% betragen (Ausnahme Chemie- und Aluminiumindustrie).

Im Atom-Idioten Frankreich mit seinem „billigen“ Atomstrom ist die EDF (Electricité de France) bereits mit 40 Milliarden DM verschuldet und versucht, ihren überschüssigen Strom mit Dumpingpreisen in der BRD zu verschreiben.

— Um das Exportvolumen allein kann es auch nicht gehen, denn die BRD muß weit mehr kerntechnische Erzeugnisse einführen, als sie ausführen kann (Brennstoffimporte).

— Die Legende von der Substitution teuren Öls durch billigen Atomstrom kann nur denjenigen boein-

sen — das schiffache eines durchschnittlichen Industriearbeitersplatzes kostet, Gänge es tatsächlich um Arbeitsplätze, dann wären die Atommilliarden in jedem Bereich des Energiesektors fruchtbarer angelegt (Innerrückung des Gebäudebestandes, Entschwefelung der Kohlkraftwerke, Nutzung der Sonnenenergie etc.).

Selbst eine DIW-Studie im Auftrag der KWU kommt zu dem Ergebnis, daß jährlich 50 AKWs (= 300 Milliarden DM!) gebaut werden müßten, um 1% Arbeitslosigkeit abzubauen! Und: Schon heute verunmöglicht das in den Atomenergiesektor fließende Kapital sinnvolle, arbeitsplatzintensive Investitionen in anderen Bereichen; schon heute zeigt der weltweite Zusammenbruch der Kernenergiekonjunktur, daß von Arbeitsplatzsicherheit nicht die Rede sein kann; nirgendwo, nicht einmal in Frankreich, hat der Ausbau der Atomenergie etwas an der Massenarbeitslosigkeit geändert; sogar bei Siemens/KWU, dem Monopolisten für den BRD Reaktorbau, gingen trotz hoher Umsatzsteigerungen im Jahr 1982 8.000 Arbeitsplätze verloren; zunehmender Strombedarf wurde in der 1. Teilerrichtungsphase (TEC) für das AKW Wyhl mit Rat und Verstand notwendigkeiten begründet; auch beim Bau von AKWs werden nicht mehr Arbeiter beschäftigt als beim Bau herkömmlicher Kraftwerke, beim Betrieb sogar weniger. Sicher sind nur die Arbeitsplätze derjenigen, die die fertigen Anlagen permanent bewachen und reparieren müssen!

## ... und sie bauen immer weiter

Obwohl von den angeblichen Vorteilen der Atomkraft nichts übrig bleibt, werden noch in diesem Jahrzehnt weitere 9.000 MW ans Netz gehen, setzt die Bundesregierung in ihrer dritten Fortschreibung des Energieprogramms weiter auf den Ausbau der Atomenergie. Traube/Ullrich nennen als einen der Gründe die „Trägheit des Systems“, will heißen, einmal geschaffene Tauschen sind nicht mehr so leicht rückgängig zu machen.

— Atomindustrie und Zulieferer setzen immer noch auf die Auslastung ihrer vorhandenen Kapazitäten durch vom Staat geschaffene Nachfrage

— Die Elektrizitätswirtschaft setzt auf steigenden Stromverkauf, Hand in Hand mit der Elektroindustrie, die



Wyhl ...

der Stornierung von Kraftwerksaufträgen bis zum „Harrisburg Trauma“ und dem „unzureichenden“ Grad der Monopolisierung im Energiesektor, der Verschlebung von Staat und Kapital.

Mit dem ungenügend zureichend gebogen öffentlichen Bewußtsein und den Schwierigkeiten bei der Legitimation des angeblich erhöhten Strombedarfs veräußerten sich die Ausichten der Betreiberseite. Der Widerstand bewirkte die Baustopps von Brokdorf und Wyhl, die Niederlage der Atomlobby bei der Volksabstimmung in Österreich; er drückte sich in schleppenden Genehmigungsverfahren und blockierenden Gerichtsurteilen aus.

Davon war der staatliche Machtapparat „überrascht worden“, hielten Genehmigungsverfahren und blockierenden Gerichtsurteilen aus.

Davon war der staatliche Machtapparat überrascht worden; hochgeschraubte Profitverwertungen der Atomindustrie mußten natürlich fürchterlich enttäuscht werden, wenn z.B. ein Atomkraftwerk wie Biblis Block C, 1975 beantragt, frühestens 15 Jahre später in Betrieb gehen kann. Die „Denkpause“, die wir der Gegenseite aufzuzwingen, das faktische vierjährige Moratorium, führte freilich geradezu in die Richtung der Perfektionierung zukünftiger Bauplanungen.

— Die „Bauinle-80“, die die Verwaltungsbürokratie entschlacken und den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik gewährleisten

— die Monopolisierung des Energiesektors, die das Kapitalrisiko mindern

— die Energieknappheitspropaganda, die die Atomenergiepolitik aufweichen und

— die Militarisierung des Objektschutzes, die uns in die Resignation treiben sollte,

wiesen auf die kommende Offensive der Atomlobby hin.

Zyniker könnten meinen: „Sind wir nicht das ideale Frühwarnsystem für den Staat gewesen und mit Schaffung günstiger Rahmenbedingungen überflüssig geworden?“

In Frankfurt z.B., wo bis 1978 noch an die Tausend aktive Atomkraftgegner in mehr als einem Dutzend von Stadtteilgruppen aktiv waren, folgten auch prompt Rückzug und Resignation

Was einst als konkret galt (Gorleben ist überall!) und über einen regelrechten AKW-Tourismus vermittelt worden war, erschien jetzt „abstrakt“, zumal im näheren Umkreis kein Standort war

„Zum Glück“ gab es ja dann die Startbahn West, die wieder konkrete Betroffenheit auslöste und den Frankfurter Anti-AKW-Bürgerinitiativen endgültig den Garaus machte. Es geht aber ganz so aus, als hätten die Startbahn-Bla und vielleicht auch in Zukunft die Friedensinitiativen dasselbe Schicksal wie wir

Wind unsere Stagnation ausschließlich durch die geballte Macht der Atomkraft (Startbahn, Aufrüstungs-) „Befürworter“ begründet — oder muß nicht vielmehr die Anti-AKW-

Anlagen zu bauen. Dieser einfachste Weg ist — wie allseits bekannt — der schwierigste, oder: „Die Arbeiterklasse ist auch nicht mehr das, was sie mal war.“ Ein Beispiel: Arbeiter des Schacht Konrad drohen den Demonstranten Prügel an.

Es bleibt deshalb sinnvoll, auf der Ebene des Bauplatzes anzusetzen und immerhin Hunderttausende zu mobilisieren; zu kämpfen für ein Stück lebensnotwendige Umwelt lebensfeindliche Programme zu bremsen.

Immerhin ist es uns gelungen, in ungezählten Diskussionen, Aktionen und Veranstaltungen, das öffentliche Bewußtsein konfliktbereiter und staatskritischer zu machen.

Veranstaltungen, das öffentliche Bewußtsein konfliktbereiter und staatskritischer zu machen.

## ... aber nicht ausreichend!

Trotzdem bleibt es eine Illusion zu glauben, nur außerhalb der Produktion das Atomprogramm zu Fall bringen zu können; den einfachen und doch schwierigsten Weg auszuklamorn — angesichts der Übermacht von Staat, Kapital, Gewerkschaftsbürokratie und Wissenschaft. Ihren Ausdruck findet diese Einschränkung in unserer Nicht-Politik gegenüber Atomfirmen, Energieversorgungsunternehmen, Gewerkschaften und unmittelbaren Produzenten.

Wir haben einen Teil der Linken für seine ökonomistische Einschätzung kritisiert: („Ohne die Arbeiter Muß nichts“). Haben wir dabei die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft aus den Augen verloren?

Folgt aus der Tatsache, daß die Produktivität der meisten BI-Mitglieder nicht in der Produktion von Mehrwert besteht, daß Studenten, Pädagogen, Soziologen, Arbeitslose, Schüler, Freizeits, Alternativler, Bauern und Hausfrauen — vielleicht notwendigerweise — nicht die Einsicht und den Bezug zur materiellen Produktion als Grundlage jeder Gesellschaft haben?

Dazu kommt, daß der Kampf gegen eine Autobahn, einen Flughafen, ein Waffendepot, ein Atomkraftwerk den erwählten Vorteil hat: er ist „konkret“. Und das trifft sich mit unserem Interesse, schon hier und jetzt für bessere (Über-)Lebensbedingungen zu kämpfen. Ohne diese vielen „Ein-Punkt-Kämpfe“ herabzumildern — sie haben viel in Bewegung gebracht — muß doch ihre Beschränktheit benannt werden.

Wo finden die Bibliser Arbeiter, wenn Block A und B weg sind bzw. Block C nicht gebaut wird, wo bekommt die Gemeinde ihre Steuern her?

Wird die Logik des Systems außer Acht gelassen, dann können wir keine Antworten auf diese Fragen geben, und dann kann die Angst, die uns vielleicht zunächst zugute kam, leicht von vielen anderen Ängsten überspielt werden, wenn die Gegenseite ihre technologischen Antworten gibt. (Nach dem Motto: „Lieber einen versuchten Arbeitsplatz als gar keinen.“)



Grohnde ...

## Wir haben die Lügen der Atomindustrie aufgedeckt ...

Nicht eines der vordergründigen Argumente der Atombefürworter zur Notwendigkeit des Ausbaus der Atomenergie hält einer wissenschaftlichen Überprüfung stand. Begründungen auf der Ebene der Energieversorgung („Lichter gehen aus“) sind angesichts seit 1969 verdoppelter Überkapazitäten (ca. 50%) völlig absurder Zuwachspronosen des Stromverbrauchs (1982 Stagnation, 1983 sogar Rückgang!) und der enormen Potentials von Energieparmaßnahmen (10% bringen funktional so viel wie alle AKWs zusammen!) kaum noch zu vernehmen oder werden sogar von der Atomlobby selbst aufgefressen

Es folgte der Schwank zu Legenden „industrieproduktiver“ Art. Atomkraftwerke als Wundermittel gegen Investitionsmüdigkeit, Wettbewerbs- und Exportschwächen und natürl. ch gegen Arbeitslosigkeit. Dazu nur einige An-

drücken, der nicht weiß, daß zur Stromerzeugung — schon gar nicht in der Grundlast — kaum Öl eingesetzt wird

— Bleibt das Totschlagargument „Arbeitsplätze“, das besonders Gewicht dadurch erhält, daß es (noch) von den Gewerkschaften gestützt wird. Und die stehen wiederum unter dem Druck der in der Atomindustrie und ihren Zulieferern Beschäftigten. Mit schamloser Perfektion nutzt die Atomlobby reale Ängste eines Großteils der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können und deshalb um die Sicherheit des Arbeitsplatzes bangt

Gerade diejenigen, die als ersten Investitionsziel „Rationalisierung“ angeben, verkaufen die reale Vernichtung von Arbeitsplätzen als Schaffung derselben. Es charakterisiert das getriggerte Klima in der BRD, daß dieser Schwachmann geglaubt wird. Gerade die Atomenergie braucht eine hochgradig durchrationalisierte Technologie, so daß ein Arbeitsplatz — ginge es um die-

den Warmemarkt erobern will. Steigende Kosten können durch das Gebietsmonopol auf den Verbraucher abgewälzt werden.

— In den Kernkraftkonzentrationen und der Atomindustrie überhaup verknüpfen Tausende von Beschäftigten ihre wirtschaftliche Existenz mit dem Feitakt an der Atomenergie.

— Wissenschaftler und Politiker mögen die krasse Irrtümer ihrer Verbrauchsprognosen nicht eingestehen.

— Insbesondere auch die Gewerkschaftsfunktionäre sehen und zeigen keine Alternativen zu vorherrschenden Wachstumsmythen stilllegen und liefern damit die Mauerbau für die Ideologen der Atomkraftbefürworter

Damit und zwar Auswirkungen, die eine eigene Dynamik erlangt haben, benannt, die Ursachen des Ausbaus der Atomenergie liegen aber tiefer

Fortsetzung nächste Seite



# Kampf den Atomkraftwerken

Fortf. von vorheriger Seite

## Atomkraft als „Wundermittel“ zur Überwindung ökonomischer Krisen?

Bei allem „Wirtschaftswunder“, allen staatlichen Eingriffen, aller Konzentration und Zentralisation, aller einzelbetrieblichen Planung, aller Marktforschung, allen Verkaufsstrategien bleibt auch die BRD nicht von Krisen verschont. Private Besitze an Produktionsmitteln bedeutet eben, daß ökonomische Entscheidungen nicht von den Produzenten selbst in Abstimmung geplant werden, sondern sich auf einen anonymen Markt bewähren müssen — oder auch nicht. Die kapitalistischen Weltmarktkrisen haben allerdings einen zunehmend unangenehmen Nebeneffekt: Die darauffolgenden Aufschwünge werden immer schwächer. Erreichte das reale Bruttoinlandsprodukt 1955 noch stolze 12% Steigerung, so waren es beim 60er Aufschwung nur noch 9,0%, beim 64er 6,6%, beim 69er 7,9%, beim 76er 5,3%, beim 79er 4,4% — aus heutiger Sicht fast schon „Traumergebnisse“!

Angesichts der Tatsache, daß die deutschen Wachstumsraten immer schwächer wurden, daß sich eine Sättigung auf vielen Teilmärkten (gerade Großanlagenbau) abzeichnete, daß die Bewältigung von Wirtschaftskrisen immer unsichtbarer wurde — bei verschärfter internationaler Konkurrenz — gewann die Durchsetzung der Atomenergie zunehmend an ökonomischer Bedeutung. In der Phase der Euphorie wurde zudem mit gigantischen Exportgeschäften kalkuliert, vor allem aber damit, Abnehmerländer, besonders in der 3. Welt, in jahrzehntelange wirtschaftliche und technische Abhängigkeit zu bringen.

Einheimische Industriebranchen durften sich einen weiteren — neben der Rüstung — staatlich abgesicherten Absatzmarkt erhoffen. Wegen der hohen Kapitalintensität und der gesicherten Profite im Elektrizitätsgeschäft (der Staat gewährt Ausfallbürgschaften, die EVUs können die Strompreise mit Gewinngarantie bestimmen) schien sich das Atomkraftgeschäft besonders gut zur Wirtschaftsstützung zu eignen.

Da die Atomindustrie unter rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten keine Chance gehabt hätte, erreichte die Verflechtung von Staat und Kapital hier ein Ausmaß, das sogar das militärisch-industrielle Komplexes übertrifft. Ähnlich der „Rohstoffkrise“ 1914 oder „Treibstoffkrise“ 1935/36 nutzten die BRD-Konzerne die „Energiekrise“, um sich größere Zugriffsgewalt auf gesamtgesellschaftliches Eigentum (bisher ca. 30 Mrd. Mark staatlicher Subventionen) zu verschaffen und dadurch Vorstöße auf den Weltmarkt vorzubereiten.

Die Atomenergie bot sich auch deswegen an, da auf Grund ihrer militärischen Vergangenheit hier schon ein hoher Stand von Wissenschaft und Technik erreicht war. Dazu kam, daß atomare Aufrüstung unter dem Deckmantel friedlicher Nutzung betrieben werden konnte. Jüngste Verhandlungen von RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) und DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) mit französischen und amerikanischen Firmen bekräftigen den untrennbaren Zusammenhang friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie.

## Der Staat garantiert die Machtkonzentration im Energiebereich

Die Rolle des Staates geht dabei über Subventionen, Übernahme unrentabler „Begleiterscheinungen“ (Atomüllabfuhr etc.), Kredite an Staaten, die bundesdeutsche Anlagen kaufen wollen usw. hinaus. Über staatliche und halbstaatliche Unternehmen unterstützte und forcierte der Staat die Konzentrationswelle im Energiebereich. Von 1974 bis 1979 hat die VEB 137 kleinere Firmen geschluckt, gefolgt von den RWE (100), die Ruhrkohle AG lag in der Liste der größten Firmenkäufer auf Rang fünf. Gestoppt werden sollte Konkurrenz durch verschiedene Energieversorger (Kohle, Gas, Öl), um aufgrund der Überkapazitäten fallende Preise zu verhindern, die der Kernenergie keine Chance lassen würden. Die Verdrängung anderer Energieresourcen, das Auftreten des Staates als Nachfrager nach Atomenergie, Preiserhöhungen verdrängter Energieträger zur Verhinderung von Einbußen der damit befaßten Konzerne — der Forderung „Abwärts war er nicht dem EG-Apokalypse“.

Hand in Hand mit den Großbanken koordinierte der Staat den Kapitalab-

fluß in den Energiesektor. Zum Vollzug wurden die Energieversorgungsunternehmen durch ihr Gebietsmonopol so zu dem sicheren Ort langfristiger Investitionsstrategie werden. Ähnlich der Rüstungsindustrie ging es bei der Atomenergie um Kapitalbildung und -verwertung unabhängig von den Risiken des gesellschaftlichen Bedarfs.

Die Interessen der Atomindustrie trafen sich nahtlos mit der Strategie der EVUs und der darabenden Elektroindustrie, die auf ein „Nullwachstum“ zu steuern und mit der sie ohnehin verflochten war. Deren Strategie lautete „Eroberung des Wärmemarktes“ mittels Elektroheizung, Elektro-Wärmepumpe und nuklearer Fernwärme. Projekte, die dem unbefangenen Betrachter als widersinnig erschienen, da z.B. bei der Elektro-Wärmepumpe mehr und teurere Energie eingesetzt werden muß als am Ende herauskommt. Aber mit dem angestrebten Volumen von 15 Millionen Elektrowärmepumpen wollte sich nicht nur die Elektroindustrie sanieren, sondern sozusagen nebenbei sollte auch der Stromverbrauch der privaten Haushalte verdreifacht werden.

Auf Kosten der Gesellschaft schien die kapitalistische Wirtschaft mit der Atomenergie ein „Perpetuum mobile“ gefunden zu haben: verbrauchten sämtliche Atomprogramme bisher nicht mehr Energie, als sie brachten? Das Atomprogramm in einer Linie mit Startbahn-West, Rhein-Main-Donau-Kanal, Kupferkabel-Fernsehen etc. Die Festbeschreibung der Energieverschwen-

der GRÜNEN, der Friedensgruppen, der Bewegungen im sozialen und ökonomischen Bereich sowie anderer Initiativen (Autobahn, Startbahn etc.)

Liegt es an der „Trägheit unseres Systems“, am vertrauten Gruppenzusammenhang oder sonstwas, daß wir weiterhin an einem Konzept für Anti-AKW-Arbeit basteln?

Warum vollzogen wir den Wechsel in eine Friedens-, Startbahn- usw. Gruppe nicht nach, die doch vielen der „Ehemaligen“ wichtiger erschien?

Warum sich weiter fruchtlos (?) den Kopf zerbrechen, wo unser „Anliegen“ doch auch von den GRÜNEN aufgenommen ist?

Warum nicht Regeneration im Privatleben?

Aber Die Gründe, gegen die Atomenergie zu kämpfen, sind geblieben. Ob mit oder ohne Bewegung bleibt sie eine der krassen Ausdrucksformen eines faulen Gesellschaftssystems.

Die schleichende radioaktive Verschmutzung, das Katastrophenpotential des Atomnukleus, die militärische Nutzung des Plutoniums, die unerhörte Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums, die Ausbeutung der bürgerlichen Demokratie usw. usw. — alle Konsequenzen der Atomenergie, zum Teil unumkehrbar, bleiben, vergrößern sich sogar, nur die Bewegung verkleinert sich.

Wir wenden uns gegen die Illusion, dies könne auf ein Nebengleis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen abgeschoben werden; gegen die Illusion der „Umsteuer“, es gäbe Wichtiges als Atomenergie, nur weil anderswo ei-

menfließen des Widerstandes zu streichenden „anderen“ Gesellschaft wieder ins Blickfeld geraten, auch wenn das kurzfristig zu abstrakt erscheint. (Die Technokraten des Kapitalismus haben es da sicher leichter, aber wollen wir ihnen ewig das Feld überlassen?)

Unter diesen neu zu schaffenden Voraussetzungen kann die Verbindung zwischen den im Ökologie und Friedensbereich Aktiven angegangen werden.

Wie z.B. in Frankreich in der Zwischenzeit aufgedeckt, dient der neue Brutreaktor „Super Phénix“ der Plutoniumproduktion für militärische Zwecke, d.h. dem Ausbau der französischen Atomstreitmacht. Mit 15% ist der größte westdeutsche Stromversorger, die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (über unsere Sieuegelder) an diesem Projekt der „friedlichen Kernenergienutzung“ beteiligt.

Der AKW-Export, das Atomkraftwerk als „bombiger“ Angriffsweg, das BRD-USA Geschäft: Atomkraft gegen Atomraketen, das scheinbar sinnlose Festhalten am Schnellen Brüter in Kalifornien muß uns zu einem gemeinsamen Widerstand gegen Raketenstationierung führen.

## Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Gruppen

Es eröffnen sich (hoffentlich) auch Bezugspunkte zu denen, „ohne die es letztendlich nicht geht“. Im Bewußtsein der Fehler alter ML-Avantgarden, erscheint es uns doch möglich, konkre-

gangs und damit verbundener Arbeitslosigkeit, oberstes Gebot. Dementsprechend werden verschiedene Arbeitnehmervertreter nicht müde, ein Recht auf Arbeit zu fordern („...das es jedoch in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht geben kann“). Somit beschränkt sich die Forderung mehrheitlich auf den Arbeitsplatz als solchen, denn 8 Stunden am Fließband sind immer noch besser als gar keine Arbeit; denn Arbeit, und sei sie noch so entfernend, bringt immer ein gewisses Maß an sozialer Anerkennung mit sich, der Einzelne wird von seiner Umwelt als nützliches Glied der menschlichen Gemeinschaft angesehen. Arbeiten zu können ist für den Einzelnen, auch unter den heutigen Verhältnissen, ein vitales Bedürfnis.

So einfach ist das. Der Status Quo wird festgeschrieben bis in alle Ewigkeit, abhängig Arbeitende sollen gefälligst froh sein, wenn sie weiterhin am Fließband oder in der Schicht, seien es 7 oder 8 Stunden täglich, schuften dürfen. (Übrigens: mögliche zusätzliche Arbeitsplätze durch Einführung der 35-Stunden-Woche werden durch Rationierung restlos aufgesaugt, wirklichen Zuwachs brächte nur die 20-Stunden-Woche, Frankfurter Rundschau, 17.6.1983).

Doch wie soll unsere (Gegen-)Forderung lauten? Wie soll ein Utopia sinnvoller Arbeit, deren Inhalt letzten Endes nur individuell bestimmbar ist, angesichts finanzieller Pressionen vermittelt werden?

Ist die Position des Neu-Grünen Bahro nur strotzender Zynismus, die besagt, daß die Arbeitslosenzeit ruhig auf 5-10 Millionen klettern kann, damit spätestens dann die verdrängten Produzenten aufhören, den Aufschwungpropheten zu glauben und sich vielleicht daran erinnern, daß ihr Dasein nicht nur dazu taugt, dankbar nach jedem sich bietenden und sei es noch so sinnlosem Arbeits-Plätzchen zu greifen?

Zur Ermutigung könnte ein, wenn auch vielleicht unzulässiger, Vergleich dienen: Die Anfänge der Anti-AKW-Bewegung fielen in eine Zeit, als es die vorzugsweise von konservativen Kräften so beklagte Technikfeindlichkeit noch nicht in dem heutigen Ausmaß gab. Zehn Jahre danach will fast niemand mehr ein Atomkraftwerk oder eine Wiederaufarbeitungsanlage in seiner Nähe haben. Zumindest sind also Emotionen gegen eine lebensfeindliche Technik geweckt worden.

Es wäre immerhin denkbar, auch Emotionen gegen lebensfeindliche, sprich alienierte Arbeit zu wecken, die im Zusammengehen mit der sich immer mehr verbreitenden Ahnung einer kommenden Unbewohnbarkeit dieses Planeten, in ein neues, wir wagen es kaum zu sagen, ökologisches Bewußtsein umschlagen könnten.

Verdeutlicht werden muß also, daß eine bestimmte Art von Arbeit lebensbedrohende Technik erst ermöglicht und umgekehrt.

## Das Parlament kann unsere Aufgaben nicht übernehmen

Es erscheint fraglich, ob im Rahmen

## Das Parlament kann unsere Aufgaben nicht übernehmen

Es erscheint fraglich, ob im Rahmen

dieses Systems überhaupt grundsätzlich andere Investitionsentscheidungen durchsetzbar sind. Bevorzugung alternativer Energieformen und Ausschöpfung des Energiepotentials würde in jedem Fall die Wertungskriterien maßgeblicher Kapazitäten beeinträchtigen und die Krise verschärfen.

Es kann also nur darum gehen, mit der Diskussion um die Atomenergie und der sogenannten „alternativen“ Energie das als hervorragende ökonomische System zu kritisieren und zu zeigen, was, bei vorhandenem gesellschaftlichen Reichtum, unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen möglich wäre.

Dazu ist eine Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen im sozialen, ökologischen und Friedensbereich notwendig, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die GRÜNEN, die ja aus diesen Bewegungen hervorgegangen sind. Denn die Illusion, radikale Veränderungen über das Parlament zu initiieren, sind immer Folge einer außerparlamentarischen Desillusionierung.

Es gilt immer wieder klarzustellen, daß die Verhinderung von Atomkraftwerken, Aufrüstung und Abbau sozialer Leistungen nur aus den Kämpfen der Betroffenen selbst resultieren kann. Die GRÜNEN im Parlament sind nur dann ein politischer Fortschritt, wenn auch und dadurch die Propaganda und Informierung autonomer Bewegungen vorangeführt wird und nicht umgekehrt.

Kontakt:  
Karl Nordhoff  
Alexanderstr. 43  
6 Frankfurt/M 90  
Tel. 0611/733748

Birgit Hutter  
Altebergweg 70  
6 Frankfurt/M 79  
Tel. 0611/653389



Gelieben, ausgelebt und auch eingesteckt. Just for fun?

## Gelieben, ausgelebt und auch eingesteckt. Just for fun?

Jung, die Festlegung auf die teuerste Energieform, die Verdrängung anderer und alternativer Energieträger, die wahnwütigen Folgekosten machen und machen die Atomenergie zur Speerspitze eines parasitären und verfaulenden Gesellschaftssystems.

PS: Kein Wunder also, daß z.B. für Sonnenenergie nur mit einem Fünftel staatlicher Zuschüsse geforscht wird. Die Alternative heißt eigentlich nicht Atomenergie gegen Sonnenenergie, sondern Mehr-Verbrauch und -Verkauf von teurem, zentral erzeugtem Strom gegen billige, ressourcensparende und dezentral erzeugte Energie, die weniger Macht und Profit bräutet!

## Warum wir trotzdem weitermachen

Ob es für eigenständige Anti-AKW-Gruppen noch eine Perspektive gibt, läßt sich im Moment nur schwer beantworten. Gerade Initiativen, die nicht aus der Betroffenheit „vor Ort“ entstanden sind, haben in besonderem Maße ihren Praxisbezug über nationale oder zumindest regionale Kämpfe hergestellt. Existieren diese Zusammenhänge (fast) nicht mehr, gehen Motivationen verloren und hängen theoretische und Öffentlichkeitsarbeit in der Luft. In einer Stadt wie Frankfurt läßt sich kaum noch vermitteln, daß die Atomenergie eines der Kernprobleme dieser Gesellschaft ist, abgesehen davon, daß sich auch Selbstzweifel ausbreiten. Zudem scheitern die „hinterlassenen“ aktiven AKW-Gegner den Wachstumsprozeß

ne „Ein-Punkt-Bewegung“ gerade mal stärker ist; allerdings auch gegen die Illusion, die Anti-AKW-Bewegung könne in ihrer früheren Form wiederaufstehen.

Selbstverständlich sind regionale und nationale direkte Aktionen weiterhin zu unterstützen und zu propagieren. Für eine relativ kleine Großstadt-BI kann das u.E. aber nicht der Arbeitsschwerpunkt sein. Von größerer Bedeutung scheint uns die Überwindung früherer „Schwachpunkte“ zu sein.

- die inhaltliche Beschränkung auf den Punkt „Gefahren der Atomkraftwerke“;
- die daraus resultierende Abgeschlossenheit gegenüber anderen Schwerpunkten arbeitenden Gruppen;
- die Ausblendung des ökonomischen Bereichs: Atomfirmen, Auseinandersetzung mit Gewerkschaften, Lohnabhängigen;
- die Nichtaufarbeitung der Atomenergie als Bestandteil des kapitalistischen Systems auf bestimmter Stufe der „Produktiv“kräfte;
- die Unfähigkeit über alternative Energien hinaus, deren gesellschaftliche Umsetzbarkeit, bzw. grundsätzliche andere gesellschaftliche Bedingungen zu benennen.

## Mit der Friedensbewegung zusammen gegen Profite

Davon ausgehend, daß es eine Vielzahl von „Einzelerscheinungen“ gibt, aber die vielen teils getrennt geführten „Kämpfe“ auf den gleichen gesellschaftlichen Widersprüchen basieren, muß das Ziel einer nur durch Zusam-

men am Bezug Ökologie/Ökonomie zu arbeiten als bisher. Gerade in den größeren Städten haben viele Atomfirmen ihre Zentralen und Abteile, die bislang fast ungestört vor sich hin wirtschaften konnten. Hier werden nicht nur die Produktionsentscheidungen gefällt, hier entsteht auch das dazugehörige Be-

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage, an der auch die Investitionsvariante Atomenergie beteiligt ist, sollte aber neue Anknüpfungspunkte der Auseinandersetzung zwischen Atomkraftgegnern, Arbeitern und deren Organisationen bieten. Wenn nicht einmal in Frankfurt, wo sich sonst der Anfang gemacht werden? (z.B. inhaltliche Erarbeitung der Thematik „Atomenergie und Arbeitsplätze“, Versuch der Zusammenarbeit mit den Resten des Arbeitskreises Gewerkschafter gegen Atom, Fragebogenaktion an Frankfurter Betriebsräte) Nicht gelungen ist es uns bedauerlicherweise, die Betriebsbesetzungen des letzten Jahres und den Konflikt um die AEG zu nutzen, um schon erste Erfahrungen zu sammeln.

Keinesfalls sollen bei diesem „Versuch“ unterschiedliche soziale Erfahrungen und politische Hintergründe verleugnet werden. So wenig wir den Leuten etwas aufzwingen wollen, so wenig sinnvoll ist es auch, sich anzubieten

## Arbeitsplätze um jeden Preis?

Nur in der Arbeit kann der Mensch seine Persönlichkeit entfalten. Diese These ist für jeden Gewerkschafter, besonders in Zeiten konjunkturellen Nieder-







## Demonstrationsstrafrecht

# "Gewaltloser Widerstand ist Gewalt" (Zimmermann)

In den letzten Wochen haben rechte Presse und Aufrüstungsbefürworter in der BRD ihre Angriffe auf das Demonstrationsrecht erweitert. Zu der Frage, ob die Verschärfung des Landfriedensbruchparagrafen 125 StGB „unverhältnißmäßig“ sei oder nicht, sind die Lager relativ klar umgrenzt. Von den Grünen bis hin zum Präsidenten des Bundesgerichtshofes sind sich alle einig, daß sich die Zimmermann-Pläne eigentlich gegen die friedlichen Demonstrationen richten; die „unfriedlichen“ konnten ja schon nach der derzeitigen Regelung bestraft werden und werden es auch mit Hilfe von oft höchst zweifelhaften Polizeiaussagen.

Da Zimmermann natürlich nicht zugeben will, daß ihm auch friedliche Aktionen gegen seine Kriegspolitik und die seiner Parteifreunde nicht passen, versucht er, möglichst viele Demonstrationsformen zu „gewalttätigen“ umzuulagen.

Dann hat für ihn den Vorteil, daß er sich auf zahlreiche Urteile der Gerichte aus der Adenauer-Zeit und der Zeit Ende der 60er Jahre berufen kann, die damals auf der Welle des Kalten Krieges weitgehende Beschränkungen der Demonstrationsfreiheit verfügten.

## Landfriedensbruch

Mit der Wiederverschärfung des Landfriedensbruchparagrafen erfüllt sich die Staatsmacht einen alten Wunsch.

Es hat sich gegenüber dem Mittelalter nicht sehr viel daran geändert, daß den Herrschenden jede nicht von ihnen selbst organisierte Menschenansammlung verdächtig ist.

Um dies zu belegen, ein kurzer Rückblick auf die Geschichte des „Landfriedensbruches“: Vom Landfrieden begann die Obrigkeit schon im 13. Jahrhundert zu sprechen.

Der staatliche Schutz des Landfriedens fällt geschichtlich zusammen mit der Entstehung der ersten Territorialstaaten. Im frühen Mittelalter haben die Menschen ihre Rechte noch selbst verteidigt. Es gab damals für die Ritter und besitzenden Klassen das sog. „Fehderecht“. Dies Selbsthilfsrecht war die Kehrseite einer praktisch noch nicht entwickelten staatlichen Organi-

sation, die die Rechte der Untertanen hätte schützen können.

Im Laufe der Herausbildung von staatlichen Machtapparaten wurde den Untertanen schrittweise dieses Selbsthilfsrecht genommen und dem Staat die Sicherung auch der Rechte der Untertanen übertragen.

Es entstanden die ersten „Landfriedensverträge“. Hier liegt die geschichtliche Wurzel des staatlichen „Gewaltmonopols“, das eben mit dem dadurch verbundenen Schutz der Bürger gerechtfertigt wurde. Wer diesen „Landfrieden“ störte, sollte bestraft werden. Im 19. Jahrhundert wurde dann der Landfriedensbruch in der heutigen Form unter Strafe gestellt. Im „preussischen Strafgesetzbuch“ von 1851 wurde der „Landfriedensbruch“ im § 91 aufgenommen.

Im „Reichsstrafgesetzbuch“ für das Deutsche Reich von 1871 wurde dann die (im wesentlichen unveränderte) bis 1970 geltende Fassung des Gesetzes eingeführt.



Demonstration anlässlich des Böber- und Abschwörertreffens (Foto: H. Lübker)

Neben dem Landfriedensbruch wurden auch „Aufruhr“, „Auflauf“ und „Ungehorsam“ als Delikte im Strafgesetzbuch eingeführt, die als sog. „Masse delikte“ allesamt den Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit unter Strafe stellten.

Zur Entstehungsgeschichte heißt es in einer Doktorarbeit aus dem Jahre 1904: „Zu ihrer besonderen Auszeichnung (der Masse delikte) hat ihre Gefährlichkeit für den Bestand der öffentlichen Ordnung geführt. Diese Delikte können wir als 'Rottenverbrechen' bezeichnen.“

Rottenverbrechen ... haben ... wir vor allem in Fabrik- und Großstädten, wo die Anzahl der unruhigen Köpfe, jener Existenzen, die wenig zu verlieren haben, am größten ist. Die besondere Strafbarkeit der bloßen Teilnahme an Demonstrationen wird also gerade mit der angeblichen besonderen Gefahr begründet, die von der gemeinsamen Wahrnehmung von Interessen ausgeht. Die Machthaber wissen, daß ihnen einzelne oder wenige meist nicht gefährlich werden können. Dieser abgründige

Haß gegen eigenständiges Handeln der Bevölkerung hat sich bis in die jüngste Zeit in Juristenkreisen gehalten.

Noch 1974 hieß es in einem „wissenschaftlichen Kommentar“ zum § 125: „Die Ausformung der früheren Vorschriften beruhte auf der Erfahrung, daß ein aufwändige Menschenansammlung eine große Gefahr für die Allgemeinheit ist. Im Gefühl der gebotenen Macht, in der verantwortungslösenden Anonymität, impulsiv und unberechenbar ist die Masse existenziell ein — bei der Anziehungskraft und Sogwirkung auf Unbeteiligte — höchst wirksamer Explosivstoff. Springt der zündende Funke auf und kommt es zur Entladung, so lassen sich die losbrechenden Gewalten kaum abfangen und meist nur schwer eindämmen. Ehe man ihrer Herr wird, sind gewöhnlich Personen und Sachschäden oft schlimmster Art angerichtet. Diese Erfahrung, die das Mißtrauen der Staatsmacht zu einem nicht erkennbar harmlosen Zweck zusammenströmenden Menschenmenge rechtfertigt, ist, in Jahrhunderten bestätigt und allem, den Studentendemonstrationen der letzten Jahre nahezu willfährigen Zweckoptimismus des dritten Strafrechtsreformgesetz zuwider gültig.“

Das 3. Strafrechtsreformgesetz war die Reform des Landfriedensbruchparagrafen, die die bloße Teilnahme an einer Demonstration, aus der heraus Gewalt ausgeübt wurde, nicht mehr strafbar sein ließ.

Obwohl mit der Reform von 1970 hundert bestätigt und allem, den Studentendemonstrationen der letzten Jahre nahezu willfährigen Zweckoptimismus des dritten Strafrechtsreformgesetz zuwider gültig.“

Das 3. Strafrechtsreformgesetz war die Reform des Landfriedensbruchparagrafen, die die bloße Teilnahme an einer Demonstration, aus der heraus Gewalt ausgeübt wurde, nicht mehr strafbar sein ließ.

Obwohl mit der Reform von 1970 dem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit Geltung verschafft werden sollte, wurden die Landfriedensbruchvorschriften nicht — was konsequent gewesen wäre — aufgehoben. Es sollte auch in Zukunft unter der erschwerten Strafrechtsreform des Landfriedensbruch stehen, wenn jemand aus einer Demonstration heraus sogenannte „Gewalttätigkeiten“ begangen sollte.

Oder: weil dem so ist, sind die regierungsamtlichen und sonstigen reaktionären Rechtfertigungsversuche für die weitere Einschränkung der Demonstrationsfreiheit völliger Nonsens und sollen nur das Ziel verfolgen, auch gewaltfreie Demonstrationen unnötigen zu können.

Deshalb bleibt zur Verteidigung des Demonstrationsrechts nur die einzige Möglichkeit: Abschaffung des Landfriedensbruchparagrafen.

Sich allein auf die Verteidigung der SPD-Reform zu beschränken, ist deshalb ungenügend, weil dank der Wut der Strafschlichter nicht Einhalt geboten werden kann.

Man muß den Strafschlichtern das Gesetz wegnehmen, damit sie damit nicht noch mehr Unheil anrichten können.

## Gewaltdefinition nach Bedarf...

Die Aufrüstungsbefürworter überschlagen sich in letzter Zeit formlich in der Diffamierung gewaltfreier Aktionen als Gewalttätigkeiten.

Die symbolische Blutraktion im hessischen Landtag gegen einen US-Militär wurde von diesen Leuten zum „Blutattentat“ hochstilisiert und vom einem Schreibler der „Stern“ in die Nähe faschistischer Traditionen gestellt.

Dabei ist es dann kaum noch verwunderlich, daß auch Blockaden, deren Teilnehmer ausdrücklich erklären, von sich aus keinerlei Gewalt anwenden zu wollen, als Gewaltaktionen diffamiert werden.

Das „Blut-Attentat“ des hessischen Landtagsabgeordneten Schwalbe-Huth gegen den amerikanischen General Williams schließlich ist das bislang abstoßendste Beispiel eines anarchistischen und infantilen Politik-Verständnisses. Blut als Gegenstand politischer Happenings, ausgerechnet im Land des „Blut und Bodens“, der „Blut-fuhr“ und des „Blutordens“ — sind die Grünen eigentlich noch zu retten?

## Stern-Standpunkt

Mit dieser Hetze können sich die Politiker voll auf den Gewaltbegriff in der Strafschlichter berufen. Wir wollen auch dies geschichtlich belegen. Aus der geschilderten Entwicklung des Landfriedensbruchparagrafen ergab sich,

## Stern-Standpunkt

Mit dieser Hetze können sich die Politiker voll auf den Gewaltbegriff in der Strafschlichter berufen. Wir wollen auch dies geschichtlich belegen. Aus der geschilderten Entwicklung des Landfriedensbruchparagrafen ergab sich, daß das Strafrecht zunächst nur schwerwiegende Verletzungen des Verbots von Gewaltanwendung der Bürger unter Strafe stellte.

Gewalt wurde als nicht mehr akzeptierte zwischenmenschliche Umgangsform untersucht.

Die liberale Strafrechtslehre im 19. Jahrhundert definierte Gewalt im Sinne der Strafschlichter deswegen als „rohe körperliche Kraft“ oder auch „Anwendung erheblicher Kraft zur Überwindung eines erheblichen (nicht bloß beabsichtigten) Widerstandes“.

Bei dieser zurückhaltenden Auslegung blieb selbst das Reichsgericht unter der Nazi-Diktatur bis 1943, als der Nötigungsparagraf (§ 240 Strafgesetzbuch) erheblich ausgeweitet wurde.

War bis 1943 der Nötigungsstand relativ klar auf die Fälle von für jeden sichtbarer körperlicher Gewaltanwendung beschränkt, so wurde von der Nazi jetzt die Gummiklausel „rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Zufügung des angedrohten Übels zu dem angestrebten Zweck dem gesunden Volksempfinden widerspricht“ eingeführt. Damit waren die Grenzen der Nötigung praktisch beseitigt.

Nach 1945 wurde dieses Nazi-Gesetz übrigens keineswegs abgeschafft, sondern ohne sachliche Änderung in das Strafgesetzbuch übernommen. Es heißt heute in § 240 Abs. 2: „Rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist“. Die Richter des Bundesgerichtshofes waren mit der Auslegung dieser Norm im Interesse der Staatsmacht keineswegs kleinlich. In der Zeit des kalten Krieges wurde das Tatbestandsmerkmal der körperlichen Gewaltanwendung praktisch vollständig aufgegeben.

Fortsetzung nächste Seite

## Im Wortlaut

## Der neue Paragraph

Der Entwurf für ein neues Demonstrationsstrafrecht, auf den sich Bundesjustizminister Engelhard (FDP) und Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) einigen, wird am kommenden Mittwoch im Kabinett beraten.

## Im Wortlaut

## Der neue Paragraph

Der Entwurf für ein neues Demonstrationsstrafrecht, auf den sich Bundesjustizminister Engelhard (FDP) und Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) einigen, wird am kommenden Mittwoch im Kabinett beraten. Der Textentwurf des künftigen Paragraphen 125 des Strafgesetzbuches (Landfriedensbruch) hat folgenden Wortlaut:

Paragraph 125 Strafgesetzbuch (StGB)

(1) Wer sich an

1. Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder

2. Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer bestraft, oder wer auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.

(2) Werden Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen im Sinne des Abs. 1 begangen und fordert ein Träger von Hoheitsbefugnissen

1. die Menschenmenge oder
2. einen bestimmten räumlich abgrenzbaren Teil der Menschen, aus dem diese Handlungen begangen werden, auf, auseinanderzugehen, so wird derjenige, der sich nicht aus der aufgeforderten Menschenmenge entfernt oder sich dem der Aufforderung Zuwiderhandelnden anschließt, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) In den Fällen des Absatzes 2 wird nicht bestraft, wer

1. ausschließlich dienstliche oder berufliche Pflichten ausübt oder
2. auf die Menschenmenge oder einzelne Personen einwirken will, um sie davon abzuhalten, Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen im Sinne des Absatzes 1 zu begehen.

(4) Ist in den Fällen des Absatzes 1 die Schuld des Täters gering, so kann das Gericht von Strafe absehen.

## § 125.

Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich versammelt und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Versammlung Teil nimmt, wegen Landfriedensbruches mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Die Rädelsführer, sowie diejenigen, welche Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Gefängnis bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Gefängnis von Vollzeit Aussicht erkannt werden. Sind mildeste Umstände vorhanden, so tritt Gefängnis nicht unter sechs Monaten ein.

Prüfz. § 204. Abs. 1 § 204, 2 § 125. M.B. 2. 204

## § 118

## Aufruf

Wer an einer öffentlichen Versammlung, bei welcher eine der in den §§ 113 und 114 bezeichneten Handlungen mit vereinten Kräften begangen wird, teilnimmt, wird wegen Aufrufes mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Die Rädelsführer sowie diejenigen Aufrührer, welche eine der in den §§ 113 und 114 bezeichneten Handlungen begehen, werden mit Gefängnis bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Gefängnis von Vollzeit Aussicht erkannt werden. Sind mildeste Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Prüfz. § 204. Abs. 1 § 204, 2 § 125. M.B. 2. 204

## § 116

## Aufruf

Wer eine auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen versammelte Menschenmenge von dem zulässigen Rahmen oder der Richtung der bewaffneten Märsche auflockert, so daß sie auseinandergeht, so wird jeder, der Versammlung, der Märsch oder der Aufmarsch nicht auflöst, wegen Aufrufes mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Im bei einem Aufruf gegen die Beamten oder die bewaffnete Macht mit vereinten Kräften tätlicher Widerstand geleistet oder Gewalt verübt werden, so treten gegen denjenigen, welche an diesen Handlungen teilgenommen haben, die Strafen des Aufrufes ein.



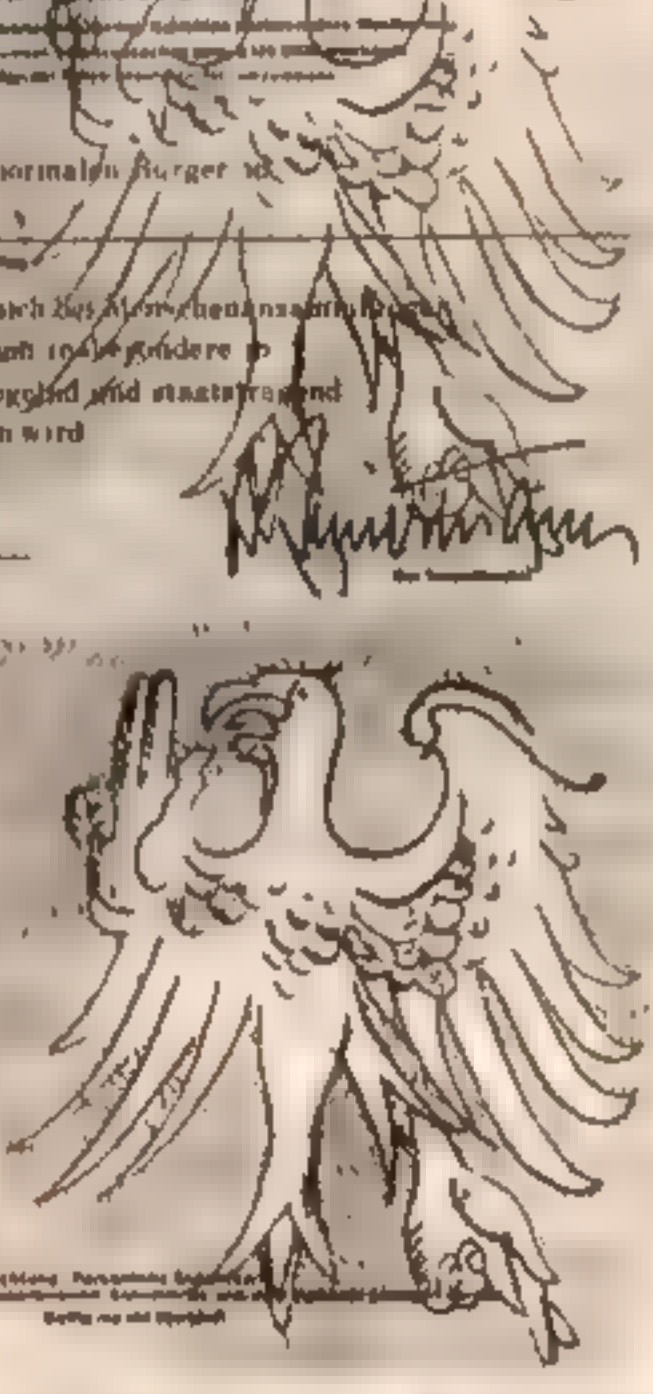
FÄLSCHUNGSICHERER ABWIEGER AUSWEIS

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Hiermit wird der dem normalen Bürger so

bescheinigt, daß er bei jeder Demonstration

Stempel des Bundesgerichts



Herausgegeben zum 1. westdeutschen BÜßer- und Abschwörtertreffen in Hamburg, 2.9.83 (zu beziehen über GAL, 438 25 20)

Fortf. von vorheriger Seite

Der Bundesgerichtshof hält es jetzt schon für Gewalt, wenn sich jemand durch irgendeine bestimmte Handlung bedroht fühlt, d. h. es kommt der Strafjustiz jetzt nicht mehr auf die Gewaltanwendung an, sondern auf die Wirkung einer Willensbeeinflussung an. In einem Urteil vom 4. Juni 1955 hat der BGH entschieden: „Der Massen- und Generalstreik kann Gewalt im Sinne des § 80 Abs. 1 Nr. 1 StGB sein.“

Diesem Urteil lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Der Angeklagte war erster Sekretär des Zentralbüros der 'Freien Deutschen Jugend' (FDJ), der Angeklagte V-Sekretär für Agitation und Propaganda im Zentralbüro und später Chefredakteur des Zentralorgans der FDJ 'das junge Deutschland'. Beide Angeklagte sind u. a. wegen Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens gegen die auf dem Grundgesetz beruhende verfassungsmäßige Ordnung (§ 81 Abs. 1 in Verbindung mit § 80 Abs. 1 Nr. 1 StGB) verurteilt worden, weil sie sich für den dem 'Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands' zugrundeliegenden Umsturzplan eingesetzt haben.“

Der Bundesgerichtshof schreibt in dem Urteilsgutachten: „Nahere Erörterung bedarf nur die Frage, ob die geplante Änderung der auf dem Grundgesetz beruhenden verfassungsmäßigen Ordnung mit Gewalt durchgeführt werden sollte. Als Angriffsmittel waren vor allem Demonstrationen und Streiks bis hin zum Massen- und Generalstreik vorgesehen. ... Der Senat trägt keine Bedenken, die Frage im vorliegenden Fall zu bejahen. Das Ziel der geplanten Aktionen war — wie dargelegt ist — die Ausschaltung der Bundesregierung und des Bundespräsidenten in seiner durch die Wahlenebene gegebenen Zusammensetzung. Eine Auslegung, die für den Begriff der Gewalt im Sinne des § 80 StGB körperliche Kraftanwendung fordert, würde also die praktische Bedeutung der Vorschrift weitgehend entwerten. Entscheidend kann nur die Zwangswirkung sein. ... Gekennzeichnet durch die „Kampfbereitschaft, Demonstrationen und Streiks keineswegs als typische Mittel der Gewaltlosigkeit“ angesehen werden. Jeder Streik stellt eine aktive Kraftentfaltung dar (???) und ist auch als solche gedacht. Mit ihr bräucht zwar nicht notwendig eine Zwangswirkung erstrebt und erzielt zu werden, jedoch kann dies sehr wohl der Fall sein.“

In der genannten Entscheidung hat der BGH innerlich noch klammert, daß der Streik nicht als Gewalt im Sinne des Staatsstrafrechts angesehen werden kann. Diese Einschränkung wurde in einem Grundurteil zu Sitzstreiks, welches zu einer Aktion des Studentenbewegungsverbandes AStA an der Universität Bonn geknüpft war, aufgehoben.

Die Einschränkung wurde in einem Grundurteil zu Sitzstreiks, welches zu einer Aktion des Studentenbewegungsverbandes AStA an der Universität Bonn geknüpft war, aufgehoben.

„Lepplé-Urteil“ vom 8. August 1969 stellte der Bundesgerichtshof fest: „Mit Gewalt nötigt, wer physischen Zwang ausübt, indem er auf den Gleiskörper einer Schienenbahn tritt und dadurch den Wagenführer zum Anhalten zwingt.“ Zyniker könnten jetzt sagen, daß es ja vielleicht insofern noch eine Einschränkung, als sich jemand mit Hilfe „körperlicher Kraftentfaltung“ auf die Schienen begibt und sich dort hinsetzt. Weit gefehlt jedoch. Der Bundesgerichtshof hat im Jahre 1981 entschieden, daß es auch schon Nötigung ist, wenn Studenten in einer Vorlesung „Dozenten durch Geschrei, Gebrüll, Pfeifen, Absingen von Liedern oder Gebrauch von Lärminstrumenten dazu drängen, Lehrveranstaltungen oder Prüfungen abbrechen.“ (Beschluss vom 8.10.1981).

Im Lepplé-Urteil begründet der Bundesgerichtshof seine Auffassung über Gewaltanwendung wie folgt:

„Die Studenten, die sich auf dem Gleiskörper der Straßenbahn setzen oder verkleben, um damit den Straßenbahnverkehr zu blockieren, nötigen die Führer der Straßenbahnen mit Gewalt, ihre Fahrzeuge anzuhalten. Dieser Bewertung steht nicht entgegen, daß die Studenten die Straßenbahn nicht durch den unmittelbaren Einsatz körperlicher Kräfte aufhalten, sondern nur mit geringem körperlichen Kraftaufwand einen psychisch determinierten Prozeß in Lauf setzen. Entscheidend ist hierbei, welches Gewicht der von ihnen ausgeübten psychischen Einwirkung zukommt. Ob das Anbinden eines Hundes auf den Gleisen, um ein Beispiel der Verteidigung aufzugreifen, ausreichen würde, weil hier einem Verkehrsmittel psychische Hemmungen entgegen, so liegt darin die Ausübung eines Zwangs, der für den Fahrer sogar unüberwindlich ist, denn er muß anhalten, weil er sonst einen Totschlag begeht.“

Angesichts dieser galoppierenden Ausweitung des Gewaltbegriffes könnte man auf die Idee kommen, daß die Gerichte die „Verwerflichkeitsklausel“ als Korrektiv sehen, um offenkundig abwegige Ergebnisse zu vermeiden. Dem ist jedoch keineswegs so, im Gegenteil: Der Bundesgerichtshof schreibt dazu: „Ist die Gewaltanwendung praktisch indizell für die Verwerflichkeit der Nötigung. Nur ausnahmsweise können besondere Umstände das Verwerflichkeitsurteil ausschließen.“

Im Kölner Landgericht die Straßenbahnblockade nicht für verwerflich die Gewaltanwendung hielt, wies sich der Bundesgerichtshof zu einigen wirklich kernigen Sprechakten veranlaßt. „Niemand ist berechtigt, fälschlich (?) in die Rechte Anderer einzugreifen, insbesondere Gewalt zu üben, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen und eigenen

Interessen oder Auffassungen Geltung zu verschaffen.

Auch der Hinweis darauf, daß das vom Grundgesetz in Art. 8 Abs. 1 garantierte Grundrecht, sich friedlich und ohne Waffen auch unter freiem Himmel zu versammeln, notwendigerweise das Eintreten von Verkehrsbehinderungen einschließt, eröffnet keine andere Betrachtungsweise. Aus dem Recht zu friedlicher Versammlung kann kein Recht zu unfriedlicher Demonstration (?) hergeleitet werden.

Die Anerkennung eines Demonstrationsrechts in dem von der Strafkammer angenommenen Ausmaß ließe auf die Legalisierung eines von militanten Minderheiten ausgeübten Terrors hinaus, welcher mit der auf dem Mehrheitsprinzip fußenden demokratischen Verfassung, letztlich aber auch als Verstoß gegen das Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz (?) mit den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung schlechthin unvereinbar ist.“

Nach dieser Definition des Bundesgerichtshofes kann also wirklich alles und jedes, was den Staat und die Regierung bedrückt, als Nötigung angesehen werden.

Ob es sich dabei um einen Schweigemarsh, der den Straßenverkehr zum Erliegen bringt, um eine Blockade einer Bundeswehrkaserne oder eines Atomwaffenstützpunktes handelt, ist nach dieser Logik der Strafjustiz völlig egal.

Die Konsequenz für die Friedensbewegung aus dieser Entwicklung sollte sein, sich nicht von den Herrschenden darauf festnageln zu lassen, daß die Aktionen „legal“ im Sinne von „gesetzmäßig“ sein müssen. Die Gesetze bieten keine klaren Kriterien, vielmehr werden die Grenzen der „Gesetzmäßigkeit“ durch die Politiker mit Hilfe der Gerichte bestimmt. Wenn man sich auf diese Definitionsmacht einläßt, kann man das Demonstrieren bald ganz sein lassen. Die Taktik des „begrenzten Regelverstos“ unter Einschuß von Versöhnlichkeit gegen das Nötigungsverbot ist damit unvermeidlich.



Die Einschränkung des Demonstrationsrechts

Im Vordergrund dieses Buches stehen die von der CDU/CSU und FDP geplanten Verschärfungen des Demonstrations- und Demonstrationsstrafrechts sowie die in den CDU-regierten Bundesländern bereits praktizierten Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit. Da die jüngsten Pläne und Verschärfungen unserer Meinung nach nur möglich sind auf der Basis der schrittweisen Beschränkung der Demonstrationsfreiheit unter der SPD/FDP-Regierung in den letzten 13 Jahren, die eine gewaltige Ausweitung des Gewaltbegriffes hin zur „psychischen Gewalt“ und „psychischen Mitherrschaft“ gebracht hat, werden wir auf diese „Reformleistungen“ eingehen.

In diesem Sinne beginnen wir mit der gegenwärtigen Kampagne der CDU/CSU/FDP zur Änderung des Demonstrationsrechts, vor allem des Landfriedensbruchparagrafen.

Im zweiten Punkt wird die praktische Bedeutung des Landfriedensbruchparagrafen dargestellt, der ideologisch als Heilmittel für die Ausdehnung des Gewaltbegriffes bei Landfriedensbruch in internationalen Vergleich. Als Beispiel für die Anwendung des

Bei einem Einsatz sieht man nun dem polizeilichen Gegenüber nicht ins Herz. Äußerlich sehen sie sich oft sehr ähnlich, manchmal sehen sie gleich aus. Daraus folgt

– in der Vorbereitung entsprechender Einsätze ist zu versuchen, auf die unterschiedlichen Gruppierungen – soweit bekannt und soweit möglich – schon vorher einzuwirken.

– Im Einsatz müssen die gesetzlichen und taktischen Voraussetzungen geschaffen werden, den harten Kern, die treibenden Kräfte und die Einpeitscher zu erkennen und zu über-

führen. Dazu gehört eine rechtliche Regelung, die dem gewaltlosen Demonstranten die Möglichkeit eines Verlassens einer illegalen und gewalttätig gewordenen Aktion gibt und damit die Unverbesserlichen „herausstellt“ und isoliert. Dadurch können diese nicht nur leichter ausgemacht und beweismäßig dann auch vor Gericht überführt werden, sondern es wird insbesondere auch die Gefahr, daß man mehr oder weniger zufällig an einem unfriedlichen Demonstrationsgeschehen Beteiligte herausgreift, ganz wesentlich gemindert. Auf einer auf die Ergreifung der Kriminellen und Schonung der anderen ausgerichteten Rechtsgrundlage wird auch die Polizei wirksame taktische Vorkehrungen erarbeiten können, die eine beweismäßige richtige Einstufung und Überführung von Gewalttätern sichert und die anderen schützt.

– Erst eine entsprechend „gerechte“ und praktikable Rechtsgrundlage wird in Verbindung mit einer gezielten Observationstätigkeit der Polizei im Einsatz und bei Unterhaltung eines Meldedienstes über gewalttätige Störer jene „polizeilichen Maßanzüge“ fertigen lassen, die im Sinne eines kriminalpolitisch wohl allseits gewünschten, differenzierenden und verhältnismäßig richtigen Einschreitens liegen

Siehe auch Artikel zu Stümper S. 8

aus: Stümper, Systematik der Verbrechensbekämpfung

Das Buch hat 128 Seiten und kostet DM 10,-. Es ist zu beziehen über: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2 Hamburg 19 oder über die BVU, Bartelsstr. 26, 2 Hamburg 8

Punkt: Gerade in jüngster Zeit wird — vor allem in Bayern und Baden-Württemberg — der Vorwurf der Nötigung zur Einschüchterung und Kriminalisierung von breiten Teilen v. a. der Friedensbewegung eingesetzt, und eine weitere Ausweitung dieser Rechtspraxis deutet sich gerade für den von Zimmermann angekündigten „heißen Herbst“ an.

Daß der Staat sich allerdings schon seit Jahren auf die Einschüchterung und Eindämmung von Massenbewegungen vorbereitet, wird gerade an dem Ausbau des Polizeiparates und dessen Bewaffnung offensichtlich. Als vorläufige Spitze dieses Eisberges stellen wir im folgenden Kapitel die Diskussion zur Einführung von Gummigeschossen von Seiten der CDU/CSU dar.

Es folgt ein Beitrag der Redaktion der Zeitung „Straßenmedien“, der auf das Ausmaß der Verletzungen von Demonstranten durch Polizisten in den letzten Jahren eingeht. Dieses Kapitel „Der Angreifende“ beschreibt auch die psychischen Folgen von Polizeieinsätzen für Demonstranten, um die einschüchternde Wirkung der polizeilichen (Brachialgewalt) Staatsgewalt zu verdeutlichen.

Von weiteren Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit, die schon seit Jahren praktiziert werden, handeln die folgenden Kapitel, einmal zu den Demonstrationsauflagen, die schon im Vorfeld die Möglichkeiten, sich durch eine Demonstration zu artikulieren, z. T. weitgehend einschränken. Zum anderen wird das Polizeirecht am Beispiel des „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes“ in Westberlin dargestellt, nach dem — ebenfalls schon seit mehreren Jahren, z. B. die „Vorbeughaft“ geregelt wird.

Im nächsten Kapitel greifen wir den Prozeß gegen Alexander Schubart (Aschu) auf. Aschu wurde Anfang dieses Jahres wegen „Nötigung von Verfassungsorganen“ zu 2 Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt (das Urteil ist noch nicht rechtskräftig). Wir drucken Aschus Stellungnahme zu der Bedeutung dieses Urteils ab.

Abgerundet wird dieses Buch durch einen Beitrag von Prof. Dr. Oskar Negt „Die zwei Realitäten“ und die Funktion des Demonstrationsrechts“. In dem Oskar Negt grundsätzliche Überlegungen zu Demonstrationsrecht und Demonstrationsfreiheit anstellt. Gerade dieser Beitrag ist geeignet, die Diskussion gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts mit grundsätzlichen politischen Überlegungen zu beleben.



# Prozeß gegen Anti-Reagan Demonstranten in Westberlin

## Von der Beweiskraft grüner Parkas und roter Lederjacken

„Hier Wiege 24. Alle unsere Einheiten sind eingesetzt. Ein Hinweis an alle Kräfte: Weisung von Zeugnis 20: Ab sofort massive Festnahmen machen!“ — Diese Meldung ging während der Anti-Reagan-Demonstration am 11.6.82 in Westberlin über den Bullenfunk. Es war 12.40 Uhr. Zehn Minuten später wurden Alois, Klaus-Peter, Minas, Rainer und Ruth festgenommen. Sie sind seither in U-Haft. Seit mehr als sechzig Verhandlungstagen sind sie der Wahrheitsfindung des Landgerichts Westberlin-Moabit ausgesetzt. Die Anklage gegen sie entspricht dem mittlerweile erreichten Standard: schwerer Landfriedensbruch, schwerer Widerstand, versuchte schwere Körperverletzung.

Die Belastungszeugen sind sieben Zivil-Bullen. Diese behaupten, sie hätten aus einem getarnten VW-Bus heraus die jeweiligen Angeklagten wiedererkannt, waren: Rainer soll eine Sturmhaube auf und eine Jeansjacke angehabt haben. Alois wollen sie als Träger einer Mütze und einer Brille wiedererkannt haben. Minas soll mit einem grünen Parka (markant, markant) bekleidet gewesen sein und eine Stirnglatze war auch noch herausstehend. Klaus-Peters Kennzeichen waren blonde Haare und eine schwarze Lederjacke. Und Ruths wesentliches Merkmal war schließlich, daß sie eine rote Lederjacke anhatte. Folglich wird Ruth im Prozeß auch des öfteren „die Dame mit der roten Lederjacke“ genannt.

### Kennzeichen

Die „unverwechselbaren Kennzeichen“, an denen die Zivils die jeweiligen Angeklagten wiedererkannten, waren: Rainer soll eine Sturmhaube auf und eine Jeansjacke angehabt haben. Alois wollen sie als Träger einer Mütze und einer Brille wiedererkannt haben. Minas soll mit einem grünen Parka (markant, markant) bekleidet gewesen sein und eine Stirnglatze war auch noch herausstehend. Klaus-Peters Kennzeichen waren blonde Haare und eine schwarze Lederjacke. Und Ruths wesentliches Merkmal war schließlich, daß sie eine rote Lederjacke anhatte. Folglich wird Ruth im Prozeß auch des öfteren „die Dame mit der roten Lederjacke“ genannt.

Als die Richter in dem Zivil, von dem Ruth hauptsächlich belastet wird, die gar nicht so dumme Frage stellten: „An was machen sie das eigentlich fest, Herr Zeuge, daß dies die Frau mit der roten Lederjacke ist?“, entgegnete der, während sein Blick einmal über die Angeklagtenbank schweifte: „Na, es ist ja keine andere Frau da.“

Von den Angeklagten zur Last gelegten Taten existiert weder ein Foto, noch ein anderes aussagekräftiges Beweismaterial. Die Fotos, auf denen die Zivils die Angeklagten jetzt wiedererkennen, sind erst 24 Stunden nach der Festnahme gemacht worden (damit die Bullen nicht vergessen, wer eigentlich „die schwarze Lederjacke“ trug usw.).

Schon recht früh wurde die Konstruktion der Anklage gegen die Gefangenen deutlich. Da sind zum einen die Protokolle der polizeilichen Vernehmungen der Zivils. Diese fanden noch am Abend des 11.6. statt und dauerten jeweils über eine halbe Stunde. Auf solchen Protokollen fußt in der Regel die Anklage. Bei der Vorbereitung dieses Prozesses geschah jedoch etwas Außergewöhnliches. Etwa vier Tage nach der polizeilichen Vernehmung wurden die Zivils nochmals zu einer staatsanwaltlichen Vernehmung geladen. Dort wurden sie von dem Staatsanwalt vernommen, der im jetzigen Prozeß der Anklagegehilfe ist.

Vergleicht man anhand der Protokolle die Aussagen, die die Zivils bei der polizeilichen Vernehmung gemacht haben mit denen vom Staatsanwalt, so stellt man ausnahmslos fest, daß sie erst bei ihrer zweiten Vernehmung, also erst beim Staatsanwalt den Inhaftierten überhaupt irgendwelche strafbaren Handlungen direkt zuschreiben. In den polizeilichen Aussagen fehlen diese Angaben; dort ist lediglich von Gruppen die Rede und vom Steinschmeißen, ohne daß jemand konkret beschuldigt wird.

Im Protokoll der Hauptverhandlung liest sich das so (V = Verteidiger; Z = Zivil-Belastungszeuge): V: Haben Sie bei der Beobachtung der Personen (aus

dem getarnten Bus heraus) Bekleidungsmerkmale für wesentlich gehalten? Z: Ja. V: Es sind im Protokoll Ihrer polizeilichen Aussage aber keine Angaben zu Personen bzw. Beschreibungen enthalten. Z: Dann hat mich der Kollege wohl nicht danach gefragt. V: Warum haben Sie keine Person genau beschrieben? (Wohlgeachtet: von denen, die er jetzt beschuldigt.) Z: Ich bin nicht danach gefragt worden. V: Sie haben in Ihrer Aussage auch nicht erwähnt, daß einzelne Angeklagte Steine geworfen hätten. Z: Das kann ich mir nicht vorstellen. V: (Vorhalten der Akte) Es sind dort keine einzelnen Personen aufgeführt. Es wird lediglich von einer Gruppe gesprochen. Z: Ich konnte zu diesem Zeitpunkt keine Namen. Ich wurde auch nicht danach gefragt. Ich glaube, ich habe zum Schluß eine Personenbeschreibung abgegeben. Das muß beim Staatsanwalt gewesen sein.

Und mit der „gezielten“ Festnahme sieht es auch nicht besser aus: Bei einer polizeilichen Vernehmung hat ein Zivil sieben bis acht ihm unbekannte Personen in den Hausflur rennen sehen. Bei seiner staatsanwaltlichen Vernehmung waren es dann nur noch sechs, dafür aber genau bezeichnete Personen, nämlich die in diesem Prozeß Angeklagten und eine weitere. Als er schließlich in der Hauptverhandlung gefragt wurde, konnte er sich nur noch an zwei Personen erinnern. Und auf die Frage, warum er dann beim Staatsanwalt sechs Personen genau bezeichnet habe, antwortete er schlicht, daß er sich da „wohl geirrt haben“ müsse.

### Zeugenschulung

Auffallend unterschiedlich sind die staatsanwaltlichen Protokolle von den polizeilichen auch darin, daß die Tatvorwürfe plötzlich ziemlich einheitlich sind und weitgehend aufeinander abgestimmt, was die relevanten Aussagen für die Anklage gegen die Gefangenen betrifft.

Licht auf diese wunderbare Wandlung der polizeilichen Protokolle fiel, als einer der Zivils, der die ganzen Ungereimtheiten nicht mehr aussticht und zusätzlich labilisiert war, weil er sich kurz vorher auch noch per vorgelegtem Fotodokument steinschmeißend bei der Festnahme der fünf Gefangenen wiedererkennen mußte, zugab, daß es zwischen der polizeilichen und der staatsanwaltlichen Vernehmung eine Nachbesprechung ihres Einsatzes vom 11.6. gegeben hat. Er nannte diese Nachbesprechung zwar Zeugenschulung (und das sei bei der Polizei eine übliche Maßnahme), gab aber zu, daß bis auf eine Ausnahme alle Belastungszeugen des jetzigen Prozesses bei dieser Schulung anwesend waren und daß die Gefangenenahme und der zu erwartende Prozeß ein Thema der Schulung gewesen sei. Danach wurde ihm die Sache zu heiß, und er berief sich auf seine begrenzte Aussagegenehmigung. Da bis zu diesem Zeitpunkt fast alle Belastungszeugen unter Eid erklärt hatten, es hätte eine solche Besprechung nicht gegeben, haben sie fast alle einen Meineid in einem ganz zentralen Punkt geleistet.

Ob bei der Zeugenschulung auch Vertreter der Staatsanwaltschaft oder Vertreter amerikanischer Behörden anwesend waren, war aus den Zivils nicht rauszukriegen. Hier betrafen sie sich stets auf ihre begrenzte Aussagegenehmigung. Das ging zum Teil soweit, daß ihnen vom Gericht aus die Aussageverweigerung quasi nahegelegt wurde, indem die vorsitzende Richterin Schwarzmann z.B. einem Zivil, der gerade im



Beweismittelsicherung (Foto: argus)

Begriff war, die pflügende Frage eines Rechtsanwalts zu beantworten, zurief: „Aber sie müssen die Frage des Rechtsanwalts natürlich nicht beantworten, wenn sie ihre Aussagegenehmigung nicht deckt.“

### Wer war wann wo?

Vollends offen wurde die Konstruktion der Anklage, als Minas' Rechtsanwältin sechs Entlastungszeugen benannte, die bestätigen konnten, daß er überhaupt nicht in der Winterfeldstraße 45 festgenommen wurde, sondern im Haus gegenüber, in der Nummer 44, und zwar von uniformierten Bullen, nicht von Zivils.

Diese Zeugen wurden dem Gericht erst bekannt gemacht, als die Belastungsaussagen der Bullen schon alle unter Eid behauptet hatten. Minas im Haus Nummer 45 festgenommen und ihn dort noch zuvor beim Steinschmeißen beobachtet zu haben. Tatsächlich war Minas nach seiner Festnahme in der Nummer 44 nur zufällig in dieselbe Wanne verfrachtet worden wie die anderen, und später einfach in die Anklagekonstruktion mit einbezogen worden.

Im weiteren Verlauf des Prozesses versuchte die Staatsanwaltschaft mit neuen Bullenzeugen die Entlastungszeugen unglaublich zu machen, um die Anklagekonstruktion doch noch zu retten. Die Vorfälle im Haus 44 wurden recherchiert und eine passende Story daraus abgeleitet: Einige Uniformierte seien vor Demonstranten in das Haus Nummer 44 geflüchtet. Dann sei von draußen ein Balken durch die Tür geflogen und habe einen von ihnen am Auge verletzt. Diesen hätten sie dann zum Einsatzfahrzeug zurückbegleitet, und da er so ähnlich ausgesehen habe wie Minas, sei für die Entlastungszeugen der Eindruck entstanden, daß es Minas war, der dort abgeführt wurde.

Peinlicherweise wurde aber der Unfallbericht des betreffenden verletzten Beamten ausgegraben und in dem steht unter der Rubrik „Grund des Einsatzes“ klar und deutlich: „Festnahme eines Straftäters“. Und als schließlich ein anderer Beamter, der den Unfallbericht tippte, bei seiner Vernehmung auch noch sagte, er habe sich seinerzeit bei seinem verletzten Kollegen noch einmal ausdrücklich vergewissert, daß es sich um die Festnahme eines Demonstranten in Haus 44 handelte und nicht um die Flucht vor Demonstranten, war auch diese nachgebetete Story der Staatsanwaltschaft auf die Füße gefallen.

### Knaus für Widerstand

Man merkt an jedem Verhandlungstag, wie es dem Gericht eigentlich stinkt, den Gefangenen überhaupt irgendwas nachweisen zu müssen, um sie zu verknacken. Wäre die Zimmermannsche/Engelhardtsche Verschärfung des § 125 schon über die Bühne, würden Gericht und Staatsanwaltschaft sich nicht mehr so plagen müssen, um den Gefangenen etwas nachzuweisen, und sie könnten sich auch die Mühe sparen, eine Anklage mit personenbezogenen Tatvorwürfen zu konstruieren. Die offenkundige Tatsache der Anklagekonstruktion (Konkrethierung und

Vereinheitlichung der belastenden Aussagen durch die Staatsanwaltschaft, Zeugenschulung der Bullen vor der staatsanwaltlichen Vernehmung, Meineide der Bullen in der Hauptverhandlung und der peinliche Irrtum mit Minas; der klare Verurteilungswille durch Staatsanwaltschaft und Gericht (Fortdauer der U-Haft seit über einem Jahr trotz Demontage der Anklage, Unverhältnismäßigkeit der Dauer der U-Haft); die Vorverurteilung der Gefangenen, indem der Prozeß von Anfang an aufgezogen war, wie ein Prozeß gegen die Stadtguerilla (Hochsicherheitsbereich, Speicherung der Daten der Besucher, Panzerglaskäfige für die Gefangenen im Gerichtssaal, um die besondere „kriminelle Energie“ der Angeklagten zu suggerieren; das offenbar schon immer entschiedene

„Weiterbestehen es dringenden Tatverdachts“ und die damit begründete Weigerung, die U-Haft auszuweisen — all das zeigt nur zu deutlich, worum es dem Gericht hier geht: Knaus für politischen Widerstand — diese Absicht, durchgezogen hinter dem Nebel eines „rechtsstaatlichen“ Verfahrens.

Und solange der § 125 noch nicht wie geplant verschärft ist, muß man halt noch ein solches juristisches Theater drumrum machen, wobei auch die miesesten Konstruktionen als Vorwand recht sind, um die Gefangenen zu verurteilen, und so den Widerstand gegen die verbrecherische Politik der USA (gegen die die Demo schließlich gerichtet war) zu kriminalisieren und abzuschrecken.

Bertram

### Kultur/Diskussionsbeitrag

## Computer denken nicht!

In dem Artikel „Spaß für alle, ohne Ende (?)“ (AK 232) wurden die Video- bzw. Telespiele vorgestellt und kritisiert. Der Artikel scheint mir in seinen Sachaussagen, aber auch in seiner Methode recht typisch dafür zu sein, wie Linke und solche, die sich dafür halten, sich mit der aktuellen imperialistischen Massenkultur auseinandersetzen.

Wenn ich richtig verstanden habe, enthält der Artikel folgende Kern-Aussagen: Telespiele sind total unheil, weil — damit unheimlich Kohle gemacht wird, — nur öde ramgeballert wird, — und die Kids aufs Jobben und Kriegsführen gedrillt werden.

Ich denke, daß die erste Aussage für den Kapitalismus kaum besonders neu ist, die zweite erstens falsch und zweitens die Antwort auf die falsche Frage ist, während die dritte mir immerhin nur viel zu platt erscheint.

### Von Mäusen und Pazifisten

Die Zahlen am Anfang (über Umsätze etc.) sind, weil mit verschiedenen Größen gerechnet wird, sehr verwirrend. So steht in einem Satz etwas über die geschätzte absolute Zahl von Geräten, im nächsten dann etwas über geplante Umsätze in DM. Wer soll denn sowas vergleichen können?

Außerdem ist die Aussagekraft der Zahlen gering, weil der Vergleich mit den Zahlen anderer Freizeittechnologie oder -medien (Musik!) fehlt. Woher aber nimmt die Kinderkommission dann eigentlich die Gewißheit, Telespiele seien das Kinder-Medium der Zukunft? Wieso nicht Platten oder Video-Clips? Aber es ist natürlich nicht verkehrt, festzuhalten, daß jemand mit Telespielen viel Geld verdient, wozu bis jetzt alle meinen, die Dinger würden aus reiner Menschenfreundlichkeit unter Volk gebracht.

Ich hatte das Vergnügen, an einem Forschungsprojekt über Telespiele auch ein wenig mitzumischen. Dabei habe ich zwar auch reichlich Hamburger abgeschossen (ja, da laßt der Körnerfresser und der Antilope packt's

nicht mehr — auch das gibt's als Telespiel), aber bei „Ms.-Pac-Man“ war ich im Fressen von Gespenstern (Achtung: bucht möge mir verzeihen) auch soweit fit. Und ich muß gestehen, daß mir diese ganzen sanften, langhaarigen Naturwollpulloverträger, die die Kriegsspiele ja so schlimm fanden, sich vom „Schlumpfe“-Spiel aber nicht trennen konnten, schwer auf die Nerven gegangen sind. Nicht mal so sehr, weil sie sich alle so enorm einzigartig und individuell vorkommen, sondern weil ihnen zu Telespielen wirklich nix anderes einfällt als dieser Gelegenheits-Pazifismus.

### Der Bildschirm: eine Erscheinungsebene

Es ist kaum was Flacheres denkbar als eine Bildschirm-Graphik. Trotzdem: die Kinder-Kommission, stets bemüht, nicht an der Oberfläche der Erscheinungen kleben zu bleiben, schießt sich ausgerechnet auf die Telespiel-Bilder ein. Wobei die Wahrnehmungsdefizite bei dieser Art der Untersuchung recht aufschlußreich sind: Da wird z.B. hartnäckig „nummerzählt, unsere lieben Kleinen müßten in diesen Spielen Städte zerstören. Bei allen mir bekannten in Frage kommenden Spielen ist die Aufgabe, die Städte-Zerstörung zu verhindern. Die sinnlose Haarspalterei, die mir jetzt womöglich vorgeworfen wird, würde wohl von den Millionen Einwohnern dieser Städte, zu deren Beschützer die Kinder-Kommission sich hier aufschwingt, etwas anders bewertet, wenn es diese Einwohner nur gäbe. Ähnlich verhält es sich mit den armen Fröschen, die die Kinder angeblich immer überfahren müssen...

Fortsetzung nächste Seite



Fortz. von vorheriger Seite

Aber diese falschen Angaben über den Inhalt der Spiele zeigen ja nur die mangelnde Sorgfalt der Analyse, also weiter: Es ist derzeit ein Trend erkennbar, mehr Spiele zu entwickeln, die einen unkriegerischen Inhalt haben. Dazu gehören die Spiele, die ermöglicht durch immer höhere Speicherkapazität der Chips, den Spieler/innen verschiedene Aufgaben in verschiedenen „Bildern“ präsentieren. Dazu gehören „ET“, „Jäger des verlorenen Schatzes“, „Schlumpfe“ und andere. Bei diesen Spielen wird nicht oder kaum „geschossen“. („ET“ ist übrigens ein Flop, kein Hit!). Das erfolgreichste Telespiel überhaupt, „Pac-Man“, kommt bei seiner Hetzjagd durch's Labyrinth ganz ohne Knallerei aus. (Allerdings werden hier Gespenster gefressen; das Spiel stellt also entweder den Kampf um die Lehrstühle oder aber Zimmermanns Rache dar, oder was?)

### Die Gewalt der Schachbretter

Es sollte doch gelegentlich mal zur Kenntnis genommen werden, daß diese Spiele nicht bloß aus Bild und action-Taste bestehen. Das Herzstück aller Telespiele ist das Programm. Und diese Programme basieren, ganz unabhängig von der äußeren Erscheinung der Spiele, alle auf denselben Prinzipien.

*I'm working every hour but  
I'm heading for a crash  
I'm sick of living fast and  
running short of cash  
tell me what's so bad about  
wanting to feel so good  
I want a better life and I'd  
like to buy one if I could*  
Heaven 17: The Luxury Gap

Jetzt aber aufgepaßt, liebe/r Leser/! Nicht „die Spiele sind immer dasselbe“, sondern die Binär-Logik ist immer dieselbe. Und ich meine, diesen Aspekt, der eben nicht bloß Telespiele, sondern den ganzen Bereich des „Mensch-Maschine-Dialogs“ betrifft, sollten wir mal diskutieren.

Computer-Programme beruhen auf einer speziellen Algebra, die nur zwei Werte (eigentlich nur einen Wert) kennt: Null oder Eins, An oder Aus, Wert oder Kein Wert. Es ist dies eine Art der Verarbeitung von Informationen (d.h. der Konstruktion von Wirklichkeit), die menschlichem Denken völlig fremd ist. Menschen sind nicht nüchtern oder betrunken, gesund oder krank, schwarz oder weiß. (Liebende wissen um eine Form der physischen Abwesenheit, die zugleich eine starke Präsenz ist.) Solche Begriffe sind dazu da, eine ganz bestimmte Qualität eines ausgesprochenen Gegenstands zu bezeichnen, die gerade in diesem Zusammenhang wesentlich sein mag. Aber die Begriffe erfassen eben immer nur Teile der Wirklichkeit.

In den Telespielen aber wird uns, gerade durch die „Bilder“, eine ganz andere Wirklichkeit vorgeführt, nämlich eine, in der wir nur falsch oder richtig handeln können. So wird die reale Vielfalt menschlicher Handlungsmöglich-

*Am Heimcomputer sitz ich  
hier  
Programmier die Zukunft  
mir*  
Kraftwerk: Computerwelt

keiten gelegnet, sie wird den Spieler/innen verweigert (bei anderen Spielen kann ich immerhin noch betrügen).

Deshalb, so meine These, sind diese Spiele in höchstem Maße gewalttätig. Sie zwingen Menschen, sich unter Vorpiegelung realer Ereignisse auf eine unmenschliche Maschinenlogik einzulassen, sich ihr anzupassen. (Und deshalb werden wir auch immer verlieren: Irgendwann läßt Deine Konzentration nach, und die Cylonen erwischen Dich. Oder die Bullen, falls du gerade „Ranale“ gespielt hast.)

Der Wahnsinn dieser Situation besteht nun darin, daß diese Spiele (in der Regel auch bei ihren Kritikern) als „realistisch“ gelten, vor allem wegen der immer perfekteren Graphik. Was soll denn das für eine Realität sein, wo Skizzen mit dem Lineal gezogen sind, wo die bösen Cylonen immer dieselben Fehler machen und wo nie eine/r desertiert?

Wenn erst mal der Schritt vollzogen ist, diese Bilder als Abbilder von Wirklichkeit zu akzeptieren, dann, so fürchte ich, werden die Menschen auch in

dieser Dualität (entweder-oder) den k.e.n. Wohlgeheimt: Ich fürchte, denn nach meiner Kenntnis ist es bisher nicht möglich, gültige/haltbare Aussagen über die reale Wirkung auf die Spieler/innen zu machen. Da hilft es auch keinen Schritt weiter, wie in dem Artikel der Kinder-Kommission allerlei Schnicks zusammenzutragen, die kaum besser belegbar sind als das übrige Kneipengelaber zum Thema.

### Telespiele — die Peitsche des Kapitals?

Womit ich bei der Job-Dressur und Kriegsvorbereitung durch Telespiele bin. Zunächst mal: Ein Satz wie „Die historische Entwicklung des Spielzeugs beweist, daß die Herrschenden den Kindern immer das Spielzeug verpaßt haben, das ihren jeweiligen ökonomischen und politischen Zielen entsprach“ jagt mir kalte Schauer über den Rücken. Stellt der Autor sich das wirklich so einfach vor?! Ich meine doch, daß von Kommunisten etwas mehr Einsicht in den Produktionsprozeß von Kultur erwartet werden kann!

Ich vermute, die Spiele haben wirklich den Effekt, Menschen an den Umgang mit Computern, also auch mit der computerisierten Kriegstechnologie, zu gewöhnen. Dennoch liegt aber meiner Meinung nach die wirklich entscheidende Gefahr der Spiele darin, Menschen an eine bestimmte Form der Wahrnehmung und Analyse von Wirklichkeit zu gewöhnen. Und diese Folge der Telespiele ginge weit über ihre Brauchbarkeit in den kommenden Produktions- und anderen Schlachten hinaus.

### Eine neue Welt wird gebaut

Derzeit verkocht die gesamte mediale Umwelt, die einen immer größeren Sektor unserer Zugänge zur Wirklichkeit ausmacht, tendenziell zu einer gigantischen Image-Soße, die die Ruinen der Unmittelbarkeit immer mehr zu deckt. Filme werden zu Spielen (z.B. „Star Wars“), Spiele zu Büchern (es gibt eine SF-Story zu „Pac-Man“), Spiele werden zu Telespielen („Dungeons & Dragons“), aus Zeitungsartikeln werden Stile. Der „Held“ von „Pac-Man“ hat in den USA eine Zeichentrick-Show usw. usw.

Ein immer größerer Teil dessen, was die Menschen hierzulande von der Welt sehen, hören oder was weiß ich, geht durch die Filter der Medienkonzerne. Da ist es nur konsequent, daß diese Konzerne auch an technischen Möglichkeiten interessiert sind, zu Bildern und Tönen auch ohne den Umweg realer Geschehnisse zu kommen. Die Computer-Graphik, die uns jetzt schon Telespiele von fast Zeichentrick-Qualität beschert, wird es bald ermöglichen, ganz auf Schauspielerei/innen, Studios etc. zu verzichten. Die Folgen solcher Technologien sind heute buchstäblich unabsehbar.

Angesichts solcher umfassenden und vielschichtigen Entwicklungen zu behaupten „Alles nur Manöver der Bourgeoisie“, ist wirklich das platteste, was ich mir denken kann.

### Eskapismus?! Was denn sonst?

Ganz offensichtlich besteht doch ein weit verbreitetes Bedürfnis nach dieser Anderen Wirklichkeit. Ganz augenscheinlich sind derzeit Millionen von Menschen der Meinung, diese Andere Wirklichkeit entspräche weit eher ihren Vorstellungen als diese hier.

Daß Leute, die sich in solch arroganter Weise weigern, die Träume, Wünsche, Hoffnungen und Ängste, die in dieser gigantischen Medien-Welt immer wieder aufscheinen, auch nur zur Kenntnis zu nehmen, von den Konsumenten dieser Anderen Wirklichkeit als Leute aus einer anderen Welt angesehen oder eben auch nicht mehr zur Kenntnis genommen werden — wen wundert's?

Phantomias, 2. Zt. Köln

### Literaturtipps:

- „Computer programmieren Menschen“ in: „psychosozial“ 18, tororo 7218
- Schocker — Stille und Moden der Subkultur (speziell die Aufsätze von Olaf-Dante Marx und Dietrich Diederichsen), tororo 7731
- Stichworte „psychologisieren“ und „Standpunkt“, in: Lexikon linker Gemeinplätze, tororo 7760

# Zur Geschichte des Antisemitismus Teil VII

## Von der März-Revolution 1848 bis zu den 90er Jahren

In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts gewann als Prinzip der jüdischen Emanzipation breitere Unterstützung. Das vom Preussischen Landtag 1847 beschlossene Gesetz über „die Verhältnisse der Juden“ gewährte ihnen die gleichen Rechte wie ein christlichen Untertanen. Den Juden wurde gestattet, staatliche oder städtische Ämter zu bekleiden, „wenn mit einem solchen Amte die Ausübung einer öffentlichen, politischen oder exekutiven Gewalt nicht verbunden ist.“ Sie durften als Lehrer und an den Universitäten als Professoren für Medizin, Naturwissenschaften und Philologie tätig sein — wurden aber von den Geisteswissenschaften ausgeschlossen.

Die 48er Revolutionen hatten auf den Emanzipationsprozeß der mitteleuropäischen Juden eine starke Wirkung. In der ersten deutschen Nationalversammlung, die im Juni 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, waren mehrere jüdische Vertreter, u.a. Gabriel Riesser, der zum Vizepräsidenten gewählt wurde. In die Paulskirchenverfassung wurde der Paragraph aufgenommen: „Die Ausübung bürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnis unabhängig.“

Die 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, nach dem Scheitern der revolutionären Unruhen 1848/49, waren eine Periode der Reaktion. Zwar wurden nur selten den Juden gewährte Rechte widerrufen (Das tat z.B. Paps Pius IX, der Roms Juden wieder ins Ghetto zwang). Doch in den meisten mitteleuropäischen Ländern wurden sie weiterhin administrativ diskriminiert. In mehreren deutschen Staaten bestanden wieder (bzw. weiterhin) Restriktionen hinsichtlich der Bewegungsfreiheit und der Berufsausübung. In Preußen z.B. wurden sie wieder von Staatsämtern ausgeschlossen. In Österreich wurde ihnen der Erwerb von Grundeigentum beschränkt, und der Zugang zu akademischen Berufen vberwehrt. Erst 1867 wurde schließlich in Österreich die volle rechtliche Gleichstellung verfügt.

In Italien verschleppte sich die Verbesserung der Rechtslage der Juden (abgesehen von Sardinien, wo seit 1848 Rechtsgleichheit herrschte). Ein Vorfall erregte die damalige öffentliche Meinung: im damals noch unter päpstlicher Herrschaft stehenden Bologna entführte 1858 die Polizei ein jüdisches Kind mit der Angabe, es sei „heimlich getauft“ worden. Als aber 1870 die weltliche Herrschaft des Papsttums zu Ende ging und Rom zur Hauptstadt des geeinigten Italiens erklärt wurde, wurde auch den Juden der Stadt die Gleichstellung gewährt.

Die Schweiz war einer der Staaten, die hartnäckig am Widerstand gegen die Gleichberechtigung festhielten. Die Schweiz untersagte Juden sogar, innerhalb ihrer Grenzen sesshaft zu werden. Nur im Kanton Aargau durften sie sich niederlassen — allerdings ohne alle bürgerlichen Rechte.

1862 wurde in der Schweiz dazu ein Referendum durchgeführt: die große Mehrheit der Abstimmenden lehnte Rechte für Juden ab. Erst 1874 wurde schließlich auch dort das Prinzip der Gleichberechtigung eingeführt.

Das erste Feld, auf dem Juden in europäischen Sprachen aktiv wurden, war das Pressewesen. Eine besonders bedeutende Rolle spielten sie in der liberalen und radikalen Presse. Ebenso auf verschiedenen anderen Gebieten wie Literatur, Musik und Malerei. Hierzu sollen nur Namen wie Heinrich Heine (1797-1856), Mendelssohn-Bartholdy, Offenbach, Rachel und Sarah Bernhardt, Camille Pissaro (in Frankreich) oder Max Liebermann genannt werden. Zur Analyse und Geschichte der 48er Revolutionen sei auf

Engels Schrift: „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ (1851-52 geschrieben), MEW-Band 8 (S. 5-108), sowie auf Marx Schrift: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ (1852), MEW-Band 8 (S. 109-207), hingewiesen.

### Marx: „Zur Judenfrage“

1843 schrieb Marx eine Abhandlung „Zur Judenfrage“ als Antwort auf zwei Schriften des Hegelianers Bruno Bauer. Sowohl Bauer als auch Marx wollten in diesen Schriften den Begriff der „Emanzipation“ klären. Wie schon erwähnt, wurde zu Beginn der 40er Jahre die Emanzipation der Juden in Petitionen und Landtagsdebatten behandelt. Noch herrschte das Prinzip des christlichen Staates, der Staatsbürger war (nicht nur de facto, sondern auch de jure) unfrei und die Gesellschaft auf Privilegien aufgebaut. Bauer wirft die Frage der Emanzipation der Juden war (deutlich mehr de facto, als auch de jure) unfrei und die Gesellschaft auf Privilegien aufgebaut. Bauer wirft die Frage der Emanzipation der Juden von der theologischen Seite auf und fragt, wer die größere Emanzipation „fähigkeit“ besitzt — die Christen oder die Juden.

Bauer meint, es sei doch ein Widerspruch, daß dieses Volk, das selber in seinem „Erwählungs glauben“ befangen sei, die Gleichberechtigung fordere. Erst müsse sich das Judentum von seinen religiösen begründeten „Chimären“ befreien.

Marx Schrift behandelt eher die Staatsfrage als im engen Sinne verstanden die „Judenfrage“. Sie ist in erster Linie eine Kritik der christlich-bürgerlichen Gesellschaft.

Er wirft nicht die Frage einer politischen Emanzipation irgendwelcher religiösen Gruppen auf, sondern fragt: welche Emanzipation ist anzustreben. Die bisher erreichte politische Emanzipation (siehe 1789) habe den Menschen gespalten in den „öffentlichen“ und „privaten“ Menschen. Sie habe die Sphäre des privaten „Egoismus“ gesichert und das Recht auf Eigennutz proklamiert.

„Sie läßt jeden Menschen in anderen Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden.“ Die politische Emanzipation ist die Reduktion auf das egoistische, unabhängige Individuum. Die wirkliche Emanzipation des Menschen wird erst vollbracht, wenn er seine Kräfte als gesellschaftliche Kräfte erkennt und organisiert. Das Ziel ist jetzt nicht die politische Emanzipation irgendwelcher religiöser Gruppen, sondern eine radikale Änderung der Gesellschaftsordnung, die die Befreiung der Menschen als Gattung, nicht nur als bloße Individuen mit sich bringen soll. Das heißt, das Ziel ist die Aufhebung der Spaltung zwischen Mensch und Gesellschaft.

Die gesellschaftliche Funktion der Juden sieht Marx in der reinen Geldmacherei. Das empirische Wesen es Judentums sei der Eigennutz, der Schacher, und sein weltlicher Gott sei das Geld. „Eine Organisation der Gesellschaft, welche die Voraussetzungen des Schachers, also die Möglichkeit des Schachers aufhob, hätte den Juden unmöglich gemacht. Sein religiöses Bewußtsein wurde wie ein fader Dunst in der wirklichen Lebensluft der Gesellschaft sich auflösen.“ Die bürgerliche Gesellschaft in der christlichen Welt hat selber den Eigennutz zum Prinzip und das Geld zum allgemeinen Wert aller Dinge erhoben. Sie hat das „Judentum“ ermöglicht und begünstigt. Hebt die Gesellschaft den Schacher und seine wirtschaftlichen Voraussetzungen auf, so hebt sich auch das Judentum auf: „Die gesellschaftliche Emanzipation der Juden ist die Emanzipation der Ge-

sellschaft vom Judentum“. Das jüdische Problem ist demnach zugleich das Problem des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft und löst sich nur im übergeordneten Zusammenhang. Wenngleich Marx in dieser Schrift das Judentum als Zerrspiegel benutzt und es auf die ökonomische Funktion einer kleinen Gruppe von Finanzleuten einschränkt, so ist auch klar, daß, wer Juden als Juden bekämpft, nur vom eigentlichen Gegner ablenkt.

Diese frühe Stellungnahme zur Judenfrage hat Marx später nicht mehr ergänzt bzw. korrigiert. Zur antisemitischen Bewegung der 80er Jahre und den ersten Pogromen in Rußland, die er noch erlebte, äußerte er sich nicht mehr. Allerdings nahm Friedrich Engels zum Antisemitismus Stellung, als dieser zu Beginn der 90er Jahre eine bedrohliche Macht zu werden schien.

### Antisemitismus in Deutschland seit 1873

### Antisemitismus in Deutschland seit 1873

Das Scheitern der Revolution von 1848 warf die Judenemanzipation zunächst auf den vorjüdischen Stand zurück (s.o.). Doch die politische und ökonomische Integration der aufstrebenden Bourgeoisie machte gewisse liberale Zugeständnisse des preussischen Bonapartismus erforderlich. Mit dem Sieg über Österreich 1866 war ein kleindeutsches Reich unter preussischer Führung in greifbare Nähe gerückt. Preußen „präparierte“ der Bourgeoisie die Herrschaft und installierte die langfristige Klassensymbiose zwischen Junkertum und Bourgeoisie. Bereits bei der Gründung des Norddeutschen Bundes machte Bismarck liberale Konzessionen, die erforderlich waren, um den z.T. liberalen süddeutschen Staaten den Anschluß an das halb-feudale Preußen schmackhaft zu machen.

Dies war der Hintergrund für die 1869 im Norddeutschen Bund ausgesprochene vollständige formalrechtliche Emanzipation der Juden. Sie war also nicht das Ergebnis eines tiefgreifenden revolutionär-demokratischen Wandlungsprozesses, sondern eine Art „Onadenerlaß“ von oben (mit ständiger Drohung einer Rücknahme dieser Rechte, was dann 1933 eintrat). Die rechtliche Emanzipation der Juden war auch Antwort auf den realen gesellschaftlichen Aufstieg eines Teils von ihnen während der langanhaltenden Hochkonjunktur in den verlorenen Jahrzehnten (mit der Unterbrechung 1857 - 1859). Dieser Teil nahm gewichtige Positionen ein als Unternehmer und in den freien Berufen (Ärzte, Rechtsanwälte, Journalisten). Die staatliche Bürokratie jedoch war ihnen auch später noch weitgehend versperrt. So wichtig das Gesetz von 1869 war, das den Juden in ihrer Gesamtheit erstmalig die vollständige rechtliche Gleichstellung dem Buchstaben nach versprach, so ist doch nicht zu übersehen, daß der jahrhundertalte Antisemitismus virulent blieb und später im autoritären Obrigkeitsstaat als Ausdruck ungelöster sozialer Probleme gesellschaftsfähig wurde. Der Aufstieg der Juden in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts war mit kapitalistischer Hochkonjunktur und vorsichtigem Liberalismus eng verknüpft. Es waren vor allem die gebildeten bürgerlichen Juden, die sich stark mit liberalen Ideen identifizierten und Bismarck in seiner Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche mit liberalen Intentionen (Trennung von Staat und Religion) unterstützten. Ebenso begrüßten sie Bismarcks Allianz mit den Nationalliberalen und die Reformen unter Delbrück-Camphausen (1867 - 71), deren wirtschaftliche Gesetzgebung die



kapitalistische Expansion maßgeblich erleichterte.

Die Krise von 1873 kam dann wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Noch 1872 waren in einem Jahr doppelt so viele Aktiengesellschaften gegründet worden wie in den vergangenen achtzig Jahren zuvor, darunter 49 Banken. Umso jähher schlug nach dem Gründungsfieber, dem Zeitalter der Börsenspekulation und des schnellen Reichtums, die erste wirklich schwere und langanhaltende kapitalistische Krise zu. Sie war in ihrer Schärfe durchaus mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbar und hielt rund 20 Jahre an, wobei die Periode 1873-79 den schärfsten Niedergang markierte. Die Überproduktionskrise ging mit entsprechendem Preisverfall einher. Am stärksten wurden die Eisen- und Kohle-Industriellen sowie die Landwirte von diesem Preissturz getroffen. Die Landwirtschaft hatte ihre „goldenen Jahrzehnte“ hinter sich, während sich, durch Bodenspekulation angeheizt, der gutsherrliche Reichtum verdoppelte bis verdreifachte. In der Krise sanken die Gelderträge der Landwirte schneller als die hohen Hypothekenzinsen, die östlich der Elbe bis zu 50% des Einkommens verzehnten, westlich davon ca. 30%. Die Unternehmer ihrerseits rationalisierten und drückten die Löhne. Krupp beispielsweise halbierte bis 1879 die Lohnsumme „seiner“ Arbeiter.

Unzufriedenheit und Desorientierung über die langanhaltende Depression im ersten Zyklus von 1873 bis 1879 ergriffen die Mehrheit der Bevölkerung. Die schwere Agrarkrise (besonders ab 1876) bedrohte das politische und gesellschaftliche Rückgrat des preußisch-deutschen Staates: die ostelbischen Rittergutsbesitzer, Schutzgolforderungen wurden erhoben: 1874 vom neu gegründeten „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, 1876 auch von den bis dahin traditionell freihändlerisch ausgerichteten ostelbischen Großgrundbesitzern. Diese schlossen sich in der „Vereinigung Steuer- und Wirtschaftsreformer“ zusammen, die die „Creime“ der Junker umfaßte und betont anti-liberal auftrat. Die Formierung und gegenseitige Annäherung der von der Krise betroffenen Interessenten aus Industrie und Landwirtschaft — die zunächst sehr gegensätzliche Konzeptionen zur Verbesserung ihrer spezifischen Lage vertrugen — ist von entscheidender Bedeutung für die weitere politische Entwicklung in Deutschland bis zum 1. Weltkrieg geworden. 1877 wurde zwischen diesen mächtigen Gruppen ein gemeinsames Programm formell verabschiedet. Hauptforderung: Einführung von Schutzzöllen.

Doch die freihändlerisch orientierten National Liberalen und das mit Bismarck verfeindete katholische Zentrum konnten nicht zur Mehrheitsbildung im Reichstag herangezogen werden. Erst die nach den beiden Attentaten auf den Kaiser durchgeführten Neuwahlen „gegen den roten Terror“ (1878) brachten den Konservativen erhebliche Gewinne und konnten die Liberalen spalten sowie einen Teil von ihnen auf die Seite der Schutzzöllner hinüberziehen. Die gegen den roten Terror“ (1878) brachten den Konservativen erhebliche Gewinne und konnten die Liberalen spalten sowie einen Teil von ihnen auf die Seite der Schutzzöllner hinüberziehen. Die gegen den roten Terror“ (1878) brachten den Konservativen erhebliche Gewinne und konnten die Liberalen spalten sowie einen Teil von ihnen auf die Seite der Schutzzöllner hinüberziehen.

Die Verbindung von Schwerindustrie und Grundbesitz stabilisierte den status quo des preußischen Bonapartismus und erweiterte die Position der alten Mächte. Mit der Zustimmung zum Sozialistengesetz von 1878 schließlich wurden auch die wirtschaftspolitisch liberalen Teile des Bürgertums ins konservativ-agrarische-großindustrielle Machtkartell eingereicht. Die Geschichte des Formierungsprozesses im Verlauf der „großen Depression“ ist wichtiger Hintergrund für den modernen Antisemitismus, seine Massenbasis und seine Funktionalisierung durch die herrschenden Eliten. Denn nach Ausbruch der Krise wurde vor allem vom traditionellen Mittelstand — ohnehin vom Anpassungsprozeß an den modernen Kapitalismus gequält — nach einem Schuldigen gesucht und einer gefunden.

„Der ganzen liberalen Bewegung wurde jetzt der Prozeß gemacht: „Liberaler“ galt als Schimpfwort. Für die Feinde der neuen Ära verkörperte sich der Liberalismus in der Fortschrittspartei und der National Liberalen Partei, und beide wurden als jüdisch gebrandmarkt.“ (Paul W. Massing, „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus“, S. 44, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 8). Die traditionellen Mittelschichten (Handwerker, Kleinrentner, Angestellte, Kleinbauern), denen die gesellschaftliche Desintegration dröhnend vor Augen geführt wurde, reagierten mit einer Art Weltuntergangsstimmung, die sich zugleich aggressiv gegen die vermeintlichen

Schuldigen — die Liberalen und die Juden — richtete. Der Journalist W. Marr veröffentlichte zu Beginn der Wirtschaftskrise eine wirre antisemitische Broschüre — mit sensationellem Erfolg (sie erlebte in sechs Jahren zwölf Auflagen): „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“, wobei die besondere Bedeutung in dem Zusatz liegt: „vom nicht-konfessionellen Standpunkt aus betrachtet“.

Die Juden wurden also erstmals ausdrücklich nicht als religiöse Glaubensgemeinschaft angegriffen, sondern als „Rasse“. Ihnen wurden nicht die Christen sondern die Germanen gegenübergestellt. In äußerst pessimistisch-tragischem Ton wird der „Sieg der jüdischen Rasse“ über die Germanen vorhergesagt, wobei die „jüdische Rasse“ alle Chancen habe, „heute der sozialpolitische Diktator Deutschlands“ zu werden. Gerade ihre Überlegenheit erfordere den Kampf um Leben und Tod und lasse ein friedliches Zusammenleben nicht zu. Der „Untergang des christlichen Abendlandes“ schien Marr unvermeidlich, höchstens noch durch einen letzten verzweifelten Gegenstoß Europas gegen das Judentum aufzuhalten.

Es werde wahrscheinlich eine „Explosion“, eine „Katastrophe“ stattfinden, bevor sich das Germanentum „ergibt“. „Das allgemeine Pogrom, schicksalhaft und unkontrolliert, wird hier angekündigt“ (P. Massing, S. 5, 7). Der bis auf seine Broschüre erfolgreiche Marr zählte sich selbst zur berufenen Elite, die von Juden und Liberalen beiseite gedrängt worden sei. Seine komplex-beladenen Habitusden gegen die „überlegene jüdische Rasse“ artikulierten offensichtlich die irrationalen Ängste der vorkapitalistischen Schichten vor der „schicksalhaft“ und „naturwüchsig“ auf sie zurollenden kapitalistischen Krise, die ihren gesellschaftlichen Status und ihre kulturellen Traditionen unterminiere. So wurde ein Sündenbock angeboten. 1879 gründete Marr die nach dem Führerprinzip strukturierte „Antisemiten-Liga“, die erste Organisation überhaupt, die sich einen Namen trug. Ziel war, „unser deutsches Vaterland vor der vollständigen Verjudung zu retten“ und „sich der weiteren Verdrängung des Germanentums durch das Judentum mit allen erlaubten Mitteln zu widersetzen“ (nach Pulzer, „Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914“). Marr, der als einer der ersten die Massenwirksamkeit antisemitischer Propaganda auf rassistischer Grundlage erkannte und nutzte, bezeichnete sich selbst als alten Aler, als „ehemaligen Radikalen“, der aus Enttäuschung über die korumpierende Wirkung des modernen Kapitalismus nach rechts gegangen sei. Obwohl für seine Person schwer nachprüfbar, symbolisiert sich in dieser Selbstdarstellung die Rechtsevolution großer Teile des deutschen Kleinbürgertums nach der preußisch-deutschen Reichseinigung, dem Abschluß der Epoche der bürgerlichen Revolution in Deutschland.

#### Rassismus als Variante der imperialistischen Ideologie

In ihrer verhängnisvollen Auswirkung kaum zu überblicken ist eine Artikelserie, die wenige Monate später (1874/75) von Otto Glagau in der „Gartenlaube“ (Auflage: 382.000), dem meistgelesenen Unterhaltungsblatt der Mittelschichten, veröffentlicht wurde. Konkreter als bei Marr wurde an den sozialen Schwierigkeiten der Leserinnen und Leser angeknüpft und deren Ängste antisemitisch ausgebeutet. Jüdische Abgeordnete wurden bezichtigt, für Gesetze verantwortlich zu sein, durch die Handel, Börse und die großen Unternehmen auf Kosten von Handwerk und Landwirtschaft begünstigt wurden. Neunzig Prozent aller Gründer und Spekulanten seien Juden, behauptete Glagau, was ihm schlicht geglaubt wurde. Einen der antisemitischen Stereotypen war die angebliche Bauernfeindlichkeit der Juden, anknüpfend an ihre Funktion als landwirtschaftliche Kreditgeber. Otto Glagau: „Alle Juden und Leute jüdischer Abkunft sind geborene Gegner der Landwirtschaft“ (Pulzer, S. 62). Geschichte greift er den Pessimismus seiner Kleinbürgerlichen Leserschaft auf: „Die schwersten und unnatürlichsten Verbrechen sind an der Tagesordnung — Mord und Raub, Einbruch und Diebstahl machen Stadt und Land unsicher. Betrug und Unterschlagung grassieren wie Seuchen, der Selbstmord ist epidemisch geworden. Bettler und Vagabunden strömen in Scharen umher. Die Gefängnisse und Strafanstalten sind überfüllt, die Zahl der Zivil- und Kriminalprozesse, Konkurse und Exekutionen ist Legion ... Die Gewerbefreiheit hat zwischen Mei-

ster, Geselle und Lehrling jedes Band zerrissen und den Handwerkerstand, der ehemals den Kern der Bürgerschaft bildete, ruiniert“ (Pulzer, S. 62, S. 79).

Glagau benutzte bereits die Unterscheidung zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital, wobei das abstrakte Geldkapital als etwas besonders Bedrohliches, als eminent Jüdisches mystifiziert wurde. Die Unterscheidung zwischen Geldkapital („raffend“) und landwirtschaftlich-industriellem Kapital („schaffend“) wurde später von den Nazis benutzt, um die Probleme des verschuldeten Mittelstands pseudo-anti-kapitalistisch aufzugreifen und den „Volksfeind“ als „raffendes jüdisches Ungeheuer“ zu verurteilen (A. Hitler, „Mein Kampf“, S. 232). P. Massing kommt über Glagau zu folgender Gesamteinschätzung: „Seine Ansichten über Judentum, Liberalismus, Manchestertheorie, die moderne Bourgeoisie, politische Parteien überhaupt und die Rolle der großen Staatsmänner zeigten außergewöhnliche Verwandtschaft mit der spätern Gedankenwelt des Nationalsozialismus“.

Ein unmittelbar politisches Gewicht erhielt der durch die Gründerkrise virulent gewordene Antisemitismus dadurch, daß er von zwei wichtigen politischen Gruppierungen auf die Fahne geschrieben wurde: Von den junkerlichen Alikonservativen, denen die Bismarckschen pro-kapitalistischen Reformen zu weit gingen, und vom katholischen Zentrum, das mit Bismarck im „Kulturkampf“ verstrickt war und das relativ selbständige Rolle der katholischen Kirche bedroht sah (Bismarck seinerseits schätzte die Katholiken als potentielle Verbündete Österreichs ein, die für eine großdeutsche Lösung unter Einbeziehung der Donau-Monarchie optierten).

Der Antisemitismus war für beide das Mittel, Bismarcks taktisches Zusammengehen mit den National Liberalen anzugreifen und sich mit ihrer antiliberalen und antijüdischen Agitation eine Massenbasis zu verschaffen. 1875 eröffnete die Zeitung der Extremkonservativen, die „Kreuzzeitung“, als erste eine Serie von antisemitischen Artikeln. In dem Aufsatz „Die Ära Bismarck-Delbrück-Camphausen“ hieß es: „Bank-, Aktien- und Börsenprivilegien sind, wie die Sachen faktisch liegen, Judenprivilegien. Sie werden daher von der jüdischen Presse, den jüdischen Gelehrten und den jüdischen Volksvertretern mit allen Kräften geschützt und befördert“ (zit. n. Pulzer, S. 78). Die ganze national liberale Ära ab 1866 können auf nichts anderes hinauslaufen als auf eine „von und für Juden betriebene Politik und Gesetzgebung“. Die katholische Zeitung „Germania“ produzierte 1875 eine ganze Kette klassischer antisemitischer Klischees, basierend auf der besonderen geschichtlich vermittelten Situation der Juden: Die Juden seien kaum im produzierenden Gewerbe anzutreffen, sie lebten auf Kosten der christlichen Bevölkerung, würden die höheren Ausbildungsplätze überproportional beanspruchen etc. „Kauf nicht vom Juden“ oder „Leih nicht vom Juden“ waren die katholischen Vorschläge für eine Emanzipation der Christen von den Juden. Die jüdisch-liberale Unterstützung Bismarcks im „Kulturkampf“ konterkarierte jetzt das Zentrum: Das sei nur ein Ablenkungsmanöver, das „an den Juden erlaube, ungestört das deutsche Volk zu beschwören und auszubeuten“. Als Ende der 70er Jahre der Kulturkampf von Bismarck abgebrochen wurde und die national liberale Ära der Vergangenheit angehörte, da erlosch der stärkste Antrieb für den Antisemitismus des Zentrums. (Nebenbei: eine der Hauptstützen des Antisemitismus war die katholische Kirche in Österreich).

#### Stoecker: Soziale Frage und Antisemitismus

Mitte der 70er Jahre wurde für Bismarck immer deutlicher, daß es auf Dauer kaum möglich sein werde, das Reich mit einer liberalen Mehrheit zu regieren ohne wesentliche Zugeständnisse hinsichtlich einer gewissen Demokratisierung des bonapartistischen Systems zu machen. Dies stand jedoch im offenen Widerspruch zu den Interessen von Junkern, Monarchie und Schwerindustrie, wobei — wie erwähnt — erstmals sich eine Annäherung von Schwerindustrie und Großgrundbesitzern abzeichnete. Die Krise führte auch zu einer Radikalisierung der Arbeiter, deren beide Hauptorganisationen, der ADAP (Lassalle/Schweitzer) und die SDAP (Eisenacher) sich zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigten und den politischen Druck von links verstärkten. Diese Entwicklungsprozesse ließen es zur vordringlichen Aufgabe Bismarcks

werden, den Obrigkeitstaat gegen den Einbruch einer gefährlichen Koalition zu verteidigen. Seine politische Strategie zielte darauf ab, die Liberalen entscheidend zu schwächen und die Sozialisten zu unterdrücken. Eine Reichstagsmehrheit hierzu konnte er sich nur von Konservativen und Katholiken erhoffen, deren Verbindung im Laufe der antisemitisch-antiliberalen Kampagne belebt worden war. Die „Anti-Terror“-Wahl (s.o.) von 1878 ließen ihn dies Ziel erreichen.

Genau in diese Zeit fällt die Aktivität des berühmten evangelischen Hilfspredigers Adolf Stoecker in Berlin. Naturgemäß gewann die soziale Frage in der Gründerkrise enorme Bedeutung in einer Gesellschaft, die statt sozialer Netze eher Fallgruben installierte hatte. Der Ruf nach Reformen und die emotional geladene Ablehnung des kapitalistischen „Manchesterismus“ der National Liberalen ließen Reformvereine und Reformvorstellungen der buntesten politischen Richtungen entstehen. Prominente konservative Denker fanden sich in der Schule „Kathedersozialisten“ zusammen, die auf der Grundlage von Bürokratie, Staats Eingriffen und Merkantilismus die Krise abmildern wollten. Gleichzeitig machten sie den Sozialdemokraten das Monopol auf den Sozialismus streitig.

Bekannt ist Engels Streichschrift gegen den prominenten „Kathedersozialisten“ und Antisemiten Eugen Dühring, der vorübergehend einen gewissen Einfluß in der Sozialdemokratie nach ihrem Verbot erringen konnte. Es ist aufschlußreich, daß der moderne Antisemitismus wie später die Nazis von Beginn an im sozialistischen Gewand auftrat. W. Marr etwa behauptete: „Der Antisemitismus ist eine sozialistische Bewegung, nur in edleren und reineren Formen als die Sozialdemokratie“ (Pulzer, S. 47). Die Feindschaft gegen den „undeutschen“ Kapitalismus war zeitweise im Mittelstand so stark, daß in den antisemitischen Programmen Vorschläge zu finden sind, die fast wie reiner Sozialismus aussehen — zum Beispiel die Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Versicherungs- und Bankunternehmen oder der Reklame (Pulzer, S. 46).

Eine der Zentralfiguren dieser bunten Versammlung von konservativen Sozialreformatoren, Christen und Antisemiten war Adolf Stoecker. Aus dem unteren Mittelstand kommend, mit Blick auf soziale Probleme und zugleich leidenschaftlicher Verehrer der Werte der Aristokratie, kaisertreu, wurde er 1884 als kaiserlicher Hof- und Domprediger nach Berlin berufen. Er hatte sich zur Aufgabe gesetzt, die unteren Volksschichten wieder in den christlich-konservativen Staat zurückzuführen. Er unterhielt enge Beziehungen zum kaiserlichen Hof und zur „Kreuzzeitung“, kam aber als Leiter der Berliner Stadtmission auch mit der großstädtischen Armut und „Staatsverdrossenheit“ in Berührung. Seine politische Karriere begann Stoecker in Berlin mit dem Versuch, der Sozialdemokratie ihre Wähler und Anhänger abspenstig zu machen: „Seit fünfzehn Jahren ist das sozialistische Element der Räder, mit welchem die Arbeiter um ihren Glauben wie um ihren Patriotismus betrogen worden sind. Will man an ihre Herzen heran, so muß man die sozialen Dinge mitbesprechen“ (Massing, S. 24).

Die ersten Massenversammlungen christlich-konservativer Provenienz in einem Arbeiterviertel war eine wahrhaftige Sensation. Bis dahin war es das Vorrecht der anti-konservativen Kräfte, also des demokratischen Lagers gewesen, „die Straße“ zu mobilisieren. P. Massing vergleicht sie in ihrer geschichtlichen Bedeutung mit der ersten Hitlerischen Massenversammlung in München (S. 24). Die Sozialdemokraten bemächtigten sich sogleich der Versammlungsaktion, gewählten aber Redefreien. Der Ex-Sozialdemokrat, Spitzbube und Stoecker-Vertraute Grünberg erntete nur Gelächter. Doch dann trat Ruhe ein, als Stoecker höchstpersönlich in die Debatte ein-griff und mit starken Worten die unheilvollen Wirkungen der kapitalistischen Krise auf das Leben der Arbeiter anprangerte. Er verlangte soziale Reformen: Fürsorge bei Arbeitsunfähigkeit, Verbot der Sonntagsarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit. Seine neue Partei, zu deren Beitritt er aufforderte, wollte eine friedliche Organisation der Arbeit und der Arbeiter, ohne „Klassenhaß“. Die Replik hielt Johannes Mos (später als Anarchist ausgeschlossen), einer der besten Redner der Partei. Er griff Christentum und Geistlichkeit scharf an, die traditionell mit den Ausbeutern gemeinsame Sache machten. Die „christlichen“ Vorschläge wurden in einer kämpferischen Resolution mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen und der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei das Vertrauen

ausgesprochen.

Spätere Versammlungen erlitten ein ähnliches Schicksal. Für die Arbeiter war es nur allzu deutlich, auf welcher Seite der Hofprediger stand. Mit der vernichtenden Wahlniederlage von 1878, die Stoecker nur 1.500, den Sozialdemokraten aber 36.000 Stimmen brachte, war die erste Phase der Stoeckerschen Agitation mit dem Hauptstoß gegen die in diesem Jahr verbotene Sozialdemokratie abgeschlossen.

Nunmehr konzentrierte sich Stoecker auf die wirtschaftlich verunsicherten Mittelstandsgruppen, die ihrerseits darauf drängten, „in die Politik zu gehen“. Das Wort „Arbeiter“ wurde aus dem Parteinamen gestrichen (1881), und mit gezielt antisemitischer Propaganda versuchte jetzt die „Christlich-soziale Partei“, eine konservative Massenbewegung ins Leben zu rufen und partiell zu organisieren.

„Unsere Forderungen an das moderne Judentum“, lautete 1879 Stoeckers unverbrämte antisemitische Rede, die in Berlin wie eine Bombe einschlug. Bis Mitte der 80er Jahre hielt Stoeckers Berliner Bewegung die Stadt in Aufruhr. Der Antisemitismus wurde zum Herzstück der Stoeckerschen Agitation, mit der der politisch bereits geschwächte Liberalismus niedergekämpft werden sollte. Handwerker, Büroangestellte, Studenten, untere Beamte, kleine Geschäftsleute, Bauern und andere Mittelständler stellten den größten Teil der Anhängerschaft, die dem politischen Gemisch aus antisemitischen, sozialreformerischen, staatssozialistischen und christlichsozialen Elementen folgte. Die „Judenfrage“ wurde durch Stoecker zum Thema in Berlin. Über 500 Bücher und Broschüren wurden dazu verfaßt. Der Wahlsieg der Rechten 1878 war Wasser auf Stoeckers Mühlen, denn immerhin war es u.a. der Antisemitismus gewesen, der die jetzt regierungstützende Mehrheitsallianz von Konservativen und Zentrum schmieden geholfen hatte. Der Antisemitismus wurde damit aus der Ecke der Opposition herausgeholt; er wurde respektabel, gesellschaftlich anerkannt und von oben wohlwollend geduldet, wenn nicht gar gefördert. Stoeckers Agitation zeitigte Folgen. Der radikale antisemitische Nachwuchs, der der christlichen Bindung Stoeckers und seiner engen Beziehungen zum kaiserlichen Hof ablehnend gegenüberstand, verfaßte im Herbst 1880 eine Antisemitenpetition (Forster, Liebermann und Sonnenberg, E., Henrich). Sie bekam ca. 250.000 Unterschriften! Die Unterzeichner forderten die „Emanzipation“ (!) des deutschen Volkes von der jüdischen „Fremdherrschaft“ u.a. durch das Verbot bzw. die Einschränkung der Einwanderung der Juden, Ausschuß der Juden von allen Regierungsstellen, Beschränkung der Zulassung von Juden bei Gerichten, Lehrämtern an Schulen und Universitäten, Zählung („Zensus“) des jüdischen Bevölkerungsanteils.

Über die antisemitischen Auswüchse im öffentlichen Leben Berlins gibt Eduard Bernstein ein anschauliches Bild: „Es war eine Sturzwelle jüdenfeindlicher Reaktion. Eine ganze Presse, die ihr Ausdrucks gab, schoß ins Leben. Antisemitische Flugblätter und Schimpfblätter wider alles, was jüdisch oder jüdischer Sympathie verdächtig war, wurden in Massen verbreitet... Organisierte Banden zogen in der Friedrichstadt vor die besuchten Cafés, brüllten, nachdem allerhand Schimpfreden gehalten worden, taktmäßig immer wieder 'Juden raus!', vertriehen Juden oder jüdisch aussehenden Leuten den Eintritt und provozierten auf diese Weise Prügeleien, Zerrümperungen von Fensterscheiben und ähnliche Wüstheiten mehr. Alles natürlich unter der Phrase der Verteidigung des deutschen Idealismus gegen jüdischen Materialismus und des Schutzes der ehrlichen deutschen Arbeit gegen jüdische Ausbeutung“ (zit. nach Massing, S. 44).

Einen neuen, von oben mitgetragenen Höhepunkt erreichte der Antisemitismus 1881, als die Opposition von Liberalen und Sozialisten eine Regierungsvorlage zur Unfallversicherung zu Fall gebracht hatte. Stoecker schrieb in einem Wahlkampfplakat u.a.: „Ich betrachte die Ansammlung des mobilen Kapitals in wenigen, meist jüdischen Händen als eine drohende Gefahr und als eine der Hauptursachen des sozialdemokratischen Umsturzes. ... Ich will keine Kultur ohne Deutschum und Christentum, deshalb bekämpfe ich die jüdische Übermacht“ (Massing, S. 45). Dagegen setzte er die „gesunde soziale Reform auf christlicher Grundlage“.

Wie man sieht, hat sich manches, was später kam, schon lange vorher angebahnt und ist auch heute noch nicht verschwunden.

E., Frankfurt und St.St., Hamburg



1945 schrieb Sartre einen Aufsatz unter diesem Titel. Dort umreißt er den gesellschaftlichen Bereich der Kollaboration und versucht, eine Psychologie des Kollaborateurs aufzuzeichnen.

Sartre, der zuvor knapp ein Jahr in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten war, schloß sich später einer Widerstandsgruppe an. In einem Interview 1973 meinte er selber, der Krieg habe sein Leben regelrecht in zwei Teile geteilt. „Er brach aus, als ich vierunddreißig Jahre alt war und endete, als ich vierzig war — das war für mich die Zeit des Übergangs von der Jugend zur Reife. Zugleich teilte mir der Krieg gewisse Aspekte meiner selbst und der Welt. Zum Beispiel lernte ich damals die tiefe Entfremdung der Gefangenschaft kennen und auch die Beziehungen zu Menschen, den Feind, den wirklichen Feind, nicht den Gegner, der in derselben Gesellschaft lebt wie man selbst und einen mit Worten angreift, sondern den Feind, der einen verhaften und einsperren lassen kann, indem er einfach bewaffnete Männer ein Zeichnen gibt. ... Und dann habe ich damals auch die — wenn auch unterdrückte, aber immer noch existierende — soziale Ordnung, die demokratische Gesellschaft kennengelernt und zwar in dem Maße, wie sie unterdrückt und zerstört war und wir für die Erhaltung ihres Wertes kämpften, in der Hoffnung, daß sie nach dem Krieg wieder entstehen würde. Dort also bin ich, wenn Sie so wollen, vom Individualismus und vom reinen Individuum der Vorkriegszeit zum Sozialen, zum Sozialismus gelangt. Das war der eigentliche Wendepunkt in meinem Leben: vor dem Krieg, nach dem Krieg.“

(Auszüge dieses Gesprächs erschienen 1975 im „Nouvel Observateur“ und im „Spiegel“. Das vollständige Gespräch ist auf deutsch in „Sartre über Sartre“, rororo 1977, abgedruckt.)

#### Kollaboration: Klassenposition oder individuelle Veranlagung?

Im Duden heißt es zur Erläuterung des Begriffs Kollaborateur: „Während des zweiten Weltkrieges entstandene Bezeichnung für einen Verräter, der mit den Hitlerfaschisten zusammenarbeitete.“ Nun ist die Kollaboration (d.h. die Zusammenarbeit mit dem Feind) kein ausschließliches französisches Privileg, ganz abgesehen davon, daß sie auch in Friedenszeiten existiert. „Eine Umfrage in den verschiedenen besetzten Ländern würde es möglich machen, so etwas wie einen Durchschnittsprozentsatz von Kollaborateuren in den zeitgenössischen Gesellschaften aufzustellen.“ Damit leitet Sartre seine Abhandlung über die „collabor“ ein, wie man sie damals nannte. Man kollaboriert nicht aus Zufall, sondern, so Sartre, „unter der Einwirkung bestimmter gesellschaftlicher und psychologischer Gesetze“ (S.60).

Aus der Tatsache, daß alle Arbeiter und fast alle Bauern im Widerstand gewesen seien und aus der zweiten Tatsache, daß die meisten Kollaborateure

## Arbeiterkampf

### Abonnement

## für Leser,

## die sich etwas mehr

## Zeitung zutrauen

Absender: .....

An die  
Hamburger Satz-  
und Verlagskooperative  
Lindenallee 4  
Postfach 7685  
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—  
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—  
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der  
Hamburger Satz- und Verlagskooperative  
Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203  
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

#### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

Kto. Nr.  
Kto.-Inhaber  
bei der  
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den ..... (Unterschrift)



## Sartre: „Was ist ein Kollaborateur?“

„Natürlich habe ich in meinem Leben eine Menge Fehler begangen, kleine und große, die verschiedene Ursachen gehabt haben mögen. Aber im Grunde hat es jedesmal, wenn ich einen Fehler machte, daran gelegen, daß ich nicht radikal genug war.“

Sartre (aus einem Interview 1973, „Selbstporträt mit siebenzig Jahren“, in: „Sartre über Sartre“, rororo 1977, S.226)

ne „intellektuelle Krankheit“, die er als „Historismus“ bezeichnet. Der im Namen des „Realismus“ Kollaborierende beurteilt nicht die Tatsache im Lichte des Rechts, sondern gründet das Recht auf die Tatsache: „Alles, was ist, ist gut; gut ist, was ist“ (S.67).

Für den „Realkollaborateur“ war der Widerstand eine Art anachronistischen Hängens „an toten Lebensgewohnheiten und an einer toten Ideologie“ (1). Für ihn ist Fortschritt und Gang der Geschichte eins: „Wohin es geht, weiß man nicht, aber wenn man sich verändert, dann deshalb, weil man sich verbessert“ (S.66).

Freilich ist sein „Realismus“ durchaus selektiv: Für seine Doktrin der harten Lehre der Tatsachen behält er nur diejenigen Tatsachen, die seine Doktrin und Praxis auch begünstigen. Vor allem verheißt dieser Realismus „die Furcht davor, den Beruf des Menschen auszuüben — jenen verbotenen und beschränkten Beruf, der darin besteht, je nach Grundsätzen ja oder nein zu sagen, zu unternehmen, ohne zu hoffen, beharrlich zu bleiben, ohne Erfolg zu haben“ (S.66). In diesem Sinne ist die Kollaboration eine individuelle Entscheidung.

#### Die harte Lehre der Tatsachen...

Die Lieblingsbegründung der Kollaborateure für ihr Tun ist dieser sogenannte Realismus, der eigentlich eine implizite Metaphysik ist: „Das Sein wird mit dem Selmüssen gleichgesetzt“ (S.67), d.h. „alles, was ist, ist gut; gut ist, was ist“ (s.o.). Selbstverständlich, schreibt Sartre, müssen Lehren aus Erfahrungen gezogen werden, selbstverständlich ist es nötig, sich Fakten und Tatsachen zu unterwerfen; aber: „Diese Gesetze zu unterwerfen, aber... diese Verschwendung, dieser politische Positivismus dürfen nur Mittel dazu sein, ein Ziel zu verwirklichen, das nicht den Tatsachen unterworfen ist und nicht aus ihnen sein Dasein bezieht. Dadurch, daß wir das Beispiel einer Politik geben, die auf Grundsätzen beruht, werden wir dazu beitragen, daß die Spezies der „Pseudorealisten“ verschwindet“ (S.71).

Der Sieg der Résistance muß dazu ausgenutzt werden, „das Scheitern jeglicher realistischen Politik zu besiegeln“. Die Demokratie, die ihrem Wesen nach alle Meinungen duldet, produziert den Kollaborateur: „Es ist nötig, daß endlich restriktive Gesetze gemacht werden: es darf keine Freiheit gegen die Freiheit geben.“

Um das politische Überleben der Kollaboration zu verhindern, muß die Arbeit der 1789er Revolution fortgesetzt werden „durch eine neue Revolution, (...) jene Revolution, die 1830, 1848 und 1871 verstoßen worden ist und auf die stets eine Gegenrevolution folgte“ (alle Zitate S.71).

Die Résistance, die schließlich gesiegt hat, hat gegenüber der „Spezies der Pseudorealisten“ gezeigt, daß „die Rolle des Menschen darin besteht, zu den Tatsachen selbst dann nein zu sagen zu können, wenn es so scheint, als müßte man sich ihnen unterwerfen“. Zwar, schreibt Sartre abschließend, einen Spruch von Descartes benutzend, muß man lieber „sich selbst als das Schicksal bezwingen wollen, aber wenn man zuerst sich selbst bezwingen muß, dann letztlich deshalb, um besser das Schicksal zu bezwingen“ (S.71).

F., KB Frankfurt

Jean-Paul Sartre, „Paris unter der Besatzung“, Artikel und Reportagen 1944-1945, rororo 1980; „Sartre über Sartre, autobiographische Schriften“, rororo 1977

aus dem Bürgertum hervorgegangen seien, dürfe man nicht folgern, daß „das Bürgertum als Klasse zur Kollaboration neigte.“

Fast die Gesamtheit der Intellektuellen, die ja meistens dem Bürgertum angehören, aber auch Industrielle und Geschäftsleute schlossen sich damals der französischen Résistance an... Freilich nicht nur aus ethischen Motiven: Es ging auch um die Ablehnung der drohenden Unterordnung der französischen unter die deutsche Wirtschaft.

Die überwiegende Haltung innerhalb des konservativen französischen Bürgertums war ohnehin für Pétain und ansonsten: Abwarten...

Sartre betrachtet die Kollaboration als ein „Desintegrationsfaktum“ bzw. als „Desassimilationserscheinung“. Dort, wo das gesellschaftliche, sprich kollektive politische Leben intensiv geblieben sei, habe die Kollaboration keinen Raum gefunden. Er gibt im folgenden eine grobe Klassifizierung des Personenkreises der Kollaboration anhand der damaligen bekannten Beispiele:

- „Marginale Elemente der politischen Parteien“.
- „Intellektuelle, die auf das Bürgertum spucken, ohne den Mut oder auch nur die Möglichkeit zu haben, sich in das Proletariat zu integrieren“.

Dazu merkt Sartre an: „Dieses ewige Oscillieren (Pendeln, Anm.) vom Kommunismus zum Faschismus, vom Faschismus zum Kommunismus ist typisch für die Desintegrationskräfte, die in den Randzonen des Bürgertums wirksam sind.“

— „Verkachte in Journalismus, Kunst und Lehramt“.

Insofern, meint Sartre, trägt keine Klasse als solche die Verantwortung für die Kollaboration — wenigstens man die Bourgeoisie als Klasse danach beurteilen muß, daß die Kollaboration „fast ausschließlich aus ihrer Mitte erwachsen ist“.

#### Eine Psychologie des Kollaborateurs

Die soziale Klassifizierung, die Sartre aufstellt, läuft auf die allgemeine Betrachtung des Kollaborateurs als „verkachte Existenz“ hinaus.

Als ein festes a priori kann vorausgeschickt werden, daß Verrat „stets durch Eigennutz und Ehrgeiz“ motiviert ist. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Logisch betrachtet hätte sowieso ein durchdachter Ehrgeiz jene Menschen zur Résistance führen müssen. „Der Anführer einer kleinen Truppe von Untergrundkämpfern hatte mehr Unternehmungsfreiheit, mehr Ansehen und wirkliche Autorität, als Laval jemals gehabt hat“ (S.64).

Ehrgeiz hin, Eitelkeit her: Die Tragik des Kollaborateurs besteht darin, daß er einerseits „in Wirklichkeit diese Gesellschaft haßt, in der er keine Rolle hat spielen können“, daß er aber andererseits nie eine tatsächlich eigene Autorität bzw. eigenes persönliches Ansehen besitzt. Stets bleibt er nur Verbindungsmann, Agent.

Den historischen Rahmen für die Kollaborationsbereitschaft lieferte damals der verbreitete Glaube an den deutschen Sieg. Der „intellektuelle Irrtum“ entsprang der angenommenen Notwendigkeit der Unterordnung.

Dieser „intellektuelle Irrtum“ führte zu einer „tiefen, ursprünglichen Entscheidung“, die, so Sartre, den Grund der Persönlichkeit des Kollaborateurs ausmacht: „Die Entscheidung, sich der vollendeten Tatsache zu fügen, ganz gleich welcher“ (S.65).

Diese grundlegende Neigung schmückt sich selber mit der Bezeichnung „Realismus“. Sartre nennt sie ei-